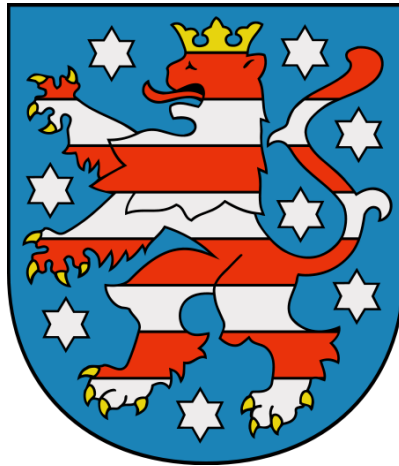


# **POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN**



## **Die Thüringer als Europäer**

### **Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2014**

**Prof. Dr. Heinrich Best** (wissenschaftliche Leitung)  
**Steffen Niehoff**  
**Dr. Axel Salheiser**  
**Katja Salomo**

Institut für Soziologie  
Friedrich-Schiller-Universität Jena



<b>Vorwort</b>	<b>9</b>
<b>I. Einleitung</b>	<b>11</b>
<b>II. Leben in Thüringen: sozioökonomische und soziodemographische Lage</b>	<b>14</b>
<b>III. Die Thüringer_innen und die Europäische Union</b>	<b>27</b>
1. Beurteilung der Europäischen Union	27
1.1 Wissen und Informationen über die Europäische Union	27
1.2 Beurteilung der Europäischen Union und der deutschen EU-Mitgliedschaft	30
1.3 Demokratie und Partizipation	42
1.4 Wirtschaftspolitik	45
2. Perspektiven des europäischen Integrationsprozesses	48
2.1 Politikziele und Politikfelder	48
2.2 Erweiterung der Europäischen Union	53
2.3 Zuwanderung in die Europäische Union	55
<b>IV. Demokratie: Einstellungen und Engagement</b>	<b>58</b>
1. Politische Einstellungen	58
2. Politische Partizipation	66
3. Rechtsextremismus	74
3.1 Aktualisierte Skala zur Messung rechtsextremer Einstellungen	74
3.2 Politische Milieus in Thüringen	82
<b>V. Fazit</b>	<b>94</b>
<b>Literatur</b>	<b>99</b>
<b>Anhang: Tabellarische Übersichten</b>	<b>102</b>



## Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:	Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen und der individuellen finanziellen Lage 2000–2014	14
Abb. 2:	Einschätzung Thüringens im Vergleich mit west- und ostdeutschen Bundesländern 2000–2014	15
Abb. 3:	Einheitsbilanz nach eigener finanzieller Lage und Alter	16
Abb. 4:	Wachstumsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für Thüringen und Deutschland insgesamt 1992–2013	17
Abb. 5:	Erwerbslosenquote von Thüringen im Vergleich mit den west- und ostdeutschen Ländern 1991–2012	18
Abb. 6:	Bevölkerungsstruktur in Thüringen 1992, 2002 und 2012	19
Abb. 7:	Natürliche Bevölkerungsbewegung: Lebendgeborene und Gestorbene 1990–2013	20
Abb. 8:	Räumliche Bevölkerungsbewegung: Zuzüge und Fortzüge 1992–2013	21
Abb. 9:	Identifikation 2000–2014	22
Abb. 10:	Identifikation nach Bildung	22
Abb. 11:	EU-Struktur- und Regionalpolitik in Thüringen mit indikativen Finanzangaben nach Förderperioden	23
Abb. 12:	Außenhandel in Thüringen – Höhe der jährlichen Exporte insgesamt und in die EU-28-Länder 1991–2012	24
Abb. 13:	Außenhandel in Thüringen – Höhe der jährlichen Importe insgesamt und aus den EU-28-Ländern 1991–2012	25
Abb. 14:	Wissen und Informationen über die Europäische Union	28
Abb. 15:	Einschätzung: „Ich verstehe, wie die Europäische Union funktioniert“	28
Abb. 16:	Häufigkeit der aktiven Informationen über die Europäische Union	29
Abb. 17:	Präferierte Informationsquellen zur Europäische Union	30
Abb. 18:	Beurteilung der Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft für Deutschland und für Thüringen	31
Abb. 19:	Persönliche Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft	32
Abb. 20:	Bewertung der Entwicklung in der Europäischen Union	33
Abb. 21:	Bewertung der Entwicklung in der Europäischen Union nach Beurteilung der Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft	33
Abb. 22:	Beurteilung der heutigen wirtschaftlichen Lage in Europa und in Thüringen	34

Abb. 23: Einschätzung: „Die Interessen Deutschlands / Thüringens werden in der Europäischen Union gut vertreten.“	35
Abb. 24: Einschätzung: „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ im Kontext deutscher EU-Politik	36
Abb. 25: Einschätzung: „Die Interessen Deutschlands werden in der Europäischen Union gut vertreten.“ nach Beurteilung der Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft	37
Abb. 26: Einschätzung: „Die Interessen Thüringens werden in der Europäischen Union gut vertreten.“ nach Beurteilung der Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft für Thüringen	37
Abb. 27: „Was bedeutet die Europäische Union für unser Land?“	38
Abb. 28: „Was bedeutet die Europäische Union für unser Land?“, Wirtschaftlicher Wohlstand – Zustimmung nach Beurteilung der heutigen wirtschaftlichen Lage in Europa	39
Abb. 29: „Was bedeutet die Europäische Union für unser Land?“, Geldverschwendung – Zustimmung nach Beurteilung der heutigen wirtschaftlichen Lage in Europa	40
Abb. 30: Konsequenzen eines angenommenen Austritts Deutschlands aus der Europäischen Union	41
Abb. 31: Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis in Europa und Deutschland	42
Abb. 32: Abgabe von nationalen Zuständigkeiten an Europa: 2012, 2014	43
Abb. 33: Befürwortung von Volksabstimmungen in Deutschland und in Europa	44
Abb. 34: Befürwortung von Volksabstimmungen in Europa bezüglich wichtiger europäischer Entscheidungen nach Bildung	44
Abb. 35: Forderung nach „mehr Handlungsspielraum für die unteren Ebenen“ statt „einheitlicher Regelungen“ nach Einschätzung, dass die Interessen von Städten und Gemeinden auf der EU-Ebene nicht ausreichend berücksichtigt würden	45
Abb. 36: „Deutschland sollte nicht für die Schulden anderer EU-Länder einstehen“ nach Bedeutung der Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten	46
Abb. 37: „Deutschland sollte nicht für die Schulden anderer EU-Länder einstehen“ nach Anerkennung der Bedeutung der Europäischen Union für den wirtschaftlichen Wohlstand Deutschlands	47
Abb. 38: Einschätzung: „Deutschland sollte nicht für die Schulden anderer EU-Länder einstehen“ nach Beurteilung der Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft	47
Abb. 39: „Euro behalten“ vs. „zur D-Mark zurückkehren“ nach Beurteilung der Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft	48

Abb. 40: Entwicklung in den nächsten zehn Jahren: Befürwortung politischer Maßnahmen und einheitlicher Regelungen in der Europäischen Union	49
Abb. 41: Befürwortung eines gemeinsamen Systems sozialer Sicherheit in der Europäischen Union nach Erwerbstätigkeit	50
Abb. 42: Befürwortung von mehr Hilfe für EU-Regionen in wirtschaftlichen oder sozialen Schwierigkeiten	50
Abb. 43: Befürwortung politischer Maßnahmen und einheitlicher Regelungen in der Europäischen Union nach Beurteilung des europäischen Integrationsprozesses	51
Abb. 44: Europäische Union, Bund und Bundesländer: „Wer sollte für welche Politikbereiche zuständig sein?“	52
Abb. 45: Beurteilung der Aufnahme weiterer Mitgliedsländer in die Europäische Union	54
Abb. 46: Beurteilung der Aufnahme der Türkei in die Europäische Union nach Muslim_innenfeindlichkeit	55
Abb. 47: „Denken Sie, dass die Einwanderung aus Nicht-EU Ländern eine Gefahr für den Zusammenhalt in der EU darstellt?“	56
Abb. 48: „Denken Sie, dass die Einwanderung aus Nicht-EU-Ländern eine Gefahr für den Zusammenhalt in der EU darstellt?“ nach Ausländerfeindlichkeit	57
Abb. 49: Demokratieunterstützung und -zufriedenheit 2001–2014	58
Abb. 50: Demokratietypen 2013	59
Abb. 51: Demokratietypen 2014	59
Abb. 52: Institutionenvertrauen 2000–2014	60
Abb. 53: Bewertung der Demokratie nach eigener finanzieller Situation	61
Abb. 54: Einschätzung „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“ 2001–2014	62
Abb. 55: Einschätzung „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“ nach Alter	62
Abb. 56: Einschätzung „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ 2001–2014	63
Abb. 57: Einschätzung „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ nach Alter	63
Abb. 58: Einschätzung „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ nach Alter – nur Befragte mit Bildungsabschluss unterhalb des Abiturs	64
Abb. 59: DDR-Nostalgie und NS-Apologiek	65
Abb. 60: Politisches Interesse 2002–2014	65
Abb. 61: Politische Partizipation	67

Abb. 62: Ursachen legaler politischer Partizipation	70
Abb. 63: Ursachen illegaler politischer Partizipation	71
Abb. 64: Wahlnorm im Mehrebenensystem: „Ich würde meine Bürgerpflichten ernsthaft vernachlässigen, wenn ich nicht zur ...-Wahl gehen würde“	72
Abb. 65: Ursachen der Wahlnorm	73
Abb. 66: Zustimmung zu den Fragen zur Erfassung rechtsextremer Einstellung	75
Abb. 67: Zustimmung zu Ethnozentrismus und NS-Ideologie 2001–2014	77
Abb. 68: Anteil Befragter mit Antwortverweigerungen zum Rechtsextremismus 2001–2014	79
Abb. 69: Rechtsextrem Eingestellte 2001–2014: Anteile nach dem bisherigen und dem neu vorgeschlagenen Skalenkonstruktionsverfahren	81
Abb. 70: Durchschnittsthüringer_in 2012–2014	84
Abb. 71: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen 2012–2014 (in Prozent)	85
Abb. 72: Privilegierte Demokrat_innen	87
Abb. 73: Demokratiekritische Aktivist_innen	88
Abb. 74: Wendeverlierer_innen	90
Abb. 75: Abgehängte Antidemokrat_innen	91



## Vorwort

Bereits zum vierzehnten Mal dokumentiert der THÜRINGEN-MONITOR die Einstellungen der Thüringer Bevölkerung gegenüber politischen und gesellschaftlichen Grundsatzfragen, darunter ihre Demokratieunterstützung, ihr Vertrauen in demokratische und rechtsstaatliche Institutionen sowie ihre politische Partizipationsbereitschaft. In den zurückliegenden anderthalb Jahrzehnten ist der THÜRINGEN-MONITOR zu einem etablierten Instrument der politikwissenschaftlichen und soziologischen Forschung gereift, dessen Konstanz die Analyse mittel- und langfristiger Entwicklungen der politischen Kultur in Thüringen ermöglicht. Auch im Jahr 2014 wird besonderer Wert auf die Beobachtung der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen gelegt. Außerdem gilt es, erneut die Akzeptanz von Migrant\_innen, Muslim\_innen und anderen Minderheiten zu untersuchen.

Schwerpunktthema des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS ist das Verhältnis der Thüringer\_innen zur Europäischen Union. Dabei ist u. a. relevant, welche Vorteile oder Nachteile die Thüringer\_innen in der deutschen EU-Mitgliedschaft erkennen, welche Auswirkungen die Europäische Union auf ihr Leben hat und welche Entwicklungen der Europäischen Union – z. B. in Hinblick auf die territoriale Erweiterung oder die Abgabe nationaler Souveränität – unterstützt oder abgelehnt werden. Die Bevölkerungsbefragung fand unter dem Eindruck der anhaltenden Währungs- und Finanzkrise in einigen europäischen Mitgliedsländern statt und wurde im Anschluss an die Europawahl durchgeführt, so dass ein unmittelbarer Bezug zur demokratischen Beteiligung in Europa bestand.

Der von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebenen Untersuchung liegt eine repräsentative Befragung mit den folgenden Eckdaten zugrunde:

- Befragungszeitraum: 26. Mai bis 18. Juni 2014
- Stichprobenziehung: Zufallsauswahl unter Thüringer\_innen, die zu Bundestagswahlen wahlberechtigt sind
- Stichprobengröße: 1.005 Befragte
- Erhebungsverfahren: Computerunterstützte Telefoninterviews (CATI)
- Gewichtung: nach Alter, Geschlecht, Bildung, Haushaltsgröße (IPF-Gewichtung)
- Fehlertoleranz: ca. zwei Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 5), ca. vier Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 50)

Die konkreten Frageformulierungen und die Häufigkeitsverteilungen für die Befragten nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen sind in dem gesonderten Tabellenteil dokumentiert. Für die gerundeten Prozentangaben im Text gilt wie üblich, dass es sich, wenn nicht anders angegeben, um gültige Prozente handelt.

Ich danke Herrn Thomas Ritter und seinem Team im CATI-Labor am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in deren Händen auch in diesem Jahr die Durchführung der telefonischen Befragung lag. Besonderer Dank gilt Frau Anika Meier, Frau Verena Eichler und Frau Sylvia Juhász für ihre Unterstützung bei der Projektarbeit.



## I. Einleitung

Die Europäische Union ist ein fortwährendes Projekt der Überwindung nationalstaatlicher Grenzen und Gegensätze, die bis ins späte 20. Jahrhundert und darüber hinaus die Völker des Kontinents entzweit haben. Im 100. Jahr nach Beginn des Ersten Weltkrieges und im 75. Jahr nach Beginn des Zweiten Weltkrieges ist besonders in Deutschland die friedensstiftende und stabilisierende Wirkung des europäischen Vereinigungsprozesses evident. Nicht zuletzt in Zeiten der erneuten Zuspitzung politischer Auseinandersetzungen an den Außengrenzen Europas wird uns bewusst, welchen Wert der Etablierung eines Staatenverbandes mit gemeinsamen politischen und ökonomischen Handlungsstrategien und -zielen beizumessen ist. Schließlich geht es bei weitem nicht nur um symbolische Interaktion und diffuse Vorstellungen der Zusammengehörigkeit in einem historisch und kulturell definierten geographischen Raum, sondern um konkrete politische, ökonomische, rechtliche Rahmenbestimmungen und Zielvereinbarungen, die die Lebensbedingungen und den Alltag von über 500 Millionen Menschen in mittlerweile 28 Mitgliedsstaaten entscheidend prägen. Immer wieder werden auch deutliche Skepsis und Kritik über das Fortschreiten des europäischen Integrationsprozesses geäußert, beispielsweise wenn die Abgabe nationaler Kompetenzen oder die Erweiterung der Union um weitere Mitgliedsstaaten thematisiert werden. Die neuerlichen Wahlerfolge europafeindlicher, nationalistischer Parteien in manchen Ländern suggerieren gar, dass dort die Stimmung in Teilen des Volkes zu kippen droht. Doch ist der europäische Vereinigungsprozess überhaupt umkehrbar – und wenn ja: mit welchen Risiken wäre dies verbunden? Vor dem Hintergrund der europäischen Währungs- und Finanzkrise, die benötigte Hilfe für hochverschuldete Mitgliedsländer und die mögliche Haftung durch sogenannte „Geberländer“ (wie Deutschland) ist eine grundsätzliche Diskussion um die *Kosten und Nutzen, den Status quo und die Perspektiven der Europäischen Union* hochaktuell.

Aus Sicht der Thüringer Landesregierung ist der Freistaat nicht nur „Deutschlands starke Mitte“, sondern besitzt eine „Brückenfunktion zwischen Ost und West im Europa der Regionen“ (<https://www.thueringen.de/th1/tskbxl/theuro/>), die über Regional- und Städtepartnerschaften weit hinausgeht. Gedacht werden muss auch an Wirtschaftsbeziehungen, die internationale Verflechtung von Kultur, Bildung und Wissenschaft sowie die Zuwanderung nach und Abwanderung aus Thüringen. Europa und die Europäische Union sind gerade für ein kleines Bundesland wie Thüringen mit großen Chancen und großen Herausforderungen verbunden (Kapitel II).

Der vorliegende THÜRINGEN-MONITOR 2014 befasst sich deshalb mit der Einstellung der Thüringer\_innen zu verschiedenen Aspekten der Europäisierung (Kapitel III). Bereits im THÜRINGEN-MONITOR 2012 war erkennbar, dass sich eine Mehrheit der Bevölkerung

gegenüber den grundsätzlichen Ideen und Zielen der Europäischen Union durchaus positiv äußert, während sie deren Umsetzung auch ambivalent bis kritisch beurteilt. Es ist ein Ziel des vorliegenden Gutachtens, mit empirischen Befunden zur Diskussion um *europäisches Bewusstsein* und den Rückhalt deutscher und Thüringer EU-Politik in der Bevölkerung anzuregen. Grundlegend für das Verhältnis der Thüringer Bevölkerung zur Europäischen Union und zur demokratischen Teilhabe im Mehrebenensystem der Regionen und Nationalstaaten ist das Wissen und Verständnis davon, welche Konsequenzen der europäische Einigungsprozess hat, sowie davon, welche Resultate deutsche und Thüringer EU-Politik hervorbringt. Aus dieser Informationsbilanz ergeben sich Herausforderungen an Institutionen der politischen Bildung sowie an die politischen Entscheidungsträger, deren Handeln letztendlich erst durch Kommunikation mit bzw. Transparenz gegenüber dem Souverän als demokratisch legitimiert gilt.

Im Mai 2014 wurden in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die Abgeordneten des Europäischen Parlaments gewählt. Am 26. Mai, einen Tag nachdem auch in Thüringen und ganz Deutschland zu den EU-Wahlurnen gerufen worden war, begann die Bevölkerungsbefragung für den diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR. Laut amtlicher Statistik lag die Wahlbeteiligung zur Europa-Wahl in Thüringen bei ca. 52 Prozent (vgl. Landeswahlleiter 2014). Auf die in unserer Repräsentativbefragung gestellte Frage „Haben Sie an der Europawahl teilgenommen?“ antworteten indessen 76 Prozent der Befragten mit „ja“. Diese erhebliche Diskrepanz dürfte zum großen Teil auf die Erwartung der *sozialen Erwünschtheit* einer positiven Antwort durch die Befragten zurückzuführen sein – gerade im Kontext einer Befragung zur Europa-Thematik. Damit zeigt sich allerdings, dass die soziale *Norm* der Teilnahme an einer Europawahl in der übergroßen Bevölkerungsmehrheit anerkannt ist – auch bei den ca. 25 Prozent der Befragten, die diese Norm offenbar nicht befolgten und bei denen das selbstberichtete Verhalten vom tatsächlichen abwich. Soziale Erwünschtheit ist ein wichtiges Thema für die sozialwissenschaftliche Forschung, die auf die Befragung ihrer Untersuchungspopulation angewiesen ist (vgl. Schnell/Hill/Esser 2005: 355). Nur in der absolut anonymen, folgenlosen Gesprächssituation der telefonischen Zufallsbefragung, wie sie den THÜRINGEN-MONITOREN seit jeher zugrunde liegt, ist gewährleistet, dass eine Mehrheit der Befragten sich sicher fühlen kann, auch auf sensible, brisante und kontroverse Fragen ehrlich zu antworten. Es gehört zum Erfahrungsschatz jahrzehntelanger soziologischer Methodenforschung, dass viele Menschen in dieser Situation gern die Chance nutzen, ihre Einstellungen und Meinungen einem neutralen „Zuhörer\_in“ gegenüber zu äußern. Dies wiederum ist die Grundlage für valide wissenschaftliche Aussagen und seriöse Interpretationen.

Im Zentrum des THÜRINGEN-MONITORS steht seit seiner Initiierung im Jahr 2000 die demoskopische Beobachtung der politischen Kultur in Thüringen (Kapitel IV). Dabei gilt es, nicht nur die Demokratieunterstützung, das Institutionenvertrauen und die politische Partizipationsbereitschaft der Bevölkerung des Freistaates in ihrer Gesamtheit abzubilden, sondern diesbezügliche Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Soziallagen zu benennen und zu beurteilen. Mittels multivariater statistischer Verfahren ist es möglich, soziodemographische und psychosoziale Faktoren

zu identifizieren, die einen signifikanten Beitrag zur Kausalerklärung politischer Einstellungen leisten. Besonderes Augenmerk wird dabei auf jene Faktoren gelegt, durch die eine objektiv vorhandene oder subjektiv empfundene soziale Benachteiligung oder Ausgrenzung zum Ausdruck kommt. Wie gezeigt werden kann, verstärkt diese individuelle oder kollektive *Deprivation* die Unzufriedenheit mit der Demokratie, die Politikverdrossenheit und die Apathie gegenüber politischen und gesellschaftlichen Problemen, aber auch ablehnende bis feindliche Einstellungen gegenüber dem demokratischen Gemeinwesen, seiner Verfassung und gesellschaftlichen Minderheiten, die als fremd oder ungleichwertig angesehen werden.

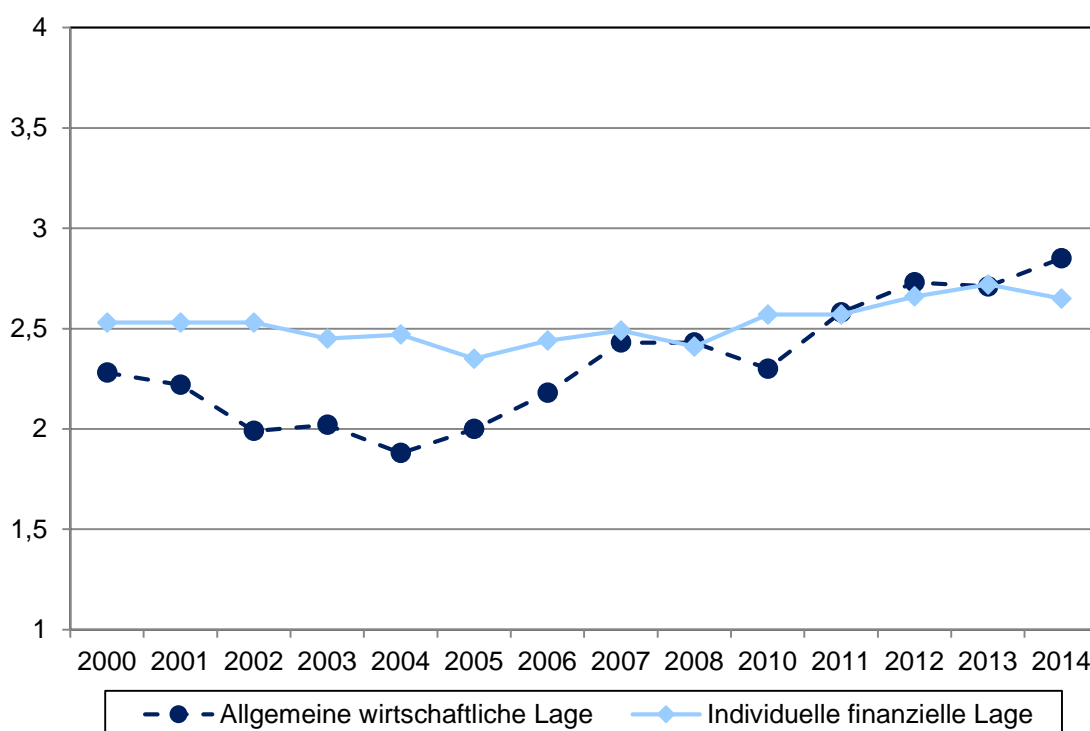
Die Beobachtung der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung schließt eine detaillierte Analyse der soziodemographischen und ökonomischen Kontexte ein, in denen sich Wertvorstellungen und politische Orientierungen ausprägen. So gelingt es, unterschiedliche politische Milieus zu identifizieren, deren Zugehörige über- oder unterdurchschnittlich häufig demokratie- und ausländerfeindliche Auffassungen vertreten (Kapitel IV.3). Die im THÜRINGEN-MONITOR seit 2001 praktizierte indikatorengestützte Messung rechtsextremer Einstellungen hat sich auch dafür bewährt. Allerdings haben wir anhand statistischer Analysen zur Überprüfung der Güte und Reichweite unserer Messungen sowie aufgrund von Überlegungen zur Multidimensionalität des Konstruktes „Rechtsextremismus“ wichtige Erkenntnisse gewonnen, die uns zu einer kritischen Weiterentwicklung des Messkonzeptes angeregt haben (vgl. Best / Salomo 2014). Eine häufige Frage in diesem Zusammenhang ist, ob sich Einstellungen überhaupt in standardisierten, telefonischen Befragungen richtig erfassen lassen. Denn bei den oftmals knapp formulierten Aussagesätzen, deren Zustimmung oder Ablehnung durch die Befragten gemessen wird, ist keineswegs klar, dass die Befragten ihnen wirklich die gleichen Bedeutungsinhalte beimessen wie die von Forschern unterstellten. Dabei geht es weniger um (kognitive) Verständnisprobleme als um die (selbst einstellungsabhängige) unterschiedliche Kontextualisierung und Interpretation der Aussagen. In der Befragung zum THÜRINGEN-MONITOR 2013 wurde deshalb begonnen nachzufragen, was die Befragten unter bestimmten Schlüsselbegriffen verstünden („Random Probing“). In diesem Jahr wurden den Befragten wiederum andere Schlüsselbegriffe vorgelegt und die daraufhin geäußerten Assoziationen ausgewertet. So lässt sich zunehmend besser beurteilen, welche Kombination und Gewichtung von Aussagen tatsächlich eine möglichst gültige Abbildung rechtsextremer Einstellungen leisten kann und welche Einschränkungen zu beachten sind. Auch das Problem, wie Antwortverweigerungen oder vermeintliche Meinungslosigkeit bei „rechtsextremen“ Aussagen zu bewerten sind, steht in diesem Kontext. Ein wichtiges Resultat unserer bisherigen Untersuchungen ist eine Neuberechneter, verbesserte Rechtsextremismusskala, der jedoch auf den bisher verwendeten Rechtsextremismus-Fragen des THÜRINGEN-MONITORS beruht und zum ersten Mal mit dem vorliegenden Gutachten der Öffentlichkeit vorgestellt wird (vgl. Kapitel IV.3). Die neue Rechtsextremismusskala kann retrospektiv für die gesamte Messreihe seit 2001 berechnet werden, so dass Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen und die Trendbeobachtung uneingeschränkt erhalten bleiben.

## II. Leben in Thüringen: sozioökonomische und soziodemographische Lage

Ausgangspunkt eines jeden THÜRINGER-MONITORS sind die alltagsweltlichen und wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen die Menschen in Thüringen leben. In diesem einführnden Kapitel werden die Bewertung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und die subjektive Zufriedenheit der Thüringer\_innen wiedergegeben und mit den entsprechenden objektiven Strukturdaten gerahmt. Im diesjährigen THÜRINGER-MONITOR soll ferner an dieser Stelle auch ein Blick darauf geworfen werden, welche Auswirkungen die Europäische Union und ihre Institutionen auf Thüringen haben und sich somit auch im Leben der Bürger\_innen bemerkbar machen.

**Abb. 1:** *Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen und der individuellen finanziellen Lage 2000–2014*

(Mittelwerte einer Skala von 1 = schlecht/ab 2012: sehr schlecht bis 4 = sehr gut)



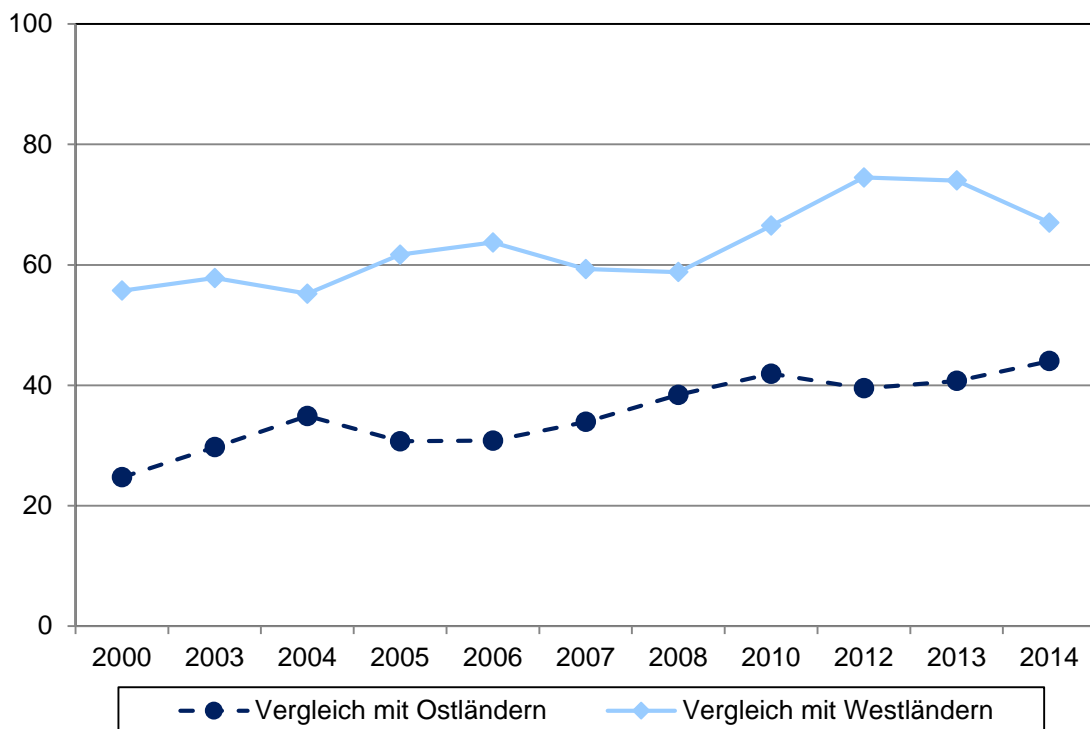
Einen ersten Hinweis auf die persönliche Einschätzung der Lebenssituation und die Zufriedenheit der Thüringer\_innen gibt die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen bzw. finanziellen Lage (Abb. 1). Insgesamt geben etwa 59 Prozent der Befragten an, finanziell gut aufgestellt zu sein, weitere sieben Prozent schätzen ihre Lage als sehr gut ein. Dem stehen 28 Prozent der Befragten gegenüber, die diese Lage als schlecht einstufen sowie sieben Prozent, die ihre finanzielle Situation als sehr schlecht einschätzen. Wie erwartet zeigt sich eine starke Abhängigkeit der Einschätzung der finanziellen Situation vom gegenwärtigen Beschäftigungsstatus: Während etwa drei Viertel der Vollzeit-Beschäftigten ihre Lage als gut und sehr gut einstufen, können diese Einschätzung nur sechs Prozent

der Thüringer\_innen, die derzeit arbeitslos sind, teilen. Die Einschätzung dieser Gruppe hat sich damit erheblich verschlechtert. So konnten noch im Vorjahr immerhin 32 Prozent der arbeitslosen Befragten eine positive finanzielle Situation berichten. Generell zeigt sich im Zeitverlauf anhand der Abbildung des jeweiligen Durchschnittswerts auf einer 4er-Skala (von 1 „sehr schlecht“ bis 4 „sehr gut“) gegenüber dem höchsten bisher gemessenen Wertes des Vorjahres ein leichter Rückgang, wenngleich die diesjährige Einschätzung über den gesamten Untersuchungszeitraum betrachtet auf hohem Niveau verbleibt.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage in Thüringen wird gegenüber dem Vorjahr noch einmal merklich positiver eingeschätzt und befindet sich nunmehr auf dem Höchstwert seit Beginn der Zeitreihe. So beurteilen 78 Prozent der Befragten die wirtschaftliche Lage als gut und weitere vier Prozent als sehr gut. Diese positive Einschätzung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zeigt sich über alle Sozialkategorien hinweg und wird auch von 70 Prozent jener Befragten geteilt, die derzeitig ihre eigene finanzielle Situation negativ bewerten.

**Abb. 2:** *Einschätzung Thüringens im Vergleich mit west- und ostdeutschen Bundesländern 2000–2014*

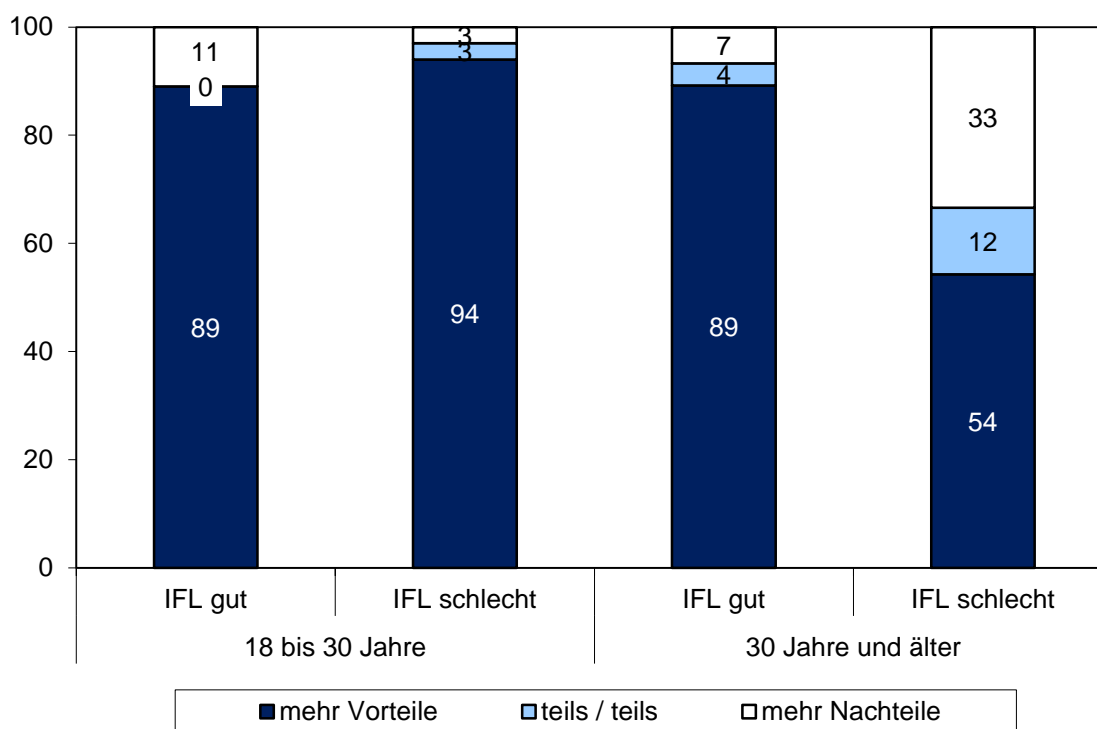
(nur Zustimmung: "Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern" und "Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen")



Die als überwiegend gut befundenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen passen auch zur Einschätzung der Lage Thüringens im Vergleich zu den ostdeutschen Bundesländern (Abb. 2). So sind 44 Prozent der Befragten der Meinung, dass die wirtschaftliche Lage in Thüringen besser ist als in den übrigen ostdeutschen Bundesländern, weitere 34 Prozent können ihr zumindest teilweise zustimmen. Im Zeitverlauf bedeutet dieses Ergebnis auch einen kleinen Anstieg gegenüber den Vorjahren und markiert ebenfalls einen Höchstwert.

Dieses Bewusstsein der eigenen wirtschaftlichen Stärke tritt allerdings bei der Bewertung der Konkurrenzfähigkeit Thüringens mit den westdeutschen Bundesländern ein wenig zurück. Zwar ist mit 67 Prozent der Befragten eine deutliche Mehrheit davon überzeugt, dass Thüringen den Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen braucht. Allerdings zeigt sich im Vergleich mit den Vorjahren ein deutlicher Rückgang der positiven Bewertung Thüringens gegenüber den westdeutschen Bundesländern. So konnten im letzten Jahr noch 74 Prozent der Befragten der genannten Aussage zustimmen. Hier muss allerdings in Rechnung gestellt werden, dass der diesjährige Messwert immer noch der dritthöchste Wert ist, der im Verlauf der Erhebungen des THÜRINGEN-MONITORS gemessen wurde. Alles in allem weisen die präsentierten Befunde darauf hin, dass die Befragten in großen Teilen zufrieden mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Freistaat sind.

**Abb. 3:** *Einheitsbilanz nach eigener finanzieller Lage und Alter*  
(in Prozent)



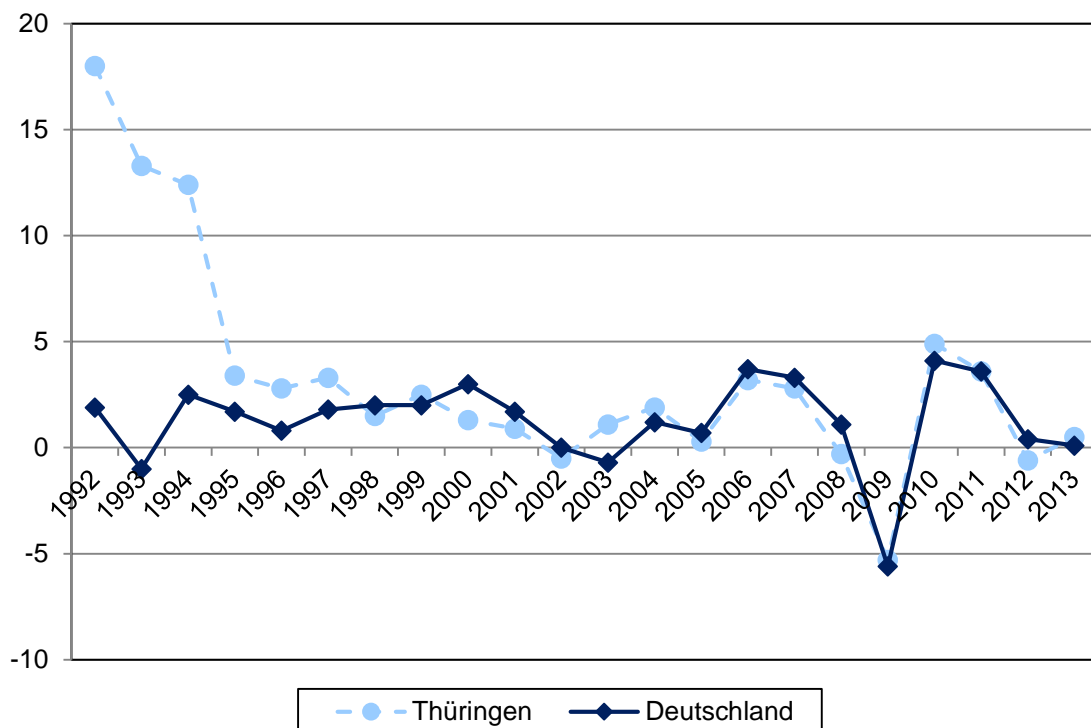
Vor diesem Hintergrund kann auch die weitgehend positive Beurteilung der Einheit im Hinblick auf die persönlichen Lebensumstände gesehen werden (Abb. 3). Wie bereits in den letzten Jahren zeigt sich im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR eine außerordentlich positive Bilanzierung der Einheit und ihrer Folgen: Insgesamt geben 79 Prozent der Befragten an, dass für sie die Vorteile der Einheit überwiegen, wohingegen nur jeder sechste Befragte für sich mehr Nachteile empfindet. Damit kommen die Befragten dieses Jahr zu einer nochmal verbesserten Bilanz der Einheit. Gleichwohl liegt die Wiedervereinigung nun bereits ein knappes Vierteljahrhundert zurück und so erfordert es einige Abstraktionsleistungen von den Befragten zu einem Urteil zu kommen. Jedoch liegt die Vermutung, dass eine negative Lebenssituation zum Teil auf Auswirkungen der Einheit zurückgeführt wird. So verwundert es kaum, dass sich bei der persönlichen Einheitsbilanz die



größten Differenzen zwischen Befragten mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen und Erwerbssituationen ergeben: Es sind nämlich gerade diejenigen Befragten, die keinen Bildungsabschluss erzielt haben und/oder derzeit arbeitslos sind, die zu einem deutlich kritischeren Urteil der Einheit und ihren Auswirkungen als ihre jeweiligen Vergleichsgruppen kommen. Mit Blick auf die persönliche finanzielle Lage – die ja zu großen Teilen von dem Bildungshintergrund und dem Erwerbsstatus der Befragten bestimmt wird – zeigt sich eine deutliche Differenz in der Bewertung der Einheit zwischen Befragten, die in guten und die in schlechten finanziellen Umständen leben. Kontrolliert für das Alter der Befragten kristallisiert sich eine Gruppe der Über-30 Jährigen – d. h. mit eigenen DDR-Erfahrungen – mit einer schwierigen wirtschaftlichen Lage heraus, in der zwar immerhin noch etwa die Hälfte zu einer positiven Bilanzierung der Einheit kommen, aber eben jeder Dritte ein negatives Urteil über die Einheit fällt (Abb. 3).

Die bisher diskutierten grundlegenden subjektiven Urteile über die wirtschaftlichen Lebensumstände der Thüringer\_innen korrespondieren mit den tatsächlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie ein Blick auf einige Strukturdaten verdeutlicht.

**Abb. 4:** *Wachstumsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für Thüringen und Deutschland insgesamt 1992–2013 (in Prozent)*

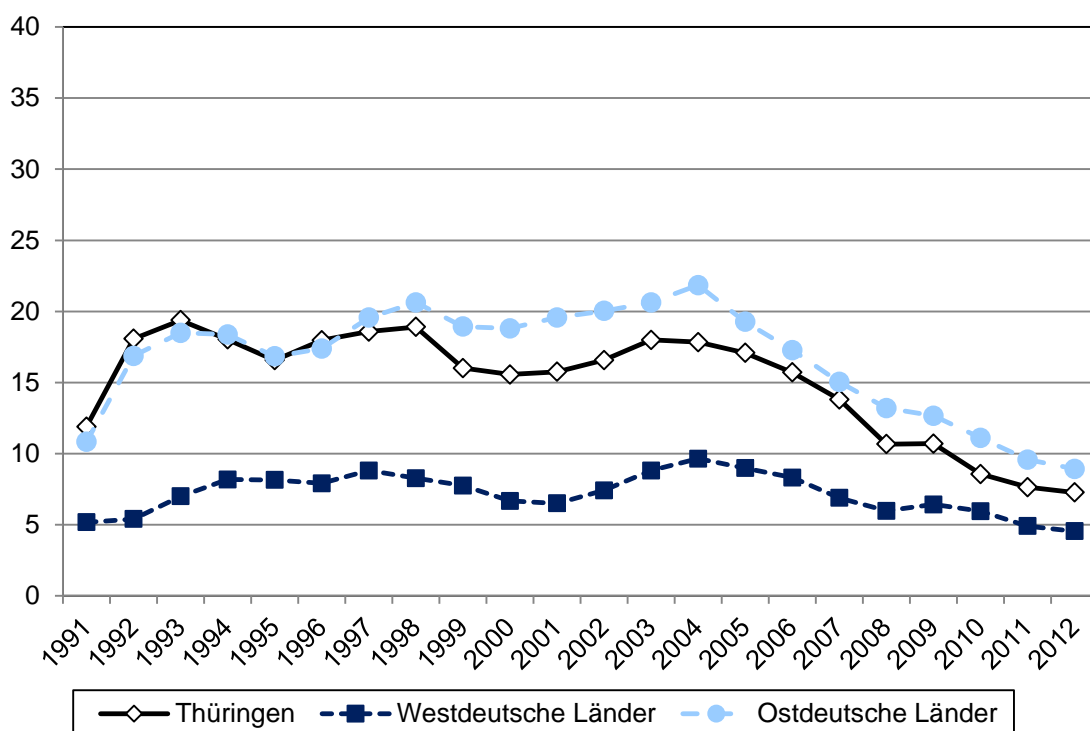


Quelle: Statistisches Bundesamt; Thüringer Landesamt für Statistik

Einer der wichtigsten Indikatoren für die objektiven Rahmenbedingungen ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das BIP ist das Maß aller während eines bestimmten Zeitraumes im Inland entstandenen wirtschaftlichen Leistungen. Um die Preisveränderung bereinigt, ist es ein etabliertes Maß für die Leistungskraft einer Volkswirtschaft. Nach den unmittelbar mit der Wiedervereinigung verbundenen Turbulenzen passte sich das Wachstum

des preisbereinigten BIPs im Freistaat seit etwa 1995 dem gesamtdeutschen Trend an. Thüringen war auch in ähnlich starker Weise von den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen, wie sich in dem deutlichen Negativwachstum 2008 zeigt. Nachdem sich die Wirtschaft in Thüringen in den Folgejahren schnell und sogar überdurchschnittlich gut entwickelt hat, hat sich die wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 2012 und 2013 deutlich verringert. Zwar konnte für 2013 ein erneutes Minus-Wachstum vermieden werden, doch zeigt auch die geringe Wachstumsrate von 0,5 Prozent an, dass die Folgen der anhaltend angespannten wirtschaftlichen Situation in Europa auch in Thüringen zu spüren sind (Abb. 4).

**Abb. 5:** *Erwerbslosenquote von Thüringen im Vergleich mit den west- und ostdeutschen Ländern 1991–2012*  
(in Prozent)



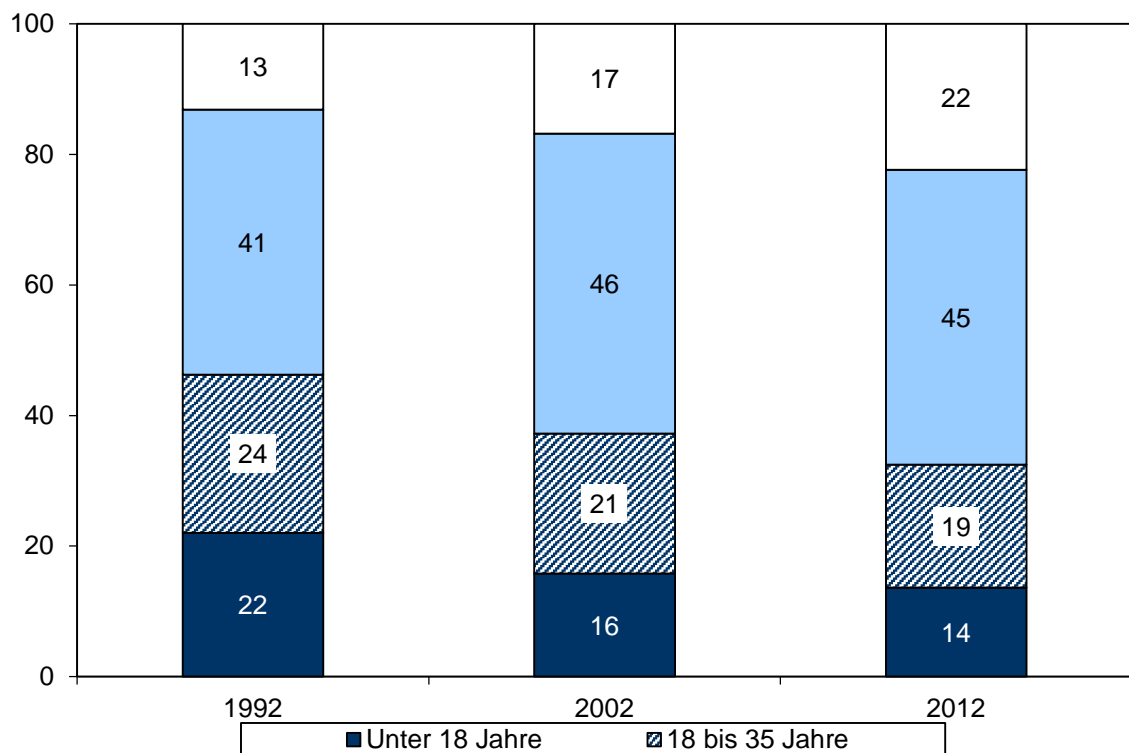
Quelle: Statistisches Bundesamt

Während sich die Entwicklung des BIP nur indirekt für die Bürger\_innen bemerkbar macht, hat ein anderer Indikator direkte Auswirkungen auf die Lebensumstände. Die Erwerbslosenquote<sup>1</sup> ist einer der zentralen Kennzahlen für die Bewertung des Arbeitsmarktes und die Integration in den Arbeitsmarkt wiederum eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Die Erwerbslosenquote lag in Thüringen im Jahr 2012 bei etwa sieben Prozent und hat sich somit nochmals gegenüber dem Vorjahr leicht verringert (Abb. 5). Der Blick auf die Zeitreihen zeigt überdies, dass die positive Entwicklung des

<sup>1</sup> Die Erwerbslosenquote ist der Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an allen Erwerbspersonen in der entsprechenden Altersgruppe. Erwerbslose sind Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie bei der Agentur für Arbeit als Arbeitslose gemeldet sind. Insofern ist der Begriff der Erwerbslosen umfassender als der Begriff der Arbeitslosen. Andererseits zählen Arbeitslose, die vorübergehend geringfügige Tätigkeiten ausüben, nach dem Erwerbskonzept nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den Erwerbstätigen.

Arbeitsmarktes bereits seit knapp zehn Jahren anhält und selbst die Turbulenzen im Zuge der Krise 2008 ohne größere Folgen für den Arbeitsmarkt überstanden hat. Damit fügt sich Thüringen in die positive gesamtdeutsche Entwicklung am Arbeitsmarkt ein: Sowohl in den übrigen ostdeutschen wie auch bei den westdeutschen Bundesländern sind seit der Mitte des letzten Jahrzehnts größtenteils sinkende Erwerbslosenquoten festzustellen, wobei insbesondere für die westdeutschen Bundesländer diese Entwicklung – vor dem Hintergrund des ohnehin schon robusten Arbeitsmarktes – weniger ausgeprägt verläuft. Thüringen und die anderen ostdeutschen Bundesländer nähern sich damit weiterhin den guten westdeutschen Arbeitsmarktwerten an.

**Abb. 6:** *Bevölkerungsstruktur in Thüringen 1992, 2002 und 2012*  
(in Prozent)

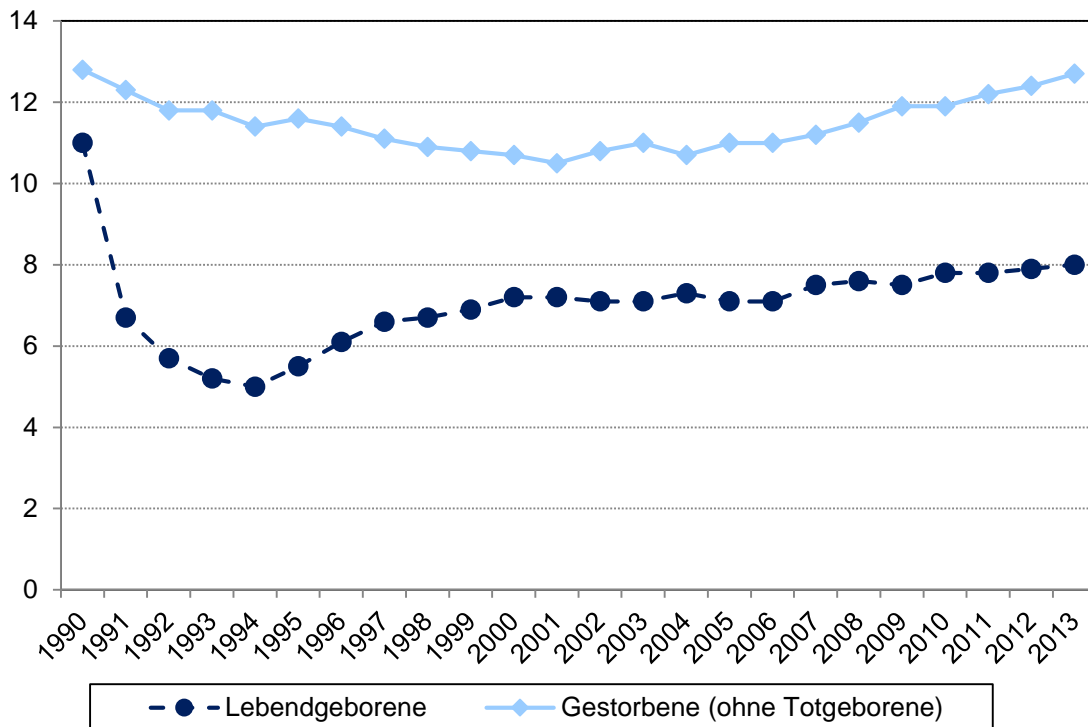


Quelle: Statistisches Bundesamt

Der demographische Wandel bedeutet für Thüringen sowohl eine stetige Alterung der Bevölkerung als auch einen zunehmenden Bevölkerungsschwund. Erstere lässt sich anhand eines Blicks auf die Veränderung der Bevölkerungsstruktur in den letzten 20 Jahren illustrieren (Abb. 6). In besonderem Maße wird diese Entwicklung nämlich deutlich, wenn die Gruppe der Unter-18-Jährigen und die der Über-65-Jährigen betrachtet wird: Zählte die Gruppe der Unter-18-Jährigen 1992 noch etwa 561000 Personen, was einem Anteil von 22 Prozent an der Gesamtbevölkerung entsprach, ist diese Gruppe in den zwei Jahrzehnten bis 2012 um etwa 267000 Personen auf eine Zahl von 296000 (14 Prozent) geschrumpft. Dagegen ist im selben Zeitraum die Gruppe der Über-65-Jährigen von 334000 (13 Prozent) auf 485000 Personen (22 Prozent) angewachsen. Im gleichen Zeitraum stieg das Durchschnittsalter der Thüringer\_innen von etwa 39 Jahren auf 46 Jahre. Die Hauptgründe für die Überalterung liegen in einer stetig steigenden Lebenserwartung und in einer relativ geringen Geburtenziffer, die sich nach einem drastischen Einbruch

Anfang der 1990er Jahre zwar stetig erholt hat und 2010 mit 1,43 Kinder pro Frau<sup>2</sup> über der durchschnittlichen Geburtenziffer Deutschlands liegt (vgl. Peter 2012), damit jedoch bei Weitem nicht ausreicht, den natürlichen Bevölkerungsschwund zu stoppen.

**Abb. 7:** *Natürliche Bevölkerungsbewegung: Lebendgeborene und Gestorbene 1990–2013*  
(Anteile je 1000 Einwohner\_innen)

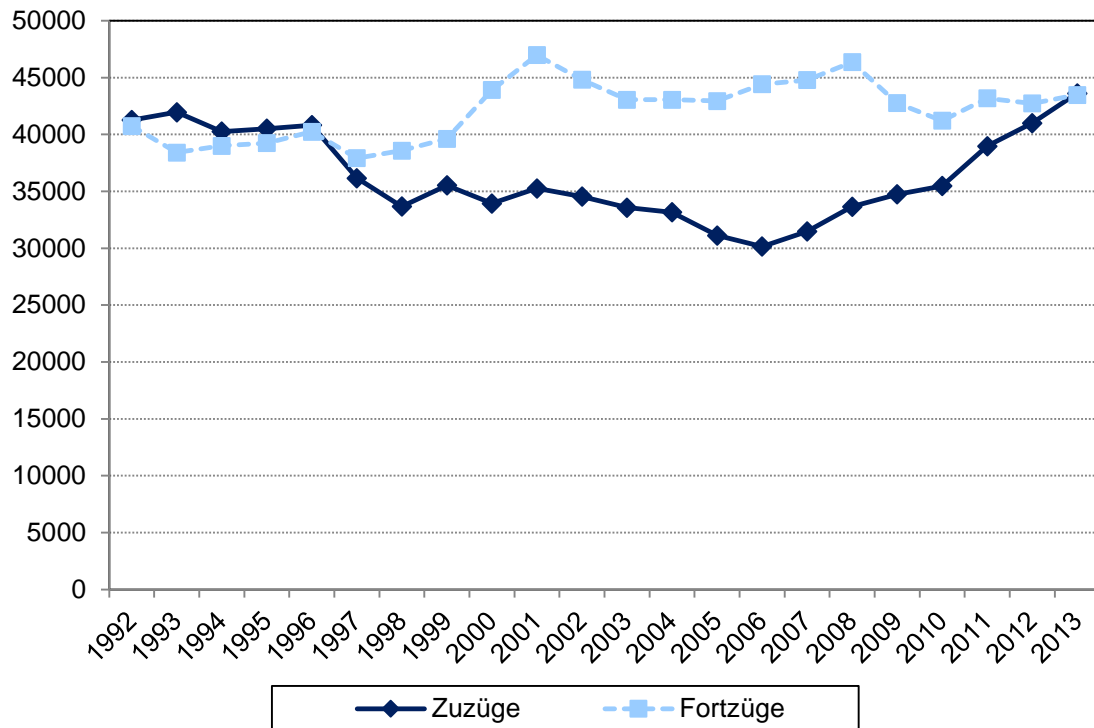


Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Die langfristige demographische Entwicklung im Sinne eines Bevölkerungsrückgangs im Freistaat wird insbesondere durch einen relativ stabilen Sterbeüberschuss geprägt, der sich seit der Gründung des Bundeslandes zeigt (Abb. 7).

Angesichts des konstanten Geburtendefizits ist das Wanderungsgeschehen im Freistaat, also die Zuzüge nach und Fortzüge aus Thüringen, von besonderer Bedeutung. Hielten sich in den ersten Jahren seit der Einheit die Zuzüge und Fortzüge noch weitgehend die Waage, konnte ein positives Wanderungssaldo zuletzt 1996 verzeichnet werden. Nach 1996 stieg die Zahl der Fortzüge deutlich an und variierte fortan zwischen 43000 und 46000 auf hohem Niveau. Währenddessen nahm die Zahl der Zuzüge ab – 2006 wurden lediglich etwa 30000 Zuzüge verzeichnet –, bis sie in der Mitte des letzten Jahrzehnts wieder anstieg. Für das Jahr 2013 übertraf die Zahl der Zuzüge erstmals geringfügig jene der Fortzüge, sodass nun ein knapp positives Wanderungssaldo bilanziert werden kann.

<sup>2</sup> Berichtet wird hier die ‚Zusammengefasste Geburtenziffer‘ als der Zahl der Lebendgeborenen pro Jahr und Frau in Thüringen im Alter von 15 bis 49 Jahren.

**Abb. 8:** *Räumliche Bevölkerungsbewegung: Zuzüge und Fortzüge 1992–2013*

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

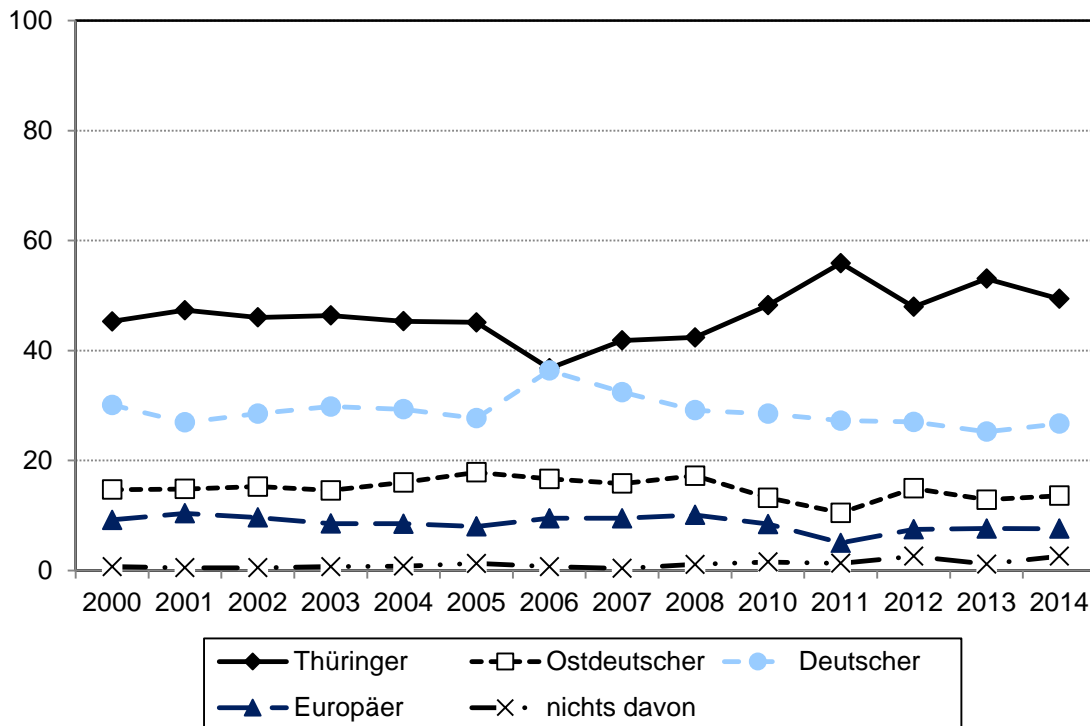
Dennoch ist die Thüringer Bevölkerung im hier betrachteten Zeitraum zwischen 1992 und 2012 um 375000 Personen, d. h. 15 Prozent, geschrumpft. Der demografische Wandel bleibt also weiterhin eine Herausforderung für den Freistaat.

Im THÜRINGEN-MONITOR wird die Identifikation mit der Frage erhoben, ob man sich „in erster Linie als Thüringer, Ostdeutscher, Deutscher oder als Europäer“ fühlt (Abb. 9). Die Identifikation mit einer dieser Bezugsgruppen gewinnt ihre Bedeutsamkeit dadurch, dass sie die Verhältnisse der Menschen zu ihrem sozialen Umfeld rahmt. Die Erhebung der Gruppenidentifikation kann darüber Aufschluss geben, wie und entlang welcher Dimensionen das soziale Nah- und Fernfeld in Eigen- und Fremdgruppen eingeteilt wird. Dieser sozialpsychologische Mechanismus ist relevant, da entlang der Gruppeneinteilungen auch Abwertungen von Fremdgruppen und Aufwertungen von der Eigengruppe sowie diverse Zuschreibungen und Stereotypisierungen vorgenommen werden.

Es zeigt sich, dass die regionale Identität bei den Befragten von großer Bedeutung ist: So äußert knapp die Hälfte der Befragten, dass sie sich vorrangig als Thüringer\_in sehen. Etwa 27 Prozent geben demgegenüber an, sich zunächst als Deutsche zu sehen, weitere 14 Prozent verstehen sich primär als Ostdeutsche, während sich knapp acht Prozent der Befragten als Europäer\_innen sehen. Dass nur knapp drei Prozent der Befragten sich keiner der genannten Bezugsgruppen zuordnen können, kann als Indiz dafür gelten, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten die vorgeschlagenen Gruppen als sinnvoll empfindet. Im Zeitverlauf zeigt sich eine relativ große Stabilität der Selbstzuschreibungen von Gruppenzugehörigkeiten. Allerdings sticht das Jahr 2006 heraus: Hier traf eine deutlicher

Rückgang in der Selbstzuschreibung als „Thüringer\_in“ auf einen gleichzeitigen Anstieg der Zuschreibung als „Deutsche“. Diese Bewegung hing vermutlich mit der Euphorie und einem neu aufkommenden Nationalgefühl rund um die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland 2006 zusammen. Dies war jedoch kein nachhaltiger Effekt: In den Folgejahren und auch im Weltmeisterschaftsjahr 2014 erreichten beide Selbstzuschreibungen wieder ihre vorherigen Niveaus.

**Abb. 9:** *Identifikation 2000–2014*  
(in Prozent)



Die Selbstzuschreibung als „Thüringer“ überwiegt in fast allen Sozialkategorien. Die von dieser Präferenz abweichenden Gruppen sind die jüngste Alterskohorte der 18- bis 24-Jährigen (27 Prozent als „Thüringer“), Arbeitslose (34 Prozent), höhere beziehungsweise leitende Angestellte (36 Prozent) sowie Befragte, die in Westdeutschland aufgewachsen sind (25 Prozent). In diesen Gruppen liegen die Anteile der „Thüringer“ deutlich unterhalb des Durchschnittswertes, während die Identifikation mit der nationalen Ebene jeweils bevorzugt wird. Bezüglich der Ebenenpräferenz bei der Selbstzuschreibung gibt es weiterhin markante Unterschiede zwischen niedrig- und höhergebildeten Befragten (Abb. 10). In der Gruppe der Befragten mit Abitur als höchstem Bildungsabschluss zeigen sich die höchsten Werte der Identifikation mit Europa. Diese liegen zwar mit knapp 17 Prozent noch deutlich hinter der Zuschreibung als „Deutsche“ oder „Thüringer“, aber ganz offensichtlich hat der Bildungsweg – und dabei insbesondere die Hochschule – auch einen Einfluss auf die Wahrnehmung von Europa und führt dazu, dass die nationale Bindung durch höhere mit dem Studium einhergehenden Mobilitätschancen sowie eine länderübergreifende Vernetzung zumindest in Teilen absinkt.

**Abb. 10:** *Identifikation nach Bildung*  
(in Prozent)

Identifikation	Bildung				Gesamt
	unter 10. Klasse	10. Klasse	Abitur	(Fach-) Hochschule	
Thüringer_in	52	54	36	37	53
Ostdeutsche_r	13	16	9	11	13
Deutsche_r	27	23	35	31	25
Europäer_in	5	5	17	16	8
nichts davon	2	3	3	5	1
Gesamt	100	100	100	100	100

Auch in Thüringen ist der Einfluss der Europäischen Union evident, selbst wenn sich dies nicht in den Identifikationen ausprägt. Die Europäische Union steht für einen gemeinsamen Binnenmarkt ohne Zollschränken und mit gleichen Verbraucherschutzstandards, für Freizügigkeit, Reisefreiheit, neue Arbeitsmarkt- und Bildungschancen und die gemeinsame Währung, die den transnationalen Austausch weiter vereinfacht. An dieser Stelle sollen dazu an zwei wichtigen Beispielen gezeigt werden, wie sich die Europäische Union auf das Leben in Thüringen konkret auswirkt.

**Abb. 11:** *EU-Struktur- und Regionalpolitik in Thüringen mit indikativen Finanzangaben nach Förderperioden*

(*ESF: Europäischer Sozialfonds; EFRE: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung; ELER: Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums*)

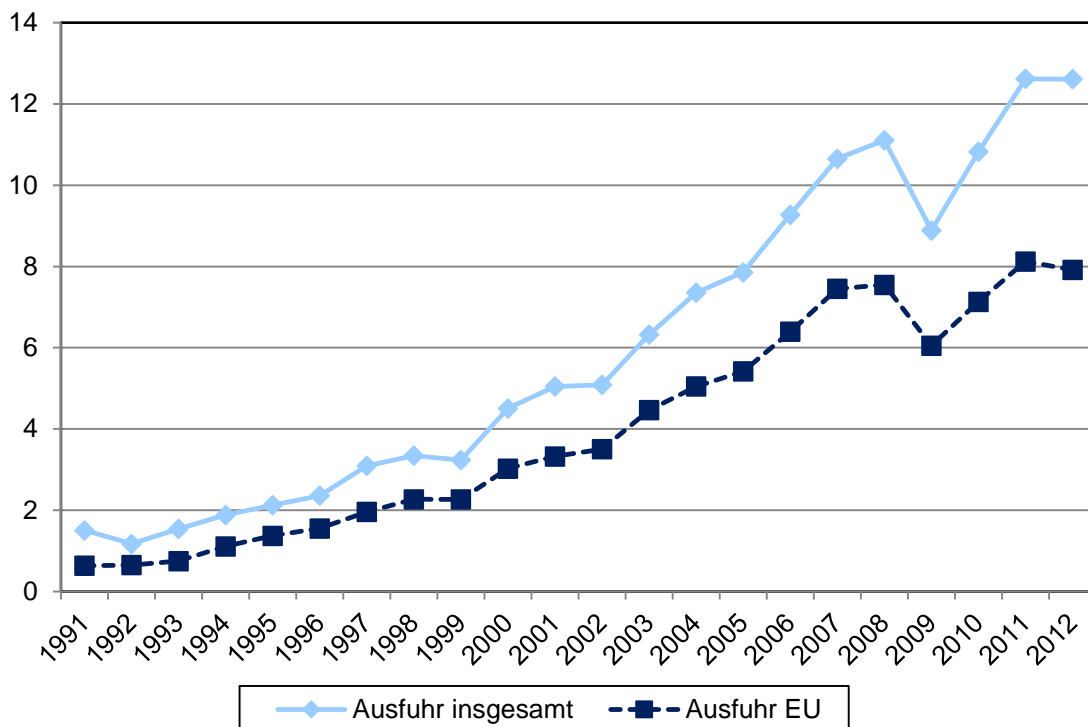
	Förderperiode 2014-2020	Förderperiode 2007-2013
<b>ESF</b>	499 Mio. €	629 Mio. €
<b>EFRE</b>	1.165 Mio. €	1.477 Mio. €

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Von großer Bedeutung für die Entwicklung des Freistaats sind die vielfachen Fördermaßnahmen der Europäischen Union. Die Förderlandschaft ist komplex, d. h. es existiert eine Vielzahl von verschiedenen Programmen mit verschiedenen Förderzwecken und -zielen. In Thüringen werden insbesondere Fördermittel aus den großen Fonds für die Struktur- und Regionalpolitik genutzt: Dies sind der EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) und der ESF (Europäischer Sozialfonds). Während der EFRE die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in den einzelnen europäischen Regionen nachhaltig verbessern soll, werden mit den Mitteln aus dem ESF Projekte gefördert, die den Zugang zu Beschäftigung, die Chancengleichheit und die soziale Integration der Bürger\_innen auf dem Arbeitsmarkt verbessern sollen.

In diesem Jahr beginnt die neue, bis 2020 dauernde Förderperiode, für die die genannten Fonds neu aufgelegt, die abrufbaren Fördermittel neu festgelegt sowie weitere Zielstellungen definiert wurden. Gegenüber der abgelaufenen Förderperiode und vor dem Hintergrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung wird Thüringen inzwischen als Übergangsregion gewertet und zählt nicht mehr zu den Zielländern, die die größte Zuwendung aus den Fördermitteln erhalten (vgl. BMWI 2014: 63). Das zeigt sich in der Höhe der bereitgestellten Mittel, die nun rückläufig gegenüber der Förderperiode 2007–2013 sind (Abb. 11).

**Abb. 12:** *Außenhandel in Thüringen – Höhe der jährlichen Exporte insgesamt und in die EU-28-Länder 1991–2012*  
(in Mrd. €)



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

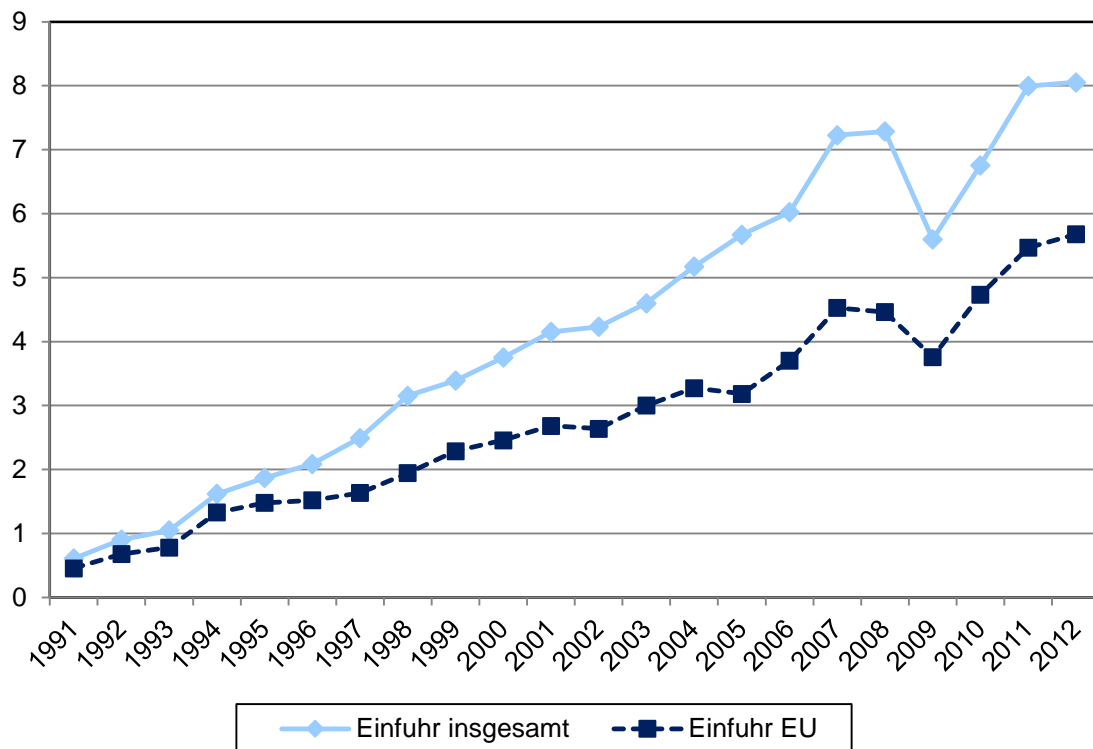
Für die abgelaufene Förderperiode liegen Evaluationen vor, die den Einsatz und die Verwendung von EU-Fördermitteln in Thüringen dokumentieren. So wurden mit den Mitteln aus dem EFRE unter anderem 7500 Arbeitsplätze geschaffen, 167 Unternehmensgründungen unterstützt sowie zahlreiche Forschungs- und Entwicklungsvorhaben finanziert.<sup>33</sup> Darüber hinaus wurde in die Verbesserung der Thüringer Infrastruktur investiert. Mithilfe des ESF profitierten in den Jahren zwischen 2007 und 2013 etwa eine halbe Million Thüringer\_innen von der europäischen Förderung direkt, indem Maßnahmen zur ihrer beruflichen Qualifizierung oder Wiedereingliederung finanziert wurden. Die Förderung, die der Freistaat jährlich von der Europäischen Union erhält, ist also beträchtlich, auch wenn

<sup>33</sup> Auszug aus einem Infoblatt zu den EU-Regional- und Sozialfonds des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Technologie (Online verfügbar unter: [http://www.thueringen.de/imperia/md/content/efre\\_2014/bibliothek/infoblatt\\_eu\\_regional\\_und\\_sozialfonds\\_in\\_thueringen.pdf](http://www.thueringen.de/imperia/md/content/efre_2014/bibliothek/infoblatt_eu_regional_und_sozialfonds_in_thueringen.pdf))



dies nicht immer transparent zu sein scheint. So steht in Diskussionen um die europäischen Finanzen oftmals eher die Frage im Vordergrund, welcher Mitgliedsstaat wieviel in den EU-Haushalt einzahlt, als die Frage, wofür die Mittel des EU-Haushalts – abgesehen von der Finanzierung zentraler europäischer Institutionen – tatsächlich ausgegeben werden. Auch wenn die Mittel für die laufende Förderperiode rückläufig sind, profitiert gerade Thüringen in besonderem Maße von der langfristigen Strategie der Europäischen Union der Kohärenz, also der langfristigen Angleichung der Strukturen und Lebensbedingungen, zwischen den verschiedenen europäischen Staaten.

**Abb. 13:** *Außenhandel in Thüringen – Höhe der jährlichen Importe insgesamt und aus den EU-28-Ländern 1991–2012*  
(in Mrd. €)



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Die Integration der nationalstaatlichen Ökonomien in einen großen europäischen Binnenmarkt, an dem alle Europäer\_innen partizipieren und von dem alle profitieren, ist und war eines der wichtigen Ziele der europäischen Einigung. Die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung und gegenseitige Abhängigkeiten der EU-Staaten hat nicht zuletzt die politische Stabilität in Europa gestärkt. Der freie Austausch von Dienstleistungen und Gütern begünstigt ein höheres Maß an Arbeitsteilung und Produktivität. Die Auflösung protektionistischer Beschränkungen nationalstaatlich verfasster Märkte führt zu mehr Wettbewerb zwischen den verschiedenen Ökonomien der Europäischen Union. Und schließlich verbesserte das gesamteuropäische Wirtschaftswachstum die Beschäftigungs- und Konsumchancen der Bürger\_innen.

Die Thüringer Bürger\_innen, insbesondere viele der Thüringer Beschäftigten, partizipieren bereits heute an der steigenden Verflechtung der Nationalökonomien zu einem europäischen Binnenmarkt. So ist in Thüringen der Außenhandel und dabei insbesondere die Ausfuhr von Gütern in das EU-Ausland von großer und weiter wachsender Bedeutung. Gerade in dem im Bundesvergleich überdurchschnittlich hohen Anteil des exportorientierten Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung ist dabei die Verknüpfung zur Europäischen Union und Maßnahmen, die den Austausch von Gütern mit den europäischen Nachbarländern erleichtern und fördern, zu sehen. Für die Höhe der jährlichen Exporte ist festzustellen, dass sie – mit Ausnahme des Nachfrageeinbruchs auf dem europäischen Markt in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 – kontinuierlich angestiegen sind (Abb. 12). Dabei stellen andere EU-Länder die mit Abstand wichtigsten Handelspartner dar. Im Jahr 2012 wurden Güter im Wert von etwa acht Milliarden Euro an EU-Staaten ausgeführt, was einem Anteil von 63 Prozent an dem Wert aller Ausfuhren bedeutete. Seitdem ist dieser Anteil allerdings wieder rückläufig und liegt knapp sechs Prozentpunkte unter dem Anteil, der noch vor der Krise realisiert werden konnte. Dieser Rückgang ist allerdings weniger darauf zurückzuführen, dass sich die Industrie auf andere Handelspartner umorientiert, sondern dürfte vermutlich aus der anhaltenden Nachfrageschwäche vieler EU-Staaten resultieren. Die wichtigsten Handelspartner für Thüringer Unternehmen waren auch in 2012 Frankreich und Großbritannien, an die alleine bereits Güter im Wert von etwa 16 Prozent aller exportierten Güter ausgeführt wurden.

Die Verflechtungen auf wirtschaftlicher Ebene lassen sich natürlich ebenso bei der Einfuhr von Gütern betrachten (Abb. 13). Hier zeigt sich im Zeitverlauf ebenfalls ein kontinuierlicher Zuwachs bei gleichzeitigem Einfluss der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Für die Einfuhr von Gütern haben die EU-Staaten sogar eine etwas größere Bedeutung als bei der Ausfuhr von Gütern: So wurden 2012 Güter im Wert von etwa 5,7 Mrd. Euro aus EU-Staaten eingeführt, was einem Anteil von 71 Prozent am Wert aller eingeführten Güter entspricht. Die Bedeutung des europäischen Binnenmarkts für den Güterimport konnte so in den letzten sieben Jahren – nach einem zwischenzeitlichen Tief im Jahr 2005 von einem Anteil von 56 Prozent – wieder deutlich gesteigert werden. Beide hier betrachteten Indikatoren für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Thüringen und den EU-Staaten entlang des Außenhandels deuten in dieselbe Richtung: Trotz der weiter voranschreitenden Globalisierung und der sicherlich zunehmenden Bedeutung der ‚neuen‘ Märkte, die sich in den Ein- und Ausfuhrstatistiken ebenfalls bemerkbar machen, bleibt der Handel mit den europäischen Nachbarländern ein wichtiges Standbein für die Thüringer Wirtschaft, von dem auch die Bevölkerung direkt oder indirekt profitiert.

### **III. Die Thüringer\_innen und die Europäische Union**

Im Zentrum des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS stehen die Einstellungen der Thüringer Bevölkerung zur Europäischen Union, ihre Bewertungen der Resultate des europäischen Vereinigungsprozesses und ihre Vorstellungen zukünftiger Entwicklungen in Europa. In Europa werden politische Entscheidungen heutzutage auf ganz unterschiedlichen Ebenen getroffen. In dem Maße, wie nationale und regionale Zuständigkeiten an die Institutionen der EU abgegeben worden sind und werden, steht die Akzeptanz des europäischen Mehrebenensystems und die Wahrnehmung der Bürger\_innen hinsichtlich ihrer Möglichkeiten der demokratischen Teilhabe und Einflussnahme auf dem Prüfstand. Welche Vorteile und Nachteile ergeben sich für Deutschland, den Freistaat Thüringen sowie seine Bürger\_innen nach deren Einschätzung? Sind die Thüringer\_innen, insgesamt betrachtet, mit der Europäischen Union einverstanden oder sind sie eher euroskeptisch? Und wovon hängen diese Beurteilungen ab? Bereits im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS 2012 wurden einige Fragen zur Europäischen Union gestellt, damals im Kontext des Schwerpunktthemas der Internationalisierung Thüringens. Eine weitere Vergleichsperspektive eröffnet sich mit den Befragungen des Eurobarometers, die halbjährlich auf nationaler Ebene für Deutschland und die anderen EU-Mitgliedsstaaten durchgeführt werden.

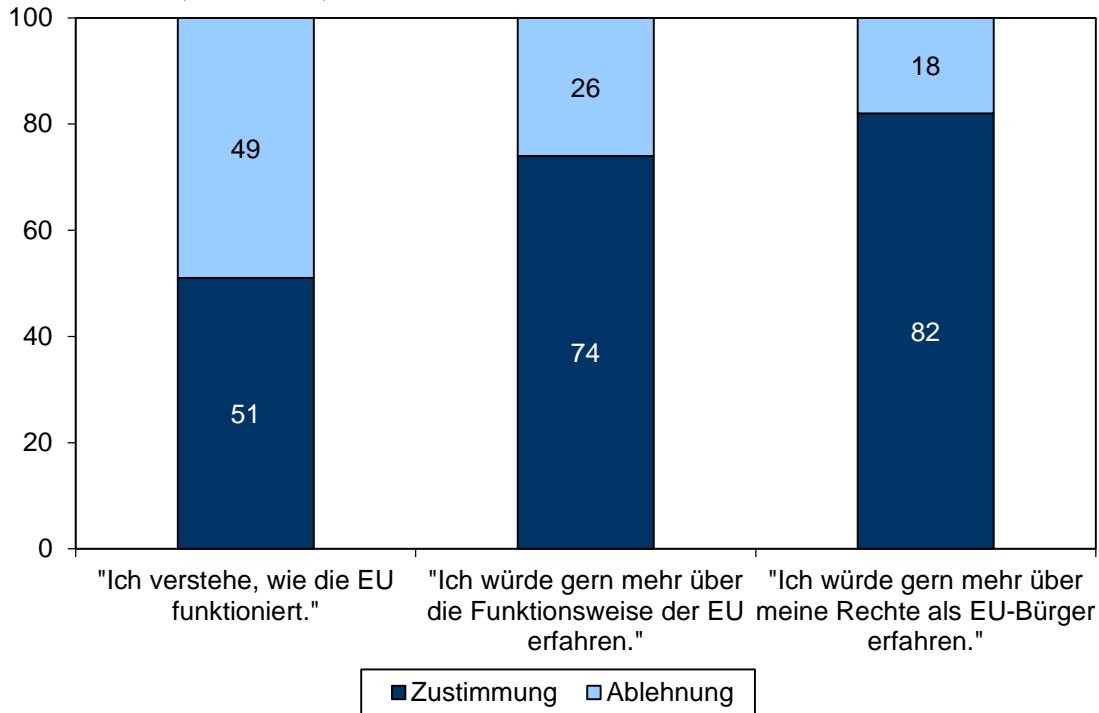
#### **1. Beurteilung der Europäischen Union**

##### **1.1 Wissen und Informationen über die Europäische Union**

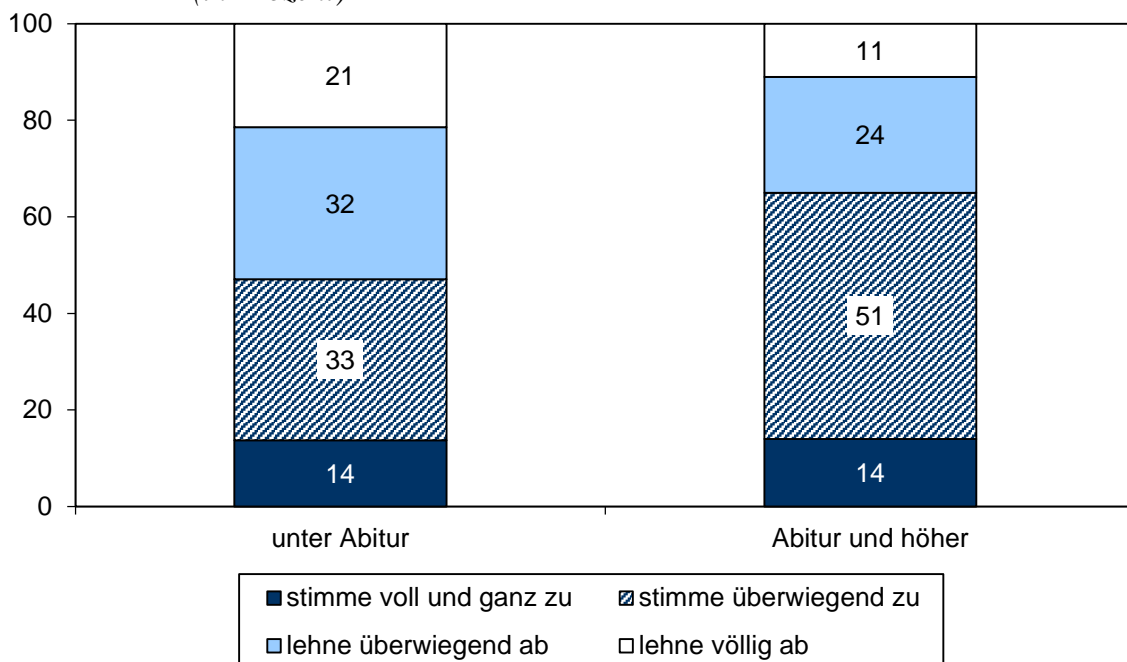
Zunächst ist relevant, inwieweit die Thüringer\_innen ihrer Einschätzung nach darüber informiert sind, was in Brüssel und Straßburg geschieht und welche Konsequenzen es hat. Hierfür wurden im THÜRINGEN-MONITOR keine Wissensfragen gestellt, vielmehr ging es um die Eigenkompetenzzuschreibung der Thüringer\_innen, die Funktionsweise der Europäischen Union zu verstehen, und um ihr Nutzungsverhalten hinsichtlich EU-bezogener Informationsangebote. Mit 51 Prozent gibt eine knappe Mehrheit der Befragten an, „zu verstehen, wie die EU funktioniert“ (vgl. Abb. 14). 19 Prozent der Befragten lehnen die entsprechende Aussage jedoch völlig ab. Hier treten deutliche Alters-, Bildungs- und Geschlechtsunterschiede zutage: Während 49 Prozent der Männer der Aussage zustimmen, sind es nur 44 Prozent der Frauen. Unter den 18- bis 24-jährigen Befragten, die ein überdurchschnittliches Bildungsniveau aufweisen, beträgt der Anteil derer, die gutes bis sehr gutes Verständnis bekunden, 70 Prozent, in der Alterskohorte der Über-59-Jährigen sind es nur 47 Prozent. Überwiegende bis völlige Zustimmung zur Verständnisfrage ist bei Hochqualifizierten (65 Prozent, vgl. Abb. 15), vor allem jedoch höheren oder leitenden Angestellten und Beamt\_innen (80 Prozent) zu beobachten. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Befragtengruppe durch ihre Berufstätigkeit mit

Prozessen und Auswirkungen der EU vertraut bzw. damit in ihrem Alltagshandeln beschäftigt ist. Welche Konsequenzen dies auf Beurteilungen und Einstellungen hat, wird noch zu prüfen sein. Wenig überraschend ist in diesem Zusammenhang die mehrheitliche Zustimmung der Befragten zu den beiden Aussagen, durch die ein Interesse an mehr Informationen zur Funktionsweise der Europäischen Union sowie über die Rechte der EU-Bürger\_innen bekundet wird (ebenfalls Abb. 14). Summarisch lässt sich daraus ein Informationsdefizit ableiten.

**Abb. 14:** *Wissen und Informationen über die Europäische Union (in Prozent)*



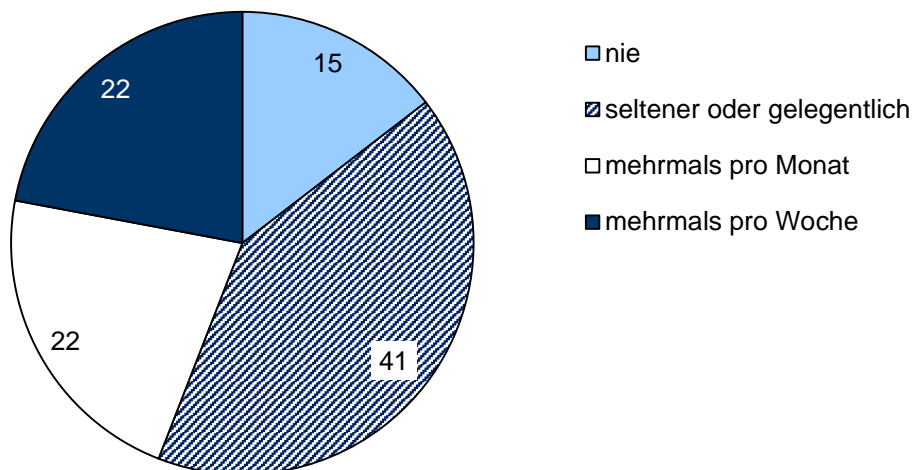
**Abb. 15:** *Einschätzung: „Ich verstehe, wie die Europäische Union funktioniert“ nach Bildung (in Prozent)*



Auch Befragte, die nach eigener Einschätzung gut informiert sind, wünschen sich mehrheitlich mehr Informationen, hier gibt es nur geringfügige Unterschiede zwischen Bildungs- und Berufsgruppen. Am häufigsten uninteressiert an mehr Informationen erweisen sich Befragte der ältesten Alterskategorie sowie Rentner\_innen.

Das bekundete Verständnis der Funktionsweise der Europäischen Union ist erwartungsgemäß abhängig von der Selbsteinschätzung, politische Fragen gut verstehen und einschätzen zu können, sowie vom Interesse an Politik im Allgemeinen. Der Wunsch der Bürger\_innen nach mehr Informationen über Funktionsweise und EU-Bürgerrechten ist jedoch unabhängig von der Eigenkompetenzzuschreibung oder dem allgemeinen politischen Interesse. Das subjektiv empfundene Informationsdefizit besteht auch bei Bürger\_innen, die sich regelmäßig oder sogar häufig über die Europäische Union informieren. Mit zunehmender Informationshäufigkeit steigt allerdings das Verständnis für die Funktionsweise der Europäischen Union.

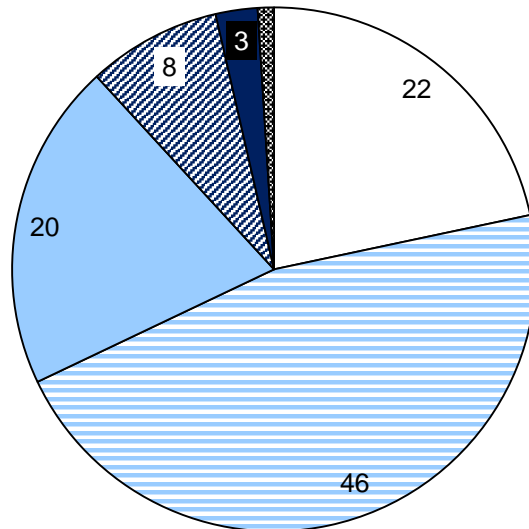
**Abb. 16:** *Häufigkeit der aktiven Informationen über die Europäische Union*  
(in Prozent)



Die Mehrheit der Befragten informiert sich nur unregelmäßig oder gelegentlich (Abb. 16). 54 Prozent der Männer informieren sich mehrmals im Monat oder häufiger, bei den Frauen tun dies nur 36 Prozent. Mit steigendem Bildungsgrad steigt die Informationshäufigkeit, doch auch nur 55 Prozent der Hochschulabsolvent\_innen informieren sich regelmäßig über die Europäische Union. Als bevorzugte Informationsquellen nutzen die Thüringer\_innen das Fernsehen, (privatwirtschaftliche) Internet-Nachrichtenseiten, die Printmedien sowie das Radio. Staatliche Informationsangebote – sowohl im Internet als auch gedruckter Form – oder andere Informationsquellen spielen nur eine untergeordnete Rolle (Abb. 17). Gerade bei älteren und geringer qualifizierten Thüringer\_innen dominiert das Fernsehen als Informationsquelle, während Jüngere und Höherqualifizierte öfters das Internet bevorzugen. Dies entspricht unserem Befund aus dem THÜRINGEN-MONITOR 2012, dass die Nutzung des Internets auch in Thüringen stark alters- und bildungsabhängig ist (TM 2012: 26). Allerdings fällt auf, dass von den Befragtengruppen, die das Internet als Informationsquelle über die EU präferieren, nur die jüngste Altersgruppe der 18- bis 24-jährigen in nennenswertem Umfang (elf Prozent) von den staatlichen Informationsangeboten zur Europäischen Union im Netz Gebrauch macht. Die Attraktivität öffentlicher

und staatlicher Informationsquellen für große Bevölkerungsteile sollte also erhöht werden, um deren offensichtlichen Informationsbedürfnissen entgegenzukommen.

**Abb. 17:** *Präferierte Informationsquellen zur Europäische Union*  
(in Prozent)



- Zeitungen und Zeitschriften
- Fernsehen
- (nichtstaatliche) Internetseiten wie z.B. Nachrichtenportale, Blogs, Foren
- ▨ Radio
- Internetseiten der EU, der Regierung, von öffentlichen Einrichtungen

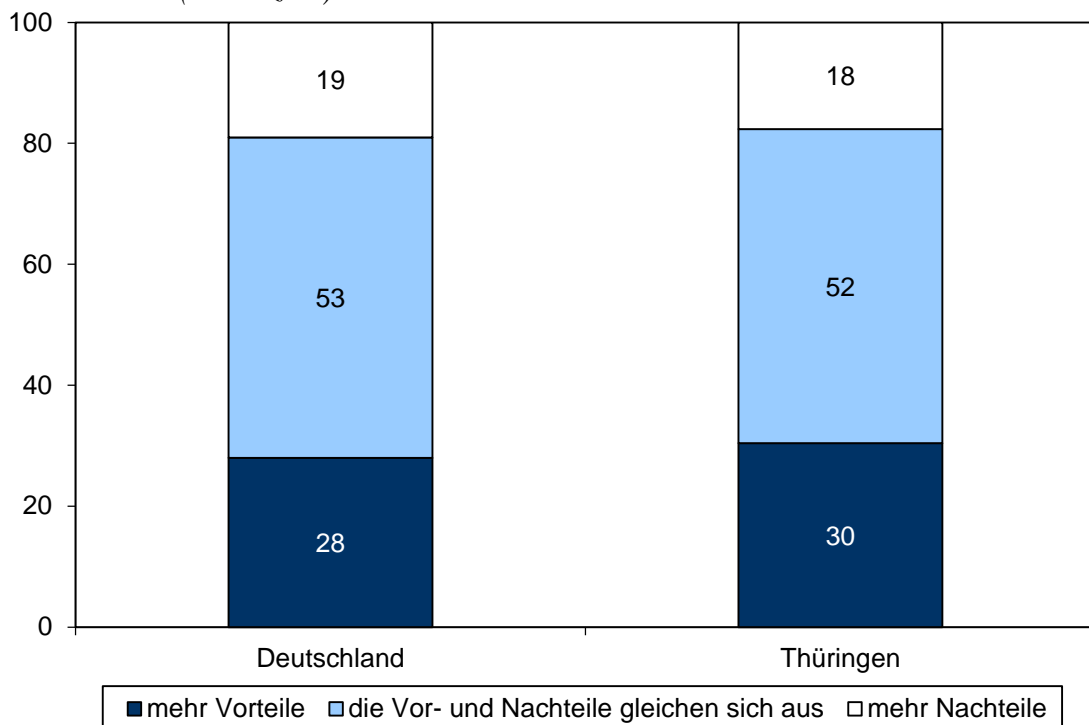
## 1.2 Beurteilung der Europäischen Union und der deutschen EU-Mitgliedschaft

Während die emotionale Bindung an Europa eher diffus und nur relativ gering ausgeprägt zu sein scheint – auch in diesem Jahr sieht sich nur eine Minderheit der Thüringer\_innen in erster Linie als Europäer\_innen (vgl. Kapitel I) – ist die Europäische Union eine Tatsache, die im Alltag und Bewusstsein der meisten Thüringer\_innen Relevanz besitzt (vgl. auch TM 2012: 36). Wie dieses Kapitel zeigen wird, bewerten sie differenziert, bisweilen ambivalent, und vertreten teilweise auch widersprüchliche Einstellungen. Dabei gibt es konkrete Beurteilungsmaßstäbe für den Erfolg oder Misserfolg des europäischen Projektes im Allgemeinen sowie für die politischen, wirtschaftlichen und persönlichen Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft. Begonnen werden kann mit den allgemeinen Einschätzungen der Thüringer\_innen.

Nur 28 Prozent der Befragten geben an, Deutschland habe durch seine EU-Mitgliedschaft insgesamt mehr Vorteile als Nachteile (vgl. Abb. 18). Knapp über die Hälfte der Befragten meinten, die Vorteile und Nachteile glichen sich aus, fast jede\_r fünfte Thüringer\_in glaubt, die Nachteile würden überwiegen. Gegenüber 2012 gibt es jedoch eine leichte Verbesserung der Bewertung: Vor zwei Jahren gaben noch ca. 30 Prozent der Befragten an, die Nachteile würden überwiegen (vgl. TM 2012: 36). Der Anteil der Befragten, die

eine eindeutig positive Bilanz ziehen, hat sich jedoch nicht wesentlich verändert; stattdessen ist der Anteil derjenigen gestiegen, die meinen, die Vorteile und Nachteile gleichen sich aus. Bei der Bewertung der Vor- und Nachteile gibt es deutliche Unterschiede zwischen Alters- und Bildungsgruppen. So sehen nur 15 Prozent der Bürger\_innen mit einem Schulabschluss unter der 10. Klasse die Vorteile überwiegen, bei Bürger\_innen mit mittlerer Reife sind es 26 Prozent, bei Abiturient\_innen 43 Prozent und bei (Fach-)Hochschulabsolvent\_innen 49 Prozent. Auch in der (überdurchschnittlich gut gebildeten) jüngsten Befragtengruppe der 18- bis 24-Jährigen sehen 49 Prozent mehr Vorteile für Deutschland. Da die meisten von Ihnen Studierende sind, ist wenig überraschend, dass auch in der Kategorie der Auszubildenden der Anteil derer, für die Vorteile überwiegen, signifikant höher (53 Prozent) als in anderen Befragtengruppen ist. Auch zwischen den Berufsgruppen gibt es Bewertungsunterschiede: Für 26 Prozent der Arbeiter\_innen überwiegen die Nachteile, bei den Selbständigen, Landwirt\_innen und Freiberufler\_innen – deren Berufsgruppe einen direkteren Bezug zu EU-Förderungsmaßnahmen, internationalen Kooperationspotentialen, Marktchancen und Freizügigkeitsregelungen hat – sind es hingegen nur 13 Prozent.

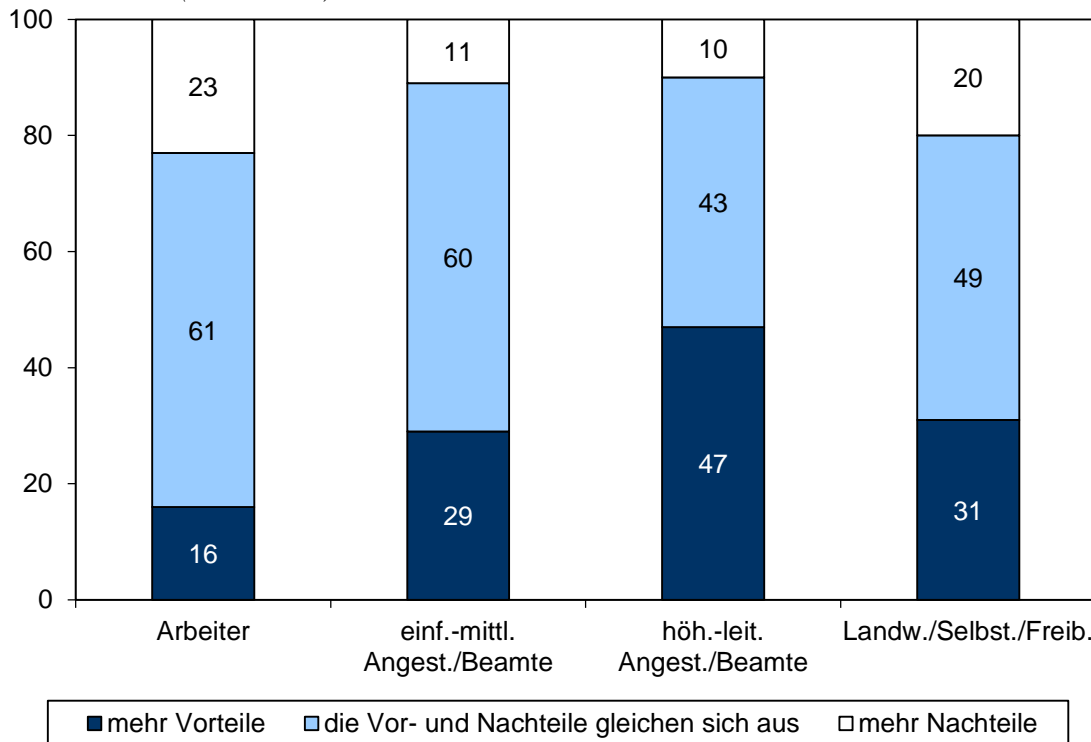
**Abb. 18:** *Beurteilung der Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft für Deutschland und für Thüringen*  
(in Prozent)



Bei der Beurteilung der Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft für Thüringen ergibt sich ein ähnliches Bild (nochmals Abb. 18), die hier dargestellten Prozentwertunterschiede gegenüber der Beurteilung der Konsequenzen für Deutschland sind insignifikant. Es gibt auch ähnliche Differentiale zwischen einzelnen Alters-, Bildungs- und Berufskategorien. Allerdings sind in einigen Befragtengruppen bei der Bewertung der Konsequenzen für Thüringen markante Unterschiede gegenüber ihrer Bewertung der Konsequenzen für Deutschland zu beobachten. So überwiegen für 43 Prozent der höheren oder

leitenden Angestellten und Beamt\_innen die Vorteile für Thüringen, nur für 33 Prozent von ihnen die Vorteile für Deutschland. Für 17 Prozent der Arbeitslosen überwiegen die Nachteile der EU-Mitgliedschaft für Deutschland, für sogar 30 Prozent der Arbeitslosen jedoch überwiegen die Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft für Thüringen.

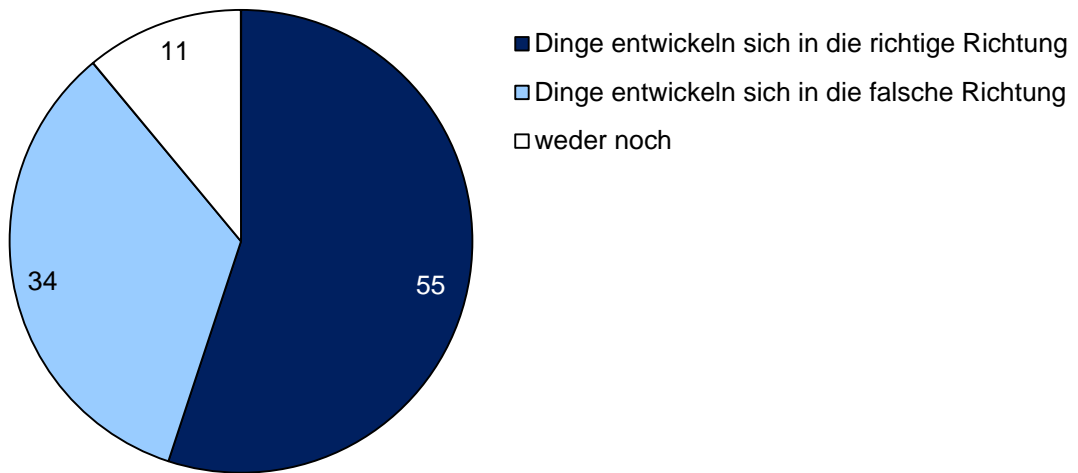
**Abb. 19: Persönliche Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft nach Berufsgruppe (in Prozent)**



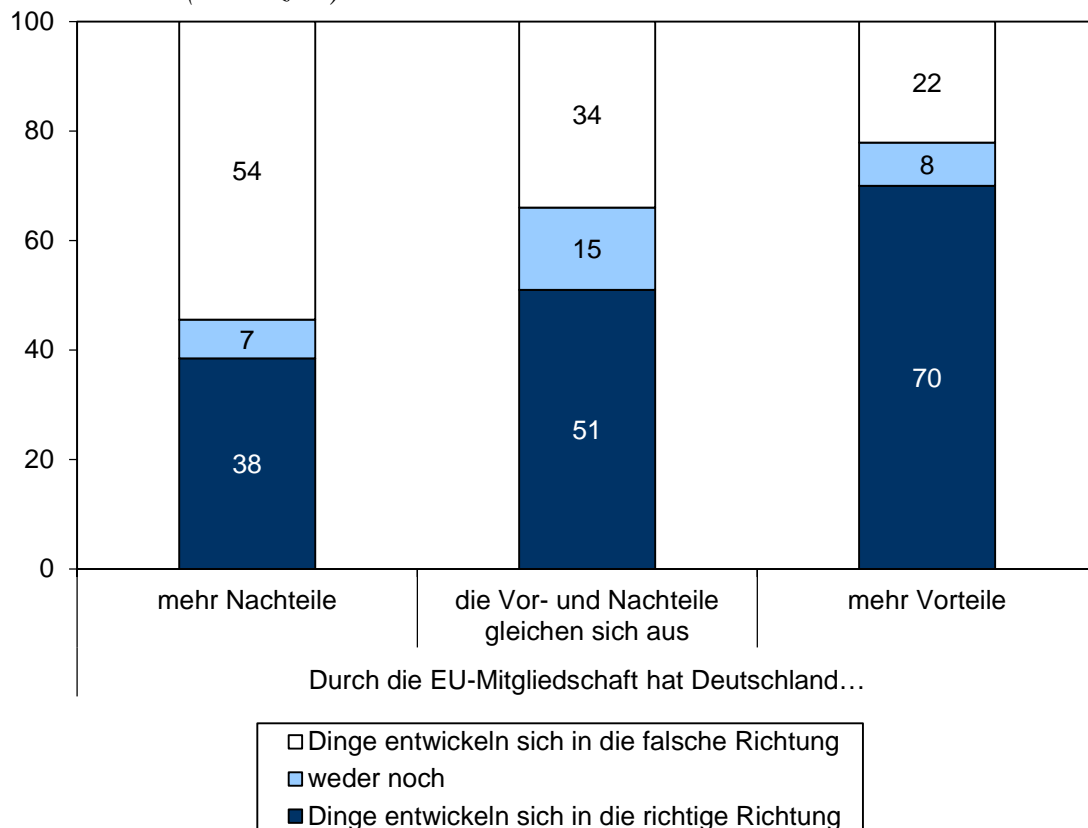
Bei der Beurteilung der Konsequenzen der deutschen EU-Mitgliedschaft für Thüringen ist der Anteil der Befragten, die die Antwort verweigerten, mit 16 Prozent relativ hoch – bei der Abwägung der Vor- und Nachteile für Deutschland beträgt dieser Anteil nur fünf Prozent. Gut ein Fünftel der geringqualifizierten und alten Befragten traut sich kein Urteil zu, doch auch in Befragtengruppen wie den Selbständigen, Landwirt\_innen und Freiberufler\_innen (16 Prozent), Arbeiter\_innen (17 Prozent) und (Fach-)Hochschulabsolvent\_innen (16 Prozent) konnten oder wollten viele Befragte keine Antwort geben. Der Anteil der Antwortverweigerungen ist zwar bei solchen Befragten besonders hoch, die angeben, politische Fragen schlecht verstehen und einschätzen zu können, allerdings steigt der Anteil der Antwortverweigerungen auch signifikant mit der Häufigkeit, mit der sich Befragte nach eigener Angabe über die Europäische Union informieren, und er variiert nur relativ schwach nach dem politischen Interesse der Befragten. Vermutlich sind für viele Thüringer\_innen die konkreten Auswirkungen der EU-Politik für ihren Freistaat zu intransparent, um eine Bilanz zu ziehen. Auch der Umstand, dass viele Befragte die Mittelkategorie „Die Vorteile und Nachteile gleichen sich aus“ gewählt haben, deutet auf Bewertungsunsicherheit angesichts der komplexen Problematik hin.



**Abb. 20:** *Bewertung der Entwicklung in der Europäischen Union*  
(in Prozent)



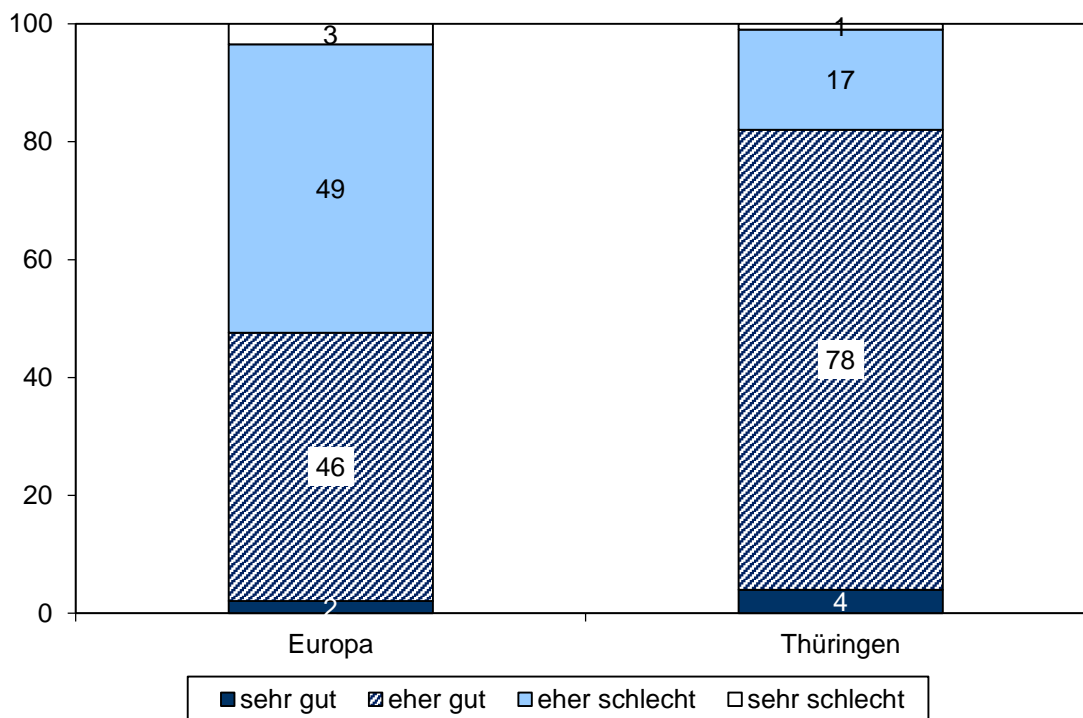
**Abb. 21:** *Bewertung der Entwicklung in der Europäischen Union nach Beurteilung der Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft*  
(in Prozent)



Ähnliches gilt für die Beurteilung der persönlichen Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft für die Befragten selbst (vgl. Abb. 19); auch bei dieser Frage gaben elf Prozent der Befragten keine Antwort. Bereits im THÜRINGEN-MONITOR 2012 konstatierten wir hier Schwierigkeiten „bei der Übertragung abstrakter europapolitischer Fragestellungen auf eigene alltagsweltliche Erfahrungen“ (vgl. TM 2012: 37). Damals antworteten

23 Prozent der Thüringer\_innen, für sie würden die persönlichen Vorteile überwiegen. 20 Prozent sahen mehr Nachteile für sich, 57 Prozent gaben an, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus. Demgegenüber gibt es 2014 eine deutliche Verbesserung: der Anteil der Befragten, für die die persönlichen Vorteile überwiegen, ist auf 27 Prozent gestiegen, der Anteil derer, die mehr persönliche Nachteile als Vorteile erkennen, auf 14 Prozent gesunken. 59 Prozent der Befragten geben an, ihre persönlichen Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft gleichen sich aus. Am häufigsten ziehen junge, hochqualifizierte und auszubildende Befragte eine positive Bilanz; mehr als jede\_r Zweite sieht überwiegend Vorteile, was mit den Bildungs-, Mobilitäts-, und Karrierechancen für diese Generation im vereinigten Europa zu begründen sein dürfte (vgl. TM 2012: 38). Auch 48 Prozent der höheren oder leitenden Angestellten und Beamt\_innen sehen überwiegend Vorteile. Negativer bewerten die Arbeiter\_innen, Landwirt\_innen und Arbeitslose. Von ihnen gibt mindestens jede\_r Fünfte an, mehr persönliche Nachteile als Vorteile zu haben.

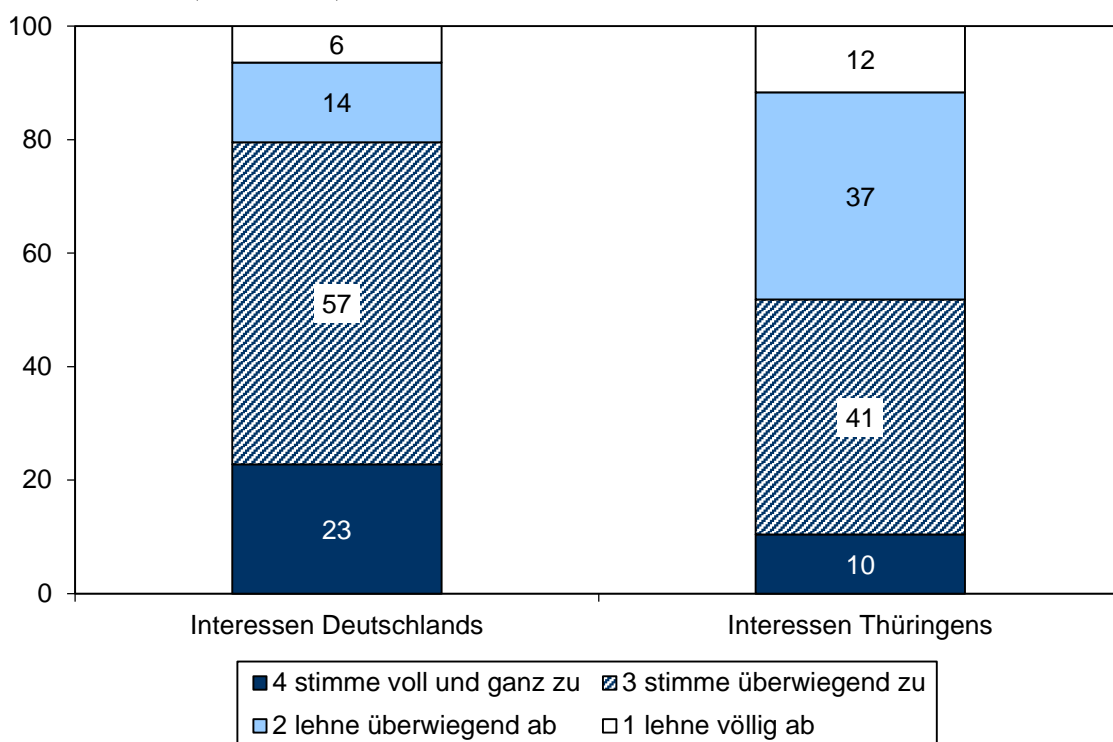
**Abb. 22: Beurteilung der heutigen wirtschaftlichen Lage in Europa und in Thüringen**  
(in Prozent)



Eine sehr allgemeine Frage ist, ob „sich die Dinge in der Europäischen Union derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln.“ Die Formulierung ist dem Fragenprogramm des Eurobarometers entnommen (Eurobarometer 81: T88). Im Juni 2014 meinten 26 Prozent der deutschen Befragten des Eurobarometers, die Dinge entwickelten sich in die richtige Richtung. 38 Prozent gaben an, die Dinge entwickelten sich in die falsche Richtung, 28 Prozent waren unentschieden. Die Befragten des THÜRINGEN-MONITORS 2014 urteilen positiver (Abb. 20): 55 Prozent sehen eine richtige Entwicklung, 34 Prozent eine falsche Entwicklung, nur elf Prozent sind unentschieden. Frauen sind dabei optimistischer als Männer, Arbeitslose pessimistischer als Befragte mit anderem Erwerbstätigkeitsstatus. Es überwiegen jedoch auch hier die positiven

Einschätzungen. In starkem Maße abhängig ist die Einschätzung davon, ob man die EU-Mitgliedschaft Deutschlands überwiegend positiv oder negativ bewertet: Wer mehr Vorteile als Nachteile erkennt, beurteilt auch die Entwicklung der Europäischen Union besser (Abb. 21). Bezüglich der wirtschaftlichen Lage in Europa kommen die Thüringer\_innen im Vergleich zur Situation in ihrem Bundesland insgesamt zu einer schlechteren Beurteilung; gerade 48 Prozent schätzen die Lage gut bis sehr gut ein (Abb. 22). Am häufigsten positiv bewerten Junge (64 Prozent) und Auszubildende (63 Prozent), am häufigsten negativ indessen Geringqualifizierte (61 Prozent), Arbeitslose (55 Prozent) und alte Thüringer\_innen (56 Prozent).

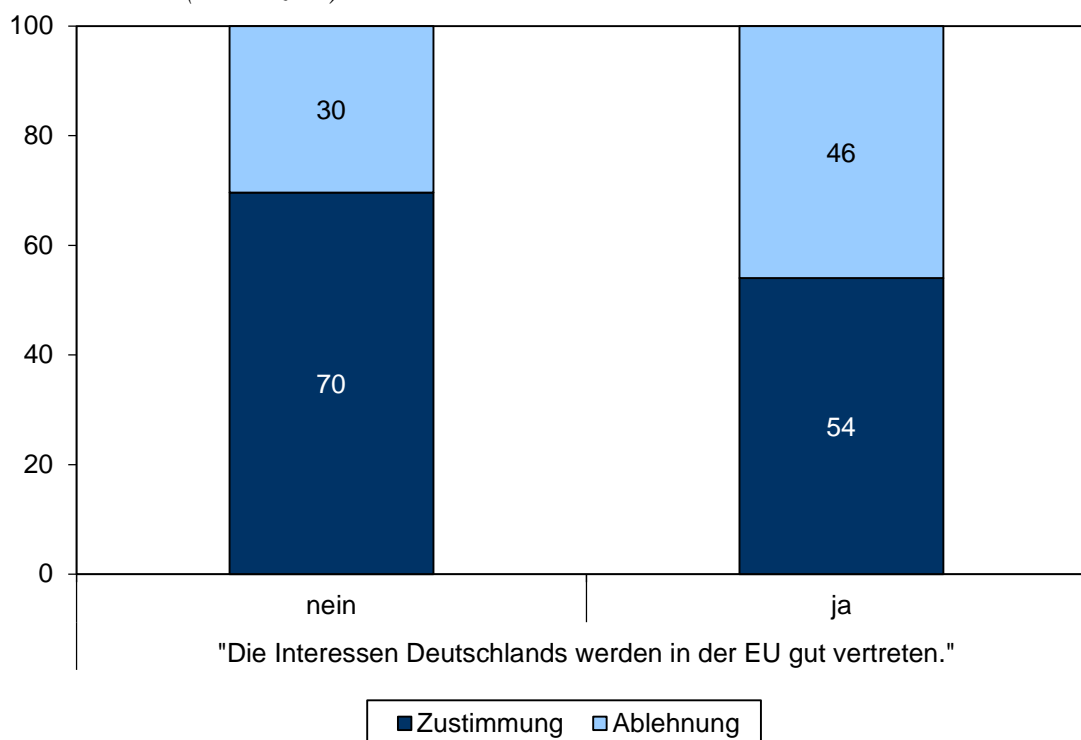
**Abb. 23:** *Einschätzung: „Die Interessen Deutschlands / Thüringens werden in der Europäischen Union gut vertreten.“*  
(in Prozent)



Des Weiteren wurden die Thüringer\_innen befragt, inwieweit sie denken, dass die Interessen Deutschlands und Thüringens in der Europäischen Union gut vertreten würden (Abb. 23). Dabei erfolgt hinsichtlich der Interessen Deutschlands eine markant positivere Bewertung als hinsichtlich der Interessen Thüringens. Die Hälfte aller Befragten (darunter auch knappe Mehrheiten in allen Berufsgruppen) lehnt die Aussage ab, die Interessen Thüringens würden gut vertreten. Nur unter über 59-Jährigen Befragten und (Fach-) Hochschulabsolvent\_innen sind deutliche Mehrheiten (60 bzw. 57 Prozent), unter Arbeitslosen sogar eine überraschend große Mehrheit (72 Prozent) der gegenteiligen Meinung, die Interessen Thüringens würden gut vertreten. Je positiver jedoch die Einschätzung des eigenen Verständnisses der Funktionsweise der Europäischen Union ist, desto positiver ist auch die Einschätzung der Vertretung Thüringer Interessen. Ungeachtet dessen sind insgesamt hohe Anteile von Unzufriedenen auszumachen, darunter zahlreiche Arbeiter\_innen, einfache bis mittlere Angestellte oder Beamt\_innen sowie Landwirt\_innen, Selbständige und Freiberufler\_innen.

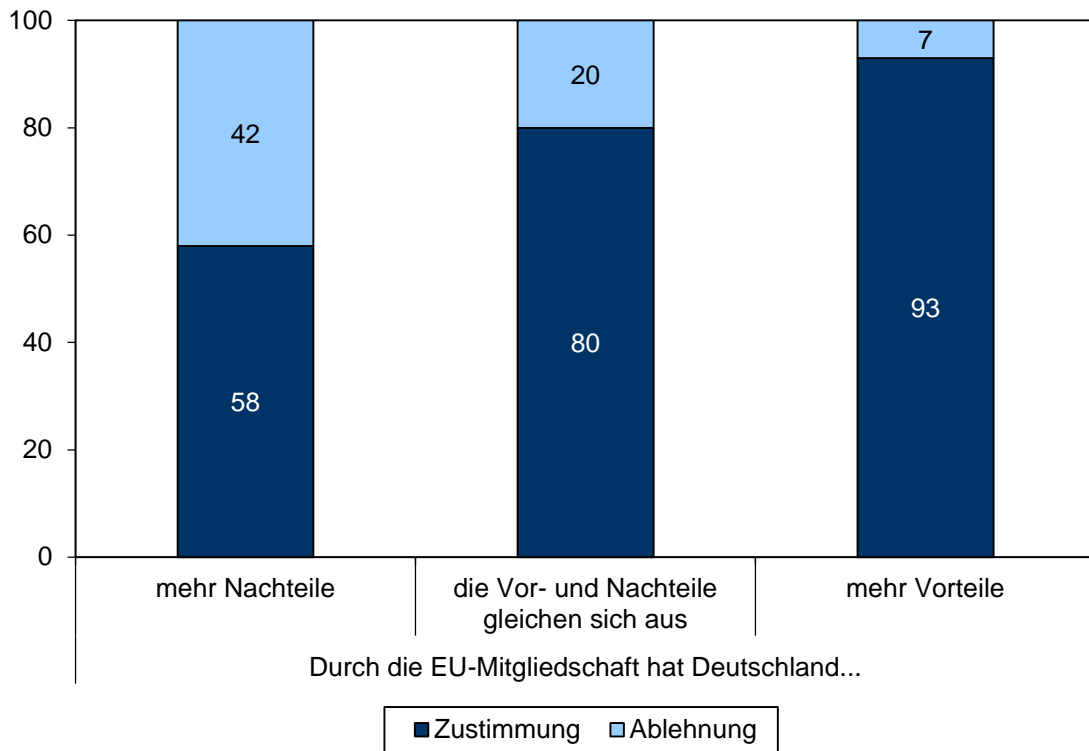
Es kann vermutet werden, dass die Befragten mehrheitlich die Bundesregierung als Agent deutscher Interessen und die Landesregierung als Agent Thüringer Interessen auffassen. Mit steigendem Vertrauen in die jeweilige politische Institution steigt auch die Zustimmung zur Aussage, dass die Interessen gut vertreten werden. Bezüglich der Bewertung der Interessenvertretung gibt es allerdings erneut ganz erhebliche Unterschiede zwischen den Anteilen der Antwortverweigerungen: Während zehn Prozent der Befragten kein Urteil über die Vertretung der Interessen Deutschlands in der Europäischen Union fällten, schwiegen 30 Prozent der Befragten zur Frage nach der Vertretung der Interessen Thüringens. Das Ausmaß der Antwortverweigerungen ist auch in gut qualifizierten, gut informierten und politisch kompetenten Befragtengruppen hoch (22–36 Prozent). Hier ist also erneut ein *weitverbreitetes Informationsdefizit* bzw. eine Unsicherheit über die Relevanz des problematisierten Sachverhalts in der Lebenswelt der Bevölkerung zu konstatieren.

**Abb. 24:** *Einschätzung: „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ im Kontext deutscher EU-Politik*  
(in Prozent)

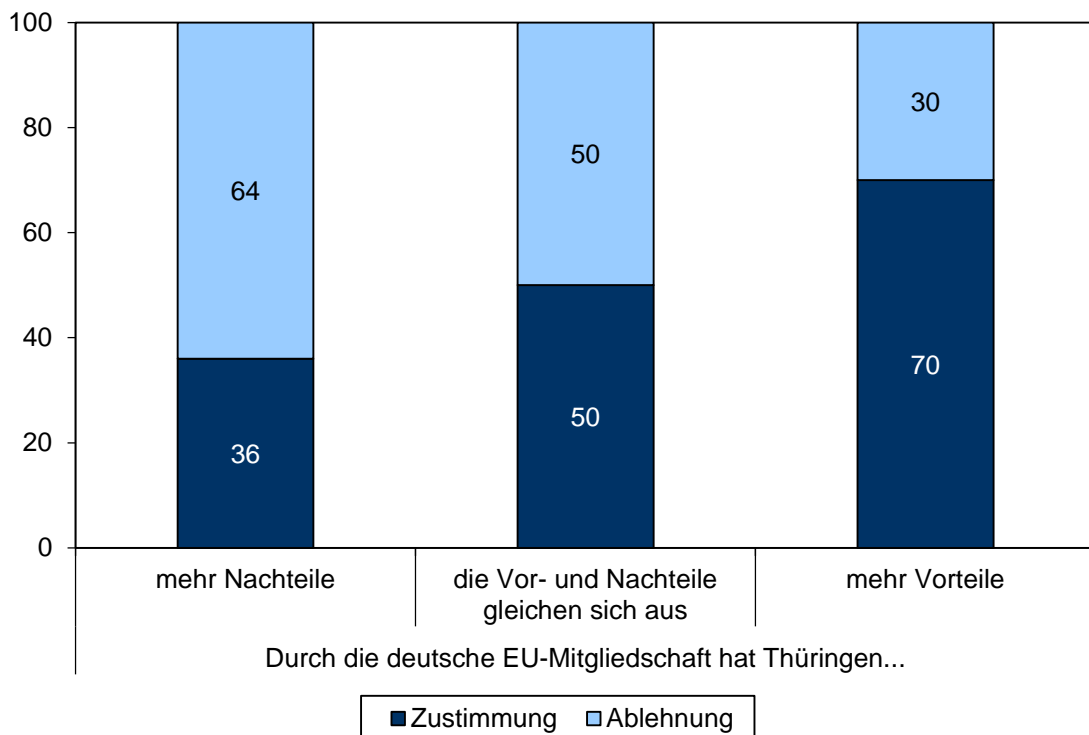


Folgerichtig erscheint die Forderung jener Thüringer\_innen, die Defizite bei der Vertretung deutscher Interessen in der Europäischen Union bekunden, nach einem „harten und energischen Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ (vgl. Abb. 24). Wie bei Validitätsprüfungen anhand von Daten des TM 2013 nachgewiesen werden konnte, lässt sich die (in Thüringen auch in diesem Jahr mehrheitliche) Zustimmung zu

**Abb. 25:** *Einschätzung: „Die Interessen Deutschlands werden in der Europäischen Union gut vertreten“ nach Beurteilung der Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft*  
(in Prozent)



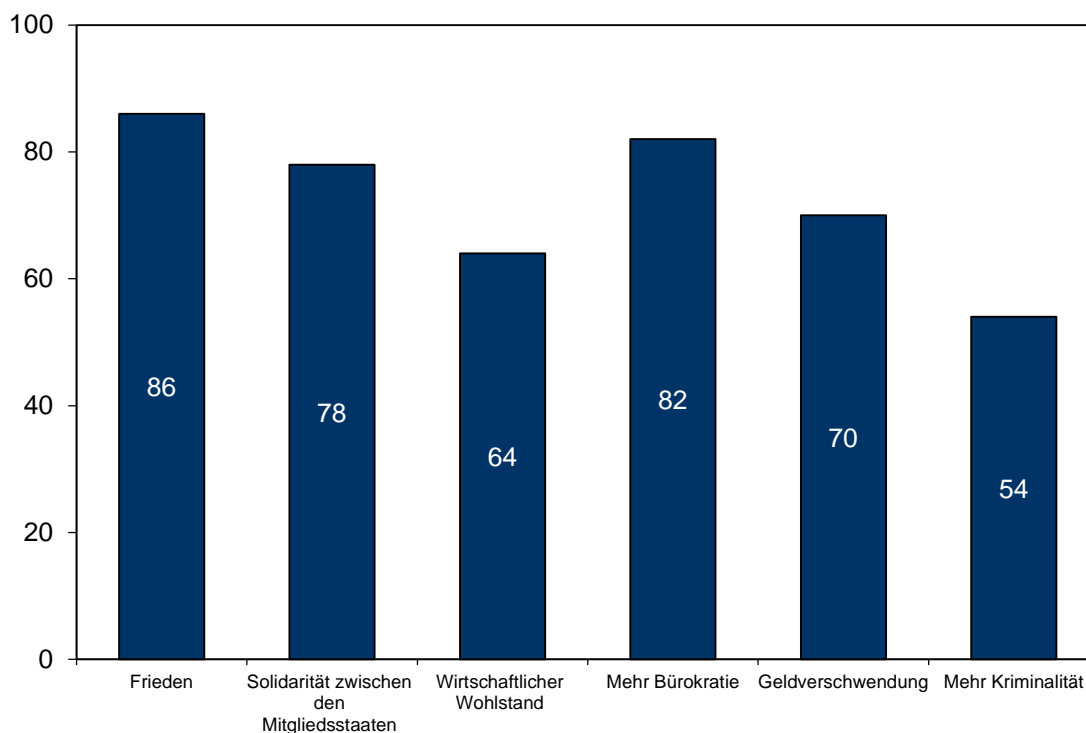
**Abb. 26:** *Einschätzung: „Die Interessen Thüringens werden in der Europäischen Union gut vertreten“ nach Beurteilung der Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft für Thüringen*  
(in Prozent)



dieser Aussage nicht auf die Übernahme chauvinistischer und nationalistischer Einstellungen reduzieren (vgl. Kapitel IV.3 sowie ausführlich Best / Salomo 2014). Vielmehr drückt sich darin oftmals der Wunsch nach entschlossenem Handeln deutscher EU-Politiker\_innen zur Wahrnehmung von sachbezogenen Interessen aus, die von demokratischen Bürger\_innen als legitim betrachtet werden.

Deutliche Zusammenhänge gibt es auch zwischen den Einschätzungen, wie die Interessen Deutschlands und Thüringens in der Europäischen Union vertreten werden, und der Beurteilung der jeweiligen Vorteile und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft (Abb. 25 und 26). Hier treten nochmals große Bewertungsunterschiede hinsichtlich Deutschland und Europa zutage. Es ist ersichtlich, dass eine positive Gesamtbilanz der deutschen Mitgliedschaft mit einer positiveren Beurteilung der Interessenvertretungen einhergeht, wengleich selbst Befragte, die mehr Nachteile als Vorteile für Deutschland erkennen, der Vertretung deutscher Interessen mehrheitlich als gut bewerten. Bezüglich Thüringen erfolgt eine verhaltenere Einschätzung: fast ein Drittel derer, die überwiegend Vorteile für Thüringen erkennen, äußern sich noch kritisch zur Vertretung Thüringer Interessen.

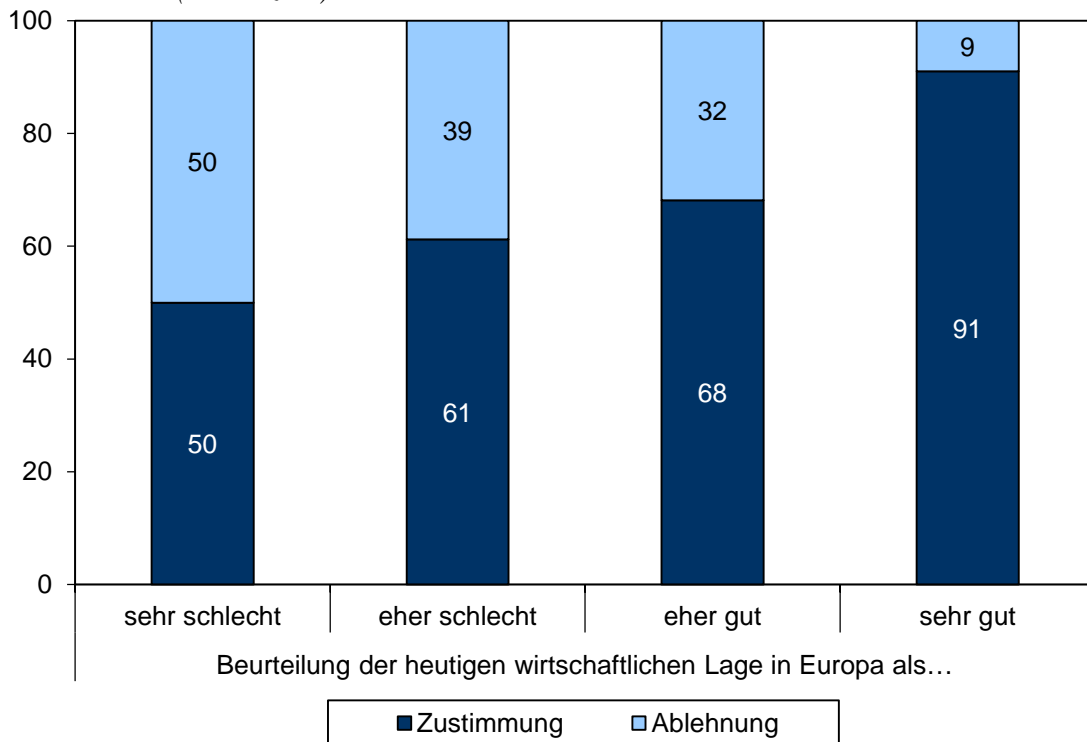
**Abb. 27:** „Was bedeutet die Europäische Union für unser Land?“  
(in Prozent)



Bereits im THÜRINGEN-MONITOR 2012 wurde deutlich, dass die Thüringer\_innen gegenüber dem Europäischen Vereinigungsprozess eine ambivalente bis skeptische Haltung einnehmen: Während positive Errungenschaften wie die Freizügigkeit und die kulturelle Annäherung pauschal begrüßt werden und eine überwiegende Identifikation mit abstrakten Ideen der Europäisierung und Internationalisierung stattfindet, werden die Auswirkungen der Europäischen Union – z. B. hinsichtlich der Aufnahme weiterer Mitgliedsländer oder bezüglich der nationalstaatliche Souveränität Deutschlands – kritisch betrachtet und wirtschaftliche Aspekte vor allem hinsichtlich der für Deutschland entstehenden

Kosten betrachtet (vgl. TM 2012: 38 f.). Im THÜRINGEN-MONITOR 2014 wurde deshalb untersucht, inwieweit die Thüringer\_innen die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union mit bestimmten positiven und negativen Begriffen assoziieren (Abb. 27). Erst so ergibt sich ein differenzierteres Bild.

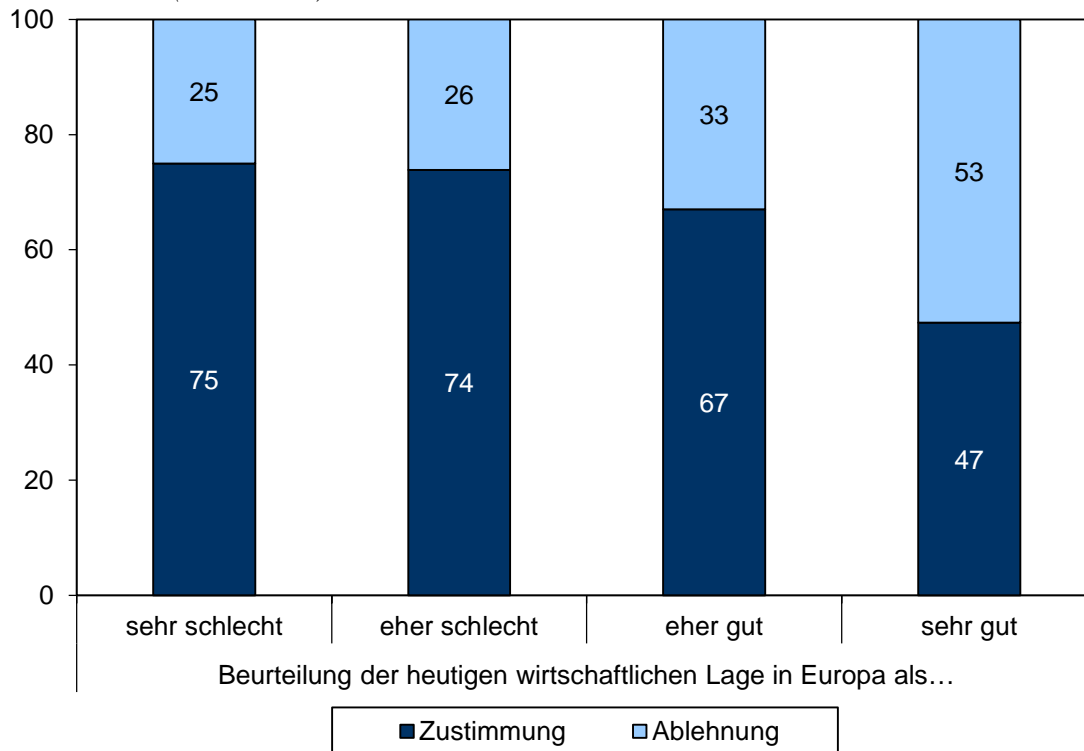
**Abb. 28:** „Was bedeutet die Europäische Union für unser Land?“, *Wirtschaftlicher Wohlstand – Zustimmung nach Beurteilung der heutigen wirtschaftlichen Lage in Europa*  
(in Prozent)



Positiv konnotierte Bedeutungsinhalte – Frieden, Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten sowie wirtschaftlichen Wohlstand – erkennen die überwiegende Mehrheit der Thüringer\_innen an. Unumstritten ist die friedensstiftende Leistung des europäischen Vereinigungsprozesses – steht doch die Europäische Union im 100. Jahr nach Beginn des Ersten Weltkrieges für politische Stabilität und Sicherheit. Interessant ist, dass die befragten Thüringer\_innen die Bedeutung „Frieden“ sehr viel häufiger bejahen als die zum gleichen Stichwort befragten Deutschen im diesjährigen Eurobarometer, wo lediglich 43 Prozent zustimmten (vgl. Eurobarometer 81: T33). Auch wirtschaftlichen Wohlstand erkennen sehr viel mehr Thüringer\_innen an als Deutsche insgesamt (14 Prozent). Zwar muss beachtet werden, dass im Eurobarometer im Kontext zusätzlich zu den von uns verwendeten Begriffen noch andere Bedeutungsinhalte abgefragt worden sind und sich dadurch eine gewisse veränderte Antwortverteilung erklären lässt, dennoch ist die ausgesprochen positive Assoziation der Thüringer\_innen auffällig. Mit der Anerkennung dieser Auswirkungen der Europäischen Union auf Deutschland verbessert sich selbstverständlich auch die Globalbewertung der Vor- und Nachteile für Deutschland. In dem Maße, wie positiven Assoziationen insgesamt nur geringfügig häufiger zugestimmt wird als negativen Assoziationen, ist auch das Urteil der Mehrheit der Befragten erklärbar, die Vorteile und

Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft glichen sich aus. Die Anerkennung des Bedeutungsinhalts „wirtschaftlicher Wohlstand“ ist stark dadurch beeinflusst, wie die „heutige wirtschaftliche Lage“ in Europa beurteilt (vgl. Abb. 28).

**Abb. 29:** „Was bedeutet die Europäische Union für unser Land?“, Geldverschwendung – Zustimmung nach Beurteilung der heutigen wirtschaftlichen Lage in Europa  
(in Prozent)

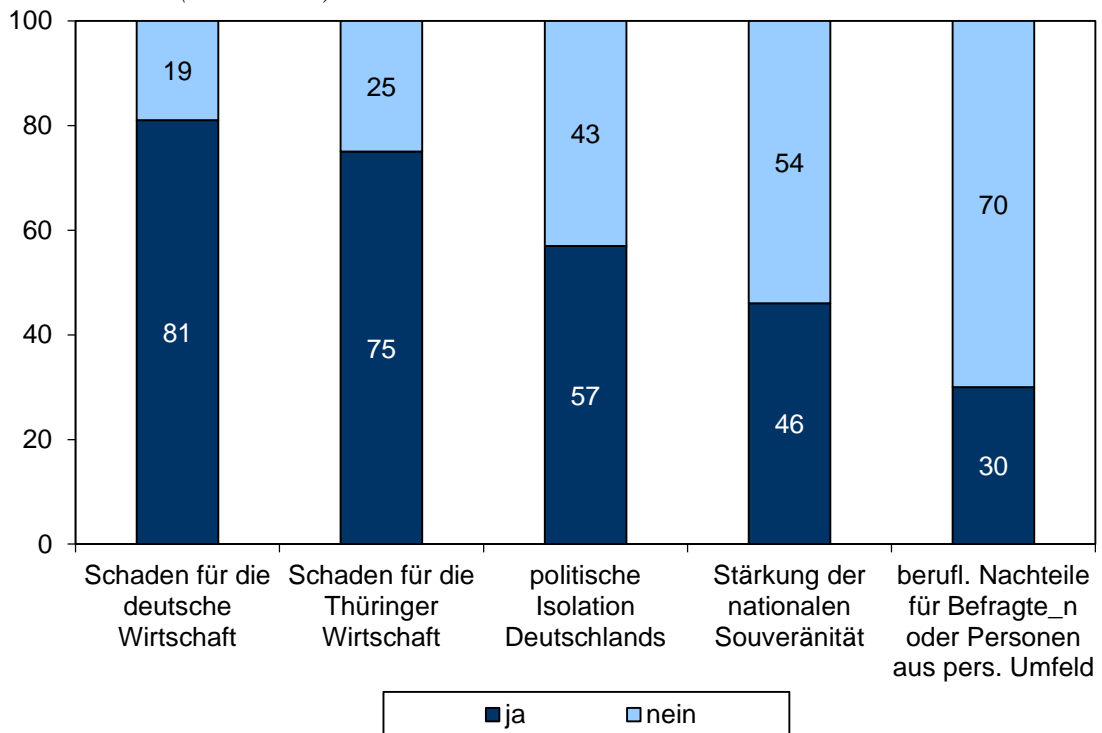


Den Bedeutungsinhalt „Mehr Bürokratie“ erkennen auch die meisten Thüringer\_innen an, die eine positive Gesamtbilanz ziehen. Die bekannte Vorstellung von der Europäischen Union als Inbegriff der Überbürokratisierung ist demnach sehr weit in der Bevölkerung verbreitet und sozusagen „Allgemeinwissen“ über Europa – was vermutlich weniger der eigenen Erfahrung bzw. Betroffenheit im Alltag zuzurechnen ist als der Berichterstattung über EU-Regelungen und -Verordnungen durch die Medien. Die Zustimmung zu den Bedeutungsinhalten „Geldverschwendung“ und „Mehr Kriminalität“ führt indes statistisch signifikant zu einer schlechteren Einschätzung der Vorteile und Nachteile. Doch auch hier stimmen große Mehrheiten der Bevölkerung zu; außerdem werden erneut markant höhere Zustimmungswerte erzielt als in der Vergleichsbefragung für Gesamtdeutschland, wo (bei abweichendem, aber ähnlichem Wortlaut der Frageformulierung) lediglich von 39 Prozent „Bürokratie“, 38 Prozent „Geldverschwendung“ und 24 Prozent „Mehr Kriminalität“ genannt wurden (vgl. Eurobarometer 81: T34). Die Bedeutungsinhalte „Geldverschwendung“ und „Mehr Kriminalität“ werden am häufigsten von hochqualifizierten, sowie jungen, in Ausbildung befindlichen Thüringer\_innen abgelehnt. Im Übrigen wird die Zustimmungstendenz zur Aussage, die Europäische Union bedeutete für Deutschland Geldverschwendung, signifikant durch eine ungünstigere Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Europa erhöht (Abb. 29). Allgemein ließe sich sagen, dass die



Thüringer\_innen in allgemeinen Fragen zur Europäischen Union durchaus zu starken, aber ambivalenten Wertungen gelangen.

**Abb. 30:** *Konsequenzen eines angenommenen Austritts Deutschlands aus der Europäischen Union*  
(in Prozent)



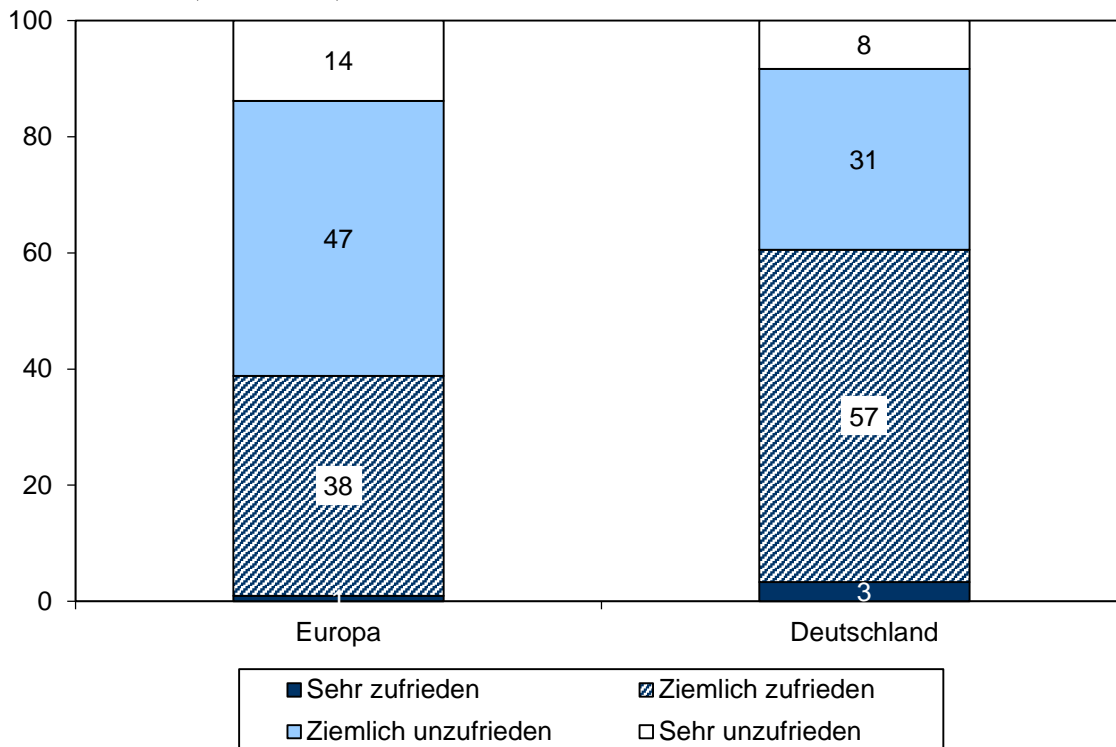
Erst wenn man etwas verliert, kann man seinen Wert wirklich beurteilen – von dieser Redensart inspiriert war die Idee, die Thüringer\_innen nach den Konsequenzen eines angenommenen Austritts Deutschlands aus der Europäischen Union zu befragen (Abb. 30). Hierbei kommt zum Ausdruck, dass die große Mehrheit der Befragten den wirtschaftlichen Nutzen Europas (für Deutschland und Thüringen) anerkennt. Eine deutliche Mehrheit bekennt sich auf diesem indirekten Wege auch zum politischen Nutzen der Einbindung in die Europäische Union, deren Aufgabe nur von einer Minderheit mit der Stärkung nationaler Souveränität einherginge. Nur berufliche Nachteile würden demgegenüber die wenigsten Befragten für sich oder für Menschen in ihrem persönlichen Umfeld mit einem fiktiven Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union assoziieren. Dabei kommt allerdings zum Tragen, dass sich für einige Berufsgruppen die Abhängigkeit von supranationalen Wirtschaftsbeziehungen in ihrem Alltag unmittelbar erfahrbar ist, zum Beispiel durch den EU-weiten Export Thüringer Produkte. Berufliche Nachteile fürchten 33 Prozent der Arbeiter\_innen, hingegen nur 16 Prozent der einfachen bis mittleren Angestellten und Beamt\_innen sowie 19 Prozent der Landwirt\_innen, Selbständigen und Freiberufler\_innen. Auch 32 Prozent der Arbeitslosen und sogar 42 Prozent der Auszubildenden prognostizieren für sich berufliche Nachteile für den Fall, dass Deutschland nicht mehr EU-Mitglied wäre.

### 1.3 Demokratie und Partizipation

Gegenüber der Demokratie, wie sie „in Europa in der Praxis funktioniert“, äußert eine deutliche Mehrheit der Thüringer\_innen Vorbehalte (vgl. Abb. 31). Lediglich etwa 38 Prozent der Befragten geben an, zufrieden zu sein, sogar ein Prozent, sehr zufrieden zu sein. Hier gibt es einen deutlichen Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Befragten: 44 Prozent der Frauen sind ziemlich zufrieden oder sehr zufrieden, während nur 34 Prozent der Männer dieses positive Resümee ziehen. 17 Prozent der Männer sind sogar sehr unzufrieden; bei den Frauen sind es nur zehn Prozent. Die Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen weist mit 69 Prozent den höchsten Anteil Unzufriedener auf, die jüngste Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen hingegen mit 50 Prozent den höchsten Anteil Zufriedener. Gerade eher hochqualifizierte Thüringer\_innen mit Angestellten- oder Beamtenstatus ziehen vergleichsweise positive Bilanzen, so beispielsweise die höheren oder leitenden Angestellten und Beamt\_innen mit 46 Prozent. Bei Arbeitslosen (68 Prozent Unzufriedene), Arbeiter\_innen (64 Prozent) und Befragten mit einem niedrigen Bildungsabschluss (64 Prozent) ist hingegen die Kritik am stärksten ausgeprägt. Auch 69 Prozent der Landwirt\_innen, Selbständigen und Freiberufler sind unzufrieden.

**Abb. 31:** *Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis in Europa und Deutschland*

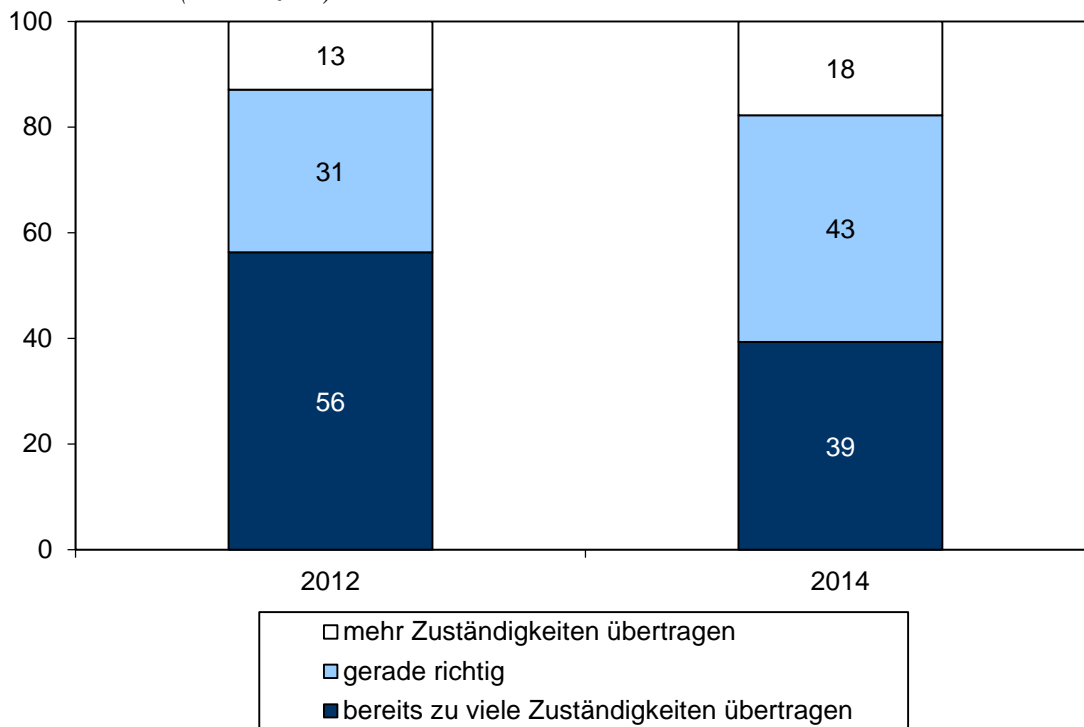
(in Prozent)



Insgesamt äußern sich die Thüringer\_innen leicht unzufriedener mit der Demokratie in Europa als die im Eurobarometer befragten Deutschen und Europäer\_innen, von denen jeweils knapp die Hälfte sehr oder ziemlich zufrieden war (vgl. Eurobarometer 81: T69). Auffällig ist die mehrheitliche Unzufriedenheit der Thüringer\_innen mit der demokratischen Praxis in Europa auch im Vergleich zu ihrer höheren Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis in Deutschland, wobei sich dieses Gefälle auch in einem deutlichen

Vertrauensdefizit gegenüber den demokratischen Institutionen der Europäischen Union zum Ausdruck kommt. Der Landes- und Bundesregierung bringen die Thüringer\_innen mehr Vertrauen entgegen (vgl. Kapitel IV). Allerdings sind die Thüringer Befragten auch mit der demokratischen Praxis in Deutschland unzufriedener als die deutschen Befragten des Eurobarometers, von denen 72 Prozent sehr oder ziemlich zufrieden waren.

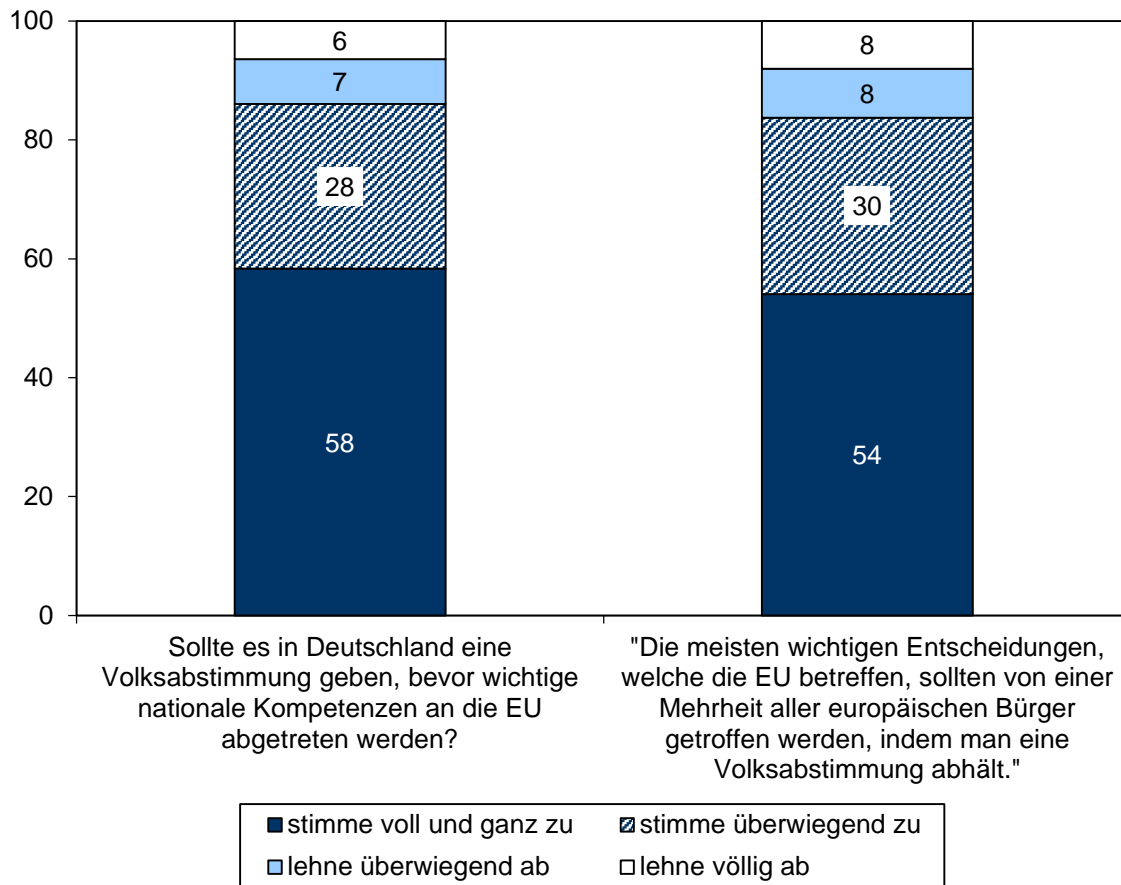
**Abb. 32:** *Abgabe von nationalen Zuständigkeiten an Europa: 2012, 2014*  
(in Prozent)



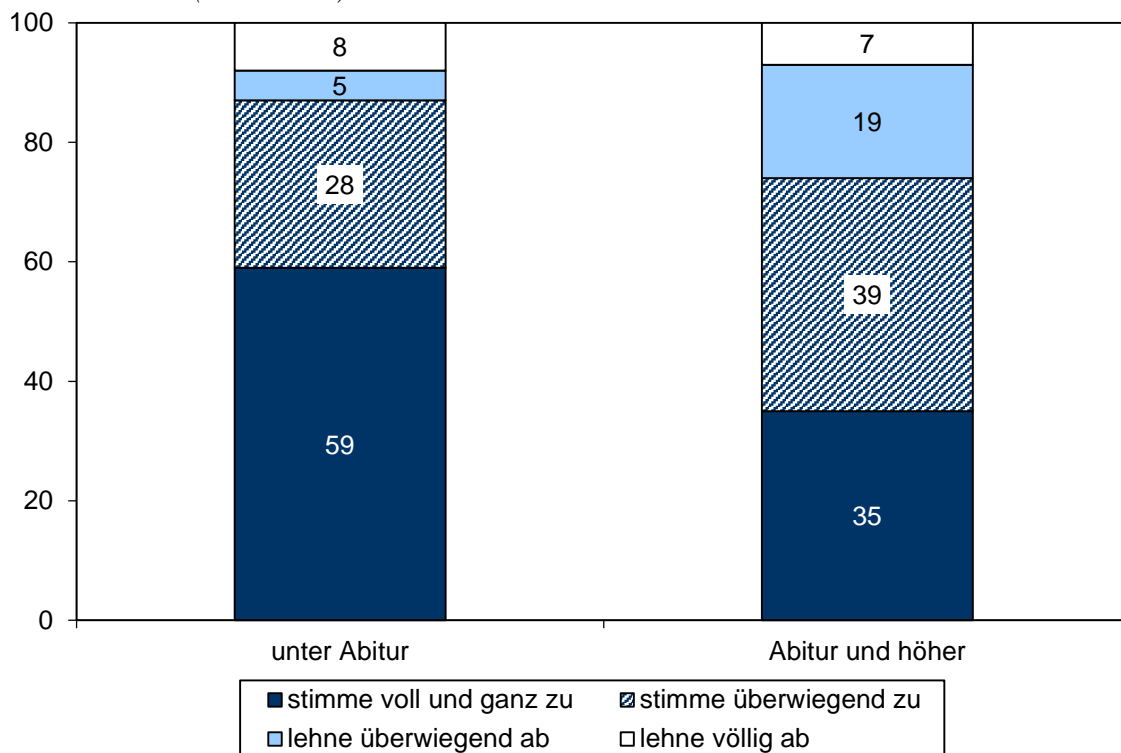
Die Unzufriedenheit der Thüringer\_innen mit der demokratischen Praxis in Europa spiegelt sich in der mehrheitlichen Befürwortung von größerer demokratischer Direktbeteiligung bei europarelevanten Grundsatzentscheidungen – sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf europäischer Ebene – wieder. 86 Prozent der Befragten stimmen insgesamt der Aussage zu, die Abgabe wichtiger nationaler Entscheidungen plebiszitär entscheiden zu lassen (Abb. 33). Dies muss vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass bereits im THÜRINGEN-MONITOR 2012 eine Mehrheit von 56 Prozent der Aussage zustimmten, es seien bereits zu viele Zuständigkeiten an die Europäische Union übertragen worden. Lediglich 13 Prozent sprachen sich für die Übertragung weiterer Kompetenzen aus (vgl. TM 2012: 38). In der Befragung zum THÜRINGEN-MONITOR 2014 sind nur noch 39 Prozent der Meinung, es seien bereits zu viele Zuständigkeiten an die Europäische Union übertragen worden, die Mehrheit verbleibt jedoch kritisch bis skeptisch (Abb. 32). Auch die Mehrheit der deutschen Befragten im Eurobarometer lehnt es im Übrigen ab, dass „mehr Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen werden“ sollten (vgl. Eurobarometer 81: T74).

84 Prozent der Thüringer\_innen befürworten Volksabstimmungen auf gesamteuropäischer Ebene bei wichtigen europapolitischen Entscheidungen. Eine Stärkung basisdemokratischer Elemente in der Europäischen Union wird in allen Befragtengruppen mehrheitlich befürwortet. Die höchsten Anteilswerte von Ablehnungen sind bei hochqualifizierten

**Abb. 33:** *Befürwortung von Volksabstimmungen in Deutschland und in Europa*  
(in Prozent)

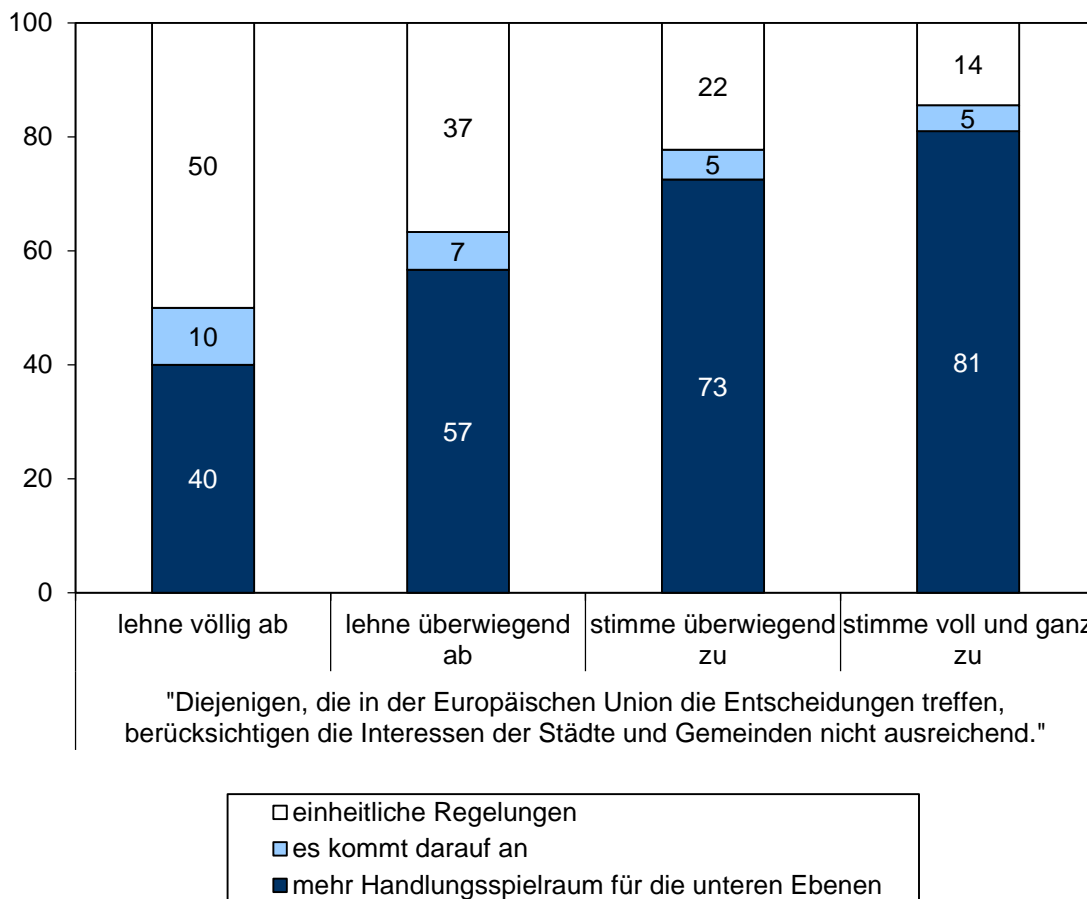


**Abb.34:** *Befürwortung von Volksabstimmungen in Europa bezüglich wichtiger europäischer Entscheidungen nach Bildung*  
(in Prozent)



Befragten (vgl. Abb. 34) sowie höheren oder leitenden Angestellten und Beamt\_innen zu beobachten. Nach der Wahrnehmung weiter Teile der Bevölkerung würde jedoch der Europäischen Union mehr Mitsprache „von unten“ gut zu Gesicht stehen: fast zwei Drittel der Befragten befürworten „mehr Handlungsspielraum für die unteren Ebenen“ statt „einheitlicher Regelungen“. Gespeist wird diese klare Präferenz u. a. von der Einschätzung, dass die Interessen von Städten und Gemeinden auf der EU-Ebene *nicht ausreichend* berücksichtigt würden, die insgesamt sogar 83 Prozent der Befragten teilen (vgl. Abb. 35). In Bezug auf die demokratische Praxis in der Europäischen Union und die Auswirkungen auf Subsidiarität und Autonomie kommen die Thüringer\_innen also zu einem kritischen Urteil.

**Abb. 35:** *Forderung nach „mehr Handlungsspielraum für die unteren Ebenen“ statt „einheitlicher Regelungen“ nach Einschätzung, dass die Interessen von Städten und Gemeinden auf der EU-Ebene nicht ausreichend berücksichtigt würden*  
(in Prozent)

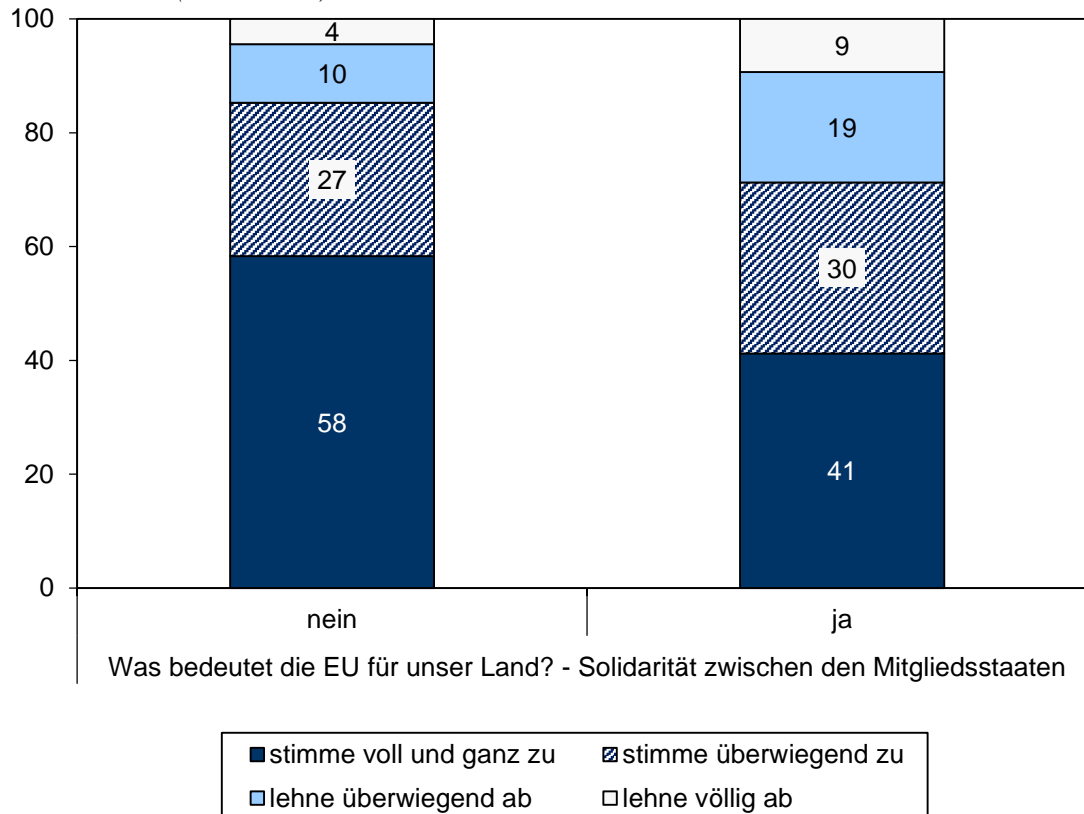


#### 1.4 Wirtschaftspolitik

In der Debatte um verschuldete und krisengeschüttelte EU-Mitgliedsstaaten und die Rettungsmaßnahmen der europäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik ist in den letzten Jahren vor allem die Frage der Schuldenübernahme durch wohlhabendere und wirtschaftsstarke Mitgliedsstaaten wie Deutschland aufgeworfen worden. 73 Prozent der Thüringer\_innen sind indessen der Meinung, dass Deutschland nicht für die Schulden anderer

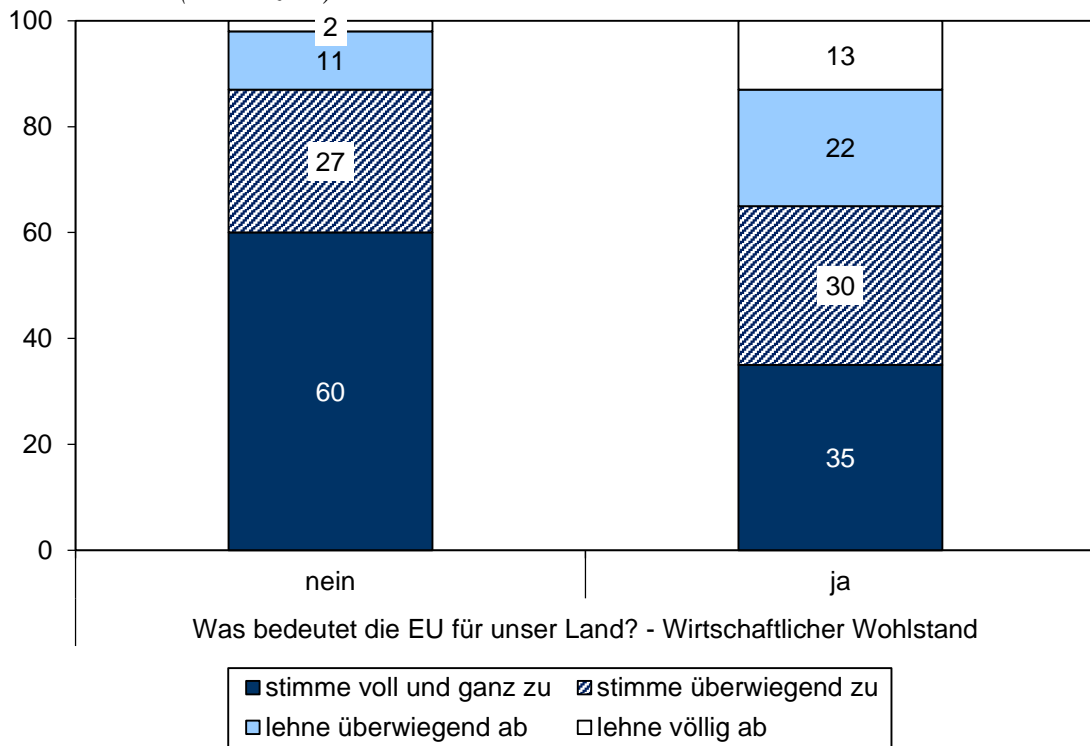
EU-Länder eintreten sollte. Nur unter Abiturient\_innen (55 Prozent) und (Fach-)Hochschulabsolvent\_innen (54 Prozent) wird diese ablehnende Haltung wesentlich seltener vertreten.

**Abb. 36:** *„Deutschland sollte nicht für die Schulden anderer EU-Länder eintreten“ nach Bedeutung der Solidarität zwischen den EU-Mitgliedsstaaten (in Prozent)*

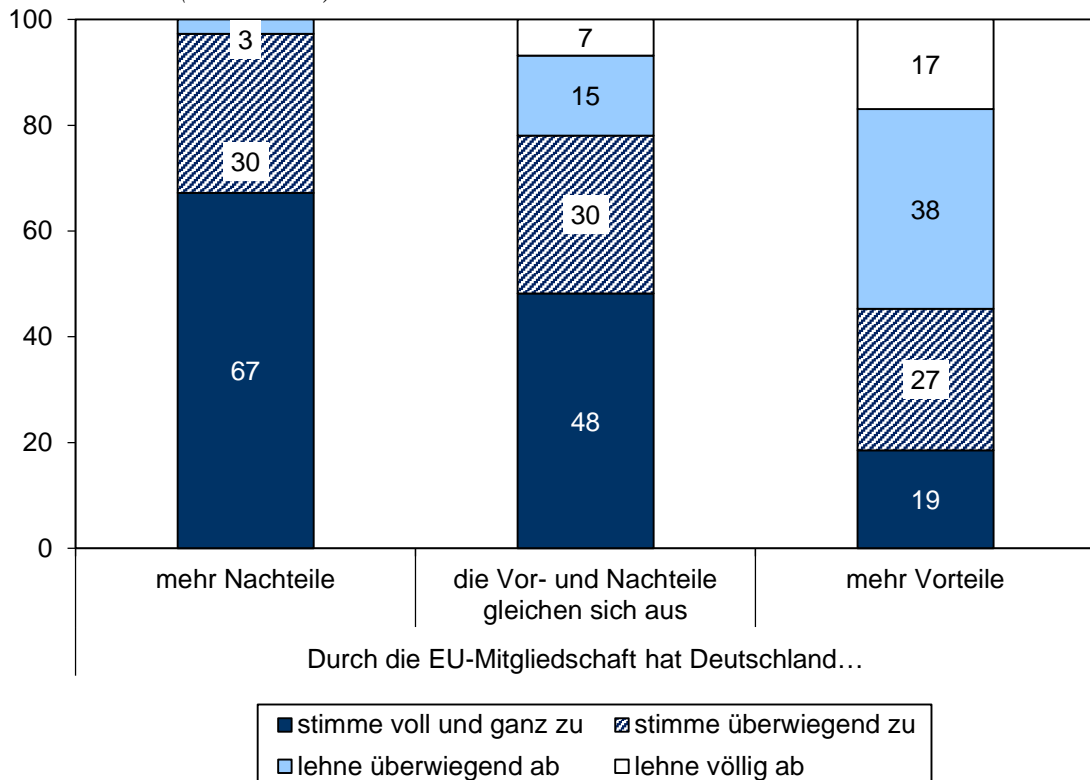


Eine Absage an die Übernahme von Schulden wird auch von solchen Befragten noch mehrheitlich vertreten, die die Bedeutung der Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union sowie die Bedeutung der Europäischen Union für den wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland anerkennen (Abb. 36 und 37). Allerdings führt eine positive Beurteilung der Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft durchaus signifikant häufiger zu der Einstellung, dass Deutschland für die Schulden anderer EU-Länder eintreten sollte (Abb. 38). Wie nationale Befragungsdaten nahelegen, stehen die Thüringer\_innen mit ihrer allgemein ablehnenden Haltung nicht allein da: In einer im September 2013 vorgestellten deutschlandweiten Befragung des Instituts YouGov hatte sich die Deutschen „mehrheitlich gegen jede Form der finanziellen Unterstützung von anderen Mitgliedsstaaten“ ausgesprochen (<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/09/03/umfrage-mehrheit-der-deutschen-lehnen-mehr-eu-ab/>). Überwiegend positiv ist hingegen die Einstellung der Thüringer\_innen zur gemeinsamen Währung Euro. Nur 29 Prozent der Befragten wollen zur D-Mark zurückkehren, wobei besonders EU-kritische Thüringer\_innen deutlich häufiger den Euro ablehnen (Abb. 39). Eine Rückkehr zur D-Mark wird auch von tendenziell von Befragten bevorzugt, die als (subjektiv) depriviert, politisch desinteressiert bis apathisch sowie fremdenfeindlich und nationalistisch beschrieben werden können.

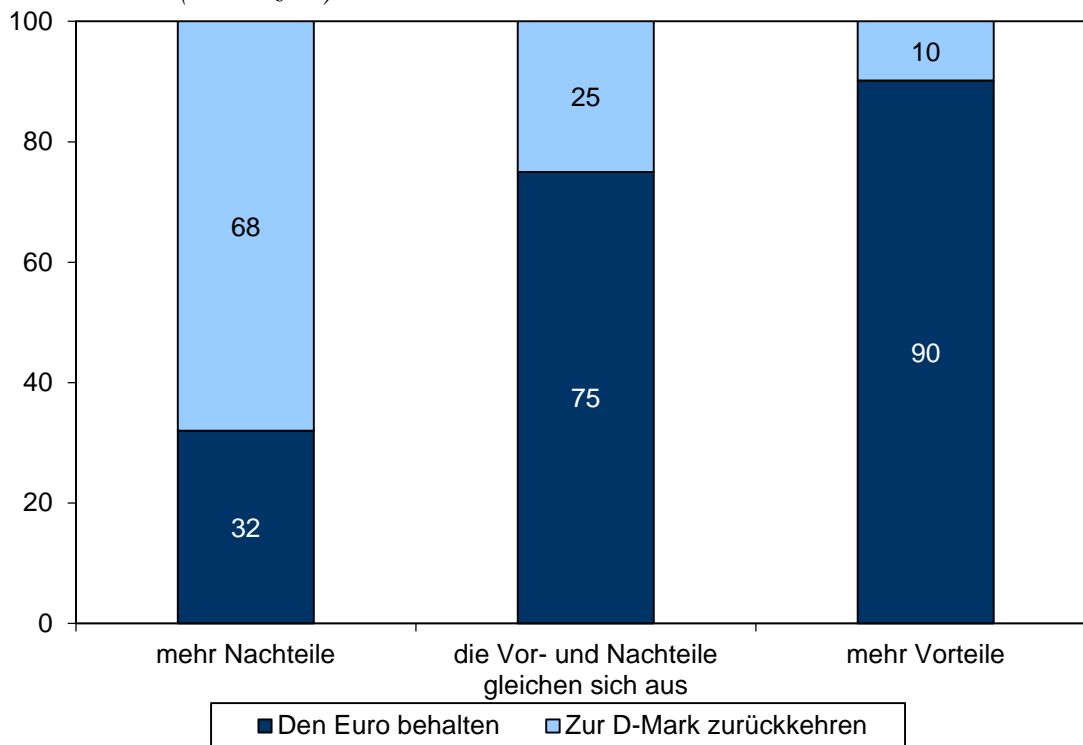
**Abb. 37:** „Deutschland sollte nicht für die Schulden anderer EU-Länder einstehen“ nach Anerkennung der Bedeutung der Europäischen Union für den wirtschaftlichen Wohlstand Deutschlands  
(in Prozent)



**Abb. 38:** *Einschätzung:* „Deutschland sollte nicht für die Schulden anderer EU-Länder einstehen“ nach Beurteilung der Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft  
(in Prozent)



**Abb. 39:** „Euro behalten“ vs. „zur D-Mark zurückkehren“ nach Beurteilung der Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft (in Prozent)



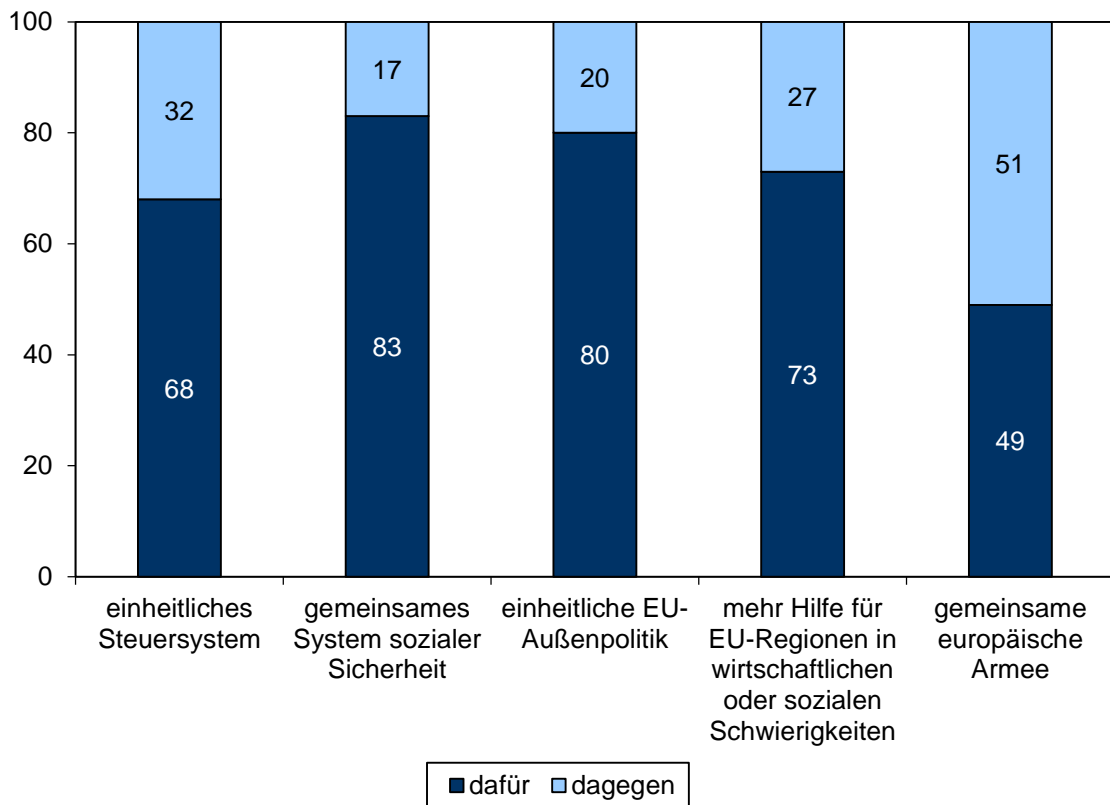
## 2. Perspektiven des europäischen Integrationsprozesses

### 2.1 Politikziele und Politikfelder

Die (sehr allgemeine) Absage der Thüringer\_innen an eine Abgabe weiterer nationalstaatlicher Verantwortung bedeutet keineswegs, dass sie sich gegen die Weiterentwicklung einer gemeinsamen EU-Politik aussprechen. So gibt es einige politische Maßnahmen und einheitliche Regelungen (!) in der Europäischen Union, deren Einführung *in den nächsten zehn Jahren* die Thüringer\_innen teilweise mit sehr großen Mehrheiten begrüßen würden (vgl. Abb. 40). Offensichtlich ist, dass dies der bereits diskutierten Befürwortung von „mehr Handlungsspielraum für die unteren Ebenen“ durch die ebenfalls große Mehrheit der Befragten widerspricht und sich solche Maßnahmen in der Realität wohl auch nur durch die Abgabe weiterer nationalstaatlicher Verantwortung an die Europäische Union bewerkstelligen ließen. Besonders populär sind ein gemeinsames System sozialer Sicherheit (vgl. Abb. 41) und eine einheitliche EU-Außenpolitik. Auch „mehr Hilfe für EU-Regionen in wirtschaftlichen oder sozialen Schwierigkeiten“ erscheint 73 Prozent aller Thüringer\_innen hier als *abstrakt genannte Kategorie* ein gutes Ziel, vor allem denen, denen „Solidarität“ in der Europäischen Union (abstrakt) etwas bedeutet (Abb. 42). Wie eine solche Hilfe jedoch ohne finanziellen Beitrag Deutschlands (z.B. zur Entschuldung dieser Regionen, s.o.) realisiert werden sollte, wurde nicht abgefragt und muss deshalb an dieser Stelle offenbleiben.

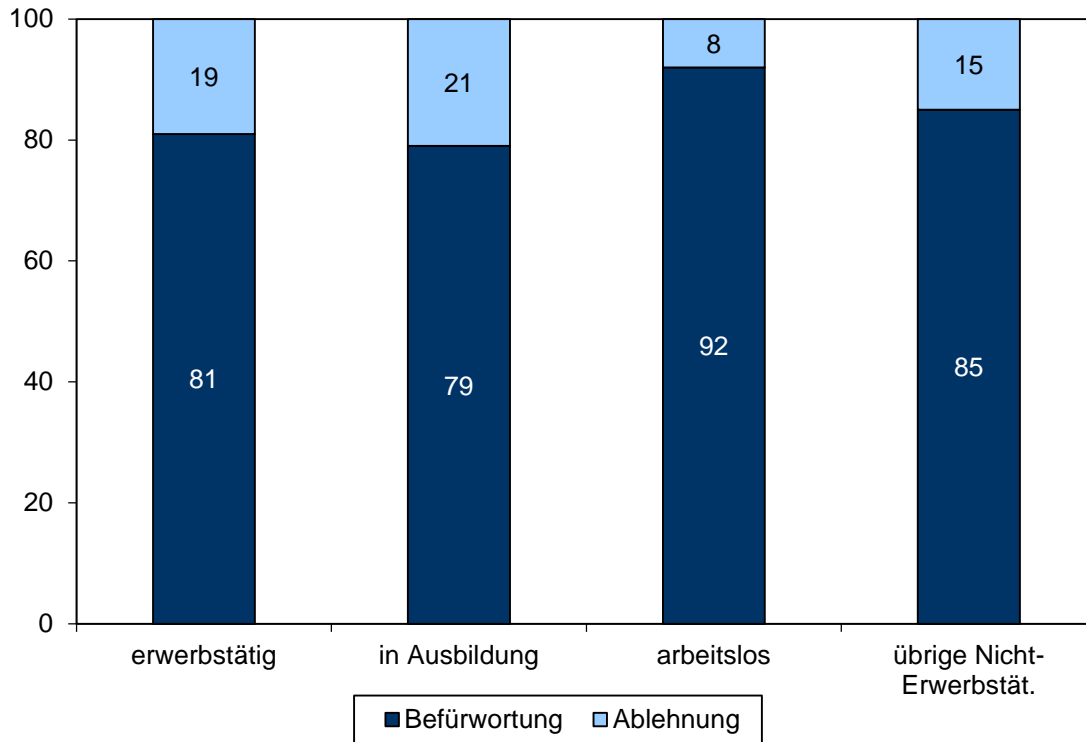


**Abb. 40:** *Entwicklung in den nächsten zehn Jahren: Befürwortung politischer Maßnahmen und einheitlicher Regelungen in der Europäischen Union (in Prozent)*

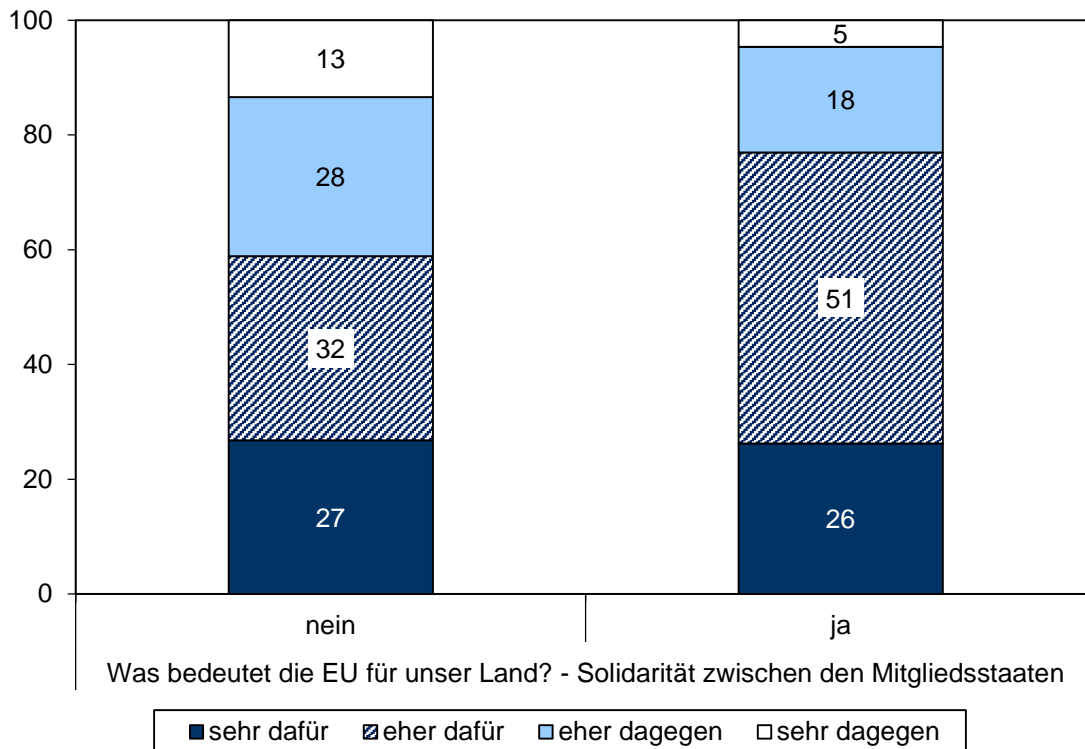


Mehr als zwei Drittel der Thüringer\_innen befürworten außerdem ein einheitliches Steuersystem; ein Umstand, der angesichts der öffentlichen Diskussion um Steuerschlupflöcher, Steuerflucht sowie große und kleine Steuerhinterziehungs-Skandale der jüngsten Zeit nachvollziehbar sein dürfte. Nur eine gemeinsame europäische Armee wird von ungefähr genauso vielen Thüringer\_innen abgelehnt wie befürwortet. Verteidigungspolitik erscheint hier als Ausdruck nationalstaatlicher Souveränität, die nicht preisgegeben werden soll.

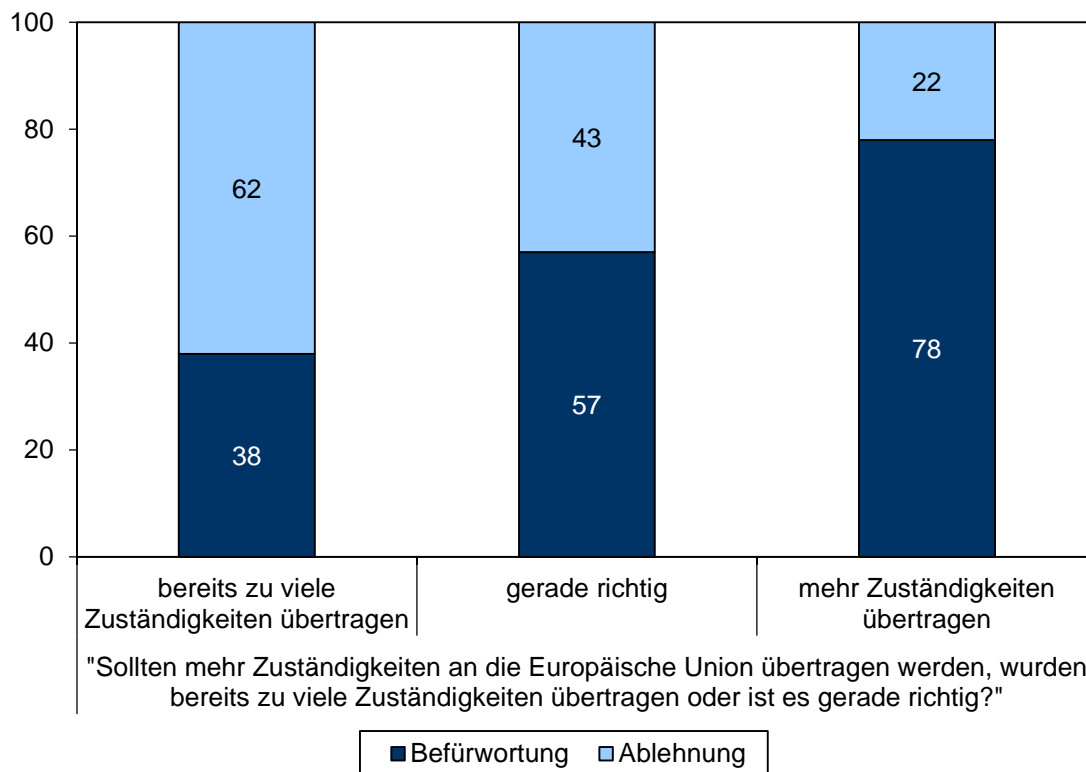
**Abb. 41:** *Befürwortung eines gemeinsamen Systems sozialer Sicherheit in der Europäischen Union nach Erwerbstätigkeit (in Prozent)*



**Abb. 42:** *Befürwortung von mehr Hilfe für EU-Regionen in wirtschaftlichen oder sozialen Schwierigkeiten (in Prozent)*



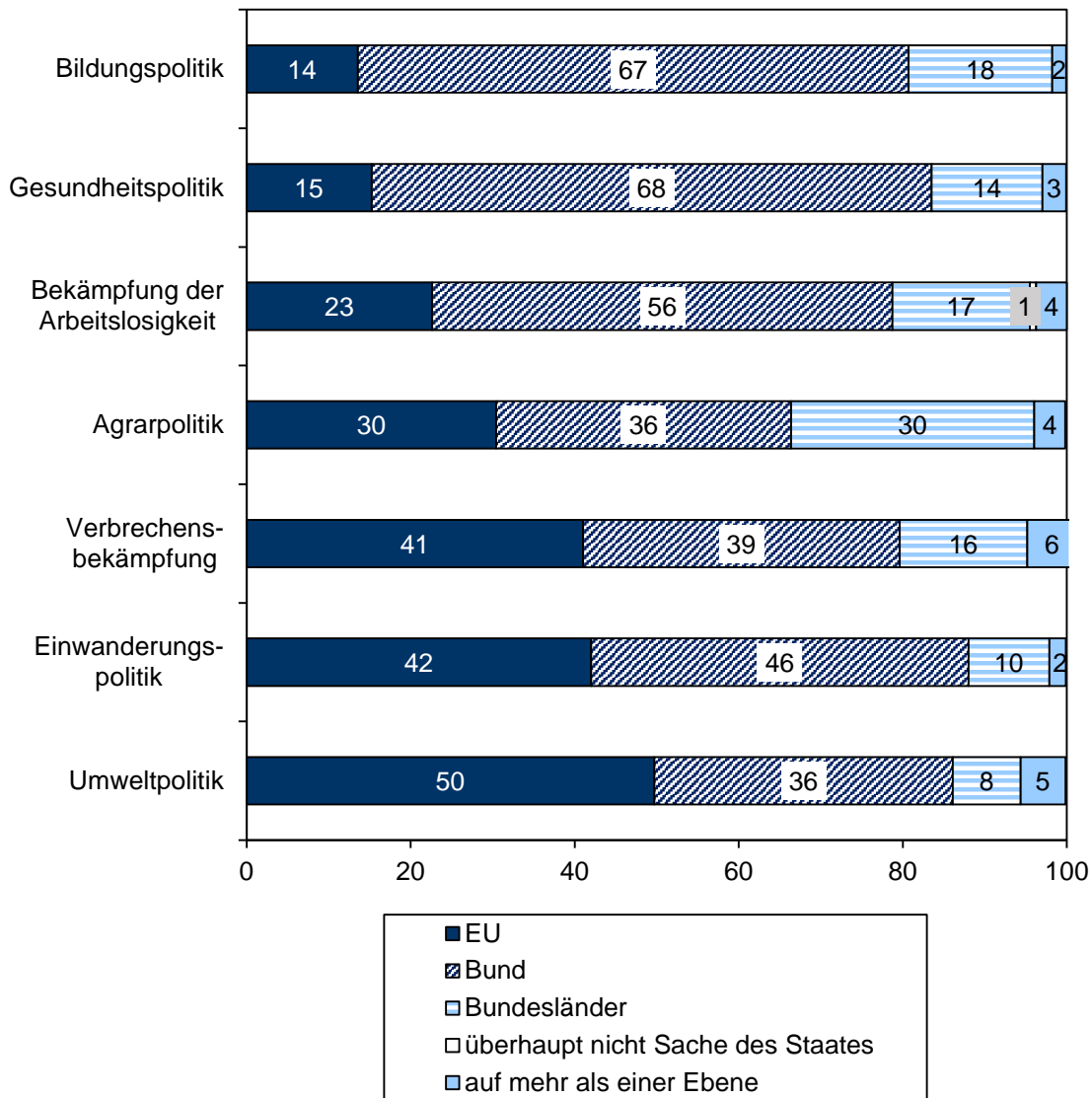
**Abb. 43:** *Befürwortung politischer Maßnahmen und einheitlicher Regelungen in der Europäischen Union nach Beurteilung des europäischen Integrationsprozesses*  
(in Prozent)



Anmerkung: „Befürwortung“ bedeutet hier mindestens überwiegende Befürwortung aller fünf einheitlicher politischer Maßnahmen (vgl. Abb. 26).

Eine interessante Frage im Zusammenhang mit der Abgabe nationalstaatlicher Verantwortung an die Europäische Union ist, welche Instanz eigentlich für welche Politikbereiche zuständig sein soll. Das politische Mehrebenensystem aus Europäischer Union, nationalen Regierungen, und Regionen (in Deutschland: Bundesländern) sieht bereits gegenwärtig differenzierte Kompetenzverteilungen vor. Die Befragten wurden gebeten, für ausgewählte Politikbereiche die Ebene zu benennen, auf der die jeweilige Entscheidungskompetenz im Idealfall liegen sollte (Abb. 44).

**Abb. 44:** *Europäische Union, Bund und Bundesländer: „Wer sollte für welche Politikbereiche zuständig sein?“*  
(in Prozent)



Die Thüringer\_innen räumen mehrheitlich der Bundesregierung ein Primat für vier der sieben ausgewählten Politikbereiche ein; Bildungs-, Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik sollten demnach einheitlich Aufgabe des Bundes sein; gleichsam der teilweise eigensinnigen Uneinheitlichkeit der Landespolitik (wie derzeit im Bildungswesen) entzogen, gleichzeitig aber auch national begrenzt und somit an Besonderheiten und Anforderungen des Sozial- und Wirtschaftssystems angepasst (Gesundheit, Arbeitsmarkt). Bezüglich der Ebenenpräferenz für den Politikbereich „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ gibt es keine Unterschiede nach Berufsgruppe und Bildungsabschluss der Befragten.

Nur die Umweltpolitik wird von einer Mehrheit der Thüringer\_innen zur Sache der Europäischen Union erklärt – sicher aus der Überzeugung heraus, dass nur länderübergrei-

fende Regelungen zur wirksamen Beseitigung oder Vorbeugung von Luft- und Gewässerverschmutzung sowie zur Durchsetzung von Klimazielen geeignet sind. Bezüglich der Verbrechensbekämpfung und der Einwanderungspolitik votieren jeweils ungefähr gleich viele Thüringer\_innen für die EU-Ebene wie für die Bundesebene. Nur die Agrarpolitik wird mit 30 Prozent von einem großen Anteil der Befragten der Landesebene zugewiesen – vermutlich zum einen, weil die Agrarpolitik nun einmal starke regionalspezifische Bezüge besitzen muss und das Idealbild von Landwirtschaft fast gleichbedeutend mit Regionalität ist, andererseits, weil die Landwirtschaftspolitik der Europäischen Union bei vielen Bürger\_innen nicht den besten Ruf haben dürfte – meist in totaler Unkenntnis z.B. der Produktionsbedingungen und der Fördersituation heimischer Landwirt\_innen. Zwischen den Berufsgruppen sind Unterschiede der Ebenenpräferenz für die Agrarpolitik übrigens nicht signifikant; wemgleich Landwirt\_innen mit 40 Prozent etwas überdurchschnittlich häufig die EU-Ebene bevorzugen.

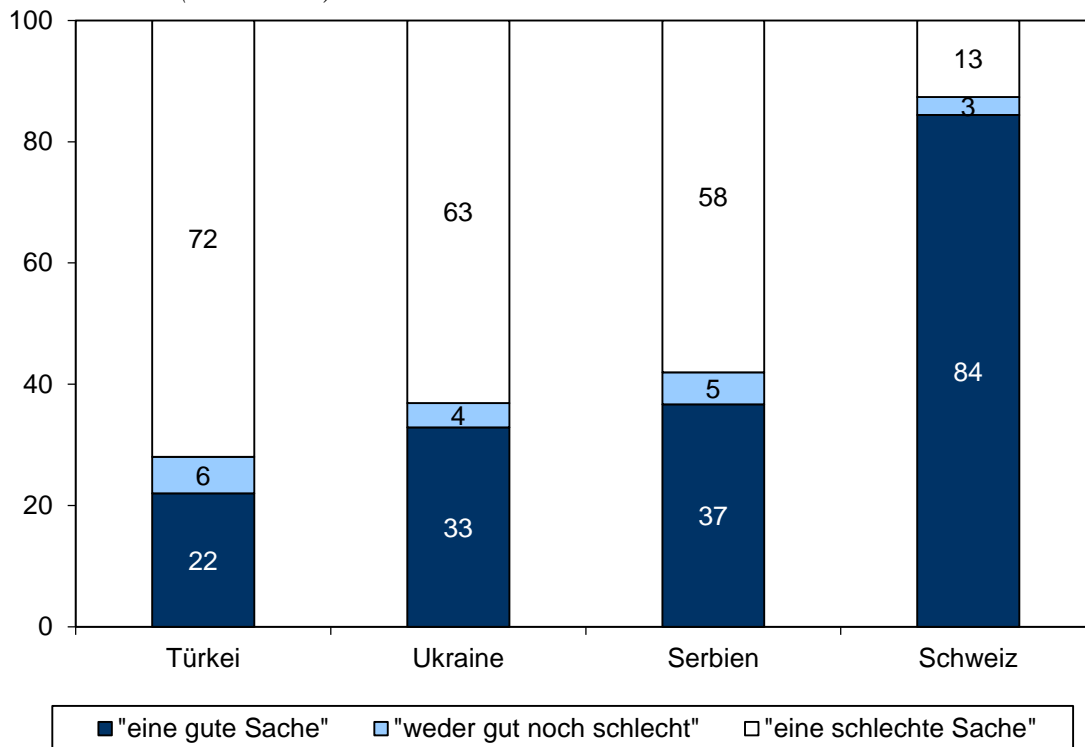
## 2.2 Erweiterung der Europäischen Union

Mehr als zwei Drittel der Thüringer\_innen haben sich in der Vergangenheit gegen die Aufnahme weiterer EU-Mitgliedsstaaten ausgesprochen (vgl. TM 2012: 39). Alternativ zu einer pauschalen Absage an eine EU-Erweiterung, die auch die Mehrheit der Bundesbürger\_innen erteilt<sup>4</sup>, wurde im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR die mögliche Aufnahme möglicher Beitrittskandidaten thematisiert (vgl. Abb. 45). Zunächst fällt auf, dass sich eine klare Länderpräferenz ergibt, während jeweils nur sehr wenige Befragte indifferente Haltungen gegenüber der Aufnahme der genannten Länder einnehmen. Die Türkei ist seit 1999 Beitrittskandidat der Europäischen Union, ihre Aufnahme wird jedoch von fast zwei Dritteln der Thüringer\_innen als „schlechte Sache“ beurteilt. Nur 22 Prozent urteilen positiv. Hingegen befürwortet immerhin ein Drittel der Befragten eine Mitgliedschaft der Ukraine, auch wenn deren Aufnahme in die Europäische Union derzeit – angesichts des kriegerischen Konflikts im Osten des Landes und der angespannten Beziehung zwischen Russland und dem Westen – in weite Ferne gerückt scheint. Serbien, das seit Anfang 2014 Beitrittsverhandlungen führt, wird sogar von mehr als einem Drittel der Befragten als neuer Mitgliedsstaat begrüßt. Die wohlhabende Schweiz schließlich – mit ihrem großen deutschsprachigen Bevölkerungsanteil und als Inbegriff gefestigter demokratischer Traditionen – hat 1992 einen EU-Mitgliedsantrag gestellt, nach einer Volksabstimmung die Beitrittsverhandlungen wieder eingefroren und ist nach einigen bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union seit 2008 Mitglied des Schengen-Raums.

---

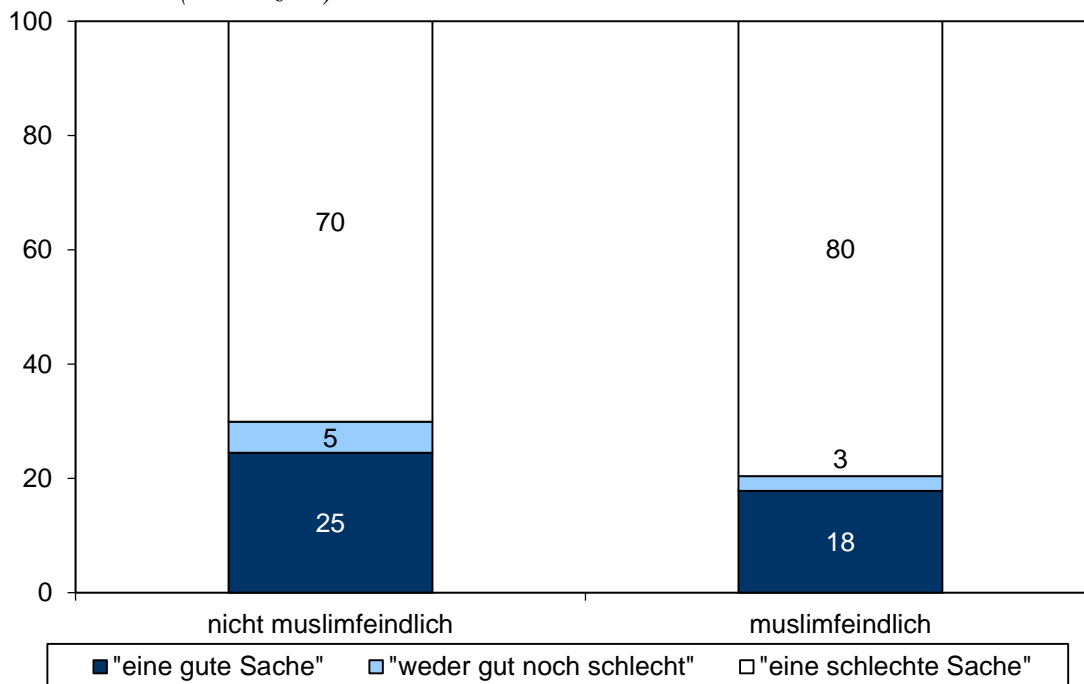
<sup>4</sup> <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/153842/umfrage/haltung-in-deutschland-zu-einer-zusaetzlichen-eu-erweiterung/>

**Abb. 45:** *Beurteilung der Aufnahme weiterer Mitgliedsländer in die Europäische Union*  
(in Prozent)



Nur eine geringe Minderheit der Thüringer\_innen lehnt die Schweiz als neues Mitgliedsland ab. Die hier erkennbare Rangfolge der Länder scheint wesentlich von den Vorstellungen eines einheitlichen europäischen Kulturraums geprägt zu sein: Die starke Ablehnung der Türkei als einziges nichtchristliches Land ist keineswegs zufällig, statistisch signifikanten Einfluss auf das Ablehnungsverhalten der Befragten haben indessen deren Ausländerfeindlichkeit sowie Muslim\_innenfeindlichkeit (Abb. 46). Auf ein Verhältnis zwischen Euroskepsis, Nationalismus/Chauvinismus und Muslim\_innen- bzw. Islamfeindlichkeit deuten auch aktuelle deutschlandweite Befragungsergebnisse hin (vgl. Decker / Kiess / Brähler 2014: 55). Des Weiteren bewerten christlich-konfessionell gebundene Befragte den EU-Beitritt der Türkei signifikant häufiger negativ als dies konfessionslose Befragte tun.

**Abb. 46:** *Beurteilung der Aufnahme der Türkei in die Europäische Union nach Muslim\_innenfeindlichkeit*  
(in Prozent)



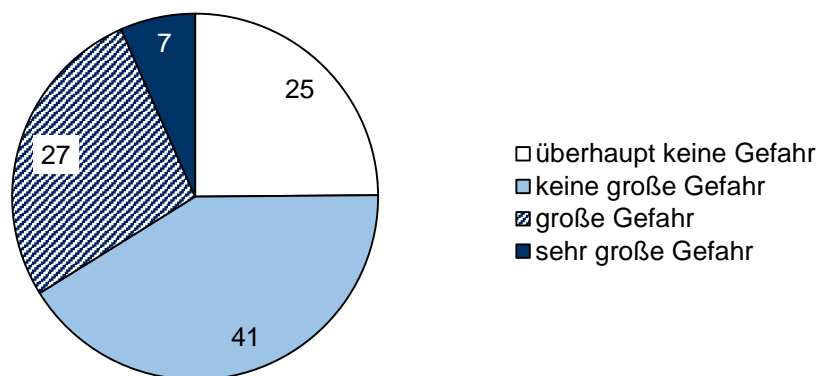
Anmerkung: „muslim\_innenfeindlich“ bedeutet hier jeweils mindestens überwiegende Zustimmung zu der Aussage „Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen“ und mindestens überwiegende Ablehnung der Aussage „Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“ (dichotomisierte Summenskala).

### 2.3 Zuwanderung in die Europäische Union

Im letzten Eurobarometer benannten die deutschen Befragten die Einwanderung als eins der zwei wichtigsten Probleme, denen die Europäische Union derzeit gegenübersteht (28 Prozent der Nennungen, vgl. Eurobarometer 81: T22); 42 Prozent der Befragten benannten die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten als Problem. Die massenhafte Zuwanderung in die Europäische Union, insbesondere aus Afrika und anderen Regionen der Dritten Welt, stellt alle Mitgliedsländer vor große Herausforderungen und hat längst zu einer kontrovers geführten politischen Diskussion um die gerechte Verteilung der Lasten der Immigration, beispielsweise von Flüchtlingskontingenten, oder um die Rücksendung von Asylbewerber\_innen in „sichere Drittländer“ geführt. Deshalb wurden die Thüringer\_innen dieses Jahr um eine Einschätzung gebeten, inwieweit die „Einwanderung aus Nicht-EU Ländern eine Gefahr für den Zusammenhalt in der EU darstellt“. Eine Mehrheit der Befragten sieht in der Zuwanderung keine große oder überhaupt keine Gefahr für den Zusammenhalt der Europäischen Union (Abb. 47), immerhin ein Drittel der Thüringer\_innen kommt allerdings zu einer negativeren Bewertung. Es gibt Hinweise darauf, dass einer ablehnenden Haltung die Antizipation von Kosten, beispielweise für

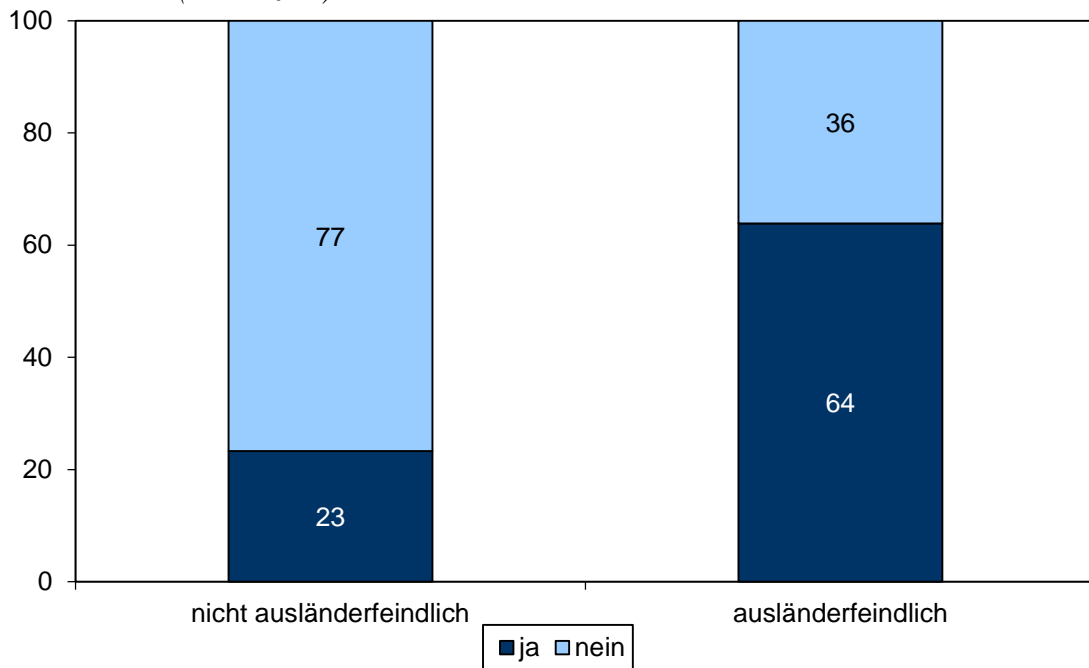
den Steuerzahler sowie der Bedrohung der eigenen sozialen Position durch konkurrierende Zuwanderer zugrunde liegt. So wird beispielsweise die Zuwanderung signifikant häufiger von solchen Thüringer\_innen als Gefahr angesehen, die eine negative Bewertung der eigenen finanziellen Lage vornehmen. Die Bewertung von Zuwanderung aus Nicht-EU-Ländern als "Gefahr" wird auch durch Ressentiments gespeist, die in ähnlicher Form bereits bezüglich der Integration und Akzeptanz nichteuropäischer Immigrant\_innen und Nachbar\_innen beobachtet werden konnte (TM 2012: 52 ff.). Dementsprechend bewerten gerade ausländerfeindlich eingestellte Thüringer\_innen die Zuwanderung im Kontext der Europäischen Union kritisch (Abb. 48). Eine Bewertung der Einwanderung als Gefahr ist außerdem statistisch signifikant mit der Ablehnung einer „großzügigen Prüfung“ von Asylanträgen durch den Staat verbunden. (Zur Asylfrage im Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vgl. Kapitel IV.3).

**Abb. 47:** „Denken Sie, dass die Einwanderung aus Nicht-EU Ländern eine Gefahr für den Zusammenhalt in der EU darstellt?“  
(in Prozent)





**Abb. 48:** „Denken Sie, dass die Einwanderung aus Nicht-EU-Ländern eine Gefahr für den Zusammenhalt in der EU darstellt?“ nach Ausländerfeindlichkeit  
(in Prozent)



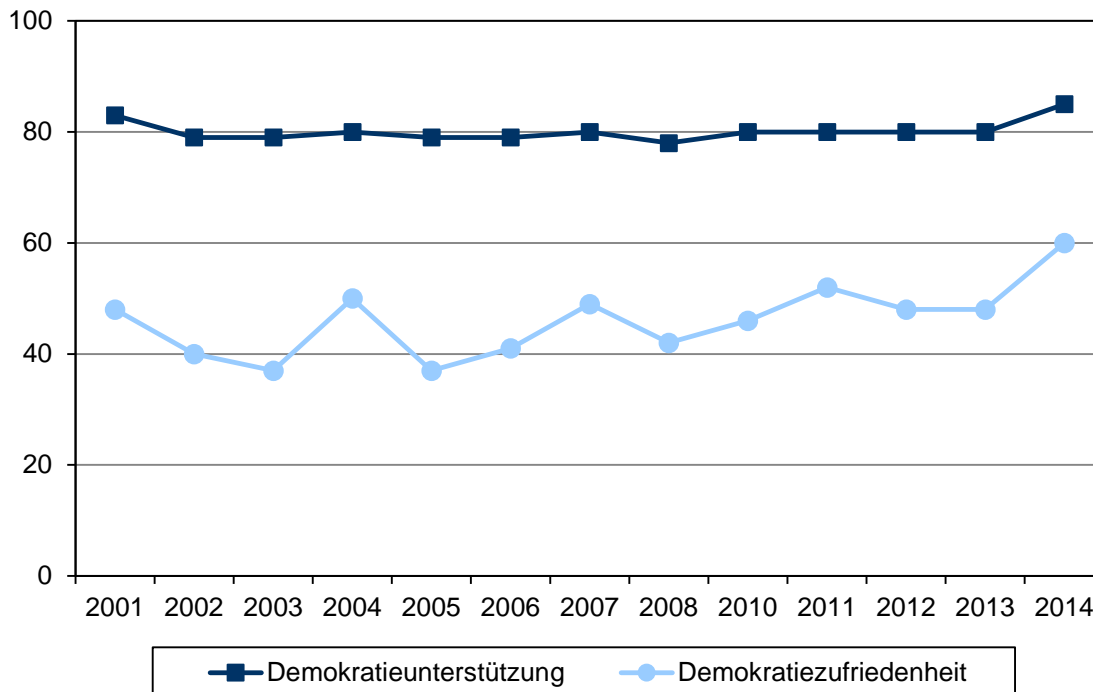
Anmerkung: „sehr große Gefahr“ und „große Gefahr“ zu „ja“, „keine große Gefahr“ und „überhaupt keine Gefahr“ zu „nein“ zusammengefasst. Ausländerfeindlichkeit: Überwiegende Zustimmung zu den Aussagen „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“, „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“, „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“ (dichotomisierte Summenskala).

## IV. Demokratie: Einstellungen und Engagement

### 1. Politische Einstellungen

Fünfundzwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution und der Durchsetzung grundlegender Freiheits- und Bürgerrechte in der DDR ist die repräsentative Demokratie die als selbstverständlich erfahrene Institutionenordnung der Thüringer Bürger\_innen geworden. Eine Mehrheit von ihnen hat über den größeren Teil, die jüngere Generation sogar über ihr gesamtes Erwachsenenleben hinweg kein anderes politisches Regime erlebt. Die Diktaturvergangenheit Ostdeutschlands wird immer mehr zur historischen Reminiszenz.

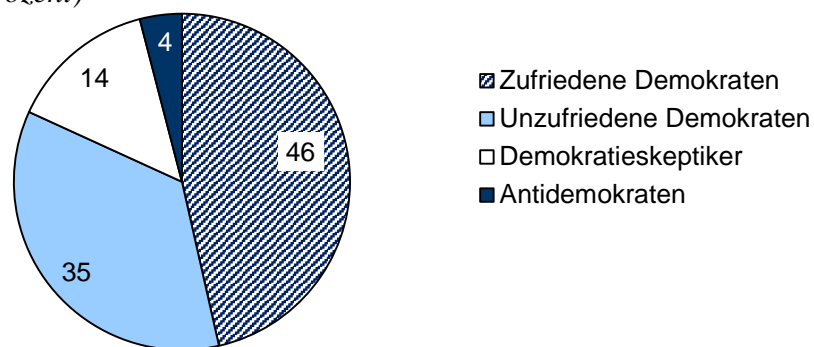
**Abb. 49:** *Demokratieunterstützung und -zufriedenheit 2001–2014*  
(in Prozent)



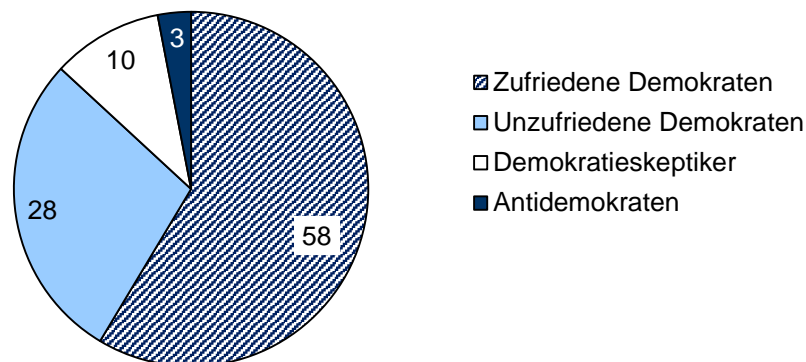
Seit nunmehr dreizehn Jahren verfolgt der THÜRINGEN-MONITOR im Jahresabstand wie die Etablierung der repräsentativen Demokratie und die Routinisierung ihres politischen Betriebes in der Thüringer Bevölkerung wahrgenommen und bewertet werden. Dabei zeigt der Zeitvergleich ein überwiegend freundliches Bild, das allerdings auch Schattenzonen aufweist. Die „Demokratieunterstützung“ (Zustimmung zur Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“), die über den gesamten Befragungszeitraum hinweg fast unverändert bei rund 80 Prozent der Befragten gelegen hatte, ist im laufenden Erhebungsjahr zum ersten Mal erkennbar über diesen Schwellenwert gestiegen (Abb. 49). Noch deutlicher ist der Anstieg der „Demokratiezufriedenheit“ (Zufriedenheit mit der „Demokratie, so wie sie in Deutschland funktioniert“), die auf etwa 60 Prozent, und damit auf einen Höchstwert seit Beginn der Messreihe angestiegen ist. Bei im Vergleich zur Demokratieunterstützung deutlich ausgeprägten Fluktuationen zwischen den Erhebungs-

jahren lässt sich seit dem Tiefpunkt der Messreihe im Jahr 2005 eine tendenzielle Zunahme der Demokratieunterstützung um insgesamt etwa 25 Prozentpunkte verzeichnen. Die Differenz zwischen abstrakter Demokratieunterstützung und der an der wahrgenommenen Praxis orientierten Demokratiezufriedenheit, die als ein Indikator für ein problematisches Missverhältnis zwischen den normativen Erwartungen an die Institutionenordnung der Demokratie und deren Erfüllung im alltäglichen politischen Betrieb gelten kann, ist auf den geringsten Wert seit Beginn der Messreihe gefallen. Der Anteil „zufriedener Demokraten“, d.h. derjenigen, die zugleich die Demokratie als Staatsform bejahen und mit ihrem Funktionieren zufrieden sind, ist im Vergleich zum Vorjahr von 46 Prozent der Befragten auf eine deutliche Mehrheit von 58 Prozent gestiegen.

**Abb. 50:** *Demokratietypen<sup>5</sup> 2013* (vgl. TM 2013: 79)  
(in Prozent)



**Abb. 51:** *Demokratietypen 2014*  
(in Prozent)

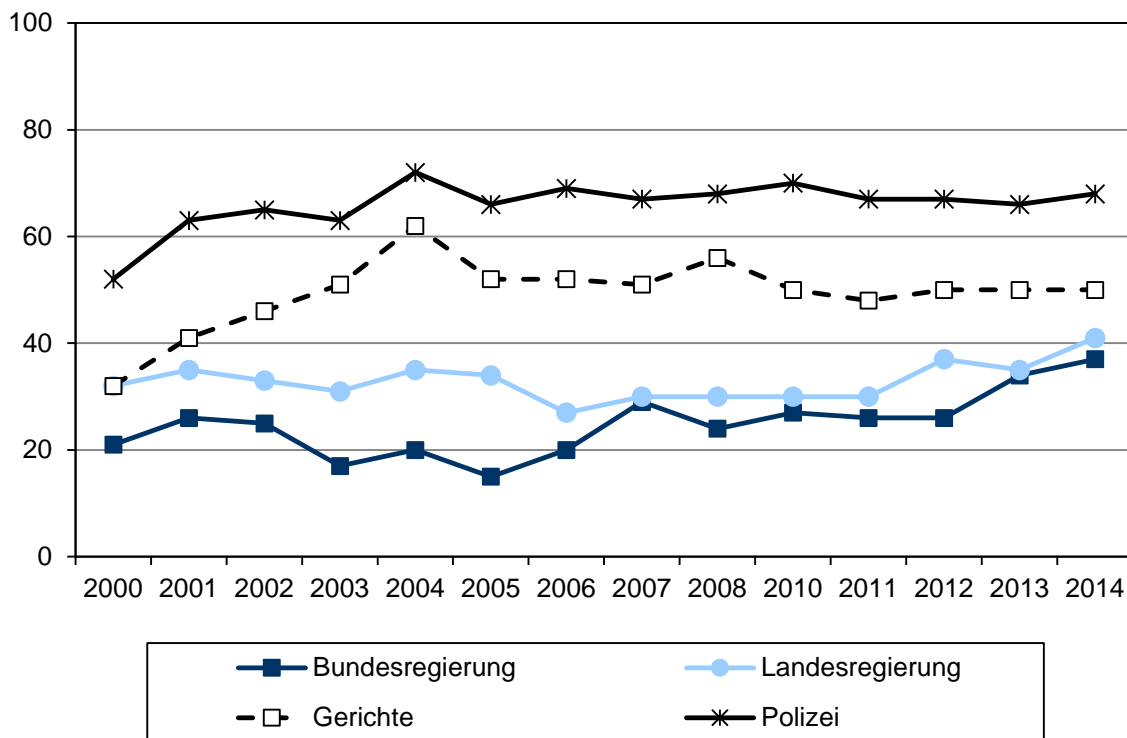


Positiv entwickelten sich seit 2005 und 2006 auch die Werte für das Vertrauen in die Landes- und die Bundesregierung (Abb. 52). Beide Wertereihen haben 2014 Höhepunkte erreicht. Im Hinblick auf das Vertrauen in Gerichte und Polizei gab es demgegenüber im

<sup>5</sup> Diese Typologie wird wie folgt gebildet: Wer die Demokratie als Staatsform bejaht und gleichzeitig zufrieden mit ihrem Funktionieren ist, fällt unter die Kategorie „zufriedener Demokraten“. Analog unterscheiden sich „unzufriedene Demokraten“ hiervon lediglich in ihrer negativen Bewertung des Funktionierens der Demokratie. „Antidemokraten“ hingegen stehen der Idee der Demokratie ablehnend gegenüber und bejahen stattdessen die Diktatur. Wer sowohl die Demokratie unterstützt, aber gleichzeitig die Möglichkeit einer nationalen Diktatur befürwortet, kann als „Demokratieskeptiker“ gelten.

mittelfristigen Trend keine signifikanten Zuwächse. Die seit der Mitte des letzten Jahrzehnts positive Entwicklung der Demokratiezufriedenheit und des Vertrauens in die Landes- und Bundesregierungen koinzidiert mit einem Aufwärtstrend wichtiger Wirtschaftsindikatoren, insbesondere einem Abbau der Arbeitslosigkeit und einer Zunahme der Beschäftigung. Subjektiv werden diese realen Veränderungen als zunehmend günstige Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und – später einsetzend und weniger ausgeprägt – der eigenen wirtschaftlichen Lage aufgenommen (vgl. Kapitel II). Es liegt nahe, aus der Koinzidenz zwischen der positiven Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung einerseits und der zunehmend freundlichen Einschätzung der Wirksamkeit demokratischer Institutionen und ihrer Exponenten andererseits eine Kausalbeziehung abzuleiten (vgl. Abb. 53).

**Abb. 52:** *Institutionenvertrauen 2000–2014*  
(in Prozent)

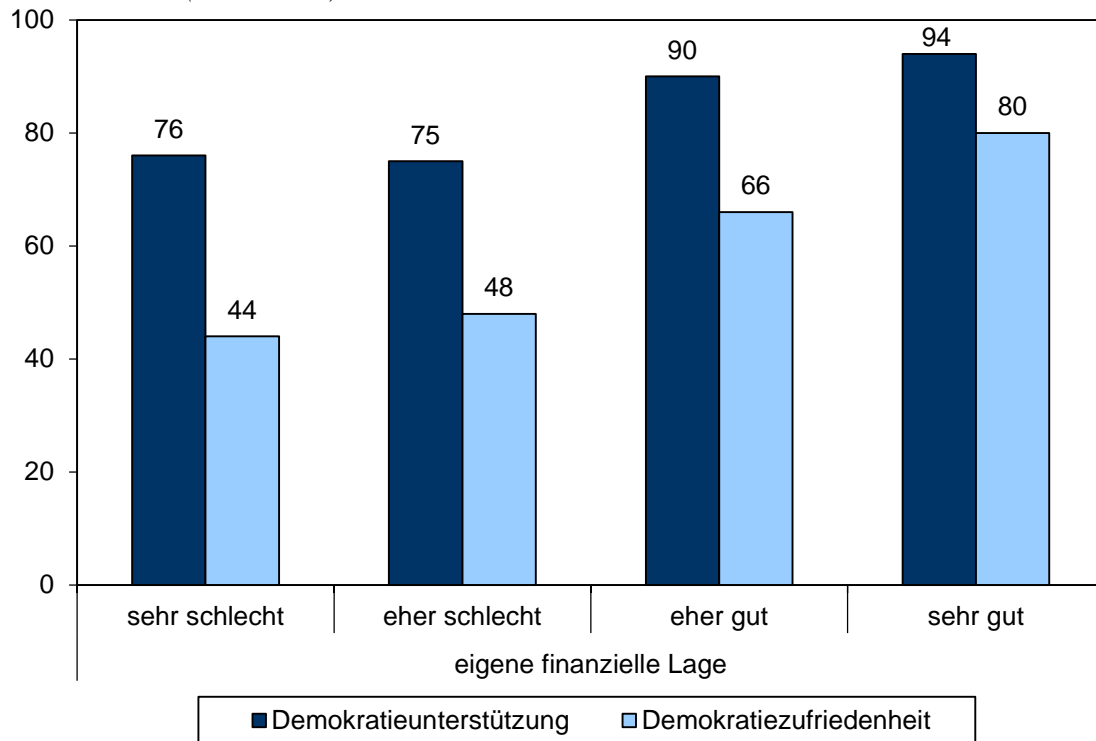


Hinweis: Abgetragen sind die kumulierten Prozentwerte für "vertraue voll und ganz" und "vertraue weitgehend".

Diese Annahme wird durch eine Betrachtung der Zusammenhänge auf der Ebene der einzelnen Befragten gestützt: Diejenigen Thüringerinnen und Thüringer, die ihre eigene finanzielle Situation und die wirtschaftliche Lage des Freistaats günstig einschätzen, haben auch ein signifikant höheres Vertrauen in die Landes- und Bundesregierungen, sind zufriedener mit der Praxis der Demokratie in Deutschland und halten die Demokratie häufiger für die beste der Staatsideen. Obwohl sich die Demokratiezufriedenheit und das Institutionenvertrauen auch aus anderen Quellen als dem wirtschaftlichen Wohlergehen von Individuen und Gesellschaft speisen, gibt es hier also einen deutlichen Zusammenhang, der sich als „Schönwetterdemokratie“ ausprägt. Das heißt auf der anderen Seite, dass Gefährdungen der Demokratie latent wirksam bleiben, die sich dann manifestieren können,

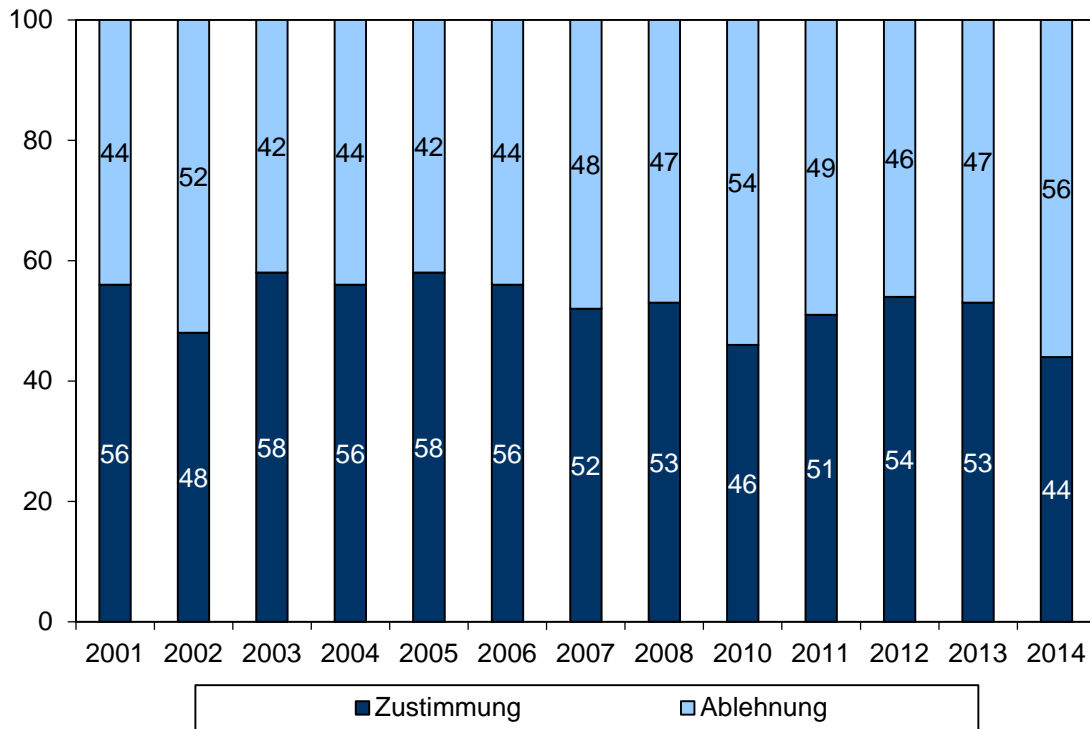
wenn die wirtschaftlichen Performanzerwartungen an die Institutionen und an das Spitzenpersonal demokratischer Staatlichkeit enttäuscht werden.

**Abb. 53:** *Bewertung der Demokratie nach eigener finanzieller Situation (in Prozent)*

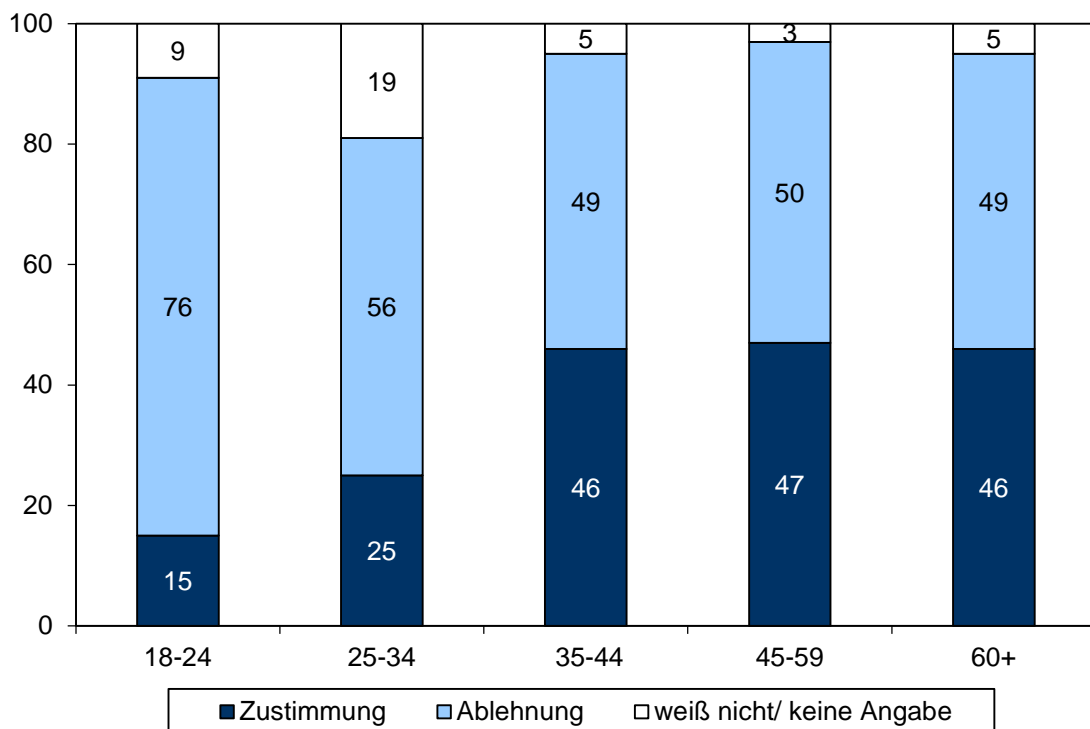


Viele Befunde des THÜRINGEN-MONITORS legen dann auch im Jahr 2014 Bedenken gegenüber einer uneingeschränkt optimistischen Diagnose des Demokratiebewusstseins der Thüringer Bevölkerung nahe. Nach wie vor hält eine Minderheit von 13 Prozent der Befragten und fast jeder vierte Arbeitslose „unter bestimmten Umständen eine Diktatur [für] die bessere Staatsform“, etwa 18 Prozent der Befragten wollen zur „sozialistischen Ordnung“ zurückkehren, 44 Prozent attestieren der DDR „mehr gute als schlechte“ und 16 Prozent dem Nationalsozialismus „auch seine guten Seiten“. Werden diese vier Fragen gemeinsam betrachtet, haben zwei Drittel (!) der Befragten ein positives, zumindest aber ein positiv relativierendes Verhältnis zur Diktatur als Regierungsform oder zu diktatorischen Regimen. Große Minderheiten der Bevölkerung sympathisieren also abstrakt oder mit Blick auf die Regime der doppelten deutschen Diktaturvergangenheit konkret mit nichtdemokratischen politischen Ordnungen. Die Zustimmung zu einer Aussage wie „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“ macht Befragte zwar nicht zu Antidemokrat\_innen, sie zeigt aber an, dass der diktatorische Charakter ihrer politischen Ordnung nicht ihr Hauptkriterium bei der Bewertung der Lebensverhältnisse in der DDR ist, oder dieser Charakter nicht erkannt wird. Mehr als ein Drittel verneint etwa die Aussage, dass die DDR ein Unrechtsstaat war. Diese Einstellungen sind auf der Aggregatsebene ziemlich stabil. In zehn von 13 Erhebungsjahren des THÜRINGEN-MONITORS überwiegt der Anteil der Befragten mit einer überwiegend positiven Bewertung der DDR (Abb. 54). Die Frage ist offen, ob der deutliche Rückgang im Jahr 2014 wie in den Jahren 2002 und 2010 ein Ausreißer bleibt.

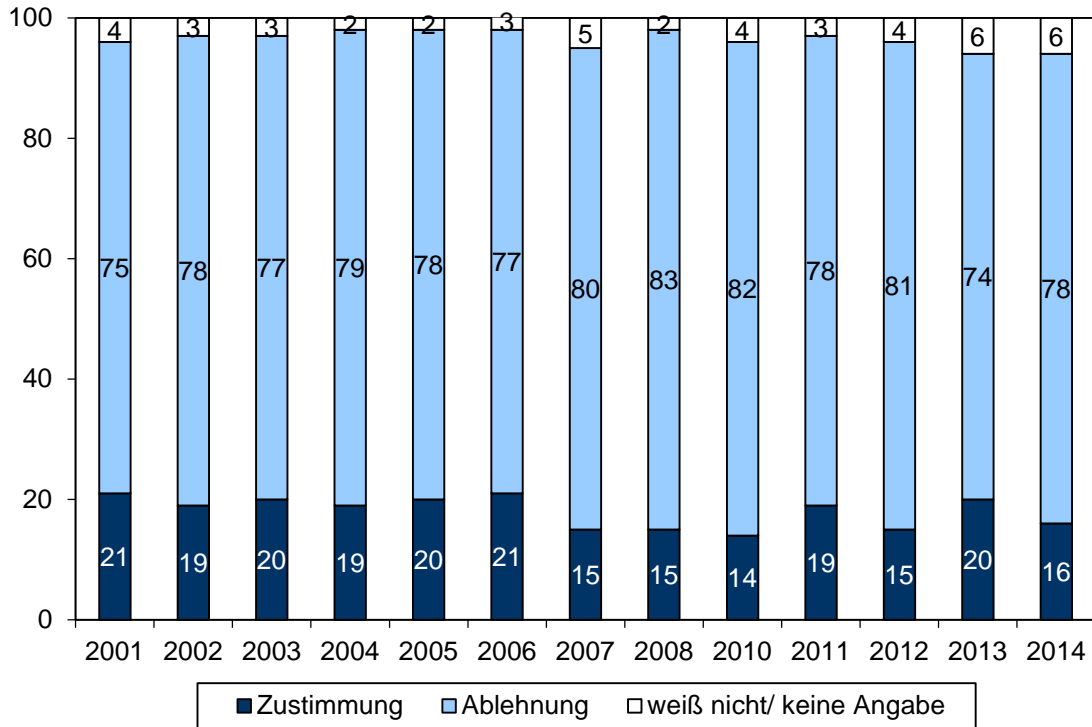
**Abb. 54:** *Einschätzung „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“  
2001–2014  
(in Prozent)*



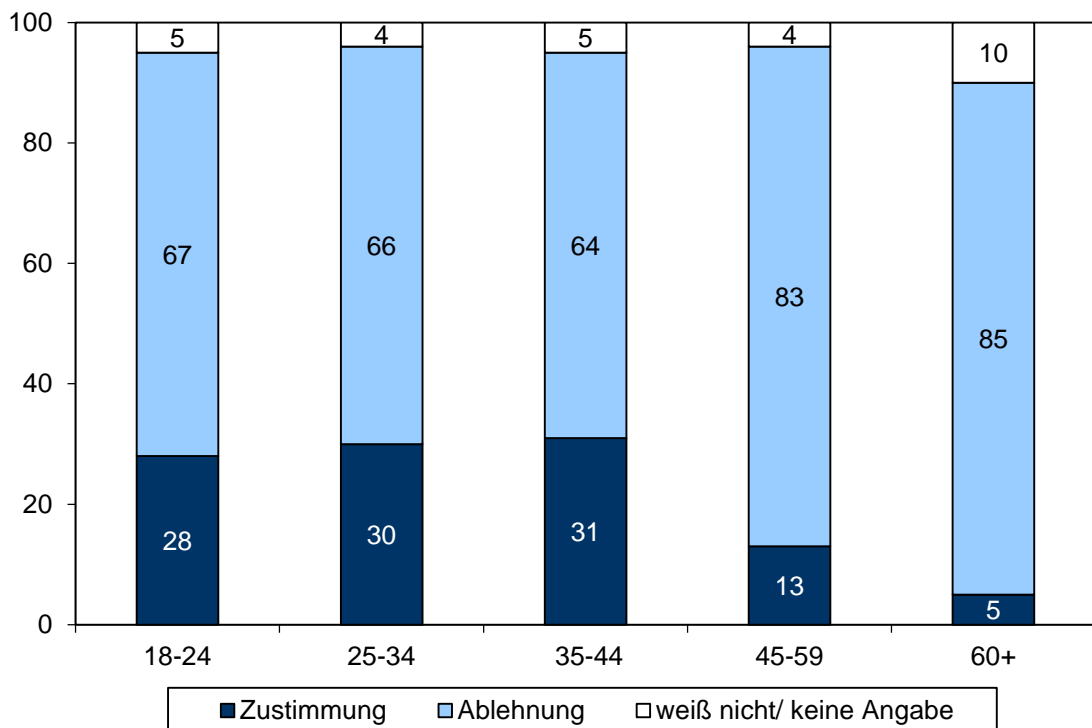
**Abb. 55:** *Einschätzung „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“  
nach Alter  
(in Prozent)*



**Abb. 56:** *Einschätzung „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ 2001–2014*  
(in Prozent)

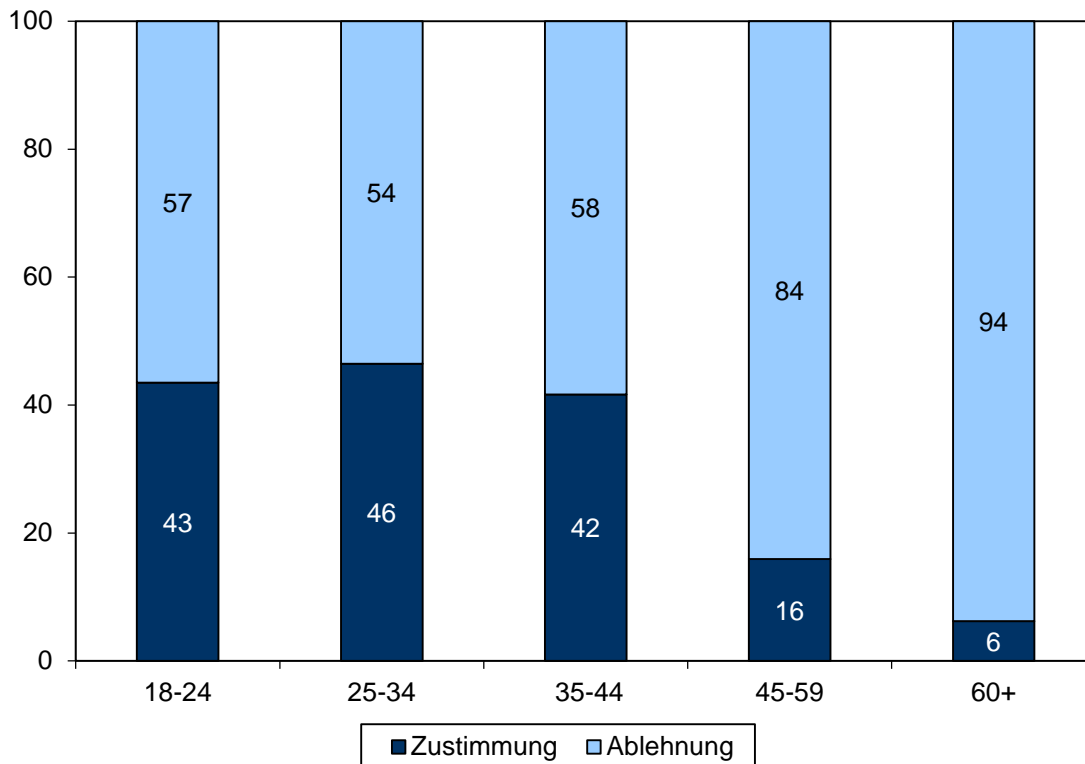


**Abb. 57:** *Einschätzung „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ nach Alter*  
(in Prozent)



Für einen sich in der Generationenfolge vollziehenden Einstellungswandel spricht aber der Vergleich zwischen den Alterskohorten (Abb. 55): Im Übergang von der Erlebnisgeneration zu den nachfolgenden Alterskohorten sinkt der Anteil der positiven Bewertungen der DDR rapide. Auffällig ist, dass in der Übergangskohorte der 25 bis 34-Jährigen, deren Kindheit in den Wendejahren lag, mit nahezu einem Fünftel der Befragten besonders hoch ist. Wir interpretieren diesen Befund als Reaktion auf widersprüchliche Einflüsse und Informationen von Medien und Sozialisationsinstanzen, die viele Angehörige dieser Alterskohorte bei der Bewertung der DDR ratlos zurücklassen.

**Abb. 58:** *Einschätzung „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ nach Alter – nur Befragte mit Bildungsabschluss unterhalb des Abiturs (in Prozent)*



Eine ähnliche trendlose Zeitreihe, aber eine deutlich abweichende Anteilsverschiebung in der Kohortenfolge ist bei der Einschätzung, dass der „Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hatte“, zu beobachten (Abb. 56 und 57). Zwischen einem Fünftel und einem Siebtel der Befragten stimmen dieser Aussage zu. Auch gibt es hier wieder einen markanten Sprung der Anteilswerte in der Kohortenfolge, nur dass NS-Apologik bei den jüngeren Befragten deutlich häufiger Unterstützung findet. Den fünf Prozent Zustimmenden in der Kohorte der über 60-Jährigen steht ein um ca. das sechsfache (!) erhöhter Werte bei den unter 45-Jährigen gegenüber. Dies ist ein beunruhigender Befund, zeigt er doch, dass eine große historische Distanz auch zu einer nachlassenden Vigilanz gegenüber einem Schreckensregime führen kann. Das Differential zwischen den Generationen spreizt sich weiter auf, wenn nur die Befragten mit einem Bildungsabschluss unterhalb des Abiturs berücksichtigt werden (Abb. 58).

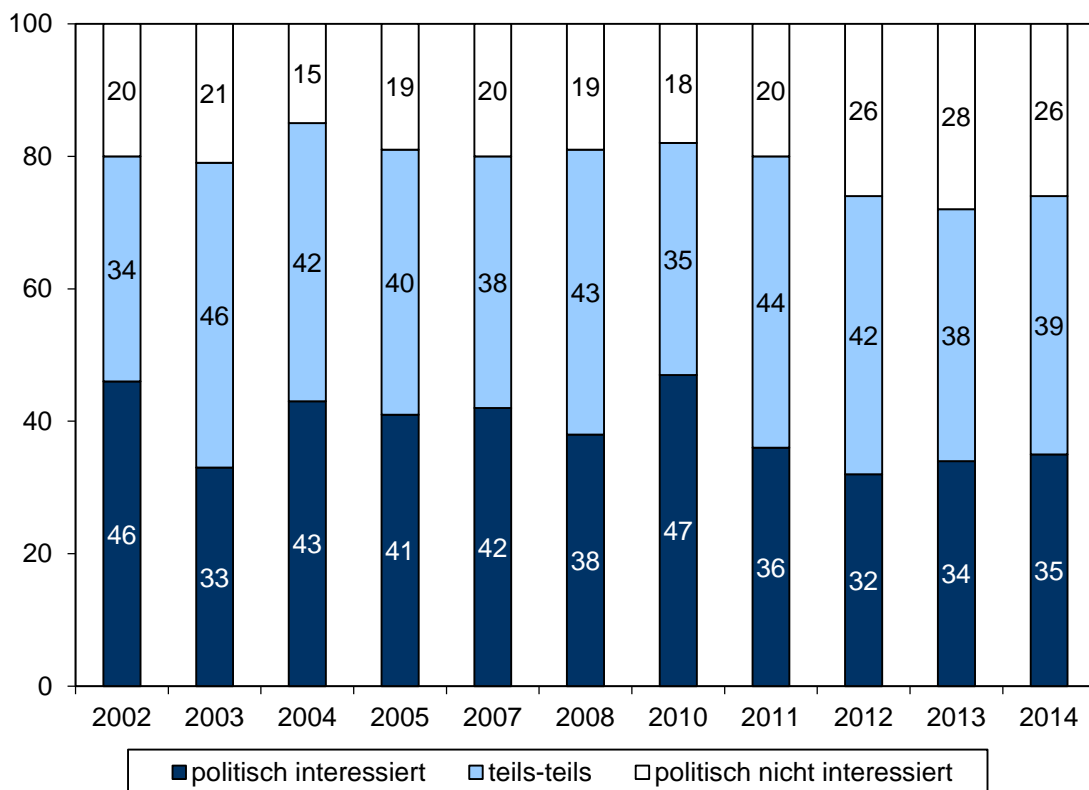


**Abb. 59: DDR-Nostalgie und NS-Apologetik**  
(in Prozent)

		„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“		Gesamt
		Ablehnung	Zustimmung	
„Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.“	Ablehnung	62	32	57
	Zustimmung	38	68	43
Gesamt		100	100	100

In dieser Kategorie liegt der Anteil der NS-Apologeten bei deutlich über 40 Prozent, mit einem Spitzenwert von 46 Prozent in der Kohorte der 25 bis 34-Jährigen. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass DDR-Nostalgie und NS-Apologetik positiv miteinander assoziiert sind: 68 Prozent der Befragten, die dem Nationalsozialismus auch gute Seiten attestieren, haben auch ein überwiegend gutes Bild der DDR, gegenüber nur 38 Prozent der übrigen Befragten (Abb. 59). Der Antagonismus zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus bildet sich also nicht in den Köpfen der Befragten ab. Vielmehr zeigt sich bei der Bewertung der beiden deutschen Diktaturvergangenheiten in der Tendenz ein konkordantes Einstellungsmuster.

**Abb. 60: Politisches Interesse 2002–2014**  
(in Prozent)



Hinweis: Die Kategorien „stark“ und „sehr stark an Politik interessiert“ wurden zu „politisch interessiert“ und die Kategorien „wenig“ und „überhaupt nicht an Politik interessiert“ wurden zu „politisch nicht interessiert“ zusammengefasst.

Die auf den ersten Blick solide Demokratieunterstützung der Thüringer Bevölkerung steht also auf einer eher brüchigen Grundlage von Sympathien oder Indifferenz gegenüber diktatorischen Ordnungen. Im Hinblick auf die Bewertung der doppelten Diktaturvergangenheit ist eine deutliche, wenn auch zwischen NS- und SED-Regime gegenläufige, Generationenschichtung festzustellen. Zugleich zeigt sich in den Antwortmustern auf beide Fragen eine deutliche Abhängigkeit vom Bildungsstatus, wobei mit höheren Bildungsabschlüssen auch die Distanz gegenüber diktatorischen Regimen zunimmt. Diese Befunde verweisen klar auf bildungsferne Personen in jüngeren Alterskohorten als primäre Zielgruppe für eine historisch aufklärende politische Bildungsarbeit.

Zu den „Schattenzonen“ der politischen Kultur in Thüringen gehört auch das insgesamt verhaltene und in den vergangenen Jahren zurückgehende Politikinteresse der Bevölkerung (Abb. 60). Der Anteil der stark und sehr stark an Politik interessierten Bürger\_innen ist seit 2010 von nahezu der Hälfte der Befragten auf etwa ein Drittel zurückgegangen, während der Anteil der „politisch nicht Interessierten“ von einem Sechstel auf ein Viertel der Befragten angewachsen ist. Besonders gering ist das Politikinteresse in den jüngeren Alterskohorten, bei den wenig Gebildeten und den Frauen, besonders stark bei den über 60-Jährigen, den Hochgebildeten und – überraschenderweise – den Arbeitslosen. Inanspruchnahme durch Ausbildung und Beruf sowie Bildungsferne scheinen das Politikinteresse zu dämpfen während Lebenssituationen, die den Aktivitätsradius und das Aktivitätsniveau reduzieren – wie Alter und Arbeitslosigkeit – hier eher stimulierend wirken. Die Frage, wie sich diese Zusammenhänge darstellen, wenn wir politisches Handeln betrachten, wird im folgenden Abschnitt nachgegangen.

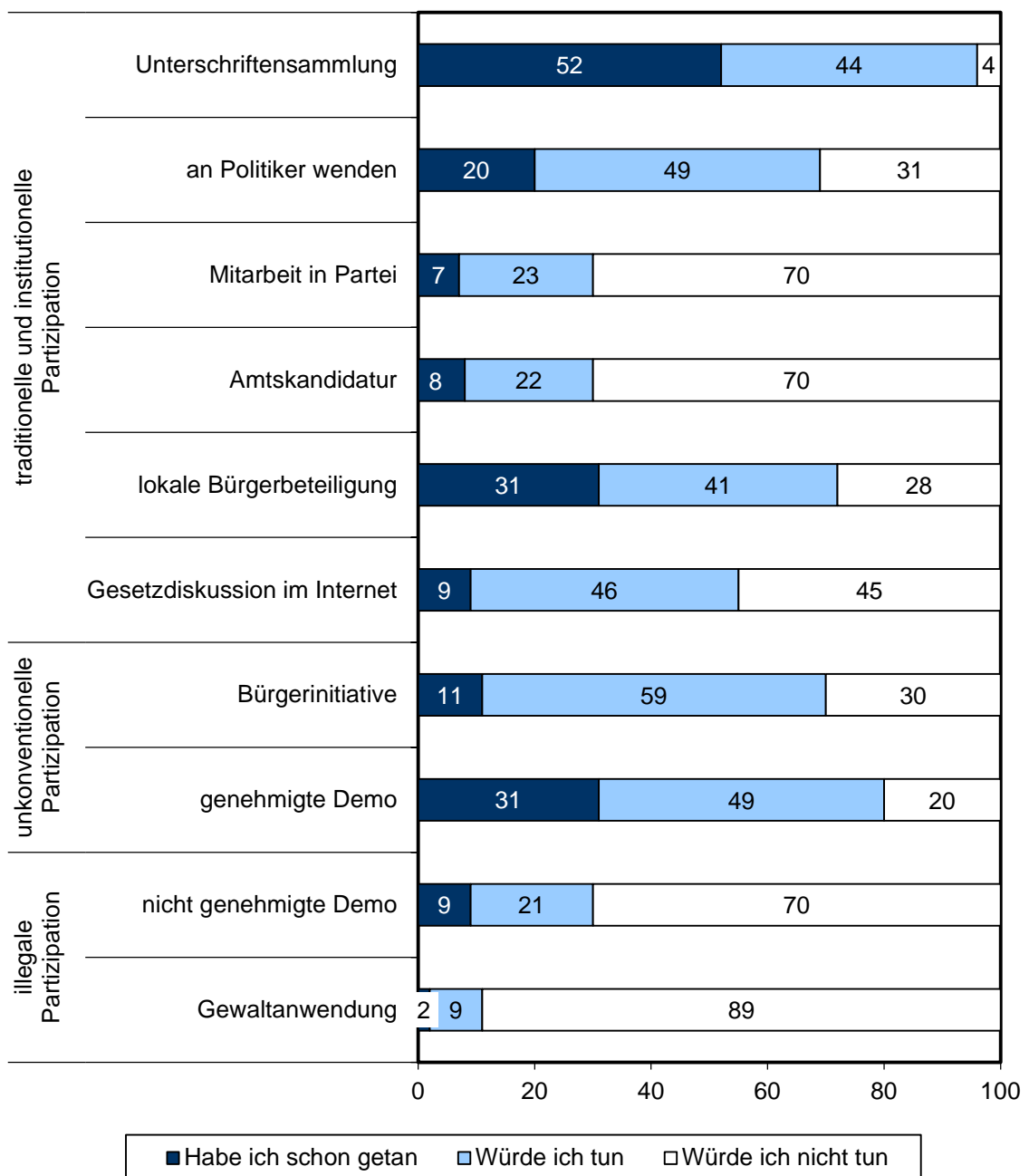
## 2. Politische Partizipation

Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR ist eine insgesamt acht Items umfassende Fragenbatterie enthalten, in der ein breites Spektrum legalen politischen Handelns erfasst wird. Sie präsentiert uns die Bürger\_innen Thüringens als Beteiligte bzw. Nichtbeteiligte an politischen Handlungsformen, die neben der Wahl zum Kern der Bürgerrechte demokratischer Ordnungen gehören.

So haben wir im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR wie bereits in den vergangenen Jahren gefragt, ob die Thüringer Bürger\_innen zur Teilnahme an einer Unterschriftensammlung, zur Kontaktaufnahme zu einem\_r Politiker\_in, zur Mitarbeit an einer Partei, zur Mitarbeit an einer Bürgerinitiative und zur Teilnahme an einer Demonstration bereit sind oder dies schon einmal getan haben (Abb. 61). Darüber hinaus wurde 2014 erstmalig danach gefragt, ob die Thüringer\_innen für ein politisches Amt oder Mandat kandidieren würden oder dies schon einmal getan haben. Wie auch schon 2011 wurde außerdem erhoben, ob die Thüringer\_innen Gesetzesentwürfe im Internet mitdiskutieren würden oder bereits Erfahrungen damit haben. Letztlich wurde auch nach der Beteiligung der Bürger\_innen bei kommunalen Bauvorhaben gefragt, beispielsweise durch die Einsichtnahme in Planungen oder Bürgeranhörungen bei Straßenbaumaßnahmen, was als basale Form demokratischer Partizipation im lokalen Kontext interpretiert werden kann.

Mehr als zwei Drittel der Befragten gibt an, mindestens eine dieser acht legalen politischen Beteiligungsformen schon einmal praktiziert zu haben, wobei die Beteiligung an einer Unterschriftensammlung mit 52 Prozent bei weitem am häufigsten genannt wird. Es folgt mit jeweils etwa einem Drittel der Befragten die Teilnahme an einer Demonstration und die lokale Bürgerbeteiligung. Darauf folgen – mit einem großen Abstand – die Kontaktaufnahme zu Politiker\_innen (20 Prozent) und die Mitarbeit bei einer Bürgerinitiative (elf Prozent). Auch die Kandidatur für ein Amt oder Mandat (acht Prozent) und die Beteiligung an Gesetzesdiskussionen im Internet (neun Prozent) werden selten genannt. Nur sieben Prozent der Thüringer\_innen berichten die Mitarbeit in einer politischen Partei als bereits praktizierte Alternative politischen Handelns.

**Abb. 61: Politische Partizipation**  
(in Prozent)



Parteien sind offenkundig nicht die präferierten Plattformen, wenn Befragte für sie wichtige Anliegen durchsetzen wollen. Ähnlich unattraktiv wie die Parteimitarbeit ist nur die aktive Übernahme politischer Verantwortung in Form eines Amtes oder Mandats. Bei beiden Handlungsalternativen gibt es – im Gegensatz zu den anderen von uns erfassten legalen Partizipationsformen – auch kein großes Potential von Partizipationsbereiten, die eine Mitarbeit für sich in Betracht ziehen: jeweils 70 Prozent der Befragten schließen das explizit für sich aus. Bürgerbeteiligung vollzieht sich also nicht überwiegend durch und in, sondern neben Parteien. Etwas gemildert wird dieser ernüchternde Befund durch den Umstand, dass Politiker\_innen, die ja alle Parteipolitiker\_innen sind, eher als Adressaten für die Bürger\_innen in Betracht kommen: mehr als zwei Drittel der Befragten geben an, sich schon einmal mit einem für sie wichtigem Anliegen an eine\_n Politiker\_in gewandt zu haben oder dies zu erwägen. Es sind also nicht die Politiker\_innen, sondern die Parteien, gegenüber denen die größte Distanz gewahrt wird und an deren Vermittlerrolle die geringsten Erwartungen bestehen. In diesen Befundzusammenhang fügt sich auch ein, dass 38 Prozent der Befragten angibt, keiner Partei zuzuneigen.

Allgemein gilt, dass die politische Partizipationsbereitschaft, konkret: die Kombination aus bereits praktizierten oder erwogenen Partizipationshandlungen, außerordentlich hoch ist. 99 Prozent der Befragten geben an, in einer der genannten Weisen schon einmal partizipiert zu haben oder dies zu erwägen. Dabei wird das Repertoire der Partizipationsformen als Werkzeugkasten angesehen, aus dem man sich mehrfach bedienen kann: Drei Viertel der Befragten nennen vier oder mehr Partizipationsformen.

Im THÜRINGEN-MONITOR wurde auch nach Beteiligungsformen gefragt, die außerhalb des Spektrums legaler politischer Beteiligung liegen. Dies gilt für die Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration oder die Zustimmung zur Aussage, bei der Verfolgung eigener politischer Ziele auch Gewalt einsetzen zu wollen. Bei letzterem handelt es sich nicht eigentlich um die Wahl einer bestimmten Partizipationsform, sondern um den Ausdruck der Bereitschaft, auch krasse Normverletzungen bei politischem Handeln zu begehen. Zustimmende Antworten auf beide Items können also, wenn auch in unterschiedlichem Grad, als Ausdruck der Entfremdung von einem gesetzlich geordneten und befriedeten politischen Betrieb gewertet werden. Wenn wir beide Varianten normwidrigen politischen Handelns zusammenfassen, dann geben zehn Prozent der Befragten an, eine solche Normverletzung schon einmal begangen zu haben und 27 Prozent, das heißt: mehr als jede\_r Vierte, ist bereit, eine solche zu begehen. Jede-r neunte Befragte kann sich vorstellen, mit Gewalt für politische Ziele zu kämpfen oder berichtet, dies schon einmal getan zu haben. Das ist eine beachtliche und auch beunruhigende Größenordnung – beunruhigend dann, wenn man die Respektierung institutioneller Regeln, zuallererst natürlich des Gewaltenmonopols des Staates, als konstitutiv für den Bestand einer auf einem Wertekonsens und auf Normenbefolgung gegründeten Demokratie ansieht.

Für beide Varianten politischer Partizipation – normkonformes und normwidriges Verhalten – stellt sich die Frage nach sozialstrukturellen und psychosozialen Bestimmungsfaktoren. Gibt es also bestimmte Gruppen in der Gesellschaft, die in besonderem Maß zu normkonformen oder normwidrigem politischen Handeln geneigt sind?

Wir sind dabei auf das Indikatorenprogramm des THÜRINGEN-MONITOR verwiesen, das umfassend über die soziale Lage der Befragten, ihre Selbstzuschreibung von politischer Kompetenz, Wirksamkeit und Teilnahme sowie ihre Einbettung in soziale und politische Handlungszusammenhänge informiert. Diese Aspekte gehören, wenn man die Sprache der politischen Partizipationsforschung wählt, den strukturanalytischen oder „soziologischen“ Erklärungsansätzen an. Wenn man deren Gewicht und Erklärungsbeitrag bestimmen will, muss man allerdings auch Erklärungsfaktoren aus dem zweiten bedeutenden theoretischen Kontext der Partizipationsforschung, dem sozialpsychologischen Ansatz, einbeziehen, der mentale Voreinstellungen und Handlungsorientierungen im Blick hat.

Um die Hauptkausalfaktoren der politischen Partizipation und Partizipationsbereitschaft und deren „wahre“, deren Nettoeffektstärke zu ermitteln, die ihnen zuzuordnen ist, wenn wir den Einfluss aller anderen Faktoren berücksichtigt haben, kann das Verfahren der multiplen schrittweisen Regression angewendet werden. Dies ist eine Methode, die alle in Frage kommenden Kausalfaktoren im Hinblick auf ihre tatsächliche Wirkungsmacht überprüft und nach Abprüfen der Zusammenhänge mit allen anderen Kausalfaktoren in ein Erklärungsmodell aufnimmt, wenn die tatsächliche Wirkungsmacht groß genug ist, das heißt: bestimmte statistische Aufnahmekriterien erfüllt sind. Dieses Verfahren setzt sich fort, bis keine Variable mehr im Pool vorhanden ist, die noch einen signifikanten Beitrag zur Aufklärung des zu erklärenden Sachverhalts – in diesem Fall: das Partizipationsverhalten und die Partizipationsbereitschaft der Thüringer\_innen zu leisten vermag. Das Verfahren erzeugt also nach rein formalen Kriterien und unabhängig von Erwartungen und Wünschen des Forschers ein optimiertes Erklärungsmodell des Partizipationsverhaltens – optimiert heißt: so sparsam und so erklärungsstark wie möglich.

Welche Bedeutung hat die soziale Lage der Befragten, wenn wir sie gemeinsam mit Indikatoren zu deren Einstellungen, Wirksamkeits- und Kompetenzzuschreibungen in ein Erklärungsmodell einführen? Diese Frage ist zunächst mit Blick auf das tatsächliche Beteiligungsverhalten zu beantworten, das heißt konkret: die Anzahl der Beteiligungsformen, von denen die Befragten angeben, sie hätten dies schon einmal getan. In der ersten Spalte der Tabelle in Abbildung 62 ist das Ergebnis der schrittweisen Regression zu „Modell I“ dargestellt. Ein Doppelkreuz oder ein Doppelstrich bedeutet dabei einen hochsignifikanten positiven oder negativen Effekt eines Verursachungsfaktors. Ein Punkt bedeutet, dass ein Verursachungsfaktor nicht in dieses, aber in ein anderes Modell aufgenommen wurde.

Bei der Betrachtung dieser Ergebnisse fällt zunächst auf, dass von ursprünglich 23 potentiellen Erklärungsfaktoren<sup>6</sup> schlussendlich nur neun in das Erklärungsmodell I aufgenom-

---

<sup>6</sup> Variablen zur Auswahl: Alter, Institutionenvertrauen (niedrig/hoch), Bildung (unter Abitur/Abitur und höher), Haushaltseinkommen bis 2000 Euro, Haushaltseinkommen bis 4000 Euro, Haushaltseinkommen über 4000 Euro, Geschlecht (männlich/weiblich), Auszubildende\_r (ja/nein), Rentner\_in (ja/nein), Arbeitslos (ja/nein), Rechtsextremismus (Mittelwertskala, 1 Antwortverweigerung je für Ethnozentrismus und/oder NS-Ideologie), Politikinteresse (schwach/stark), Zustimmung: „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“, Politische Eigenkompetenz (niedrig/hoch), Zustimmung: Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“ (Parteiverdros-

men wurden. Das heißt: keine weitere der Variablen aus dem Pool möglicher Erklärungsfaktoren hätte zusätzlich einen signifikanten Beitrag zur Erklärung des politischen Beteiligungsverhaltens geleistet. Von den sozialstrukturellen Variablen leistet „Bildung“ im Modell einen signifikanten Erklärungsbeitrag, das heißt, Personen die einen Bildungsabschluss ab dem Abitur aufwärts besitzen, sind politisch aktiver als andere. Frauen und ledige Befragte sind hingegen politisch inaktiver. Arbeitslosigkeit hat keinen eigenen signifikanten Erklärungsbeitrag, ein geringes bis mittleres Einkommen (im Unterschied zu höheren Einkommen) führt aber zu schwächer ausgeprägter Beteiligung. Dies verweist auf gesellschaftliche Benachteiligungsmechanismen, die politische Apathie bei den Betroffenen verstärken können.

**Abb. 62:** *Ursachen legaler politischer Partizipation*  
(schrittweise multiple Regression)

	<b>Modell I</b> Anzahl der praktizierten Partizipationsformen <sup>1)</sup>  („Habe ich schon getan“)	<b>Modell II</b> Anzahl der praktizierten oder erwogenen Partizipationsformen <sup>1)</sup> („Habe ich schon getan“ oder „Würde ich tun“)
Bildung (Abitur und höher)	+ + <sup>2)</sup>	. <sup>3)</sup>
Einkommen (bis 2000 Euro)	- -	. <sup>3)</sup>
Alter (älter)	+	- -
Politikinteresse (stark)	+ +	+ +
Eigenwirksamkeit (neg.)	- -	- -
Institutionenvertrauen (hoch)	- -	. <sup>3)</sup>
Parteiverdrossenheit (hoch)	-	. <sup>3)</sup>
Politische Kompetenz (hoch)	. <sup>3)</sup>	+ +
Rechtsextremismus (hoher Skalenwert)	-	. <sup>3)</sup>
Geschlecht (weiblich)	- -	. <sup>3)</sup>
Ledig (ja)	- -	- -
Rentner_in (ja)	. <sup>3)</sup>	- -
Verwitwet (ja)	. <sup>3)</sup>	- -
<b>Korrigiertes R<sup>2</sup></b>	<b>0,157</b>	<b>0,339</b>
<b>Fallzahl (N =)</b>	<b>808</b>	<b>808</b>

<sup>1)</sup> Gezählt wurden: Teilnahme an einer Unterschriftensammlung, Kontaktaufnahme zu einem\_r Politiker\_in, Mitarbeit in einer Partei, Mitarbeit in einer Bürgerinitiative, Teilnahme an einer genehmigten Demonstration, Kandidatur für ein Amt oder Mandat, Gesetzesdiskussion im Internet, Bürgerbeteiligung bei kommunalen Bauvorhaben.

<sup>2)</sup> Hoch signifikanter positiver (++) oder negativer (--) Effekt; signifikant positiver (+) oder negativer (-) Effekt.

<sup>3)</sup> Nicht in das Modell aufgenommen

Dagegen nimmt mit steigendem Politikinteresse, mit zunehmendem Gefühl der Eigenwirksamkeit und wachsender Selbstzuschreibung politischer Kompetenz die politische

---

senheit), Parteibindung (ja/nein), Konfessionszugehörigkeit (ja/nein), ledig (ja/nein), in Partnerschaft lebend (ja/nein), verheiratet (ja/nein), geschieden (ja/nein), verwitwet (ja/nein), städtische Region/ländliche Region.

Partizipation zu. Die skeptische Einschätzung, Parteien wollten nur die Stimmen der Wähler, deren Ansichten interessierten sie aber nicht, senkt die Anzahl praktizierter Beteiligungsformen. Paradox mutet zunächst der Befund an, dass auch ein hohes Institutionenvertrauen einen negativen Effekt auf das Beteiligungsverhalten hat. Dieser Wirkungszusammenhang lässt sich jedoch so interpretieren, dass eine hohe Zufriedenheit mit den bestehenden demokratischen Institutionen (und damit der von ihnen praktizierten Demokratie) die eigene politische Aktivität der Bürger\_innen überflüssig erscheinen lässt, währenddessen Unzufriedenheit aktivierend wirken kann. Dies steht im Widerspruch zur Erkenntnis, dass eine lebendige Demokratie auf die Partizipation der Bürger\_innen – auch jenseits von Stimmzettel und Wahlurne – angewiesen ist. Auch rechts-extreme Einstellungen (vgl. Kapitel VI.4) haben einen signifikant negativen Einfluss auf die Partizipation, das heißt: Personen, die ausländer- und demokratiefeindlichen Aussagen stärker zustimmen und somit höhere Werte auf der Rechtsextremismusskala aufweisen, neigen in geringerem Maße zu politischer Beteiligung.

**Abb. 63:** *Ursachen illegaler politischer Partizipation*  
(schrittweise multiple Regression)

	Anzahl der praktizierten oder erwogenen Partizipationsformen <sup>1</sup> („Habe ich schon getan“ oder „Würde ich tun“)
Geschlecht (weiblich)	-- <sup>2</sup>
Ledig (ja)	++
Arbeitslos (ja)	++
Ländliches Gebiet (ja)	--
Rechtsextremismus (hoher Skalenwert)	-
Institutionenvertrauen (hoch)	--
<b>Korrigiertes R<sup>2</sup></b>	<b>0,119</b>
<b>Fallzahl (N =)</b>	<b>808</b>

<sup>1</sup> Gezählt wurden: Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration, für politische Ziele auch mit Gewalt kämpfen.

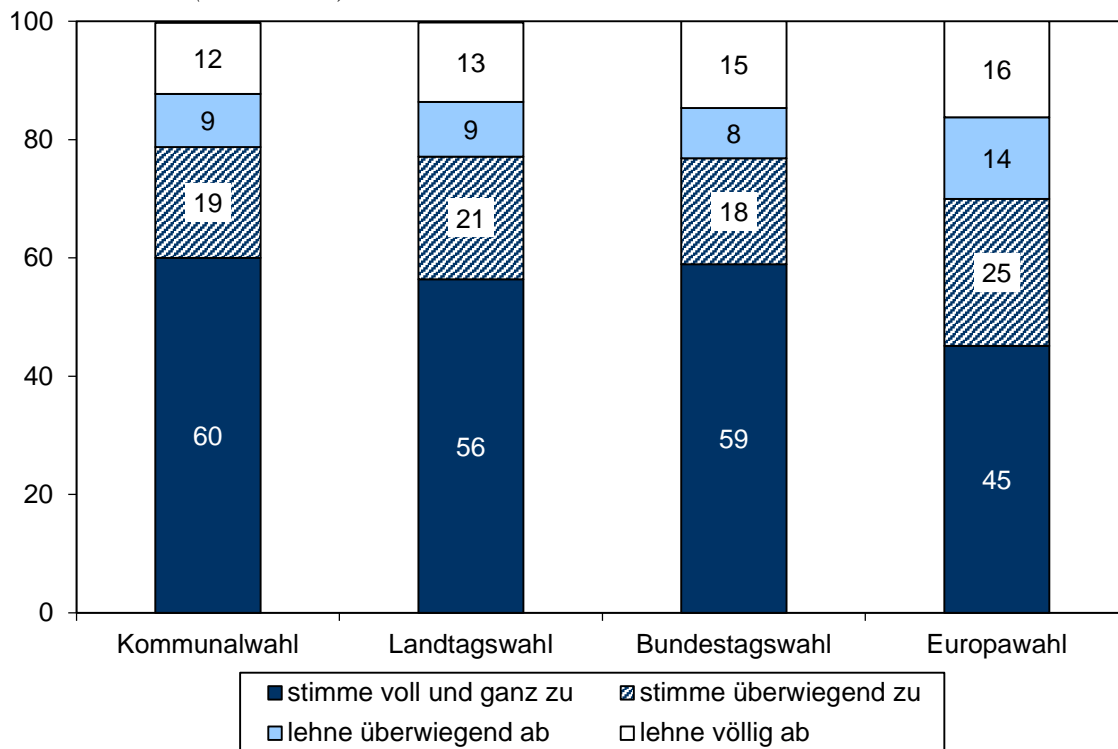
<sup>2</sup> Hoch signifikanter positiver (++) oder negativer (--) Effekt; signifikant positiver (+) oder negativer (-) Effekt.

Der Zusammenhang zwischen geringer politischer Eigenwirksamkeitsüberzeugung, geringem politischen Interesse und geringer politischer Partizipation hat auch im Modell II Bestand, in dem wir die Partizipationsneigung – das heißt die Kombination aus der Bereitschaft sich politisch zu beteiligen, und der Aussage, dies schon einmal getan zu haben – erklären. In diesem Modell liefern Bildung, Institutionenvertrauen, Parteiverdrossenheit und rechtsextreme Einstellungen keine Erklärungsbeiträge. Stattdessen erhöht die Selbsteinschätzung, politische Fragen gut verstehen zu können, signifikant die Bereitschaft zu politischem Handeln. Außerdem ist die Bedeutung von Faktoren erkennbar, die mit sozialer Exklusion im Alter assoziiert sind: So senken der Rentenstatus und der Verlust des Ehegatten die Bereitschaft zu politischer Aktivität und Engagement. Das Geschlecht hingegen hat keinen Einfluss auf die Partizipationsneigung - anders als bei der praktizierten Partizipation, wo Männer aktiver sind als Frauen.

Nachfolgend werden auch die Ursachen illegaler politischer Partizipation untersucht. Erneut wird die Partizipationsneigung erfasst, also die Addition der Antwortalternativen „habe ich schon getan“ oder „würde ich tun“. Die Bekundung, tatsächlich einmal eine Normwidrigkeit begangen zu haben, ist mit zehn Prozent der Befragten so selten, dass sich hier keine multivariaten Kausalmodelle rechnen ließen. Dagegen ist die Bereitschaft zu illegaler politischer Partizipation, wie wir gezeigt haben, mit 27 Prozent der Befragten zureichend hoch besetzt, um einer Kausalanalyse unterzogen zu werden (Abb. 63).

Geschlecht erscheint als hoch signifikanter Effekt im Modell: Frauen sind deutlich weniger als Männer zu normwidriger Partizipation geneigt. Institutionenvertrauen und das Leben abseits der größeren Städte wirkt hier ebenfalls dämpfend, während der Status ledig oder arbeitslos zu sein, die Bereitschaft zur illegalen Partizipation signifikant erhöht. Die Thüringer, die zu normwidrigem politischen Handeln neigen, sind also am ehesten unter der männlichen und ledigen Stadtbevölkerung zu suchen. Sie haben geringeres Vertrauen in die Institutionen, seltener jedoch vertreten sie rechtsextreme Positionen.

**Abb. 64:** *Wahlnorm im Mehrebenensystem: „Ich würde meine Bürgerpflichten ernsthaft vernachlässigen, wenn ich nicht zur ...-Wahl gehen würde“ (in Prozent)*



Abschließend kann konstatiert werden, dass Partizipationsverhalten in legalen Handlungsformen von sozialstrukturellen und psychosozialen Faktoren beeinflusst wird. Es gibt in den Daten des THÜRINGEN-MONITORS Hinweise auf die Wirkung sozialer Exklusion sowohl im Hinblick auf das legale Partizipationsverhalten wie auf die Partizipationsneigung: So wirken *deprivierende* Soziallagen wie ein relativ geringes Einkommen, Alter und Vereinzelung auf die Partizipationsneigung dämpfend, ein *gehobener* Bildungsstatus hingegen fördernd. Stärker und konsistenter sind jedoch die Effekte psychosozialer Faktoren, vor allem von Politikinteresse und Eigenwirksamkeit. Dieser Befund entspricht Er-



gebnissen der Forschung zur Nichtwahl, bei denen sozialstrukturelle gegenüber den psychosozialen Faktoren ebenfalls eine nachgeordnete Bedeutung hatten (vgl. Caballero 2005). Es ist aber darauf hinzuweisen, dass sozialstrukturelle Faktoren den psychosozialen hierarchisch vorgelagert sind und deshalb in einer Kausalkette einen indirekten Einfluss auf Partizipationsverhalten und Partizipationsneigung ausüben können.

Die Frage, ob die Absenkung von institutionellen und praktischen Schwellen, die vor der politischen Beteiligung stehen, die Partizipationsneigung steigern kann, wurde durch unsere Analysen nicht beantwortet. Lediglich mit der Frage, ob die Befragten von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, sich an der Diskussion über Gesetzesvorhaben im Internet zu beteiligen, wurden niederschwellige Beteiligungsformen der „e-Democracy“ angesprochen. Das Ergebnis zeigt, dass dies noch immer eine Minderheitsveranstaltung für knapp unter zehn Prozent der Bevölkerung ist, an der sich andererseits rund 45 Prozent der Befragten nicht beteiligen würden. Zwar nimmt der Anteil der gegenüber dieser Partizipationsform ablehnenden Personen mit wachsender Bildung und in den jüngeren Alterskohorten ab, aber die Daten zeigen, dass auch hier sozialstrukturelle Partizipationsbarrieren wirksam sind. Der Anteil der Personen, die diese Partizipationsform bereits praktiziert haben, hat sich zwar gegenüber 2011, als schon einmal danach gefragt wurde, von 4,4 Prozent auf 9,3 Prozent verdoppelt, aber ein Dammbbruch ist dies nicht.

**Abb. 65:** *Ursachen der Wahlnorm*  
(schrittweise multiple Regression)

	Wahlnorm (Summenskala) <sup>1</sup>
Parteibindung (ja)	+ + <sup>2</sup>
Politische Selbstwirksamkeit (niedrig)	- -
Politikinteresse (hoch)	+ +
Institutionenvertrauen (hoch)	+ +
Parteiverdrossenheit (hoch)	- -
Geschlecht (weiblich)	+ +
Alter (hoch)	+ +
Auszubildende_r (ja)	+ +
verwitwet (ja)	+ +
Konfessionszugehörigkeit (ja)	+
<b>Korrigiertes R<sup>2</sup></b>	<b>0,285</b>
<b>Fallzahl (N =)</b>	<b>779</b>

<sup>1)</sup> Betrachtet wurde die Anerkennung der Teilnahme an der Bundestagswahl, Landtagswahl, Kommunalwahl und Europawahl als „Bürgerpflicht“ (hoher Skalenwert: Zustimmung).

<sup>2)</sup> Hoch signifikanter positiver (++) oder negativer (--) Effekt; signifikant positiver (+) oder negativer (-) Effekt.

Unter den Formen politischer Partizipation hat die Beteiligung an Wahlen einen Sonderstatus, weil das allgemeine, freie und gleiche Wahlrecht ein Kernbestandteil der Institutionenordnung der repräsentativen Demokratie ist und der Besitz des Wahlrechts Bewohner\_innen eines Landes zu Bürger\_innen macht. Wahlen legitimieren die repräsentative Demokratie und die mit einem Mandat in ihr politisch Handelnden. Die breite Akzeptanz der Beteiligung an Wahlen als „Bürgerpflicht“ ist deshalb eine normative Voraussetzung

für den Bestand der repräsentativen Demokratie. Der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR hat im Vergleich zwischen Kommunalwahl, Landtagswahl, Bundestagswahl und Europawahl die Bürger\_innen Thüringens nach ihrer Haltung zur Wahlnorm befragt (Abb. 64). Die Ergebnisse zeigen, dass die Befragten, mit einer gewissen Einschränkung bei der Europawahl, die Wahl als „Bürgerpflicht“ breit akzeptieren. Die Anteile der Ablehnenden schwanken zwischen 30 Prozent bei der Europawahl und 21 Prozent bei Kommunalwahlen. Mit Ausnahme der Europawahl überwiegt in den Antwortmustern deutlich der höchste Grad der Zustimmung. Es verbleibt jedoch eine erklärungsbedürftige Varianz in der Akzeptanz der Wahlnorm. Diese aufzuklären ist angesichts der tatsächlich deutlich unter den normativ gesetzten Schwellenwerten liegenden Wahlbeteiligungen von besonderer Bedeutung.

Die signifikanten Bedingungsfaktoren der Wahlnorm haben wir analog zu den anderen Partizipationsformen mittels einer schrittweisen hierarchischen Regression ermittelt (Abb. 65). Die Wahlnorm wurde mit einer Zustimmungssummenskala über die vier Ebenen des Wahlsystems hinweg gemessen. Die Analysen zeigen, dass Personen mit starker Parteibindung, hohem Politikinteresse, hohem Institutionenvertrauen und hoher politischer Selbstwirksamkeit auch mit hohem Nachdruck die Wahlnorm vertreten. Das Gleiche gilt – nun mit Blick auf sozialstrukturelle Merkmale – für Frauen, ältere und religiös gebundene Menschen sowie Auszubildende bzw. Studierende. Mit Ausnahme der zuletzt genannten Variablen und im Unterschied zur sonstigen politischen Partizipation haben Faktoren sozialer Benachteiligung im Hinblick auf die Wahlnorm keine Bedeutung. Es sind vor allem Faktoren psychosozialer Entfremdung, der generationalen Zugehörigkeit und sozialisatorische Einflüsse, die die Stärke der Wahlnorm bestimmen.

### **3. Rechtsextremismus**

#### **3.1 Aktualisierte Skala zur Messung rechtsextremer Einstellungen**

Einstellung ist eine durch Erfahrung erworbene Bereitschaft, mit einer bestimmten Wertung auf Gruppen, Objekte, Situationen oder einzelne Personen zu reagieren. Sie drückt sich in Überzeugungen, Affekten und Verhaltensweisen aus (Gerrig / Zimbardo 2008). Die verhaltenssteuernde Wirkung ist ein nur schwer zu messender Aspekt von Einstellungen. Die Rechtsextremismusforschung, die sich auf die repräsentative Umfrageforschung stützt, erfasst Verhalten deshalb nur retrospektiv oder als berichtete Handlungsabsicht und konzentriert sich auf die kognitiven und emotiven Komponenten von Einstellungen. Diese sind dem Verhalten vorgelagert. Weiterreichende Aussagen über die Mechanismen, durch die sich Überzeugungen, Affekte und Handlungsbereitschaft in konkrete Handlungen übersetzen, kann diese Richtung der Extremismusforschung jedoch nur bedingt formulieren.

Die dem THÜRINGEN-MONITOR zugrunde liegende Definition des Rechtsextremismus beschränkt sich entsprechend auf den kognitiven und emotiven Aspekt von Einstellungen. Verstanden als Einstellungsmuster ist Rechtsextremismus gekennzeichnet durch die

Überzeugung einer unterschiedlichen Wertigkeit von Menschen in Abhängigkeit von as-kriptiven Merkmalen, wie Nationalität, Hautfarbe oder ethnischer Herkunft, sowie einem auf diesen Ungleichwertigkeitsvorstellungen aufbauenden Gesellschaftsbild. Im Hinblick auf gruppenbezogene Orientierungen werden im THÜRINGEN-MONITOR antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen erfasst. Hinsichtlich politischer Ordnungsvorstellungen und historischer Affinitäten ist Rechtsextremismus gekennzeichnet durch eine Befürwortung diktatorischer Regierungsformen, die Verharmlosung des Nationalsozialismus und nationalistisch-chauvinistische Einstellungen. Letztere erfassen nicht nur ein übersteigertes Nationalgefühl, sondern die Aufwertung Deutschlands über die Abwertung anderer Länder. Diese im Jahr 2001 entwickelte sogenannte Konsensusdefinition des Rechtsextremismus auf Einstellungsebene wird neben dem THÜRINGEN-MONITOR auch in weiteren Studien angewandt (Decker et al. 2010; Stöss / Niedermayer 2008).

Insgesamt erhebt der THÜRINGEN-MONITOR zehn Indikatoren, die sich auf sechs angenommenen Subdimensionen verteilen, um Ungleichwertigkeitsvorstellungen zu messen (Abb. 66). Dabei werden die Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, die Verharmlosung des Nationalsozialismus sowie Antisemitismus nur über je eine Einstellungsfrage erfasst. Fremdenfeindlichkeit hingegen mit drei Fragen, Chauvinismus und Sozialdarwinismus werden mit je zwei Indikatoren gemessen. Als Antwortmöglichkeiten werden den Befragten vier Antwortkategorien angeboten: Stimme völlig zu, stimme eher zu, lehne eher ab und lehne völlig ab. Außerdem ist es den Befragten möglich, die Antwort zu verweigern, indem Sie explizit angeben, die Frage nicht beantworten zu können („weiß nicht“) oder nicht zu wollen („keine Angabe“).

Die Messung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen ist nicht mit der Erhebung der Indikatoren abgeschlossen. Auch danach müssen Entscheidungen getroffen werden, die auf die faktische Definition von Rechtsextremismus und rechtsextrem Eingestellten zurückwirken. Dies betrifft die Zusammenführung der Einstellungsfragen zu einer Skala. Im günstigsten Fall ergibt sich für alle Befragten ein Messwert, der als Grad der Ausprägung ihrer Ungleichwertigkeitsvorstellungen interpretiert werden kann. Nur so lassen sich die Anteile der Befragten mit einem geschlossen rechtsextremen Weltbild identifizieren. Im THÜRINGEN-MONITOR werden, in Übereinstimmung mit vergleichbaren Studien, die zehn Einstellungsfragen aufsummiert. Theoretisch sind auf der sich ergebenden Summenskala Werte von 10 bis 40 Punkten erreichbar. Befragte ab einem Skalenwert von mehr als 25 der 40 möglichen Punkte bringen den zehn Einstellungsfragen durchschnittlich mehr Zustimmung als Ablehnung entgegen, sie gelten damit im THÜRINGEN-MONITOR als rechtsextrem eingestellt. Befragte mit mehr als Dreiviertel des maximalen Skalenwertes haben den Einstellungsfragen *durchschnittlich* zugestimmt, sie gelten als „Harter Kern“ mit einem geschlossen rechtsextremen Weltbild. Die Bestimmung des Schnittpunktes geschieht im Einklang mit vergleichbaren Studien (Decker et al. 2012: 54), ist aber dennoch einigermaßen willkürlich. Da die gemessenen Einstellungen sich in der Gedanken- und Gefühlswelt der Befragten als Kontinuum abbilden, entspricht eine Differenzierung

**Abb. 66:** *Zustimmung zu den Fragen zur Erfassung rechtsextremer Einstellung (in Prozent)*

---

## **Dimensionen und Statements**

---

### **Fremdenfeindlichkeit**

„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“ 48

„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ 36

„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“ 18

### **Sozialdarwinismus**

„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“ 29

„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“ 17

### **Nationalismus und Chauvinismus**

„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“ 56

„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“ 23

### **Verharmlosung des Nationalsozialismus**

„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“ 17

### **Antisemitismus**

„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“ 9

„Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.“<sup>1</sup> 32

### **Rechte Diktatur**

„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“ 13

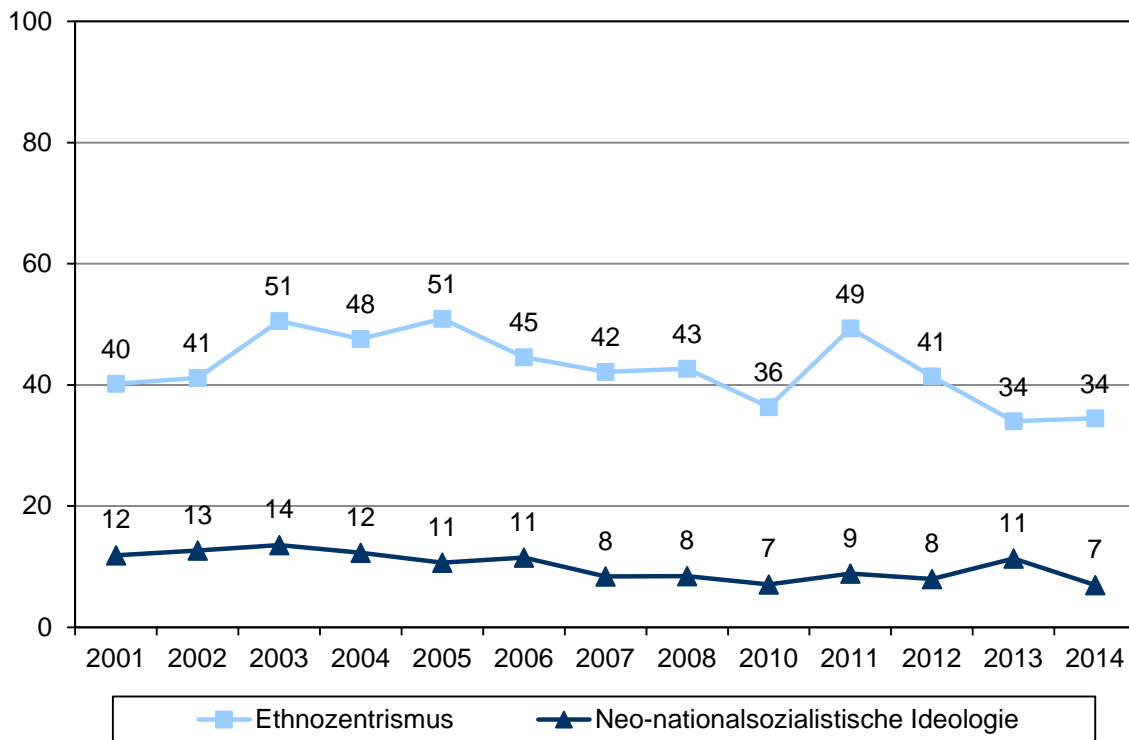
---

<sup>1</sup> 2013 zum ersten Mal erhoben und nicht Teil der Rechtsextremismusskala

zwischen rechts- und nicht rechtsextrem Eingestellten dem höchstmöglichen Abstraktionsgrad, unabhängig davon, an welchem Punkt der empirischen Skala die Unterschei-

dung getroffen wird. Rechtsextrem Eingestellte können einzelne Fragen oder ganze Dimensionen der Ungleichwertigkeitsvorstellungen abgelehnt haben. Nicht als rechtsextrem eingestellt geltende Befragte können hingegen im höchsten Maß beispielsweise fremdenfeindlich, antisemitisch oder auch beides (jedoch nicht alles zugleich) sein.

**Abb. 67:** *Zustimmung zu Ethnozentrismus und NS-Ideologie 2001–2014*  
(in Prozent)



Damit dieses Verfahren zur Konstruktion der Rechtsextremismusskala methodisch als legitim gelten kann, müssen mehrere Bedingungen erfüllt sein. Diese jedoch konnten zur Beginn der Messung 2001 nicht hinreichend geprüft werden, da der dafür notwendige Datenbestand erst aufgebaut werden musste. In der diesjährig vorgelegten *Expertise zur Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im Thüringen-Monitor 2000 bis 2013* (Best / Salomo 2014) wurden diese statistisch-methodischen Prüfungen umfassend durchgeführt und eine aktualisierte Version der Rechtsextremismusskala vorgeschlagen. Diese Skala beruht auf den gleichen Indikatoren wie die bisherige zur Messung des Rechtsextremismus im THÜRINGEN-MONITOR, damit die über zehn Jahre reichende Messreihe fortgeführt werden kann. Die vorgeschlagenen Änderungen betreffen die Art und Weise, wie die zehn Indikatoren des Rechtsextremismus zusammengefügt werden und damit auch, wie die Befragten identifiziert werden, denen eine rechtsextreme Gesinnung zugeschrieben wird. Die Implikationen der Ergebnisse der Skalenprüfung sollen hier summarisch wiedergegeben werden.

Die Ergebnisse der Prüfung der dimensional Struktur des Rechtsextremismus macht es nötig, die vormals angenommene sechsdimensionale Struktur als widerlegt zu betrachten (Best / Salomo 2014: 6 ff.). Die sechs theoretisch zu unterscheidenden Dimensionen – Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus, NS-Verharmlosung, Diktaturaffinität, Antisemitismus und Sozialdarwinismus – lassen sich empirisch nicht identifizieren. Dies bedeutet,

dass Befragte, die zum Beispiel einer Frage zur sozialdarwinistischen Gesinnung zustimmen, deshalb nicht mit höherer Wahrscheinlichkeit der zweiten Fragen zu dieser theoretisch angenommenen Version zustimmen. In den „Köpfen der Befragten“ ist die Annahme der Existenz von ‚unwertem Leben‘ und die Meinung, dass sich in der Gesellschaft wie in der Natur immer der Stärkere Durchsetzen sollte, nicht stärker mit einander assoziiert als jede dieser Meinungen mit Antisemitismus. Es lassen sich nur zwei Gruppen von Einstellungsfragen differenzieren, deren zugehörige Fragen untereinander stärker assoziiert sind, als mit den Fragen der anderen Gruppen. Diese Fragegruppen können tatsächlich als Dimensionen des Rechtsextremismus bzw. Ungleichheitsvorstellungen begriffen werden. Ethnozentrismus vereint die Fragen, die vormals als Indikatoren von Fremdenfeindlichkeit und Chauvinismus gelten, die restlichen Fragen bilden die neo-nationalsozialistische Ideologie ab. Während ethnozentrische Überzeugungen in der Bevölkerung weit verbreitet sind, wird die neo-nationalsozialistische Ideologie nur von einer Minderheit von etwa zehn Prozent der Thüringer Bevölkerung getragen (Abb. 67).

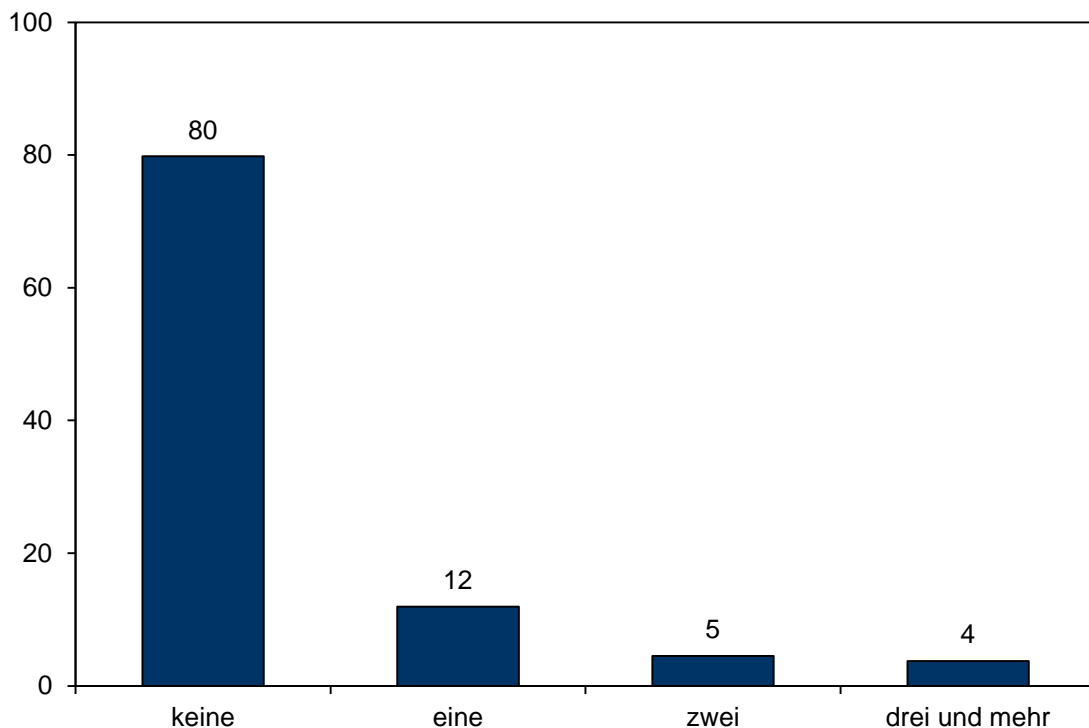
Eine feingliedrigere Analyse rechtsextremer Einstellungen sollte wenn, dann über diese beiden Dimensionen oder auf Ebene der einzelnen Indikatoren erfolgen. Eine Ausnahme besteht für das latente Merkmal bzw. die Subdimension Fremdenfeindlichkeit, diese konnte als kognitive Struktur bei den Befragten ebenfalls bestätigt werden. Zu den zwei Dimensionen werden einmal vier und einmal sechs Fragen gestellt, bei der Bildung einer Rechtsextremismusskala muss darauf geachtet werden, dass diese Fragegruppen jeweils das gleiche Gewicht in der Gesamtskala erhalten. Dieses Vorgehen entspricht der Interpretation, dass ethnozentristische und neo-nationalsozialistische Orientierungen inhaltlich als gleich wichtig für die Bestimmung rechtsextremer Einstellungen angenommen werden – eine andere Gewichtung müsste auf theoretischer Ebene begründet werden.

Die Prüfung der Antwortverweigerungen mündete in der Empfehlung, bei der Bildung der Skala nicht wie bisher, jede\_n Befragte\_n mit einer Verweigerung für die zehn Rechtsextremismusfragen einen ungültigen Skalenwert zu zuweisen und damit von der weiteren Analyse auszuschließen. Die in der Expertise nachgewiesenen Verzerrungen durch zu rigiden Ausschluss von Befragten mit verweigerten Antworten betreffen erstens die Repräsentativität der Stichprobe, da Antwortverweigerungen als abhängig von bestimmten soziodemografischen Merkmalen begriffen werden müssen. So neigen zum Beispiel ältere Thüringer\_innen, Frauen, geringer Gebildete und politisch wenig Interessierte stärker zur Antwortverweigerungen als die übrigen Bevölkerungsgruppen. Zweitens wird durch den kompletten Ausschluss von Befragten mit einigen nicht validen Antworten auch die valide Schätzung des Anteils Rechtsextremer in der Bevölkerung erschwert: Je rechtsextremer eine Person ist – geschätzt auf Basis seiner oder ihrer validen Antworten – desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, durch den Druck der sozialen Erwünschtheit die Antwort auf einige Fragen zur Messung von Rechtsextremismus zu verweigern.

Die Ergebnisse der dimensional Analyse sind zudem ein Beleg dafür, dass die Indikatoren innerhalb der beiden Dimensionen Ethnozentrismus und NS-Ideologie untereinander austauschbar sind. Deswegen können die latenten Ungleichwertigkeitsvorstellungen der Befragten auf Basis von drei der vier im Fall der Dimension Ethnozentrismus und auf

Grundlage von fünf der sechs validen Antworten für die Fragen zur Dimension NS-Ideologie geschätzt werden. Abbildung 68 gibt einen Überblick über die Häufigkeit von Antwortverweigerungen im Rahmen der zehn Rechtsextremismusindikatoren. Im Schnitt wurden bisher 20 Prozent der Befragten von der weiteren Analyse ausgeschlossen. Mit dem vorgeschlagenen Vorgehen könnte dieser Anteil auf sechs Prozent reduziert und die Schätzung der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung damit verbessert werden.

**Abb. 68:** Anteil Befragter mit Antwortverweigerungen auf die Fragen zum Rechtsextremismus 2001–2014  
(in Prozent)



Eingangs wurde bereits auf das Dilemma verwiesen, dass latente Einstellungen wie Ungleichwertigkeitsvorstellungen und deren Dimensionen sich im Denken der Befragten als ein stetiges Kontinuum abbilden. Gemessen werden müssen Sie jedoch über diskrete Antwortkategorien, die im Fall von Telefonbefragungen zudem nur über wenig Ausprägungen verfügen dürfen, um die Untersuchungsteilnehmer\_innen nicht zu überfordern. Bei der Einordnung der Befragten auf diesen diskreten Antwortskalen entstehen notwendig Ungenauigkeiten, die jedoch zum Problem für die Skalenkonstruktion werden, wenn sie nicht zufällig sind. Umfrageforscher müssen sich darauf verlassen können, dass die gleichen Antwortkategorien über unterschiedliche Fragen hinweg von den Interviewten auch gleich interpretiert werden. Zudem muss ausgeschlossen sein, dass bestimmte Befragtengruppen die Antwortmöglichkeiten nicht auf dieselbe Weise interpretieren wie andere Gruppen. Diese Bedingungen werden als Forderung nach Homogenität der Antwortkategorien zusammengefasst. Ist dieses Kriterium verletzt, kann nicht davon ausgegangen werden, dass ein gleicher Skalenwert zwischen zwei Befragten tatsächlich für das gleiche

Ausmaß an latenten Ungleichwertigkeitsvorstellungen steht. Umgekehrt gilt auch: Werden die gleichen Antwortvorgaben bei unterschiedlichen Fragen von den Befragten nicht gleich verstanden, können zwischen zwei (Gruppen von) Befragten identische Skalenergebnisse gemessen werden, obwohl Ungleichwertigkeitsvorstellungen bei den betreffenden Befragten je unterschiedlich stark ausgeprägt sind. Ein einfaches Bild zum besseren Verständnis: Springen zwei Schüler im Sportunterricht über eine zwei Meter hohe Latte, haben sie die gleichen Noten beim Hochsprung verdient. Es sei denn, der eine Schüler bewältigt die zwei Meter hohe Latte aus einem 50 Zentimeter tiefen Loch heraus.

Die in der Expertise detailliert dargelegten Ergebnisse der Homogenitätsanalyse lassen darauf schließen, dass die zehn Indikatoren des Rechtsextremismus nicht als homogen gelten können (Best / Salomo 2014: 14 ff.). Gruppierungen der Skala in nicht Rechtsextreme, rechtsextrem Eingestellte und solche, mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild, sind deshalb als Grundlage für Analysen problematisch. Um mit diesem Problem umzugehen, wurden im Rahmen der Expertise drei Empfehlungen ausgesprochen:

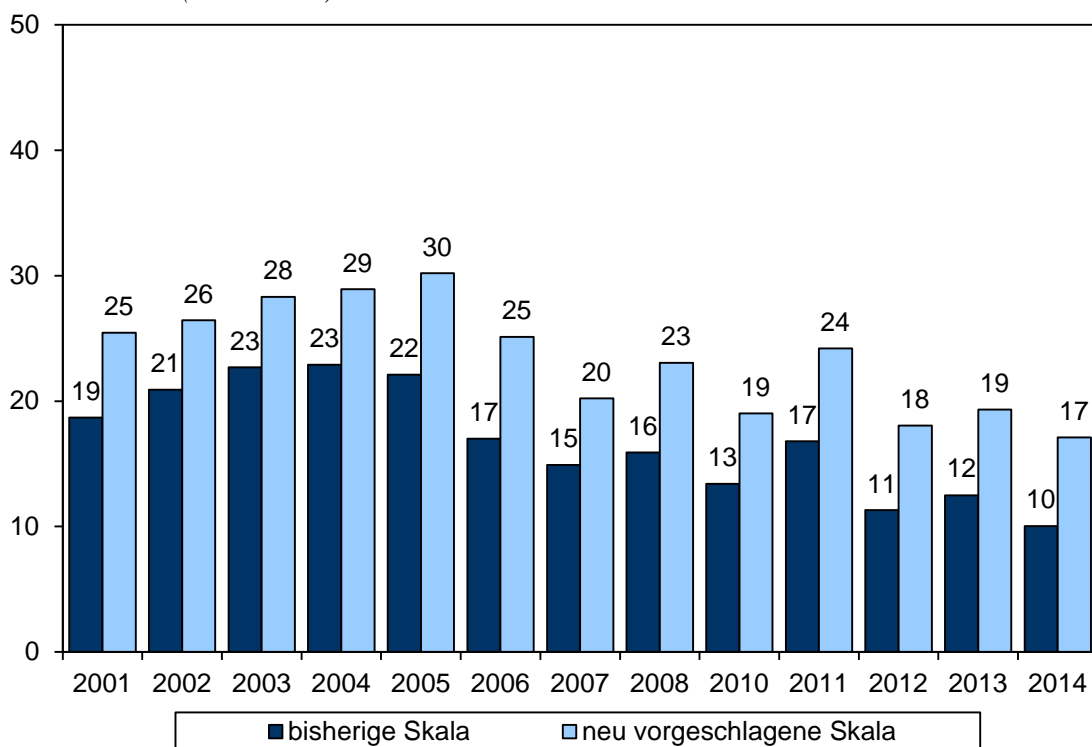
- 1) die Schnittpunktsetzung, also die Unterscheidung zwischen rechtsextrem und nicht rechtsextrem Eingestellten, als Kompromiss zwischen der besseren Vermittlung der Befunde und dem messtheoretisch sinnvollen Vorgehen zu betrachten. Der Kompromiss wird zu Ungunsten des wissenschaftlich vertretbaren Vorgehens überstrapaziert, wenn darüber hinaus an der bisherigen Unterteilung zwischen Rechtsextremen und solchen mit einem „geschlossen“ rechtsextremen Weltbild (dem „harten Kern“) festgehalten wird.
- 2) die in Rechtsextreme und nicht Rechtsextreme gruppierte Skala nicht als Grundlage für Analysen zu verwenden. Ursachen- und Zusammenhangsanalysen müssen auf Basis der Gesamtskala durchgeführt werden. Derart abgesicherte Befunde können mit Hilfe der gruppierten Skala weiter veranschaulicht werden.
- 3) Abweichungen zwischen den einzelnen Erhebungsjahren in Hinblick auf den Anteil rechtsextrem eingestellter Thüringer\_innen nicht über zu bewerten. Einerseits können dafür in jährlicher Schwankung erhöhte/verminderte Antwortverweigerungen verantwortlich sein, andererseits gilt Punkt 1) auch für Vergleiche der ermittelten Anteile Rechtsextremer zwischen Erhebungszeitpunkten. Ein tatsächlicher Rückgang rechtsextremer Einstellungen, legt man die Information der *gesamten Skala* zugrunde, ist in Thüringen erst ab einschließlich 2010 im Vergleich zu den Vorjahren zu verzeichnen. Eine Beurteilung der längsschnittlichen Entwicklung allein aufgrund der Veränderung der Anteilswerte rechtsextrem Eingestellter ist irreführend.

Die Expertise wertet auch die über Random Probing erhobenen Daten aus. Den Befragten wird dabei auf eine standardisierte Einstellungsfrage die Nachfrage gestellt, was sie eigentlich unter der *Reizeinheit* der eben beantworteten Frage verstehen, zum Beispiel: „Was verbinden Sie mit einem ‚harten und energischem Durchsetzen deutscher Interessen‘? Auf diese Weise kann der Assoziationsraum der Befragten für ausgewählte Fragen des Rechtsextremismus rekonstruiert und darauf geprüft werden, ob er dem theoretisch zu erwartenden Assoziationen entspricht. So konnte festgestellt werden, dass die Frage



„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“ sollte als mehrdimensionaler Indikator interpretiert werden, der neben traditionellen übersteigertem Nationalismus auch anti-europäische Ressentiments misst. Die Frage zur Diktaturaffinität „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“ muss als Indikator für die Neigung zu autoritären Regierungsformen im Allgemeinen begriffen werden. Die Ergebnisse der Validitätsprüfung lassen den Schluss nicht zu, dass über diese Frage nur oder vor allem die Affinität zu einer *rechtsgerichteten* Diktatur erfasst wird. Neben den dominierenden politisch ungerichteten Assoziationen mit einer ‚Diktatur im nationalen Interesse‘ erfasst der Indikator sowohl links- als auch rechtsautoritäre Orientierungen.

**Abb. 69:** *Rechtsextrem Eingestellte 2001–2014: Anteile nach dem bisherigen und dem neu vorgeschlagenen Skalenkonstruktionsverfahren (in Prozent)*



Um diese Empfehlungen umzusetzen, muss die Rechtsextremismusskala zukünftig und rückwirkend als Mittelwertskala in zwei Stufen berechnet werden. Als erstes wird für beide Dimensionen je ein Mittelwert berechnet, wobei Befragte mit einer fehlenden Antwort für eine der Dimensionen jeweils einen Wert auf Basis der restlichen validen Fragen zugewiesen bekommen. Im zweiten Schritt wird aus dem Mittelwert der zwei Dimensionen ein Mittelwert für rechtsextreme Einstellungen berechnet. Da aufgrund des vormaligen Umgangs mit den Antwortverweigerern der tatsächliche Anteil rechtsextrem Eingestellter unterschätzt wurde, sind mit diesem Verfahren höhere Werte für den Anteil Rechtsextremer zu erwarten. Denselben Effekt hat die Gleichgewichtung der weiter verbreiteten, und vormals gegenüber der Neigung zur NS-Ideologie geringer gewichteten, ethnozentristischen Orientierungen. Einen Vergleich des bisherigen und auf Grundlage der Skalenprüfung vorgeschlagenen neuen Skalenkonstruktionsverfahrens in Hinblick

des jeweils identifizierten Anteils Rechtsextremer in Thüringen gibt Abbildung 69. Die „neue“ Skala gibt eine validere Schätzung des Anteils rechtsextrem Eingestellter in Thüringen. Diese Skala nicht als Korrektur, sondern vielmehr als Aktualisierung gegenüber der ursprünglichen Skalenkonstruktion zu begreifen. Die Anpassung ist die Konsequenz eines Erkenntnisgewinnes, der erst durch die Messung und zusammenhängende Analyse rechtsextremer Einstellungen über die letzten zwölf Jahre ermöglicht wurde.

### 3.2 Politische Milieus in Thüringen

Die vergangenen THÜRINGEN-MONITORE haben einige kontraintuitive Befunde zu rechtsextremen Einstellungen feststellen können: Beispielsweise gibt es keinen erwartungsgemäßen Zusammenhang zwischen rechtsextremen Einstellungen und der von den Befragten selbst vorgenommenen Positionierung auf dem politischen Links-Rechts-Spektrum. Befragte mit verfestigten rechtsextremen Einstellung ordnen sich mehrheitlich nicht dem rechten, eine relative Mehrheit dagegen sogar dem linken Feld des politischen Spektrums zu (vgl. TM 2012: 87 ff.). Dieser Befund bestätigt sich auch für 2014. Es könnte vermutet werden, dass sich vor allem ein ethnozentristisches Weltbild, als die weiter verbreitete der beiden Rechtsextremismusdimensionen, nicht in der erwarteten Deutlichkeit dem politischen Links-Rechts-Spektrum zuordnen lässt. Jedoch zeigt eine Analyse der Assoziation getrennt für beide Rechtsextremismuskomponenten, dass kein nennenswerter Unterschied zwischen ethnozentristischen Einstellungen und der NS-Ideologie hinsichtlich des Zusammenhangs zur politischen Selbsteinstufung besteht.

Weiterhin erklärungsbedürftig sind jene Befunde, die ein *fremdenfreundliches* und aufgeschlossenes Bild der Thüringer Bevölkerung zeichnen: 87 Prozent begrüßen die kulturelle Bereicherung durch Zuwanderer. Sie stehen im Kontrast zu dem über die vergangenen Jahre konstanten und auch 2014 replizierten Befund, dass etwa die Hälfte der Thüringer Bürger\_innen im Ausmaß der Zuwanderung eine „gefährliche Überfremdung“ befürchtet. Der THÜRINGEN-MONITOR 2013 „*Wie leben wir? Wie wollen wir leben?*“ – *Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche Orientierungen der Thüringer Bevölkerung*“ hat außerdem festgestellt, dass wichtige Aspekte der ‚Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit‘ wie die Abwertung von Langzeitarbeitslosen, Homosexuellen und Behinderten nicht in dem zu erwartenden engen Zusammenhang mit den Dimensionen des Rechtsextremismus stehen (Best et al. 2013: 105 ff.).

In den THÜRINGEN-MONITOREN von 2012 und 2013 konnte darüber hinaus herausgearbeitet werden, dass sich rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit von vielen Ursachenkomplexen bilden und verstärken können. Die Bezeichnung als *Ursachenkomplexe* ist angebracht, da einzelne verstärkende Merkmale selten isoliert von anderen Faktoren auftreten und auf rechtsextreme Orientierungen wirken (TM 2012: 79 ff.; TM 2013: 100 ff.). Die Abhängigkeiten zwischen verschiedenen Ursachen (zum Beispiel zwischen verschiedenen Dimensionen ökonomischer Deprivation) wie auch zwischen Ursachenkomplexen (beispielsweise zwischen ökonomischer und politischer Deprivation, beides in Abhängigkeit von soziodemografischen (Opportunitäts-)Strukturen, erschweren die Datenaufbereitung, -analyse und insbesondere Ergebnisvermittlung der Ursachenforschung

in der Rechtsextremismusforschung. Typischerweise beschreibt die Rechtsextremismusforschung auf Einstellungsebene dann auch nur die wichtigsten Einflussfaktoren einschließlich deren Wirkungen.

Wenngleich dieses Vorgehen methodisch nicht kritisiert werden kann, trägt es zu einem verzerrten Bild über die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung bei. Es wird suggeriert, dass Ethnozentrismus und neo-nationalsozialistische Präferenzen ein Problem der Deprivierten, formal gering Gebildeten und Autoritären in der Gesellschaft sind, da dies die wichtigsten erklärenden Variablen für rechtsextreme Einstellungen sind. In Thüringen jedoch muss sich die Politik, Zivilgesellschaft und auch die Forschung damit auseinandersetzen, dass bereits der „Durchschnittseinwohner“ Thüringens von 2001 bis 2014 teilweise ethnozentristisch eingestellt ist<sup>7</sup>. Gegen den Extremismusbegriff und das zugrundeliegende Konzept wird häufig angebracht, dass es antidemokratische, fremdenfeindliche Einstellungen bereits auf sprachlicher als auch theoretischer Ebene in gesellschaftlichen Randgruppen verortet (Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.) 2011). Unseres Erachtens wird dies jedoch zu einem nicht unwesentlichen Teil verursacht durch die Konzentration der quantitativen und bevölkerungsrepräsentativen Rechtsextremismusforschung auf die Korrelation (Regression) zwischen Ursachenvariablen und den Skalen zu Rechtsextremismus oder gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

In der oben erwähnten *Expertise zur Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im Thüringen-Monitor 2000 bis 2013* wurde deshalb der Ansatz der Milieuanalyse in die Rechtsextremismusforschung eingeführt. Unter sozialen Milieus sind Kollektive „mit jeweils charakteristischen Einstellungen und Lebensorientierungen“ (Ueltzhöffer 1999: 629 ff.) zu verstehen, sie fassen Personen zusammen, deren Einstellungen, Wertorientierungen, Lebensweise, etc. ähnlich sind. Ansatz und Begriff der *sozialen Milieus* sind in der Konsum- und Lebensstilforschung verankert. Im Rahmen der (Rechts)-Extremismusforschung ist die Bezeichnung als *politische Milieus* deshalb angebracht: als ein politisches Milieu werden dabei Menschen begriffen, deren ähnliche Lebensbedingungen zu vergleichbaren politischen Einstellungen und politischen Verhaltensweisen führen. Gesucht werden dabei nicht Personengruppen, die in enger Interpretation des Milieubegriffs sich auch räumlichen zueinander nah sind. Vielmehr sind politische Milieus Typisierungen nach politischen Einstellungen, (selbstberichten) politischem Verhalten sowie subjektiven Deprivations- und Desintegrationserfahrungen. Die so gefundenen Einstellungsgruppen, deren Mitglieder untereinander je ähnliche (so ähnlich wie möglich) Einstellungen aufweisen, können anhand aller sinnvoll erscheinenden weiteren verfügbaren Merkmale, wie zum Beispiel sozialstruktureller Attribute, näher beschrieben und charakterisiert werden. Auch wenn diese Eigenschaften nicht zur Bildung der politischen Einstellungsgruppen beachtet werden. In der aufgeführten Expertise konnten Merkmale identifiziert werden, die zum sogenannten Standbein des THÜRINGEN-MONITORS gehören (und somit in den meisten Erhebungsjahren erfragt wurden und werden), anhand derer

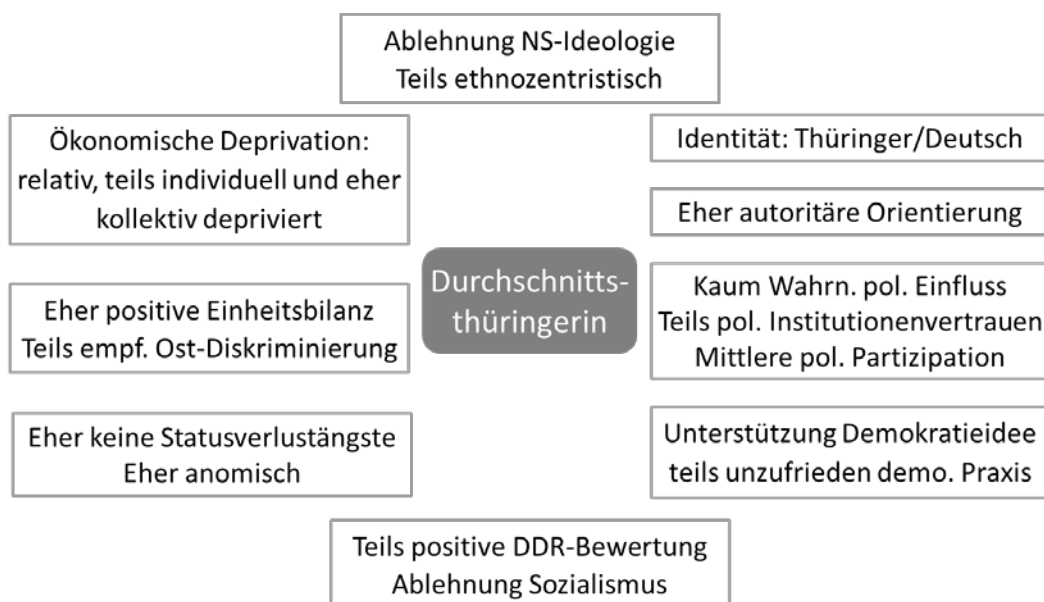
---

<sup>7</sup> Der Mittelwert der Dimension Ethnozentrismus aller Befragten über die Jahre 2000 bis 2014 liegt bei 2,5 und damit genau in der Mitte der Skala zwischen überwiegend Zustimmung und überwiegend Ablehnung.

sich sechs politische Milieus in Thüringen in der Zeit von 2000 bis 2013 bestimmen lassen<sup>8</sup>.

Diese Analyse kann auch auf 2014 (und nachfolgende Erhebungswellen) ausgeweitet werden. Während die Expertise einen Gesamtblick auf die Thüringer Gesellschaft seit Beginn des Jahrtausends anstrebt, soll hier der Fokus auf die sechs Milieus mit ihren aktuellen Eigenschaften, d.h. von 2012 bis 2014, gelegt werden. Milieus müssen dabei als in ihrem Kern zeitlich relativ stabil begriffen werden, die jedoch 1) über die Jahre quantitativ zunehmen, abnehmen oder stabil bleiben können und die 2) bestimmte Eigenschaften, die sie von den anderen Milieus (nicht) unterscheidet verlieren oder dazugewinnen können, sich insofern über die Jahre mit anderen Milieus vermischen oder von diesen abspalten. Die Beschreibung der Milieus im gebührenden zeitlichen Abstand kann tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen als Kohorten- und/oder Trendeffekte gleichermaßen sichtbar machen.

**Abb. 70:** *Durchschnittsthüringer\_in 2012–2014*  
(basierend auf Mittelwerten)



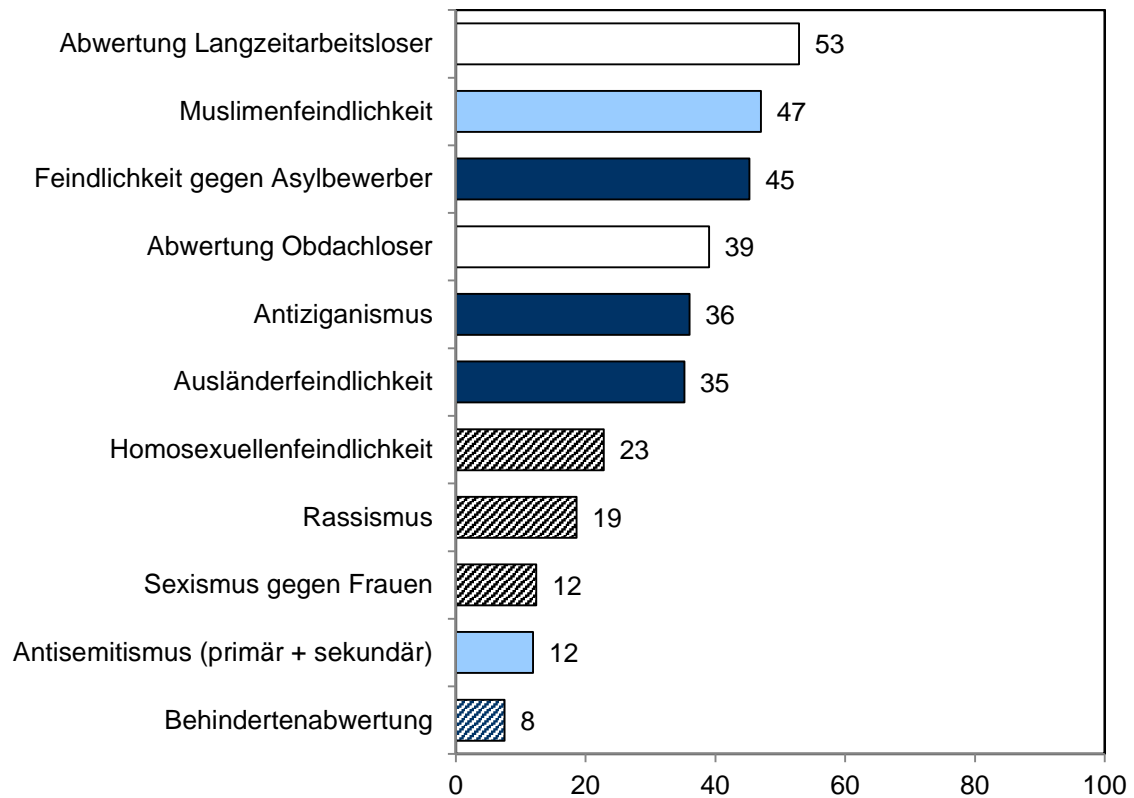
### **Durchschnittsthüringer\_in 2012–2014**

Bevor die Milieus beschrieben werden, ist es hilfreich, sich den Durchschnitt in Hinblick auf die interessierenden Merkmale von 2012 bis 2014 zu vergegenwärtigen. Dies gibt zudem die Gelegenheit die in die Milieubildung eingeflossenen Merkmale in Kürze vorzustellen. Wie Abbildung 70 zusammenfasst, positioniert sich bereits der Durchschnitt der Thüringer in diesen Jahren nicht eindeutig ablehnend (oder zustimmend) zu ethnozentrischen Aussagen, jedoch ablehnend zur zweiten Dimension rechtsextremer Einstellungen, der neo-nationalsozialistischen Ideologie. Grundlegend begreift sich die Durchschnittseinwohnerin am häufigsten als Thüringerin oder Deutsche. Sie hat leicht autoritäre Orientierungen. In Hinblick auf die verschiedenen Deprivationserscheinungen zeigt

<sup>8</sup> Das dazu verwendete statistische Verfahren wird als Clusteranalyse bezeichnet (Blasius / Werner 1992; Ciampi et al. 2005; Backhaus et al. 2006: 489 ff.; Fonseca 2013).

sie sich nicht überzeugt, den gerechten Anteil in der Gesellschaft im Vergleich zu anderen in Deutschland zu erhalten. Sie beurteilt ihre individuelle finanzielle Situation teils negativ und die wirtschaftliche Lage ihres Bundeslandes eher negativ.

**Abb. 71: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen 2012–2014 (in Prozent)<sup>9</sup>**



Die Einheit hat in ihrem Urteil mehr Vor- als Nachteile für sie gebracht, wenngleich sie zum Teil der Überzeugung ist, dass Ostdeutsche von Westdeutschen wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Sie ist sich ihres Status sicher und hat keine Angst davor, auf die Verliererseite des Lebens geraten zu können, ist jedoch etwas anomisch und weiß nicht immer, woran man sich heute noch halten kann. Einen Einfluss auf die Politik, auf das, was die Regierung tut, nehmen zu können, scheint ihr unwahrscheinlich. Politischen Institutionen, der Landes- und Bundesregierung, vertraut sie aber zumindest teilweise und bringt sich auch über mehr als zwei verschiedenen Partizipationswegen in das politische Geschehen ein oder ist zumindest generell bereit dazu. Illegale Partizipationsformen lehnt sie für sich ab. Von der Idee der Demokratie ist Sie überzeugt, aber teils unzufrieden mit der Demokratie, wie sie in der Praxis funktioniert. Ob die DDR mehr gute als schlechten Seiten hat, kann sie weder klar verneinen noch bejahen, eine mögliche Rückkehr zur sozialistischen Gesellschaftsordnung lehnt sie jedoch entschieden ab.

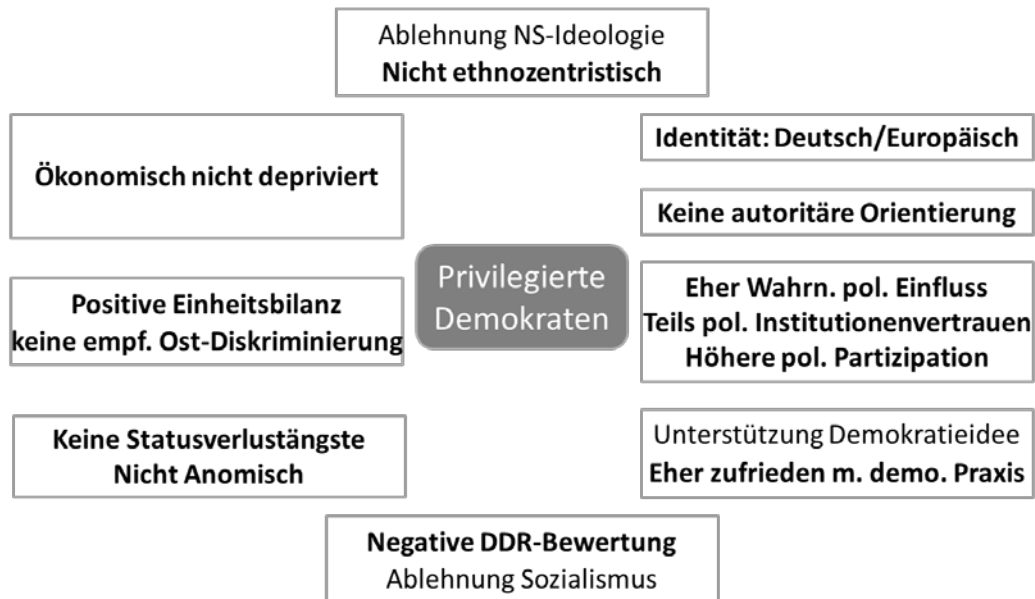
<sup>9</sup> Während Ausländerfeindlichkeit und Rassismus als Teil der Rechtsextremismusmessung in allen drei Jahren vorliegen und hier als Durchschnittswert angegeben sind, wurde Islamfeindlichkeit wie auch Antisemitismus 2013 und 2014, Sexismus gegen Frauen, die Abwertung von Obdachlosen und Behinderten 2014 und die anderen Dimensionen 2013 erhoben. Die Abwertung von Asylbewerber\_innen und die Homosexuellenfeindlichkeit wurden jeweils mit zwei Indikatoren aus verschiedenen Erhebungsjahren (2013 und 2014) gemessen; für diese Dimensionen sind hier für die Mittelwerte auf Aggregatebene abgebildet.

Im Laufe der letzten drei Jahre hat der THÜRINGEN-MONITOR (fast) alle Dimensionen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer 2011) erfasst. Auch diese politischen Einstellungen können die Milieus näher charakterisieren. Abbildung 71 gibt eine Zusammenfassung der Verteilung dieser Ressentiments in der Bevölkerung. Deutlich erkennen lässt sich, dass die Abwertung von Menschengruppen aufgrund von biologischen Kriterien – Homosexuellenfeindlichkeit, Sexismus, Behindertenabwertung und Rassismus – denn geringsten Rückhalt in der Bevölkerung haben. Dies korrespondiert mit der relativ geringen Verbreitung sozialdarwinistischer Orientierungen (Abb. 62). Weit verbreitet ist hingegen die Ablehnung des „Fremden“ – Ausländerfeindlichkeit, Antiziganismus sowie die Abwertung von Asylbewerber\_innen. Wenngleich Muslim\_innenfeindlichkeit und Antisemitismus beide die Ablehnung von religiösen Gruppen misst, muss Muslim\_innenfeindlichkeit stärker als Form des Ethnozentrismus und Antisemitismus als Bestandteil der neo-nationalsozialistischen Ideologie ist (vgl. TM 2013: 109 f.). Dieser Befund zeichnet sich auch in den Zustimmungsraten ab. Die stärkste Abwertung erfahren in Thüringen (und Deutschland: Heitmeyer 2011) sozial schwache Gruppen, hier über die Einstellung zu Langzeitarbeitslosen sowie Obdachlosen gemessen. Diese Ressentiments werden von der Rechtsextremismussmessung nach der Konsensusdefinition nicht erfasst und können so leicht unbeachtet bleiben. Der\_die Durchschnittseinwohner\_in Thüringens von 2012 bis 2014 ist teils abwertend gegen Muslim\_innen sowie Langzeitarbeitslose eingestellt, die Abwertung von anderen Gruppen ist jedoch (beurteilt anhand Mittelwerten) nicht *typisch*.

### **Privilegierte Demokrat\_innen**

Die Gruppe der, von uns so bezeichneten, privilegierte Demokrat\_innen (vgl. Abb. 72) lässt sich kurz damit charakterisieren, dass alle (im THÜRINGEN-MONITOR erfassten) Ursachen rechtsextremer Einstellungen in diesem Milieu durchschnittlich nicht anzutreffen sind. Die Milieus werden grundsätzlich nach dem Gruppenschnitt und im Vergleich zum Thüringer Standard und den anderen Milieus charakterisiert. Es gilt grundsätzlich, dass Sozialwissenschaften probabilistische Wissenschaften sind, d.h. auch in der Gruppe der privilegierten Demokrat\_innen gibt es Fälle, die Deprivation aufweisen oder unzufrieden mit der Demokratischen Praxis sind usw. Sie sind jedoch selten und damit nicht *typisch*. Das Milieu der privilegierten Demokrat\_innen weist ein überdurchschnittliches Bildungsniveau auf, die Hälfte der dem Milieu zugeordneten Befragten besitzt das Abitur, ein Viertel hat einen (Fach-)Hochschulabschluss. Dementsprechend sind die am Arbeitsmarkt gut gestellt: es gibt unter ihnen gerade einmal vier Prozent Arbeitslose, von denen mit Arbeit bewerten 97 Prozent ihren Arbeitsplatz als sicher, ein Drittel sind als Angestellte oder Beamt\_innen beschäftigt, die Hälfte in Vollzeit. Damit einhergehend sind privilegierte Demokrat\_innen mit ihrer ökonomischen Situation in allen Aspekten zufrieden, haben keine Abstiegsängste und kein Anomieempfinden. Als Ostdeutsche begreifen sie sich eher nicht, dafür als Deutsche oder Europäer\_innen, auch darin begründet sehen sie keine Diskriminierung Ostdeutscher.

**Abb. 72:** *Privilegierte Demokrat\_innen*  
(basierend auf Mittelwerten)

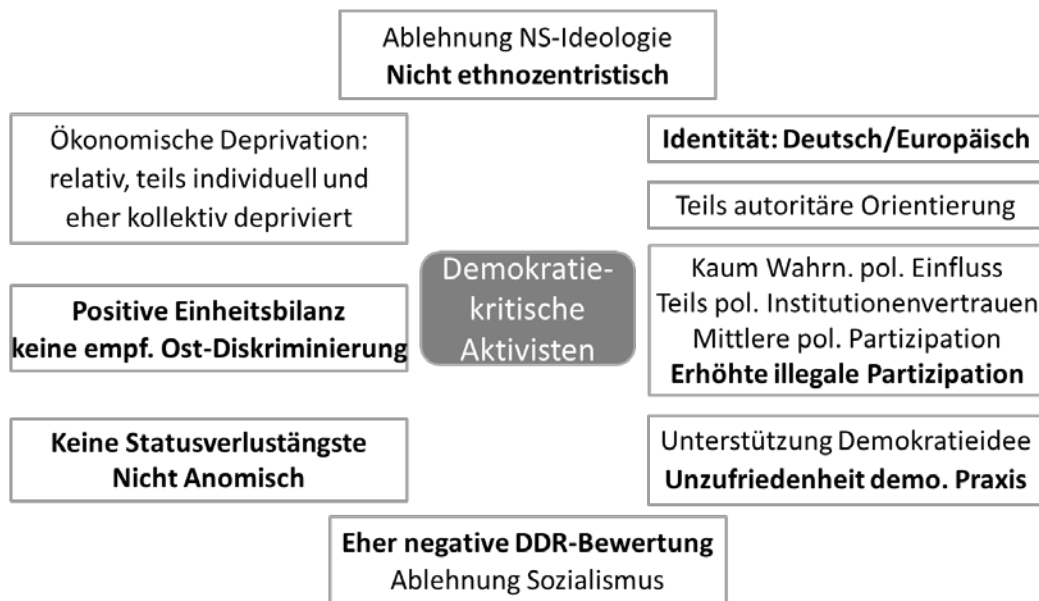


Es geht ihnen gut in der Gesellschaft, in der sie leben, entsprechend unterstützen sie deren demokratisches System mehr als jedes andere Milieu und sind resistent gegen extreme „Alternativen“: Sozialistische, neo-nationalsozialistische und ethnozentristische Aussagen lehnen privilegierte Demokrat\_innen ab, wie auch die Diskriminierung oder Abwertung aller anderen geprüften gesellschaftlichen Gruppen. Dem Milieu zugehörige Personen ordnen sich politisch am seltensten am rechten Rand und generell rechts der Mitte ein, meiden aber auch mit am stärksten den linken Rand des Spektrums. Die privilegierte Stellung dieser Gruppe ist für Männer leichter zu erreichen als für Frauen, die nur ein Drittel des Milieus ausmachen. 17 Prozent der Befragten zwischen 2012 und 2014 lassen sich dieser Gruppe zuordnen.

### **Demokratiemkritische Aktivist\_innen**

Auch das Milieu der demokratiemkritischen Aktivist\_innen (vgl. Abb. 73) ist zu zwei Dritteln männlich, leicht überdurchschnittlich im Besitz eines (Fach-)Hochschulabschlusses und entsprechend seltener von Arbeitslosigkeit oder als prekär empfundenen Beschäftigungsverhältnissen betroffen. Sie sind durchschnittlich von ökonomischer Deprivation betroffen, haben aber kein speziell ostdeutsches Benachteiligungsempfinden und einen positiven Blick in die Zukunft. Mit der Demokratie sind sie jedoch deutlich unzufrieden. Im Unterschied zu den anderen Milieus mit diesem Charakteristikum, sind sie jedoch überdurchschnittlich politisch aktiv – also bereit, der Kritik auch Taten folgen zu lassen und deshalb keinesfalls politisch entfremdet. Zudem zeigt diese Gruppe durchschnittlich keine Affinität zu rechtsextremen Ideologemen oder einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Allerdings ist das Milieu teils muslim\_innenfeindlich eingestellt und neigt durchschnittlich zur Abwertung von Langzeitarbeitslosen. Es macht zehn Prozent aller Befragten der untersuchten Zeitspanne aus.

**Abb. 73:** *Demokratiekritische Aktivist\_innen*  
(basierend auf Mittelwerten)



### **Zufriedene Thüringer\_innen**

Dieses Milieu ist das einzige weitere der sechs Milieus, das sich im Schnitt als resistent gegen Inhalte der NS-Ideologie, ethnozentristischen Positionen wie auch gegen sozialistische Ideen zeigt. Es entspricht sehr weit dem Durchschnitt, macht ein Viertel der Befragten aus und kann aus beiden Gründen gemeinsam mit dem konservativen Milieu (siehe unten) als die breite Mitte der Thüringer Gesellschaft im untersuchten Zeitraum gelten. Im Unterschied zur Durchschnittseinwohner\_in haben Personen, die dem Milieu zugerechnet werden können, sehr häufig eine Thüringer Identität, seltener begreifen sie sich vor allem als ostdeutsch. Darüber hinaus bewertet die Gruppe ihre individuelle Situation als eher gut denn schlecht, weist weder ostdeutsche Deprivation noch Statusverlustängste auf. Vor allem dies macht sie gegenüber dem Durchschnitt der Thüringer\_innen resistenter gegenüber ethnozentristischen Aussagen. Islamfeindlichkeit hingegen ist in diesem Milieu teils verbreitet (weist also einen Mittelwert auf der Grenze zwischen durchschnittlicher Zustimmung und Ablehnung auf), ebenso die Abwertung von Langzeitarbeitslosen. Dem Einstellungsmilieu können 31 Prozent der Befragten im untersuchten Zeitraum zugeordnet werden.

### **Das Konservative Milieu**

Auch das konservative Milieu umfasst etwas über ein Viertel der Befragten. Personen dieses Milieus sind auffallend autoritär eingestellt, verorten sich am seltensten am linken Rand des Politikspektrums und bilden mit einem Schnitt von über 53 Jahren das älteste Milieu. Neben diesen, die Bezeichnung des Milieus bedingenden Eigenschaften, weist es noch eine weitere Besonderheit auf: Befragte dieses Milieus haben ein deutlich unterdurchschnittliches Bildungsniveau, das sich jedoch nicht in einer dementsprechenden Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt niederschlägt. Die Quoten der Arbeitssuchenden und Personen mit als prekär empfundenen Beschäftigungsverhältnissen in diesem Milieu entsprechen dem Durchschnitt. Vor diesem Hintergrund ist verständlich, dass Befragte des



Milieus sich zwar kaum depriviert in Bewertung der aktuellen ökonomischen Situation zeigen, jedoch Zukunftsängste haben. Die Sicherheit, im Fall eines Arbeitsplatzverlustes auf ein hohes Ausbildungsniveau zurückzufallen, fehlt ihnen. Dieser Umstand bietet einen Anknüpfungspunkt für ausländerfeindliche Ressentiments, die in diesem Milieu eher typisch sind, wie auch Muslim\_innenfeindlichkeit und die Abwertung von längerer Zeit Arbeitsloser. Auch Antiziganismus und die Abwertung von Obdachlosen sind teils verbreitet, entsprechende Einstellungsfragen werden also im Schnitt weder eindeutig abgelehnt noch befürwortet. Homosexuellen gegenüber ist dieses Milieu abwertender als jedes andere eingestellt, im Schnitt wird dieses Ressentiment jedoch auch in dieser Bevölkerungsgruppe nur von einer Minderheit getragen. Die hohe durchschnittliche autoritäre Orientierung macht die Unterstützung neo-nationalsozialistische Positionen von Personen dieses Milieus wahrscheinlicher als in den anderen bisher vorgestellten Milieus, jedoch wird diese Ideologie immer noch von einer absoluten Mehrheit der Befragten dieser Gruppe abgelehnt. Wie auch im Milieu der zufriedenen Thüringer\_innen ist das Geschlechterverhältnis unter dem konservativen Milieu einigermaßen ausgeglichen.

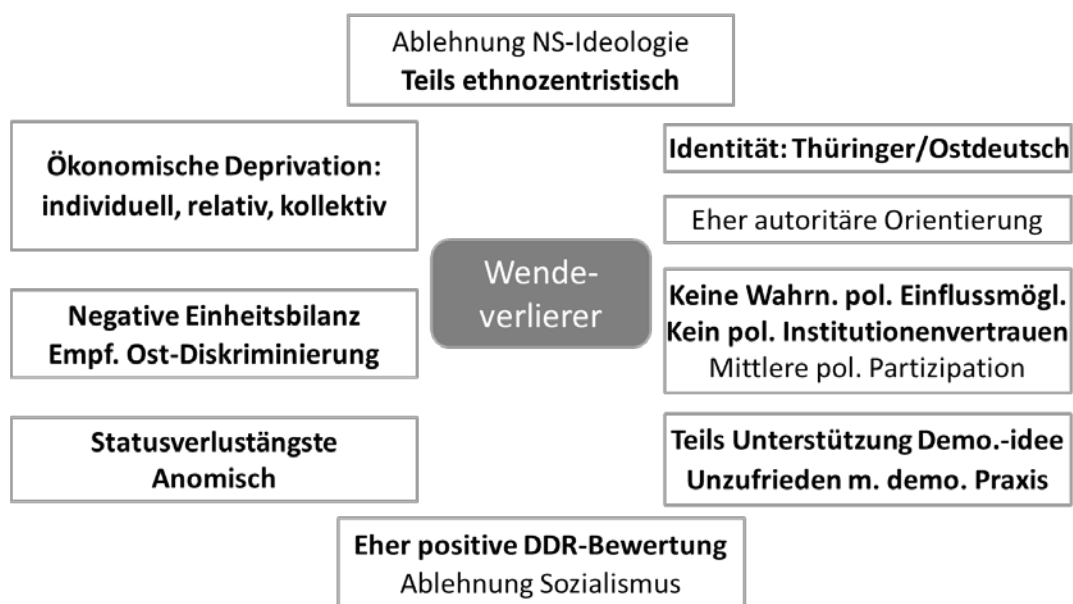
### **Wendeverlierer\_innen**

Zur Erklärung der erhöhten rechtsextremen Einstellungen und Wahlerfolge rechtsextremer Parteien wurde in der Literatur immer wieder auf die „Wendeverlierer“ verwiesen (vgl. Stöss 2010: 64, Pfahl-Traugber 2009): Die Enttäuschung über Verlauf und Folgen der Einheit führe zur Abkehr von demokratischen Institutionen und der Idee der Demokratie und mache empfänglich für alternative Gesellschaftsordnungen als auch pauschale Schuldzuweisungen an die etablierten demokratischen Institutionen. Die hier als Milieu der Wendeverlierer\_innen bezeichnete Bevölkerungsgruppe (vgl. Abb. 74) bewertet von allen bisher charakterisierten Milieus die deutsche Einheit am schlechtesten und nimmt auch deutlich eine Diskriminierung Ostdeutscher wahr. Die negative Bilanz aus dem Vergleich ihrer momentanen Situation mit der vor der Wende, wie auch die verhalten positive Bewertung der DDR, ist unter anderem damit zu erklären, dass die Befragten des Milieus mit 15 Prozent häufiger in als unsicher empfundenen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten als jedes andere der sechs Milieugruppen. Mit zwölf Prozent sind in dieser Gruppe von Befragten doppelt so viel Arbeitssuchende als im Durchschnitt aller Befragten von 2012 bis 2014.

Entsprechend fehlt ihnen das Vertrauen in politische Institutionen und sie sind deutlich unzufrieden mit der demokratischen Praxis. Auf ideeller Ebene erfährt in diesem Milieu die Demokratie gleichermaßen Zustimmung wie auch Ablehnung. Jedoch differenzieren die Wendeverlierer\_innen zwischen Unzufriedenheit mit wie auch Skepsis gegen die Demokratie und der Unterstützung vermeintlicher Alternativen: Die NS-Ideologie wie auch die Vorstellung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung werden von ihnen im Durchschnitt abgelehnt, deutlicher noch als im konservativen Milieu. Politisch verorten sie sich mit etwa einem Viertel häufiger am (ganz) linken Rand als jedes andere der Milieus. Ethnozentristischen Aussagen begegnen Wendeverlierer\_innen mit etwa gleicher Häufigkeit befürwortend oder ablehnend, die speziellere Muslim\_innenfeindlichkeit ist in diesem Milieu jedoch typisch. Kein anderes Milieu ist abwertender gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe eingestellt. Der Anteil von Männern und Frauen in diesem Milieu ist etwa

gleich hoch. Diesem politischen Milieu lassen sich neun Prozent der Befragten von 2012 bis 2014 zuordnen. In der oben angeführten Expertise wurden die Milieus über den gesamten Zeitraum von 2000 bis 2013 betrachtet. Das politische Milieu der Wenderverlierer\_innen konnte dadurch als das sich am stärksten quantitativ verändernde Einstellungsmilieu identifiziert werden: Im Erhebungszeitraum von 2000 bis 2005 musste noch ein Viertel der Befragten als „Wenderverlierer\_innen“ klassifiziert werden (Best / Salomo 2014: 63). Insbesondere seit 2012 sinkt ihr Anteil rapide, das Einstellungsmilieu verschiebt sich zugunsten der zufriedenen und konservativen Thüringer\_innen. Der Rückgang rechtsextremer Einstellungen unter der Thüringer Bevölkerung in der jüngeren Vergangenheit kann auch auf diese positive Entwicklung zurückgeführt werden.

**Abb. 74:** *Wendeverlierer\_innen*  
(basierend auf Mittelwerten)



### Abgehängte Antidemokrat\_innens

Befragte, die dem Milieu der abgehängten Antidemokrat\_innen zugeordnet werden können, sind zu zwei Dritteln weiblichen Geschlechts. Neben diesem gängigen Klischees widersprechenden Befund, fallen in diesem Milieus fast alle in der Rechtsextremismusforschung etablierte (und vom THÜRINGEN-MONITOR erfasste) Erklärungsfaktoren zusammen (vgl. Abb. 75). Lediglich drei Prozent dieser Befragtengruppe haben Abitur, mit knapp 60 Prozent mit einem Bildungsabschluss unter dem Realschulniveau ist der Durchschnitt von einem Viertel weit übertroffen. Starke objektive Deprivation – 14 Prozent sind arbeitssuchend, weitere zwölf Prozent haben einen als prekär wahrgenommenen Arbeitsplatz – die sich in starke subjektive Deprivation übersetzt, kann vor diesem Hintergrund nicht überraschen. Der Blick in die Zukunft ist für diese Menschen typischerweise mit Ängsten verbunden, der Blick in die ostdeutsche Vergangenheit lässt das jetzt noch negativer erscheinen. Die Abgehängten beurteilen die DDR deshalb durchschnittlich deutlich positiv und wünschen eine Rückkehr zur sozialistischen Ordnung. Gleichzeitig vertreten Sie jedoch auch die Positionen der neo-nationalsozialistischen Ideologie, ein-

schließlich der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur. Da sie sich nicht tatsächlich zwischen beiden vermeintlichen „Demokratiealternativen“ entscheiden müssen, geben Sie über ihre Zustimmung zu diesen extremen Gesellschaftsordnungen ihre Ablehnung des demokratischen Status Quo zu erkennen. Auch der Blick auf die politische Selbsteinstufung des Milieus bestätigt diese vermeintlich widersprüchliche Konstellation. Innerhalb des Milieus wünschen sich drei Viertel den Sozialismus zurück, unter denen, die sich rechts der Mitte einordnen sind dies 85 Prozent und etwas über die Hälfte unter denen, die sich weit links verorten. Über 80 Prozent des Milieus gelten als rechtsextrem eingestellt im Sinne der Bestimmung über die Rechtsextremismusskala. Innerhalb derer, die sich auch selbst als politisch rechts bekennen, sind es über 90 Prozent. Aber auch unter denen, die sich weit links verorten, finden sich noch knapp drei Viertel rechtsextrem Eingestellte. Nicht nur auf der Aggregatebene des Gruppenmittelwertes, sondern auch individuell bei den Befragten dieses Milieus fallen linke und rechte Positionen, über Selbst- und Fremdeinstufung ermittelt, zusammen. Ebenfalls ist aus diesen Zahlen abzulesen, dass innerhalb dieses Milieus Personen, die sich als extrem rechts begreifen, von der Rechtsextremismusskala auch als solche identifiziert werden. Umgekehrtes gilt nicht, die Skala identifiziert also mehr extrem Rechte innerhalb des Milieus, als sich selbst zu dieser Position bekennen. In Hinblick auf das Tabu, das mit einer politisch (sehr) weit rechten Position einhergeht, ist diese Abweichung zu erwarten – eine Skala zur Messung rechtsextremer Einstellungen wäre sonst überflüssig.

**Abb. 75:** *Abgehängte Antidemokrat\_innen*  
(basierend auf Mittelwerten)



Reformen innerhalb des demokratischen Systems, wie von den demokratiekritischen Aktivist\_innen scheinbar bevorzugt, sind für die abgehängten Antidemokrat\_innen längst keine Option mehr – vom politischen Geschehen haben sie sich wesentlich abgewandt. In dem circa sechs Prozent der Befragten umfassenden Milieu sind ausländerfeindliche, chauvinistische, islamfeindliche und – als einziges Milieu – auch rassistische Positionen

die Regel. Am stärksten werten Antidemokrat\_innen jedoch Langzeitarbeitslose ab – sowohl im Vergleich zu den anderen Milieus, als auch verglichen mit allen anderen Bevölkerungsgruppen, gegen die abgehängte Antidemokrat\_innen feindlich eingestellt sind. In Hinblick darauf, dass kein anderes Milieu eine höhere Arbeitslosigkeit aufweist, mag dies überraschen. Es spricht jedoch auch dafür, dass eine Abgrenzung nach unten umso vehementer geschieht, je bedrohter die eigene gesellschaftliche Position erscheint – ‚So wie *DIE* sind wir aber (dennoch) nicht!‘. Die sich aufdrängende Frage, ob tatsächlich auch die Arbeitslosen dieses Milieus Ressentiments gegen *Langzeitarbeitslose* hegen, kann aufgrund der zu geringen Fallzahlen allerdings nicht nachgegangen werden. Nicht weniger kontraintuitiv erscheint es, dass diese zu zwei Dritteln von Frauen besetzte Gruppe im Schnitt und als einziges Milieu als eher sexistisch (gegen Frauen) eingestellt ist. 52 Prozent wollen, dass sich Frauen wieder stärker auf ihre Rolle als Ehefrauen und Mütter besinnen. Im konservativen Milieu fordert dies jede\_r Zehnte\_r, in den anderen Milieus je etwa sieben Prozent der Befragten. Unter (männlichen) Antidemokraten steigt der Anteilswert auf 70 Prozent Sexisten, aber auch über 40 Prozenten der (weiblichen) Antidemokratinnen sind abwertend gegen ihrem eigenen Geschlecht eingestellt<sup>10</sup>. Was die durchschnittliche Frau (und der durchschnittliche Mann) in Thüringen als Abwertung von Frauen bewertet und entsprechend ablehnt, könnte innerhalb den bedrängten Lebensumständen der Antidemokrat\_innen auch als eine Möglichkeit der Aufwertung des eigenen Status empfunden werden.

Neben dem Milieu der Antidemokrat\_innen weisen auch das konservative Milieu und das der Wendeverlierer\_innen problematische Einstellungsmuster, insbesondere ethnozentristische Orientierungen auf. Damit kann der über den gesamten Erhebungszeitraum des THÜRINGEN-MONITORS konstante Befund der deutlich weiter verbreiteten ethnozentristischen Auffassungen im Vergleich zur NS-Ideologie veranschaulicht werden: Es gibt zwei auch quantitativ bedeutende Milieus, in denen ethnozentristische Einstellungen typisch sind, jedoch nicht die Inhalte der neo-nationalsozialistischen Ideologie. Anders formuliert lässt sich festhalten, dass es zwei weit verbreitete Konstellationen aus Lebensbedingungen, Bewertung der Gesellschaft und des eigenen gesellschaftlichen Status gibt, die typischerweise mit ethnozentristischen Einstellungen einhergehen bzw. diese bedingen, jedoch nicht mit einer positiven Bewertung der nationalsozialistischen Ideologie. „Nur“ für die Minderheit der abgehängten Antidemokrat\_innen ist hingegen auch die Unterstützung der NS-Ideologie und die explizite Ablehnung demokratischen Idee die Regel. Ethnozentrismus ist in den Milieus genau dann Mehrheitsmeinung, wenn auch Deprivationserfahrungen den Standard bilden. Da das Einstellungsmilieu der abgehängten Antidemokrat\_innen über den gesamten Erhebungszeitraum von 2000 bis heute nur leicht rückläufig ist (Best / Salomo 2014: 64), kann der generelle Rückgang rechtsextremer Einstellungen unter der Thüringer Bevölkerung nicht vollständig durch die Veränderungen dieses Milieus erklärt werden. Es ist vor allem das Abschmelzen des Milieus der Wendeverlierer\_innen, das diese Entwicklung erklärt. Vor diesem Hintergrund wird auch besser verständlich,

---

<sup>10</sup> Dieser Zusammenhang ist auch in anderen Bereichen bekannt: So diskriminieren beispielsweise weibliche und männliche Personalmanager gleichermaßen weibliche Kandidatinnen in Bewerbungsverfahren (vgl. Moss-Racusin et al. 2012). Diese Befunde weisen auf die Verankerung von Vorurteilen in der Sozialisation.

warum ethnozentrische Einstellungen deutlich stärker in der gesamten Bevölkerung rückläufig sind, also die Unterstützung der NS-Ideologie (vgl. Abb. 67 oben).

Das konservative Milieu, das zusammen mit dem Milieu der zufriedenen Thüringer\_innen dem Thüringer Durchschnitt am ähnlichsten sind, gibt einen Hinweis auf das „Einfallstor“ für ethnozentrische Auffassungen: ein geringer Bildungsstatus bei durchschnittlich guter Integration in den Arbeitsmarkt. Es ist diese Konstellation, die Zukunftsängste und die Abneigung von Zuwanderern bedingt, auch wenn keine individuelle oder ostspezifische Deprivation vorliegt. Die Milieuanalyse konnte damit mehr Licht auf den seit langem bekannten Zusammenhang von Bildungsstatus mit rechtsextremen Einstellungen werfen. Das Milieu der Wendeverlierer\_innen verdeutlicht hingegen einmal mehr die seit langem vom THÜRINGEN-MONITOR diagnostizierte Beziehung zwischen der empfundenen Abwertung der Ostdeutschen durch „Westdeutsche“ und der wahrgenommenen Minderung des eigenen Lebensstandards durch die deutsche Wiedervereinigung. Für einen wesentlichen Teil der Thüringer Bevölkerung ist dieser Konflikt ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Einheit noch immer nicht aufgearbeitet und prägt den Blick auf die Gesellschaft, Politik und die eigene Zukunft. Präventionsarbeit gegen fremdenfeindliche und chauvinistische Einstellungen sollte bzw. muss auch Raum zur Aufarbeitung dieser ostdeutschen Deprivation geben, um Personen, die dem Typ der Wendeverlierer\_innen entsprechen, überhaupt erreichen zu können.

## V. Fazit

Der THÜRINGEN-MONITOR 2014 steht in mehrfacher Hinsicht unter dem Vorzeichen „Europas“: Es ist zum einen das Schwerpunktthema des diesjährigen Gutachtens, zum anderen begann die Bevölkerungsbefragung am Tag nach der Europawahl. Dies war eine durchaus erwünschte Koinzidenz, denn die Zuspitzung der öffentlichen politischen Debatte auf ein Thema trägt zur Meinungsbildung bei und erhöht den Informationsstand der Bevölkerung. Zwar sind die Kontroversen um die Konsequenzen der Finanzmarktkrise für die europäische Währungsunion und die institutionelle Gestalt der Europäischen Union 2014 etwas abgeklungen, doch waren diese Themen noch immer präsent. Wie die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Interessen unseres Landes in der EU definiert und vertreten werden sollen, wo die Grenzen der Solidarität mit den Mitglieds- und Anrainerstaaten der EU liegen sollen, in welchem Umfang und in welchen Bereichen Einschränkungen der Souveränität Deutschlands zugestimmt oder diese zurückgefahren werden sollen – alles das sind nach wie vor aktuell bedeutsame Fragen. Neu war der Umstand, dass mit der AfD zum ersten Mal bei Europawahlen in Deutschland eine Partei mit ausdrücklich europakritischer Agenda am Wettbewerb der demokratischen Parteien beteiligt war, was auch zu einer Zuspitzung der europapolitischen Debatte beitrug. Es ist offenkundig, dass bei dieser Debatte die Nation den dominanten Bezugsrahmen bildet, doch gibt es auch und bei einem ostdeutschen Bundesland wie Thüringen in besonderer Weise auch regionale Aspekte, die das Verhältnis zu „Europa“, und das bedeutet hier zunächst: die EU, mitbestimmen. Dies gilt insbesondere für Transferleistungen. Thüringen hat in der Förderperiode 2007 bis 2013 nahezu 2,1 Milliarden Euro aus Mitteln der Europäischen Sozial- und Regionalfonds empfangen. Dies sind durchschnittlich 300 Millionen Euro im Jahr, die einen erheblichen Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben im Freistaat leisten. Zwar geht dieser Betrag, u.a. bedingt durch die günstige wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat, in der laufenden Förderperiode auf rund 240 Millionen Euro zurück, aber auch dann rückt Thüringen nicht in die Rolle des „Zahlmeisters“ auf, sondern bleibt Empfängerland. Wichtige Vorhaben des Landes von Industrieansiedlungen bis zur Verbesserung des Bildungszugangs wurden durch Fördermaßnahmen der EU ermöglicht.

Unter diesen Umständen ist das verhaltene Urteil der Befragten über die Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft *für Thüringen* ein Hinweis auf Informationsdefizite. Nur 30 Prozent sehen mehr Vorteile für Thüringen, 18 Prozent mehr Nachteile und 52 Prozent der Befragten glauben, dass sich die Vor- und Nachteile für Thüringen ausgleichen. Fast prozentgleiche Anteile ergeben sich bei der Bilanzierung von Vor- und Nachteilen für Deutschland. Dies deutet darauf hin, dass bei der Bewertung der Folgen der EU-Mitgliedschaft für Thüringen ein gesamtnationaler Maßstab angelegt wird, wobei eine erhebliche Urteilsunsicherheit bei den Befragten verbleibt: 16 Prozent können oder wollen kein Urteil über die EU-Bilanz Thüringens abgeben, gegenüber nur fünf Prozent bei der Bewertung der Folgen für Deutschland. Fragt man nach den Auswirkungen der deutschen EU-Mitgliedschaft auf die eigene Person, geben immerhin noch elf Prozent der Befragten keine Antwort. Als einen Grund für die Urteilsunsicherheit der Befragten über die Folgen der deutschen EU-Mitgliedschaft für Thüringen kann man die weitgehende

Ausblendung regionaler Bezüge und Besonderheiten in der öffentlichen Debatte über Europa sehen. Auch die eigenen Informationsangebote von Regierungsstellen können dies nicht kompensieren. Sie bilden nur für etwa vier Prozent der Befragten bevorzugte Informationsquellen. Ein Informationsbedarf besteht nach wie vor und wird von den Befragten bestätigt: Nur die Hälfte erklärt zu verstehen, wie die EU funktioniert, über 80 Prozent wollen dagegen mehr über ihre Rechte als EU-Bürger\_innen erfahren. Dieser Informationsbedarf führt jedoch nicht zu einer aktiven Selbstaufklärung. Mehr als die Hälfte der Befragten gibt an, sich nur „gelegentlich“ oder nie über Europa zu informieren.

Die daraus bei den Befragten resultierende Urteilunsicherheit erkennen wir bei vielen Fragen, in denen Institutionen und Akteure im europäischen Mehrebenensystem bewertet werden sollen. Dies gilt etwa für das Vertrauen in die europäische Kommission, über das 14 Prozent der Befragten kein Urteil abgeben können oder wollen (Bundesregierung: null Prozent). Auf die Frage, ob Thüringen gut in der EU vertreten sei, geben 31 Prozent der Befragten keine Antwort – ein Spitzenwert im THÜRINGEN-MONITOR. Die Urteilsunsicherheit der Thüringer beim Thema „Europa“ mag auch mit der relativ geringen Wertigkeit zusammenhängen, die sie diesem Thema zuordnen: Nur acht Prozent fühlen sich in erster Linie als Europäer, nur 25 Prozent sähen für sich und 31 Prozent für nahestehende Personen berufliche Nachteile bei einem EU-Austritt Deutschlands. Auch ist die Beteiligung an den Europawahlen mit einer gegenüber Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen deutlich schwächeren Wahlnorm unterlegt.

Diese Befunde dürfen jedoch nicht mit Europafeindlichkeit gleichgesetzt werden. Tatsächlich gibt es eine tendenziell freundliche Grundstimmung gegenüber der Europäischen Integration und eine eher positive Einschätzung ihrer Folgen in der Thüringer Bevölkerung. Beides hat sich gegenüber dem THÜRINGEN-MONITOR 2012, in dem schon einmal einige europabezogene Fragen enthalten waren, verstärkt. Die Europäische Union wird mit Frieden (86 Prozent), Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten (78 Prozent) und wirtschaftlichem Wohlstand (64 Prozent) assoziiert. Eine Mehrheit von 55 Prozent sieht die Europäische Union auf einem richtigen Weg. Als Perspektive für den europäischen Integrationsprozess wünschen sich 80 Prozent eine einheitliche EU-Außenpolitik, 83 Prozent ein gemeinsames System sozialer Sicherheit, 68 Prozent ein einheitliches Steuersystem und 73 Prozent mehr Hilfe für Regionen in wirtschaftlichen oder sozialen Schwierigkeiten. Auch der Euro wird inzwischen von einer großen Mehrheit der Befragten akzeptiert. Hier scheint die Vision eines solidarischen, sozial und politisch befriedeten Europa auf, das mit einer Stimme in der Welt spricht. Solche europafreundlichen Perspektiven koexistieren jedoch, häufig in einer Person, mit europaskeptischen und nationalegoistischen Orientierungen. Große Mehrheiten assoziieren Europa mit mehr Bürokratie, Geldverschwendung und Kriminalitätszuwachs. Eine Übernahme der Schulden anderer EU-Länder wird von einer großen Mehrheit der Befragten abgelehnt ebenso wie die Übertragung weiterer nationaler Zuständigkeiten an die EU. Eine große Minderheit (2012 war es noch eine Mehrheit) meint, dass bereits zu viele Zuständigkeiten übertragen worden seien. Eine Erweiterung der EU um designierte Beitrittskandidaten wird ebenfalls von großen Mehrheiten abgelehnt. Einzige Ausnahme ist hier die Schweiz. Grundlegende Fragen der Entwicklung der EU, wie die über die Erweiterung und Vertiefung der EU, sollten

nach Meinung großer Mehrheiten der Befragten durch Volksabstimmung entschieden werden.

Das Verhältnis der Thüringer Bevölkerung gegenüber der Europäischen Union und dem europäischen Integrationsprozess ist also durch Ambivalenzen, auf eigenen Feldern sogar durch markante Widersprüche gekennzeichnet. Sowohl uneingeschränkte Europagegner als auch *Europhile* bilden Minderheiten. Es dominiert eine mit europaskeptischen Tönen untermischte Europafreundlichkeit, wobei die großen Ziele des europäischen Integrationsprozesses wie Frieden, Wohlstand, Freiheit durchaus Anerkennung finden, die politische Praxis des europäischen Integrationsprozesses aber kritisiert wird. Zur Durchsetzung „deutscher Interessen“ wünscht sich eine große Mehrheit der Befragten eine harte Hand. Die Übertragung weiterer Souveränitätsrechte des Nationalstaats an die EU – und die damit einhergehende Verwässerung des Wahlrechts – wird andererseits mehrheitlich abgelehnt. Das gleiche gilt für die räumliche Erweiterung der EU um solche Beitrittskandidaten, von denen man eine Übertragung von Konflikten und Wirtschaftsproblemen auf die EU erwartet. Die widersprüchlichen Einstellungskonstellationen formieren sich auf den Hintergrund von Informationsdefiziten, die von den Befragten zwar erkannt, aber vielfach nicht aktiv verringert werden: Es sind die besser Informierten, die auch die Informationsangebote aktiver nutzen.

Auch die Diagnose des aktuellen Zustands der politischen Kultur Thüringens, die das „Standbein“ der THÜRINGEN-MONITORE bildet, zeigt auf den ersten Blick ein freundliches Bild, das durch zunehmende Demokratiezufriedenheit, ein zunehmendes Institutionenvertrauen und ein hohes Maß an Demokratieunterstützung gekennzeichnet ist. „Zufriedene Demokrat\_innen“, das heißt Bürger\_innen, die Demokratie als Staatsform bejahen und zugleich zufrieden mit ihrem Funktionieren sind, bilden inzwischen eine große Mehrheit in Thüringen. Diese Entwicklung koinzidiert im Zeitverlauf mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, insbesondere des Thüringer Arbeitsmarkts. Dies sind, 25 Jahre nach dem Ende der Diktatur der SED positiv zu wertende Indikatoren einer Verwurzelung und Veralltäglichung der repräsentativen Demokratie in Thüringen. Diese Entwicklung steht allerdings unter dem Vorbehalt, dass sie – wie seinerzeit die Etablierung der Demokratie in der alten Bundesrepublik – mit wirtschaftlichem Wohlergehen verbunden ist. Das gilt auch für den individuellen Zusammenhang zwischen Demokratiezufriedenheit und der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Wir haben es also mit einer „Schönwetterdemokratie“ zu tun. Zugleich gilt die Einschränkung, dass das Politikinteresse der Bürger\_innen verhalten bleibt und in den letzten Jahren eher abnimmt. Beunruhigender ist noch, dass mit Demokratiezufriedenheit und Demokratieunterstützung eine verbreitete Grundsympathie, zumindest aber ein relativierendes Verständnis für diktatorische Regierungsformen und die Diktaturen der deutschen Vergangenheit einhergeht. Dies gilt für etwa zwei Drittel der Befragten. Die Daten zeigen auch einen deutlich positiven Zusammenhang zwischen NS-Apologik und DDR-Nostalgie, d.h. der Anteil derjenigen, die „auch gute Seiten“ am Nationalsozialismus entdecken, ist bei den Befragten, die „mehr gute als schlechte“ Seiten bei der DDR sehen, signifikant erhöht. Während die DDR-Nostalgie bei den jüngeren Befragten abnimmt, nimmt die NS-Apologik in den



jüngeren Alterskohorten zu. Besonders ausgeprägt ist der zuletzt genannte Effekt bei bildungsfernen Personen, bei denen der Anteil der NS-Apologeten fast die Hälfte der Befragten erreicht. Hier zeichnet sich eine Zielgruppe für eine aufklärende historische Bildungsarbeit ab.

NS-Apologetik ist ein Bestandteil des im THÜRINGEN-MONITOR seit 2001 eingesetzten Instruments zur Messung des Rechtsextremismus. Hier konnte über nunmehr dreizehn Jahre hinweg eine Zeitreihe mit jährlichen Messpunkten (eine Ausnahme war das Jahr 2009) aufgebaut werden. Die Dauer und Dichte dieser Beobachtung ist einmalig und ermöglicht eine fundierte Einschätzung der Entwicklungsdynamik des als „rechtsextrem“ etikettierten Einstellungssyndroms. Der Befund für das Jahr 2014 zeigt eine erneute geringfügige Abnahme des Anteils als „rechtsextrem“ identifizierter Personen auf nunmehr zehn Prozent der Befragten. Dies markiert den Tiefstwert der Zeitreihe. Berücksichtigt man Rundungseffekte und den statistischen Zufallsfehler, kann festgehalten werden, dass sich der Anteil der Rechtsextremen seit 2012 auf einem niedrigen, gegenüber den Jahren 2002 bis 2005 etwa halbierten Niveau konsolidiert hat.

Was aber messen wir, wenn wir „Rechtsextremismus“ messen? Die Langzeitbeobachtung des Rechtsextremismus in Thüringen hat es möglich gemacht, die Gültigkeit und Stabilität des Messinstruments einer Überprüfung auf einer breiten Grundlage zu unterziehen. In diesen Untersuchungen (vgl. Best / Salomo 2014: 23 ff.) konnte gezeigt werden, dass das Einstellungssyndrom des Rechtsextremismus tatsächlich in zwei Teildimensionen gegliedert ist, die wir als „Ethnozentrismus“ und „neo-nationalsozialistische Ideologie“ identifiziert haben. In dieser Differenzierung kommt zum Ausdruck, dass gruppenbezogene Ressentiments und nationalistische Einstellungen nicht systematisch mit Sympathie für diktatorische Ordnungen wie den Nationalsozialismus oder rassistische Vorstellungen verknüpft sind. Die Differenzierung zwischen einem Ethnozentrismus mit relativ hohen Zustimmungswerten in der Bevölkerung und einer neo-nationalsozialistischen Ideologie mit Zustimmungswerten, die in den vergangenen Jahren fast durchgängig unter zehn Prozent lagen, gibt zu der Überlegung Anlass, ob wir es hier nicht mit potentiellen Rekrutierungsfeldern für unterschiedliche politische Gruppierungen im rechtsextremen und rechtspopulistischen Milieu zu tun haben.

Diese Überlegung wird auch durch die Ergebnisse unserer Milieuuntersuchungen gestützt. Als politische Milieus haben wir Kollektive identifiziert, in denen „charakteristische Einstellungen und Lebensorientierungen“ (Ueltzhöffer 1999) mit Strukturmerkmalen und Sozillagen systematisch verknüpft sind. In den „Wendeverlierer\_innen“ und den subjektiv und objektiv deutlich benachteiligten „Antidemokrat\_innen“ sehen wir z.B. zwei Milieus, die sich jeweils als Rekrutierungsfelder für rechtsextremistische – d.h. hier: neonazistische – und rechtspopulistische – d.h. hier: gruppenbezogene und nationalistische Ressentiments bedienende – Mobilisierung anbieten.

Als Fazit des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS lässt sich damit festhalten, dass auch in Zeiten wirtschaftlicher Konsolidierung und eines zurückgehenden manifesten Rechtsextremismus nach wie vor latente Gefahren für die politische Kultur in Thüringen beste-

hen. Sie zeigen sich in Sympathien für diktatorische Ordnungen und in militanten Ressentiments gegen bestimmte Gruppen in der Gesellschaft. Verdichtet in politischen Milieus bilden solche Orientierungen das Mobilisierungspotential für Parteien, die sich in kritischer Distanz oder militanter Gegnerschaft gegenüber den Werten und Ordnungsprinzipien des demokratischen Verfassungsstaats befinden.

## Literatur

- Arnold, Peter (2012): Die Zusammengefasste Geburtenziffer Thüringens im Vergleich, Landesamt für Statistik. Online verfügbar unter: <http://www.tls.thueringen.de/analysen/Aufsatz-05-2012.pdf>
- Backhaus, Klaus / Bern Erichson / Wulff Plinke / Rolf Weiber (2006): *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*. 11., überarb. Berlin [u.a.]: Springer.
- Best, Heinrich / Katja Salomo (2014): *Expertise zur Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im Thüringen-Monitor 2000 bis 2013*.
- Blasius, Jörg / Werner Georg (1992): Clusteranalyse und Korrespondenzanalyse in der Lebensstilforschung: ein Vergleich am Beispiel der Wohnungseinrichtung. In: *ZA-Information/Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung*, 30, S. 112–133. Online verfügbar unter <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-202395>
- BMWI (2014): Partnerschaftsvereinbarung zwischen Deutschland und der Europäischen Kommission für die Umsetzung der ESI-Fonds unter dem Gemeinsamen Strategischen Rahmen in der Förderperiode 2014 bis 2020. Online verfügbar unter: <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Europa/Strukturfonds/foerderperiode-2014-2020.html>
- Bühner, Markus (2006): *Einführung in die Test- und Fragebogenkonstruktion*. 2. Aufl. München, Don Mills: Pearson Studium.
- Caballero, Claudio (2005): Nichtwahl. In: Jürgen W. Falter / Harald Schoen (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden, S. 329–365.
- Ciampi, Antonio / Ana González Marcos / Manuel Castejón Limas (2005): Correspondence analysis and two-way clustering. In: *SORT* 29 (1), S. 27–42. Online verfügbar unter [www.idescat.net/sort](http://www.idescat.net/sort).
- Decker, Oliver / Johannes Kiess / Elmar Brähler (2014): *Die stabilisierte Mitte – Rechts-extreme Einstellungen in Deutschland 2014*. Leipzig: Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus und Demokratieforschung der Universität Leipzig (KReDo i.G.)
- Eurobarometer 81 (2014): Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Befragung: Juni 2014. Tables of Results. Herausgegeben von der Europäischen Kommission. Online abrufbar unter: [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb81/eb81\\_anx\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb81/eb81_anx_en.pdf)
- Fonseca, Jaime R.S. (2013): Clustering in the field of social sciences: that is your choice. In: *International Journal of Social Research Methodology* 16 (5), S. 403–428.
- Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.) (2011): *Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2011): *Deutsche Zustände. Folge 10*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (12.12.2011): *Deutsche Zustände. Das entsicherte Jahrzehnt*. Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Tagungszentrum im Hause der Bundespressekonferenz, Berlin.

- Landeswahlleiter (2014): Zahlen – Daten – Fakten: Europawahl in Thüringen am 25. Mai 2014. Repräsentative Wahlstatistik für Frauen und Männer nach Altersgruppen. Herausgeber: Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt. Online abrufbar unter: [http://wahlen.thueringen.de/europawahlen/2014/EW14\\_Repraesentative\\_Ergebnisse.pdf](http://wahlen.thueringen.de/europawahlen/2014/EW14_Repraesentative_Ergebnisse.pdf)
- Moss-Racusin, Corinne A. / John F. Dovidio / Victoria F. Brescoll / Mark J. Graham / Jo Handelsmann (2012): Science faculty's subtle gender biases favor male students. In: *Psychological and Cognitive Sciences* 109 (41), S. 16474-16479.
- Pfahl-Traugher, Armin (2009): Die Besonderheiten des Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Eine Analyse gesellschaftlicher und lagerinterner Bedingungsfaktoren. In: *Vorgänge* 48 (3), S. 94–108.
- Rost, Jürgen (1996): *Lehrbuch Testtheorie, Testkonstruktion*. 1. Aufl. Bern [u.a.]: Huber.
- Schnell, Rainer / Paul B. Hill / Elke Esser, (2005): *Methoden der empirischen Sozialforschung*. 7. Auflage, München: Oldenbourg.
- Stöss, Richard (2010): *Rechtsextremismus im Wandel*. 3. aktualisierte. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Dialog Ostdeutschland.
- Ueltzhöffer, Jörg (1999): Europa auf dem Weg in die Postmoderne. Transnationale soziale Milieus und gesellschaftliche Spannungslinien in der Europäischen Union. In: Merkel, Wolfgang und Busch, Andreas (Hg.): *Demokratie in Ost und West. Für Klaus von Beyme*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

## **Bisherige THÜRINGEN-MONITORE**

THÜRINGEN-MONITOR 2000: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2000, Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106.

THÜRINGEN-MONITOR 2001: Jugend und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2001, Drucksache des Thüringer Landtags 3/1970 (auch veröffentlicht als: Dicke, Klaus et al. (2001): Jugend und Politik. Ergebnisse von zwei repräsentativen Befragungen 2001, Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung.

THÜRINGEN-MONITOR 2002: Familie und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2002, Drucksache des Thüringer Landtags 3/2882.

THÜRINGEN-MONITOR 2003: Einstellungen zur Demokratie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2003, Drucksache des Thüringer Landtags 3/3765.

THÜRINGEN-MONITOR 2004: Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Einstellungen zur Reform des Sozialstaats, Drucksache des Thüringer Landtags 4/551.

THÜRINGEN-MONITOR 2005: 1990–2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer, Drucksache des Thüringer Landtags 4/1347.

THÜRINGEN-MONITOR 2006: Thüringens Zukunft aus Bürgersicht: Erwartungen, Herausforderungen, Gestaltungsmöglichkeiten, Drucksache des Thüringer Landtags 4/2485.

THÜRINGEN-MONITOR 2007: Bildung in einer sich wandelnden Gesellschaft, Drucksache des Thüringer Landtags 4/3860.

THÜRINGEN-MONITOR 2008: Soziale Marktwirtschaft in Thüringen: Die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger, Drucksache des Thüringer Landtags 4/4734.

THÜRINGEN-MONITOR 2010: Beziehungen und Verhältnis der Generationen in Thüringen, Drucksache des Thüringer Landtags 5/1120.

THÜRINGEN-MONITOR 2011: Staatsaufgaben und Staatsausgaben, Drucksache des Thüringer Landtags 5/3396.

THÜRINGEN-MONITOR 2012: Thüringen International: Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz, Drucksache des Thüringer Landtags 5/5244.

THÜRINGEN-MONITOR 2013: „Wie leben wir? Wie wollen wir leben?“ – Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche Orientierungen der Thüringer Bevölkerung, Drucksache des Thüringer Landtags 5/7051.

Alle bisherigen THÜRINGEN-MONITORE sind darüber hinaus auf der Homepage der Thüringer Staatskanzlei unter <http://www.thueringen.de/th1/tsk/landesregierung/thueringenmonitor/> abrufbar.

## Anhang: Tabellarische Übersichten

- A 1 Thüringen braucht Vergleich mit westdeutschen Ländern nicht zu scheuen
- A 2 Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser als in anderen ostdeutschen Ländern
- A 3 Wirtschaftliche Lage Thüringens
- A 4 Eigene finanzielle Situation
- A 5 Gerechter Anteil zum Leben
- A 6 Angst vor sozialem Abstieg
- A 7 Vor- oder Nachteile durch Einheit
- A 8 Diskriminierung Ostdeutscher durch Westdeutsche
- A 9 DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten
- A 10 DDR war ein Unrechtsstaat
- A 11 Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren
- A 12 Dilemma Freiheit oder Gleichheit
- A 13 Dilemma Freiheit oder Sicherheit
- A 14 Interesse an Politik
- A 15 Institutionenvertrauen: Bundesregierung
- A 16 Institutionenvertrauen: Landesregierung
- A 17 Institutionenvertrauen: Gerichte
- A 18 Institutionenvertrauen: Polizei
- A 19 Institutionenvertrauen: Europäische Kommission
- A 20 Institutionenvertrauen: Europäisches Parlament
- A 21 Politische Eigenkompetenz
- A 22 Fehlender Einfluss auf Regierung
- A 23 Parteien wollen nur Stimmen der Wähler
- A 24 Demokratiezufriedenheit: Deutschland
- A 25 Demokratiezufriedenheit: Europäische Union
- A 26 Demokratie besser als andere Staatsideen
- A 27 Politische Partizipation: An einen Politiker wenden
- A 28 Politische Partizipation: An einer Unterschriftenaktion teilnehmen
- A 29 Politische Partizipation: In einer politischen Partei mitarbeiten
- A 30 Politische Partizipation: In einer Bürgerinitiative mitarbeiten
- A 31 Politische Partizipation: An einer genehmigten Demonstration teilnehmen
- A 32 Politische Partizipation: Für ein Amt oder Mandat bewerben
- A 33 Politische Partizipation: An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen
- A 34 Politische Partizipation: Für Ziele auch mit Gewalt kämpfen
- A 35 Beteiligung Diskussion über öffentliche Bauvorhaben
- A 36 Diskussion Gesetzesentwürfe im Internet
- A 37 Gründe gegen politische Partizipation: Zeitaufwand

- A 38 Gründe gegen politische Partizipation: Verantwortung zu hoch
- A 39 Wahlnorm: Kommunalwahl
- A 40 Wahlnorm: Landtagswahl
- A 41 Wahlnorm: Bundestagswahl
- A 42 Wahlnorm: Europawahl
- A 43 Links-Rechts-Selbsteinstufung
- A 44 Identifikation
- A 45 Kommunalebene: Einheitliche Regelungen oder Handlungsspielraum
- A 46 EU: Volksabstimmungen über wichtige Entscheidungen
- A 47 EU: Volksabstimmungen vor Abgabe nationaler Kompetenzen
- A 48 EU: Interessen Deutschlands gut vertreten
- A 49 EU: Interessen Thüringens gut vertreten
- A 50 EU: Deutschland sollte nicht für Schulden anderer EU-Länder einstehen
- A 51 EU: Interessen der Städte und Gemeinden nicht ausreichend berücksichtigt
- A 52 Verständnis der Funktionsweise der EU
- A 53 Mehr Informationen über Rechte als EU-Bürger
- A 54 Mehr Informationen über Funktionsweise der EU
- A 55 Informieren Sie sich regelmäßig über die EU?
- A 56 Politische Entscheidungsebene: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- A 57 Politische Entscheidungsebene: Einwanderungspolitik
- A 58 Politische Entscheidungsebene: Umweltpolitik
- A 59 Politische Entscheidungsebene: Bildungspolitik
- A 60 Politische Entscheidungsebene: Gesundheitspolitik
- A 61 Politische Entscheidungsebene: Agrarpolitik
- A 62 Politische Entscheidungsebene: Verbrechensbekämpfung
- A 63 EU in 10 Jahren: einheitliches Steuersystem
- A 64 EU in 10 Jahren: gemeinsames System sozialer Sicherheit
- A 65 EU in 10 Jahren: einheitliche Außenpolitik
- A 66 EU in 10 Jahren: mehr Hilfe für Regionen in Schwierigkeiten
- A 67 EU in 10 Jahren: gemeinsame Armee
- A 68 Mehr Zuständigkeiten an die EU übertragen
- A 69 Vor- oder Nachteile durch EU-Mitgliedschaft für Deutschland
- A 70 Vor- oder Nachteile durch EU-Mitgliedschaft für Thüringen
- A 71 Persönliche Vor- oder Nachteile durch EU-Mitgliedschaft
- A 72 Bedeutung EU für unser Land: Frieden
- A 73 Bedeutung EU für unser Land: Wirtschaftlicher Wohlstand
- A 74 Bedeutung EU für unser Land: Mehr Bürokratie
- A 75 Bedeutung EU für unser Land: Geldverschwendung
- A 76 Bedeutung EU für unser Land: Mehr Kriminalität

- 
- A 77 Bedeutung EU für unser Land: Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten
  - A 78 Konsequenzen EU-Austritt: Berufliche Nachteile
  - A 79 Konsequenzen EU-Austritt: Berufliche Nachteile für Personen im persönlichen Umfeld
  - A 80 Konsequenzen EU-Austritt: Politische Isolation Deutschlands
  - A 81 Konsequenzen EU-Austritt: Schaden für deutsche Wirtschaft
  - A 82 Konsequenzen EU-Austritt: Schaden für Thüringer Wirtschaft
  - A 83 Konsequenzen EU-Austritt: Stärkung nationaler Souveränität
  - A 84 Rückkehr zu D-Mark
  - A 85 EU-Mitgliedschaft: Schweiz
  - A 86 EU-Mitgliedschaft: Türkei
  - A 87 EU-Mitgliedschaft: Ukraine
  - A 88 EU-Mitgliedschaft: Serbien
  - A 89 Gefährdung für EU: Einwanderung aus Nicht-EU-Ländern
  - A 90 Bewertung Entwicklung der Europäischen Union
  - A 91 Wir brauchen eine starke Hand
  - A 92 Gehorsam und Disziplin wichtig
  - A 93 Für Behinderte wird zu viel Aufwand betrieben
  - A 94 Gleichstellung eingetragener Partnerschaften mit der Ehe
  - A 95 Bundesrepublik durch viele Ausländer überfremdet
  - A 96 Ausländer kommen, um Sozialstaat auszunutzen
  - A 97 Ausländer sollten unter eigenen Landsleuten heiraten
  - A 98 Muslime akzeptieren unsere Werte
  - A 99 Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen
  - A 100 Ich hätte Probleme mit Sinti und Roma in meiner Wohngegend
  - A 101 Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein
  - A 102 Deutsche Interessen gegenüber Ausland durchsetzen
  - A 103 Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen
  - A 104 Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich ein schönes Leben
  - A 105 Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden
  - A 106 Es gibt wertvolles und unwertes Leben
  - A 107 Der Stärkere sollte sich durchsetzen
  - A 108 Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten
  - A 109 Juden passen nicht so recht zu uns
  - A 110 Juden versuchen heute Vorteile aus ihrem Opferstatus zu ziehen
  - A 111 Diktatur unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform
  - A 112 Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen



**Tabelle A1****Thüringen braucht Vergleich mit westdeutschen  
Ländern nicht zu scheuen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	<b>1005</b>	40	25	24	5	4	3
<b>Geschlecht</b>							
männlich	492	36	25	26	7	5	2
weiblich	513	45	25	22	2	3	4
<b>Alter</b>							
18-24 Jahre	60	28	30	34	3	1	3
25-34 Jahre	144	25	46	18	6	0	5
35-44 Jahre	131	44	28	18	8	0	2
45-59 Jahre	281	44	22	26	5	2	1
60 Jahre und älter	389	44	17	25	3	8	3
<b>Schulabschluss</b>							
unter 10. Klasse	308	43	15	25	4	8	5
10. Klasse	467	41	26	23	5	2	2
Abitur	105	32	41	24	1	2	0
(Fach-)Hochschule	124	37	31	24	6	2	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
erwerbstätig	474	36	29	27	5	1	2
in Ausbildung	73	26	43	23	5	1	3
arbeitslos	65	41	20	21	14	3	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	48	18	21	3	8	3
<b>Berufsgruppe</b>							
Arbeiter	190	37	27	26	7	1	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	34	33	29	1	1	2
höh.-leit. Ang./Beamte	59	35	20	31	11	2	0
Landw./Selbst./Freib.	66	46	26	24	2	0	2
<b>Religionsgemeinschaft</b>							
keine, andere	710	40	24	25	5	4	3
evangelisch	246	43	26	19	4	5	3
katholisch	49	35	27	34	3	1	1

*Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.*

**Tabelle A2**

**Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser  
als in anderen ostdeutschen Ländern**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	16	22	29	13	7	14
<b>Geschlecht</b>							
männlich	492	17	24	29	14	6	10
weiblich	513	14	20	29	12	7	18
<b>Alter</b>							
18-24 Jahre	60	21	18	32	18	3	7
25-34 Jahre	144	19	24	28	8	8	13
35-44 Jahre	131	23	27	28	11	6	6
45-59 Jahre	281	13	26	31	13	5	12
60 Jahre und älter	389	12	18	27	14	8	20
<b>Schulabschluss</b>							
unter 10. Klasse	308	12	15	26	13	9	25
10. Klasse	467	16	25	31	13	6	10
Abitur	105	25	24	28	12	4	7
(Fach-)Hochschule	124	14	29	31	13	4	9
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
erwerbstätig	474	15	27	30	11	5	13
in Ausbildung	73	24	19	34	11	2	10
arbeitslos	65	26	19	23	18	11	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	14	18	28	14	9	18
<b>Berufsgruppe</b>							
Arbeiter	190	14	27	35	8	5	12
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	15	24	27	14	7	13
höh.-leit. Ang./Beamte	59	19	28	30	11	3	9
Landw./Selbst./Freib.	66	18	29	24	10	5	14
<b>Religionsgemeinschaft</b>							
keine, andere	710	17	22	31	15	6	9
evangelisch	246	12	23	22	8	8	28
katholisch	49	18	27	31	8	5	10

*Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern.*

**Tabelle A3****Wirtschaftliche Lage Thüringens**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	4	75	16	1	3
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	4	79	14	2	2
weiblich	513	4	72	19	0	4
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	6	83	7	0	3
25-34 Jahre	144	6	75	17	1	1
35-44 Jahre	131	9	73	15	3	1
45-59 Jahre	281	4	72	21	2	1
60 Jahre und älter	389	1	78	15	1	6
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	4	71	18	1	6
10. Klasse	467	4	78	16	1	1
Abitur	105	5	76	15	0	3
(Fach-)Hochschule	124	4	77	16	1	2
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	5	76	18	1	0
in Ausbildung	73	3	85	8	0	4
arbeitslos	65	1	70	20	9	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	4	74	15	1	7
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	7	75	17	1	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	3	75	21	0	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	6	77	17	0	0
Landw./Selbst./Freib.	66	5	81	12	2	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	4	75	16	1	3
evangelisch	246	4	78	15	0	3
katholisch	49	1	67	25	0	6

*Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Thüringen?*

**Tabelle A4****Eigene finanzielle Situation**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	7	58	28	7	0
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	7	57	28	8	1
weiblich	513	7	59	27	6	0
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	14	63	22	0	0
25-34 Jahre	144	8	51	27	12	1
35-44 Jahre	131	7	61	20	11	0
45-59 Jahre	281	7	55	30	7	1
60 Jahre und älter	389	6	60	30	4	0
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	4	49	40	7	0
10. Klasse	467	6	61	23	9	1
Abitur	105	11	58	27	1	2
(Fach-)Hochschule	124	14	67	17	3	0
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	10	63	22	3	1
in Ausbildung	73	11	57	31	0	1
arbeitslos	65	0	6	52	42	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	4	60	30	7	0
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	5	61	27	7	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	8	66	24	1	2
höh.-leit. Ang./Beamte	59	18	71	11	0	0
Landw./Selbst./Freib.	66	22	57	18	0	2
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	6	57	30	7	0
evangelisch	246	9	62	22	6	1
katholisch	49	20	44	27	9	0

*Wenn Sie jetzt an Ihre eigene finanzielle Situation denken, ist Ihre persönliche finanzielle Situation sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht?*

**Tabelle A5****Gerechter Anteil zum Leben**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	erhalte mehr als gerechten Anteil	erhalte gerechten Anteil	erhalte etwas weniger	erhalte sehr viel weniger	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	2	39	44	12	3
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	3	37	47	12	2
weiblich	513	2	41	40	13	3
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	8	57	31	1	2
25-34 Jahre	144	4	48	41	6	1
35-44 Jahre	131	1	48	38	13	1
45-59 Jahre	281	2	30	46	18	4
60 Jahre und älter	389	1	37	46	12	4
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	1	33	50	13	3
10. Klasse	467	2	38	42	15	3
Abitur	105	6	45	43	5	2
(Fach-)Hochschule	124	4	54	33	6	2
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	2	39	47	10	3
in Ausbildung	73	11	59	27	2	2
arbeitslos	65	0	30	38	24	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	1	37	44	15	2
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	1	32	50	12	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	2	39	46	12	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	5	50	41	2	2
Landw./Selbst./Freib.	66	2	57	29	5	7
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	2	37	46	12	2
evangelisch	246	2	44	37	13	5
katholisch	49	5	43	43	9	0

*Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?*

**Tabelle A6****Angst vor sozialem Abstieg**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	18	23	24	33	3
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	18	21	23	37	1
weiblich	513	17	24	25	30	4
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	2	19	45	28	6
25-34 Jahre	144	11	25	32	27	5
35-44 Jahre	131	18	25	22	36	0
45-59 Jahre	281	17	29	19	33	1
60 Jahre und älter	389	23	17	21	36	4
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	27	22	19	27	5
10. Klasse	467	17	27	25	30	2
Abitur	105	7	18	34	40	1
(Fach-)Hochschule	124	5	12	26	56	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	11	23	29	35	2
in Ausbildung	73	2	21	38	34	5
arbeitslos	65	39	19	20	20	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	24	23	16	33	4
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	16	25	22	33	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	11	25	33	31	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	6	16	32	45	0
Landw./Selbst./Freib.	66	10	19	29	41	1
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	16	24	26	32	2
evangelisch	246	23	17	18	37	5
katholisch	49	11	30	25	33	1

*Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.*

**Tabelle A7****Vor- oder Nachteile durch Einheit**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Vorteile überwiegen	Weder noch, hält sich die Waage	Nachteile überwiegen	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	78	6	15	1
<b>Geschlecht</b>					
männlich	492	78	6	16	0
weiblich	513	77	7	13	3
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	86	2	13	0
25-34 Jahre	144	82	3	8	7
35-44 Jahre	131	77	5	16	2
45-59 Jahre	281	77	11	12	0
60 Jahre und älter	389	76	5	19	0
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	67	6	24	3
10. Klasse	467	78	8	13	1
Abitur	105	89	2	8	0
(Fach-)Hochschule	124	91	4	5	0
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	83	6	9	2
in Ausbildung	73	90	0	5	5
arbeitslos	65	41	14	42	2
übrige Nicht-Erwerbstat.	393	75	6	19	0
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	79	8	9	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	78	6	14	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	95	3	2	0
Landw./Selbst./Freib.	66	93	1	6	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	710	75	8	16	1
evangelisch	246	83	2	12	3
katholisch	49	93	0	7	0

*Eine Frage zur deutschen Einheit: Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?*

**Tabelle A8**

### Diskriminierung Ostdeutscher durch Westdeutsche

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	16	33	26	22	3
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	12	30	29	26	2
weiblich	513	19	36	23	19	3
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	6	35	31	23	4
25-34 Jahre	144	11	44	30	15	0
35-44 Jahre	131	18	29	31	20	2
45-59 Jahre	281	14	26	29	30	1
60 Jahre und älter	389	19	35	20	20	5
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	24	39	17	16	4
10. Klasse	467	15	33	26	24	2
Abitur	105	6	25	41	26	2
(Fach-)Hochschule	124	7	23	37	29	4
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	12	32	29	26	1
in Ausbildung	73	6	28	35	26	5
arbeitslos	65	25	25	21	20	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	21	37	22	17	4
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	17	36	23	23	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	9	31	30	28	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	3	38	34	24	1
Landw./Selbst./Freib.	66	11	17	31	39	2
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	16	33	28	20	3
evangelisch	246	17	34	21	25	2
katholisch	49	5	30	27	37	1

*Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.*



**Tabelle A9****DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	14	27	29	23	7
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	12	25	31	25	8
weiblich	513	16	30	27	21	6
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	1	14	44	31	9
25-34 Jahre	144	13	12	35	22	18
35-44 Jahre	131	9	36	18	31	6
45-59 Jahre	281	13	34	26	23	3
60 Jahre und älter	389	19	27	30	20	5
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	26	29	25	16	5
10. Klasse	467	10	31	30	22	7
Abitur	105	7	17	29	38	9
(Fach-)Hochschule	124	4	20	34	33	8
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	13	25	28	27	8
in Ausbildung	73	2	11	38	39	10
arbeitslos	65	10	39	25	22	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	19	31	29	16	5
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	20	31	24	17	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	11	25	33	25	7
höh.-leit. Ang./Beamte	59	2	16	31	38	13
Landw./Selbst./Freib.	66	8	16	21	49	6
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	15	30	28	20	7
evangelisch	246	13	21	31	29	5
katholisch	49	1	15	37	38	8

*Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.*

**Tabelle A10****DDR war ein Unrechtsstaat**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	<b>1005</b>	26	26	26	19	4
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	26	29	24	18	3
weiblich	513	25	23	28	20	4
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	15	45	34	3	3
25-34 Jahre	144	14	39	24	16	7
35-44 Jahre	131	23	26	35	14	3
45-59 Jahre	281	26	25	25	21	3
60 Jahre und älter	389	33	19	23	22	4
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	29	19	25	25	2
10. Klasse	467	22	27	28	19	4
Abitur	105	22	37	29	6	6
(Fach-)Hochschule	124	35	29	20	10	5
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	21	27	28	19	4
in Ausbildung	73	22	43	26	3	6
arbeitslos	65	21	41	19	15	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	33	19	24	21	3
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	18	23	30	27	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	19	29	29	20	3
höh.-leit. Ang./Beamte	59	30	33	26	5	5
Landw./Selbst./Freib.	66	40	21	26	7	6
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	21	26	29	21	3
evangelisch	246	36	29	19	13	3
katholisch	49	53	13	15	10	9

*Die DDR war ein Unrechtsstaat.*

**Tabelle A11**

**Wir sollten zur sozialistischen Ordnung  
zurückkehren**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	5	12	21	59	2
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	3	9	20	65	3
weiblich	513	7	16	22	54	1
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	1	15	36	47	2
25-34 Jahre	144	4	12	31	52	0
35-44 Jahre	131	3	13	29	52	3
45-59 Jahre	281	4	14	19	61	2
60 Jahre und älter	389	8	11	13	66	2
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	13	18	13	54	3
10. Klasse	467	2	11	24	61	1
Abitur	105	1	11	27	60	1
(Fach-)Hochschule	124	1	5	23	69	3
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	2	13	23	60	2
in Ausbildung	73	0	9	30	59	2
arbeitslos	65	1	14	32	52	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	11	13	14	60	2
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	5	12	21	57	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	1	16	25	56	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	2	9	22	67	0
Landw./Selbst./Freib.	66	4	4	21	71	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	6	13	22	56	2
evangelisch	246	2	11	17	67	3
katholisch	49	3	9	19	67	2

*Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.*

**Tabelle A12****Dilemma Freiheit oder Gleichheit**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Gleichheit	beides gleichermaßen	Freiheit	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	32	5	61	2
<b>Geschlecht</b>					
männlich	492	28	7	64	1
weiblich	513	37	4	57	2
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	31	0	69	0
25-34 Jahre	144	34	2	64	0
35-44 Jahre	131	31	5	62	2
45-59 Jahre	281	35	5	59	1
60 Jahre und älter	389	31	7	60	2
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	30	7	61	2
10. Klasse	467	38	5	57	1
Abitur	105	23	3	73	2
(Fach-)Hochschule	124	26	7	65	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	32	4	63	2
in Ausbildung	73	28	3	69	0
arbeitslos	65	56	6	38	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	30	7	61	2
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	33	4	62	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	34	3	62	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	27	3	67	3
Landw./Selbst./Freib.	66	27	4	65	4
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	710	35	6	57	2
evangelisch	246	28	3	68	1
katholisch	49	18	5	77	0

*Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Gleichheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?*

**Tabelle A13****Dilemma Freiheit oder Sicherheit**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Sicherheit	beides gleichermaßen	Freiheit	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	66	6	27	1
<b>Geschlecht</b>					
männlich	492	53	7	40	0
weiblich	513	78	5	15	2
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	52	0	46	2
25-34 Jahre	144	56	5	39	0
35-44 Jahre	131	67	2	30	2
45-59 Jahre	281	68	4	27	0
60 Jahre und älter	389	69	10	20	1
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	69	9	20	2
10. Klasse	467	70	5	25	0
Abitur	105	50	4	45	2
(Fach-)Hochschule	124	55	5	39	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	65	4	30	1
in Ausbildung	73	46	2	50	1
arbeitslos	65	60	10	30	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	70	9	20	1
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	74	4	22	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	65	4	30	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	51	3	43	4
Landw./Selbst./Freib.	66	47	3	50	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	710	63	6	29	1
evangelisch	246	74	6	20	1
katholisch	49	57	2	41	0

*Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Sicherheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?*

**Tabelle A14****Interesse an Politik**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr stark	stark	mittel	wenig	überhaupt nicht
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	11	24	39	17	9
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	15	33	31	14	7
weiblich	513	6	16	47	20	10
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	10	17	42	22	10
25-34 Jahre	144	5	23	32	27	13
35-44 Jahre	131	10	20	42	23	6
45-59 Jahre	281	9	24	41	13	13
60 Jahre und älter	389	15	27	39	14	5
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	9	18	36	23	15
10. Klasse	467	9	24	43	16	8
Abitur	105	15	31	32	18	4
(Fach-)Hochschule	124	20	36	36	6	2
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	9	22	40	16	13
in Ausbildung	73	13	21	35	24	7
arbeitslos	65	11	34	44	9	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	13	26	38	18	5
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	3	22	42	13	19
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	8	21	37	24	9
höh.-leit. Ang./Beamte	59	18	28	38	13	3
Landw./Selbst./Freib.	66	20	25	33	10	12
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	11	26	38	16	8
evangelisch	246	9	21	40	19	12
katholisch	49	14	16	44	23	4

*Wie stark interessieren Sie sich für Politik?*

**Tabelle A15****Institutionenvertrauen: Bundesregierung**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	6	30	39	16	8
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	8	27	36	20	10
weiblich	513	5	34	43	12	7
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	4	43	32	13	8
25-34 Jahre	144	3	32	37	24	3
35-44 Jahre	131	7	23	41	16	12
45-59 Jahre	281	4	28	40	17	11
60 Jahre und älter	389	9	33	40	12	6
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	8	23	49	13	7
10. Klasse	467	6	31	35	18	10
Abitur	105	4	41	30	19	6
(Fach-)Hochschule	124	7	39	38	10	6
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	5	30	39	18	7
in Ausbildung	73	5	40	29	15	11
arbeitslos	65	6	23	37	25	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	8	31	42	11	9
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	4	24	45	20	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	5	34	37	16	8
höh.-leit. Ang./Beamte	59	7	35	38	13	7
Landw./Selbst./Freib.	66	11	35	28	19	6
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	6	28	40	18	8
evangelisch	246	7	37	38	10	7
katholisch	49	5	37	40	9	9

*Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, wie sehr sie ihr vertrauen. Wie ist das mit der Bundesregierung?*

**Tabelle A16****Institutionenvertrauen: Landesregierung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	7	33	37	13	8	1
<b>Geschlecht</b>							
männlich	492	6	35	30	14	13	2
weiblich	513	9	31	44	13	4	0
<b>Alter</b>							
18-24 Jahre	60	9	54	29	7	2	0
25-34 Jahre	144	3	38	38	16	2	3
35-44 Jahre	131	7	27	40	19	5	1
45-59 Jahre	281	4	32	39	16	8	0
60 Jahre und älter	389	11	30	35	10	13	1
<b>Schulabschluss</b>							
unter 10. Klasse	308	9	27	44	8	13	0
10. Klasse	467	7	36	31	16	7	2
Abitur	105	4	38	37	17	3	1
(Fach-)Hochschule	124	6	35	39	14	6	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
erwerbstätig	474	5	33	40	15	5	1
in Ausbildung	73	6	47	33	10	3	1
arbeitslos	65	6	37	29	20	7	0
übrige Nicht-Erwerbstat.	393	10	29	34	12	13	1
<b>Berufsgruppe</b>							
Arbeiter	190	4	28	46	14	6	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	6	35	39	13	5	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	5	42	35	12	7	0
Landw./Selbst./Freib.	66	10	36	28	22	2	2
<b>Religionsgemeinschaft</b>							
keine, andere	710	6	32	38	14	9	1
evangelisch	246	13	36	32	11	7	2
katholisch	49	5	33	36	22	5	0

*Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, wie sehr sie ihr vertrauen. Wie ist das mit der Landesregierung?*



**Tabelle A17****Institutionenvertrauen: Gerichte**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	16	32	34	10	5	4
<b>Geschlecht</b>							
männlich	492	19	32	32	9	4	4
weiblich	513	12	32	36	11	5	4
<b>Alter</b>							
18-24 Jahre	60	29	43	21	7	0	0
25-34 Jahre	144	23	35	37	4	1	1
35-44 Jahre	131	22	34	24	13	3	4
45-59 Jahre	281	11	34	34	11	8	2
60 Jahre und älter	389	12	27	38	11	5	8
<b>Schulabschluss</b>							
unter 10. Klasse	308	14	18	45	11	4	8
10. Klasse	467	15	33	33	11	5	3
Abitur	105	20	51	20	5	3	1
(Fach-)Hochschule	124	19	42	23	8	5	3
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
erwerbstätig	474	16	36	32	10	5	2
in Ausbildung	73	21	44	29	6	0	0
arbeitslos	65	23	24	30	19	0	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	12	26	38	9	6	9
<b>Berufsgruppe</b>							
Arbeiter	190	14	30	36	12	5	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	19	40	27	9	4	2
höh.-leit. Ang./Beamte	59	16	43	29	5	6	0
Landw./Selbst./Freib.	66	17	31	29	12	7	4
<b>Religionsgemeinschaft</b>							
keine, andere	710	16	30	33	11	5	5
evangelisch	246	15	36	35	6	5	3
katholisch	49	12	34	38	11	2	2

*Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, wie sehr sie ihr vertrauen. Wie ist das mit den Gerichten?*

**Tabelle A18****Institutionenvertrauen: Polizei**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	24	44	22	5	4	1
<b>Geschlecht</b>							
männlich	492	24	44	19	7	6	0
weiblich	513	24	43	26	3	2	1
<b>Alter</b>							
18-24 Jahre	60	19	55	15	3	8	0
25-34 Jahre	144	28	47	20	4	2	0
35-44 Jahre	131	27	37	21	9	5	1
45-59 Jahre	281	25	42	25	4	4	0
60 Jahre und älter	389	22	44	23	5	5	2
<b>Schulabschluss</b>							
unter 10. Klasse	308	30	37	22	3	6	2
10. Klasse	467	22	44	24	6	3	0
Abitur	105	22	50	18	4	5	0
(Fach-)Hochschule	124	18	54	20	5	2	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
erwerbstätig	474	26	44	23	4	3	0
in Ausbildung	73	13	59	16	4	8	0
arbeitslos	65	20	42	9	21	8	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	25	40	25	4	4	2
<b>Berufsgruppe</b>							
Arbeiter	190	34	37	20	6	3	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	22	47	26	1	3	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	21	47	21	4	6	0
Landw./Selbst./Freib.	66	24	49	23	1	2	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>							
keine, andere	710	23	46	21	6	4	1
evangelisch	246	28	37	26	4	5	0
katholisch	49	19	51	30	0	0	0

*Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, wie sehr sie ihr vertrauen. Wie ist das mit der Polizei?*

**Tabelle A19**

**Institutionenvertrauen:  
Europäische Kommission**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	2	17	36	17	14	14
<b>Geschlecht</b>							
männlich	492	2	17	29	21	20	12
weiblich	513	2	18	42	14	8	16
<b>Alter</b>							
18-24 Jahre	60	3	35	39	7	5	10
25-34 Jahre	144	1	22	41	17	8	11
35-44 Jahre	131	5	12	30	22	17	14
45-59 Jahre	281	1	15	35	22	16	10
60 Jahre und älter	389	2	16	36	14	14	19
<b>Schulabschluss</b>							
unter 10. Klasse	308	2	10	36	15	13	23
10. Klasse	467	2	18	35	19	15	11
Abitur	105	2	29	36	16	12	6
(Fach-)Hochschule	124	2	23	37	15	13	11
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
erwerbstätig	474	2	17	35	20	14	12
in Ausbildung	73	2	33	39	9	7	10
arbeitslos	65	6	15	34	16	20	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	2	15	36	16	13	19
<b>Berufsgruppe</b>							
Arbeiter	190	0	12	30	21	18	18
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	2	25	36	17	14	7
höh.-leit. Ang./Beamte	59	3	20	46	17	10	5
Landw./Selbst./Freib.	66	3	8	31	27	19	12
<b>Religionsgemeinschaft</b>							
keine, andere	710	2	17	36	19	15	11
evangelisch	246	3	19	30	14	11	24
katholisch	49	1	16	52	8	6	17

*Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, wie sehr sie ihr vertrauen. Wie ist das mit der Europäischen Kommission?*

**Tabelle A20**

**Institutionenvertrauen:  
Europäisches Parlament**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	3	19	42	16	12	9
<b>Geschlecht</b>							
männlich	492	3	17	41	17	16	6
weiblich	513	4	21	43	14	8	11
<b>Alter</b>							
18-24 Jahre	60	2	36	31	19	5	7
25-34 Jahre	144	1	30	44	12	4	7
35-44 Jahre	131	5	10	36	17	19	12
45-59 Jahre	281	1	19	41	17	14	8
60 Jahre und älter	389	5	15	44	15	12	8
<b>Schulabschluss</b>							
unter 10. Klasse	308	5	12	53	8	11	11
10. Klasse	467	3	19	36	19	14	9
Abitur	105	2	29	36	24	5	3
(Fach-)Hochschule	124	2	26	38	16	11	7
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
erwerbstätig	474	1	19	41	16	13	9
in Ausbildung	73	2	38	30	19	5	6
arbeitslos	65	6	10	33	22	20	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	5	16	46	14	11	8
<b>Berufsgruppe</b>							
Arbeiter	190	0	15	40	16	15	14
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	3	25	41	16	9	6
höh.-leit. Ang./Beamte	59	2	23	47	15	11	2
Landw./Selbst./Freib.	66	3	18	34	23	16	7
<b>Religionsgemeinschaft</b>							
keine, andere	710	3	17	42	17	13	8
evangelisch	246	3	22	40	14	10	10
katholisch	49	4	31	41	8	9	8

*Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, wie sehr sie ihr vertrauen. Wie ist das mit dem Europäischen Parlament?*

**Tabelle A21****Politische Eigenkompetenz**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	27	45	19	7	2
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	37	47	13	2	2
weiblich	513	17	44	24	12	3
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	17	48	34	1	0
25-34 Jahre	144	15	48	24	11	2
35-44 Jahre	131	26	43	21	7	3
45-59 Jahre	281	29	48	16	7	0
60 Jahre und älter	389	31	44	15	7	4
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	23	38	24	12	4
10. Klasse	467	29	45	17	7	2
Abitur	105	23	58	18	2	0
(Fach-)Hochschule	124	30	55	12	2	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	25	46	19	8	1
in Ausbildung	73	18	48	29	5	0
arbeitslos	65	36	45	13	1	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	28	45	17	7	3
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	27	39	23	9	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	18	47	22	11	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	37	54	9	0	0
Landw./Selbst./Freib.	66	33	52	10	3	3
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	29	46	18	5	3
evangelisch	246	22	43	19	16	0
katholisch	49	22	50	28	0	1

*Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.*

**Tabelle A22****Fehlender Einfluss auf Regierung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	38	24	20	17	1
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	33	25	22	18	2
weiblich	513	42	23	18	17	0
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	11	33	30	26	0
25-34 Jahre	144	37	17	21	25	0
35-44 Jahre	131	30	26	21	23	0
45-59 Jahre	281	41	21	18	18	3
60 Jahre und älter	389	42	27	19	11	1
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	52	26	14	8	0
10. Klasse	467	38	22	19	19	3
Abitur	105	17	22	30	31	0
(Fach-)Hochschule	124	16	28	29	26	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	37	21	20	20	1
in Ausbildung	73	8	27	31	35	0
arbeitslos	65	38	22	19	15	5
übrige Nicht-Erwerbstat.	393	44	28	17	11	1
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	46	22	17	14	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	38	19	22	19	2
höh.-leit. Ang./Beamte	59	18	22	28	32	0
Landw./Selbst./Freib.	66	26	25	18	31	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	35	26	21	17	1
evangelisch	246	46	18	15	19	2
katholisch	49	29	30	22	15	5

*Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.*

**Tabelle A23****Parteien wollen nur Stimmen der Wähler**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	24	42	24	7	3
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	24	40	28	6	2
weiblich	513	24	44	20	7	5
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	7	45	44	4	0
25-34 Jahre	144	13	51	29	6	1
35-44 Jahre	131	27	39	24	8	2
45-59 Jahre	281	27	45	20	6	2
60 Jahre und älter	389	29	37	21	8	6
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	33	35	22	3	7
10. Klasse	467	25	44	21	8	2
Abitur	105	9	51	33	5	2
(Fach-)Hochschule	124	16	44	28	10	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	20	47	24	6	3
in Ausbildung	73	7	53	38	3	0
arbeitslos	65	39	37	15	8	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	30	34	23	7	5
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	24	38	26	7	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	21	52	22	3	2
höh.-leit. Ang./Beamte	59	14	48	31	6	0
Landw./Selbst./Freib.	66	15	49	20	14	2
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	25	43	24	5	4
evangelisch	246	26	38	22	12	2
katholisch	49	14	49	26	6	5

*Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.*

**Tabelle A24****Demokratiezufriedenheit: Deutschland**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr zufrieden	Ziemlich zufrieden	Ziemlich unzufrieden	Sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	3	56	31	8	1
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	3	57	30	10	0
weiblich	513	4	56	32	7	1
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	4	66	26	3	1
25-34 Jahre	144	2	63	26	8	1
35-44 Jahre	131	1	54	32	12	1
45-59 Jahre	281	2	51	39	7	1
60 Jahre und älter	389	5	57	28	9	1
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	4	50	34	11	1
10. Klasse	467	3	58	30	8	1
Abitur	105	4	61	31	3	1
(Fach-)Hochschule	124	3	64	28	5	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	2	60	31	7	1
in Ausbildung	73	7	58	34	0	1
arbeitslos	65	5	40	48	8	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	4	55	28	12	1
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	1	59	29	10	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	2	57	35	6	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	2	67	22	8	1
Landw./Selbst./Freib.	66	5	61	31	2	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	4	54	33	8	1
evangelisch	246	2	61	27	10	0
katholisch	49	5	65	26	4	0

*Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?*



**Tabelle A25**

**Demokratiezufriedenheit: Europäische Union**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr zufrieden	Ziemlich zufrieden	Ziemlich unzufrieden	Sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	1	35	44	12	8
<b>Geschlecht</b>						
männlich	493	1	30	45	16	9
weiblich	514	1	39	43	9	8
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	59	0	50	47	2	0
25-34 Jahre	143	1	42	48	6	3
35-44 Jahre	131	0	30	47	19	3
45-59 Jahre	282	0	31	43	15	12
60 Jahre und älter	389	2	34	41	12	11
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	1	30	42	13	14
10. Klasse	468	1	35	46	12	7
Abitur	106	1	46	38	13	4
(Fach-)Hochschule	125	1	38	43	13	6
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	0	36	45	11	8
in Ausbildung	73	1	42	48	7	2
arbeitslos	64	5	25	48	16	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	1	33	41	15	11
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	189	0	31	45	10	14
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	1	40	44	11	4
höh.-leit. Ang./Beamte	59	0	46	41	12	2
Landw./Selbst./Freib.	65	1	29	49	14	7
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	709	0	35	44	11	9
evangelisch	246	2	33	44	17	5
katholisch	50	2	40	34	8	17

*Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie im Großen und Ganzen mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert?*

**Tabelle A26****Demokratie besser als andere Staatsideen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	25	58	10	4	4
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	27	58	8	4	3
weiblich	513	22	57	12	4	4
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	33	53	8	3	2
25-34 Jahre	144	24	57	11	3	5
35-44 Jahre	131	20	55	14	9	1
45-59 Jahre	281	19	64	13	2	2
60 Jahre und älter	389	29	54	6	4	6
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	23	50	12	6	9
10. Klasse	467	20	63	12	4	1
Abitur	105	36	57	4	1	2
(Fach-)Hochschule	124	36	58	4	1	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	20	65	9	3	3
in Ausbildung	73	33	57	5	5	0
arbeitslos	65	19	49	17	14	0
übrige Nicht-Erwerbstat.	393	29	51	11	3	6
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	12	72	8	3	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	20	64	11	4	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	36	56	7	0	1
Landw./Selbst./Freib.	66	37	43	12	4	4
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	24	59	10	4	3
evangelisch	246	25	52	12	5	6
katholisch	49	31	64	4	0	1

*Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen.*

**Tabelle A27**

**Politische Partizipation:  
An einen Politiker wenden**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	19	49	30	1
<b>Geschlecht</b>					
männlich	492	22	49	27	2
weiblich	513	17	49	34	1
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	14	58	28	0
25-34 Jahre	144	21	57	21	0
35-44 Jahre	131	21	44	35	1
45-59 Jahre	281	17	53	28	3
60 Jahre und älter	389	21	44	35	1
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	15	41	41	3
10. Klasse	467	18	54	28	1
Abitur	105	28	51	20	1
(Fach-)Hochschule	124	27	51	22	0
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	18	52	28	2
in Ausbildung	73	17	62	22	0
arbeitslos	65	34	47	19	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	19	44	37	1
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	9	53	34	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	20	48	31	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	32	50	18	0
Landw./Selbst./Freib.	66	22	58	20	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	710	19	51	28	2
evangelisch	246	20	41	39	0
katholisch	49	21	59	20	0

*Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Sich an einen Politiker wenden.*

**Tabelle A28**

**Politische Partizipation: An einer  
Unterschriftenaktion teilnehmen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	52	44	4	0
<b>Geschlecht</b>					
männlich	492	55	41	4	0
weiblich	513	49	46	4	0
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	58	40	2	0
25-34 Jahre	144	62	38	0	0
35-44 Jahre	131	53	45	2	0
45-59 Jahre	281	52	45	3	0
60 Jahre und älter	389	46	45	8	0
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	47	47	6	0
10. Klasse	467	49	47	4	0
Abitur	105	65	32	2	1
(Fach-)Hochschule	124	60	35	4	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	53	45	1	0
in Ausbildung	73	66	34	0	0
arbeitslos	65	48	46	6	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	48	44	8	0
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	52	47	1	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	53	45	2	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	53	45	2	0
Landw./Selbst./Freib.	66	56	39	5	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	710	49	47	4	0
evangelisch	246	62	33	5	0
katholisch	49	43	49	7	1

*Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? An einer Unterschriftensammlung teilnehmen.*

**Tabelle A29**

**Politische Partizipation: In einer politischen Partei mitarbeiten**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	7	23	70	0
<b>Geschlecht</b>					
männlich	492	11	26	62	0
weiblich	513	3	20	77	0
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	3	43	54	0
25-34 Jahre	144	2	39	60	0
35-44 Jahre	131	3	33	64	0
45-59 Jahre	281	7	20	73	1
60 Jahre und älter	389	11	13	75	0
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	7	19	74	0
10. Klasse	467	6	24	70	0
Abitur	105	9	32	59	1
(Fach-)Hochschule	124	10	22	68	0
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	5	23	71	0
in Ausbildung	73	5	40	56	0
arbeitslos	65	1	49	50	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	11	15	74	0
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	4	28	67	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	5	18	77	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	8	29	63	0
Landw./Selbst./Freib.	66	11	26	63	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	710	8	24	68	0
evangelisch	246	6	20	75	0
katholisch	49	9	29	62	0

*Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? In einer politischen Partei mitarbeiten.*

**Tabelle A30**

**Politische Partizipation: In einer  
Bürgerinitiative mitarbeiten**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	11	60	29	0
<b>Geschlecht</b>					
männlich	492	12	60	28	0
weiblich	513	9	60	30	0
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	8	86	6	0
25-34 Jahre	144	6	77	17	0
35-44 Jahre	131	12	68	20	1
45-59 Jahre	281	12	63	25	0
60 Jahre und älter	389	12	45	43	0
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	9	47	44	0
10. Klasse	467	10	63	27	0
Abitur	105	10	80	9	1
(Fach-)Hochschule	124	20	62	18	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	11	66	23	0
in Ausbildung	73	8	86	6	0
arbeitslos	65	18	59	23	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	10	48	42	0
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	8	60	32	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	8	73	19	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	21	63	16	0
Landw./Selbst./Freib.	66	19	71	11	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	710	10	61	28	0
evangelisch	246	12	53	34	0
katholisch	49	11	73	16	0

*Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? In einer Bürgerinitiative mitarbeiten.*

**Tabelle A31**

**Politische Partizipation: An einer  
genehmigten Demonstration teilnehmen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	31	49	19	1
<b>Geschlecht</b>					
männlich	492	38	47	15	0
weiblich	513	25	51	24	1
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	29	62	9	0
25-34 Jahre	144	35	46	19	0
35-44 Jahre	131	31	62	8	0
45-59 Jahre	281	22	56	21	1
60 Jahre und älter	389	36	39	24	1
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	35	42	22	1
10. Klasse	467	25	54	21	1
Abitur	105	37	51	11	1
(Fach-)Hochschule	124	40	46	14	0
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	29	53	18	0
in Ausbildung	73	39	54	7	0
arbeitslos	65	22	57	21	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	34	42	23	1
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	27	55	17	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	26	55	18	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	29	53	18	0
Landw./Selbst./Freib.	66	31	51	18	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	710	32	51	17	1
evangelisch	246	31	42	27	0
katholisch	49	24	57	19	0

*Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? An einer genehmigten Demonstration teilnehmen.*

**Tabelle A32**

**Politische Partizipation: Für ein Amt  
oder Mandat bewerben**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	8	22	69	1
<b>Geschlecht</b>					
männlich	492	10	22	68	0
weiblich	513	7	21	71	1
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	0	54	46	0
25-34 Jahre	144	7	35	58	0
35-44 Jahre	131	7	21	72	0
45-59 Jahre	281	9	23	68	0
60 Jahre und älter	389	10	11	78	1
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	6	12	80	2
10. Klasse	467	10	24	66	0
Abitur	105	5	37	57	1
(Fach-)Hochschule	124	11	24	65	0
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	10	23	67	0
in Ausbildung	73	0	43	57	0
arbeitslos	65	2	37	61	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	9	13	76	1
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	6	25	69	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	9	21	69	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	11	33	56	0
Landw./Selbst./Freib.	66	16	32	53	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	710	6	22	71	1
evangelisch	246	14	20	66	0
katholisch	49	14	22	65	0

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Für ein Amt oder Mandat, z.B. in meiner Gemeinde bewerben.*



**Tabelle A33**

**Politische Partizipation: An einer nicht  
genehmigten Demonstration teilnehmen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	8	21	69	1
<b>Geschlecht</b>					
männlich	492	12	26	61	0
weiblich	513	5	17	77	1
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	7	35	58	0
25-34 Jahre	144	3	27	70	0
35-44 Jahre	131	11	30	55	3
45-59 Jahre	281	8	28	64	1
60 Jahre und älter	389	10	10	79	0
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	14	7	79	0
10. Klasse	467	5	26	68	1
Abitur	105	5	40	53	1
(Fach-)Hochschule	124	12	27	61	0
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	7	25	67	2
in Ausbildung	73	7	38	54	1
arbeitslos	65	12	31	57	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	10	13	77	0
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	6	19	74	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	5	30	64	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	11	21	64	4
Landw./Selbst./Freib.	66	7	30	61	1
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	710	9	23	67	1
evangelisch	246	9	18	72	0
katholisch	49	4	17	79	0

*Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen.*

**Tabelle A34****Politische Partizipation: Für Ziele auch mit Gewalt kämpfen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	2	9	89	1
<b>Geschlecht</b>					
männlich	492	4	10	86	1
weiblich	513	0	7	91	1
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	1	10	88	2
25-34 Jahre	144	3	9	88	1
35-44 Jahre	131	2	12	86	0
45-59 Jahre	281	0	9	89	2
60 Jahre und älter	389	3	7	89	1
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	4	10	85	1
10. Klasse	467	1	9	89	1
Abitur	105	1	7	90	2
(Fach-)Hochschule	124	1	5	94	0
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	1	8	90	1
in Ausbildung	73	1	9	89	2
arbeitslos	65	5	15	79	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	3	8	88	1
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	1	7	91	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	0	12	87	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	2	7	91	0
Landw./Selbst./Freib.	66	1	3	94	2
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	710	2	9	88	1
evangelisch	246	2	7	91	1
katholisch	49	0	11	84	5

*Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Für die eigenen Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.*

**Tabelle A35**

### Beteiligung Diskussion über öffentliche Bauvorhaben

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	30	42	27	1
<b>Geschlecht</b>					
männlich	492	34	41	24	0
weiblich	513	26	42	30	2
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	14	65	21	0
25-34 Jahre	144	20	49	26	6
35-44 Jahre	131	31	52	17	1
45-59 Jahre	281	38	41	20	1
60 Jahre und älter	389	30	32	37	0
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	17	35	45	2
10. Klasse	467	34	43	23	1
Abitur	105	34	55	10	1
(Fach-)Hochschule	124	44	41	15	0
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	37	41	20	2
in Ausbildung	73	15	63	22	0
arbeitslos	65	21	65	14	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	25	35	40	0
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	36	40	21	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	30	47	22	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	46	38	16	0
Landw./Selbst./Freib.	66	49	40	8	3
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	710	30	44	26	0
evangelisch	246	32	32	32	4
katholisch	49	21	60	17	1

*Es gibt ja bei öffentlichen Bauvorhaben Möglichkeiten, sich als Bürger zu beteiligen, z.B. die Einsichtnahme in Planungen oder Bürgeranhörungen bei Straßenbaumaßnahmen. Haben Sie sich bei so etwas schon einmal beteiligt, würden Sie sich beteiligen oder würden Sie das nicht tun?*

**Tabelle A36**

**Diskussion über  
Gesetzesentwürfe im Internet**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	kommt auf Gesetz an	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	9	44	44	1	3
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	11	49	36	1	3
weiblich	513	7	39	51	1	2
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	11	68	21	0	0
25-34 Jahre	144	6	73	16	0	5
35-44 Jahre	131	15	46	32	4	3
45-59 Jahre	281	11	48	38	1	1
60 Jahre und älter	389	6	25	65	0	3
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	4	27	63	0	5
10. Klasse	467	10	47	40	2	1
Abitur	105	12	65	21	1	1
(Fach-)Hochschule	124	17	53	28	1	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	12	50	35	2	2
in Ausbildung	73	6	76	18	0	0
arbeitslos	65	10	53	23	1	12
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	6	29	62	1	2
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	5	50	40	1	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	12	48	37	2	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	19	55	22	3	1
Landw./Selbst./Freib.	66	19	52	24	2	4
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	9	46	42	1	2
evangelisch	246	9	34	52	1	4
katholisch	49	15	61	22	3	0

*Es gibt ja heute auch die Möglichkeit, dass die Regierung Gesetzesentwürfe im Internet zur Diskussion stellt. Haben Sie sich bei so etwas schon einmal beteiligt, würden Sie sich beteiligen oder würden Sie das nicht tun?*

**Tabelle A37**

**Gründe gegen politische Partizipation:  
Zeitaufwand**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	21	24	20	32	3
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	20	23	19	37	1
weiblich	513	22	24	21	28	5
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	14	30	27	28	0
25-34 Jahre	144	25	35	22	18	0
35-44 Jahre	131	24	35	18	21	2
45-59 Jahre	281	29	24	15	30	2
60 Jahre und älter	389	13	14	22	44	7
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	19	20	15	37	9
10. Klasse	467	25	24	21	29	1
Abitur	105	14	30	25	31	1
(Fach-)Hochschule	124	14	26	25	34	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	32	29	18	20	1
in Ausbildung	73	17	35	23	24	1
arbeitslos	65	10	26	16	46	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	10	15	22	46	7
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	39	21	19	19	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	27	39	19	15	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	15	36	20	29	0
Landw./Selbst./Freib.	66	39	12	16	31	2
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	19	24	22	33	3
evangelisch	246	24	24	17	30	5
katholisch	49	28	23	14	35	0

*Ich habe zu wenig Zeit, um mich politisch zu engagieren.*

**Tabelle A38**

**Gründe gegen politische Partizipation:  
Verantwortung zu hoch**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	46	25	13	14	1
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	36	23	19	21	2
weiblich	513	56	26	8	8	1
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	37	29	18	17	0
25-34 Jahre	144	54	18	16	12	0
35-44 Jahre	131	46	29	13	11	1
45-59 Jahre	281	42	25	16	16	0
60 Jahre und älter	389	48	25	10	15	3
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	53	27	9	10	1
10. Klasse	467	47	23	15	14	1
Abitur	105	39	27	14	19	0
(Fach-)Hochschule	124	34	25	17	22	3
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	46	24	16	13	1
in Ausbildung	73	37	35	15	14	0
arbeitslos	65	51	21	20	8	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	48	25	9	16	2
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	47	24	17	12	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	53	21	12	13	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	35	25	19	20	1
Landw./Selbst./Freib.	66	26	29	17	27	1
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	42	25	16	16	2
evangelisch	246	59	21	8	11	1
katholisch	49	41	41	6	12	0

*Die Verantwortung, die man als Politiker oder Politikerin trägt, wäre mir persönlich zu hoch.*

**Tabelle A39****Wahlnorm: Kommunalwahl**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	58	19	8	12	2
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	56	18	6	18	2
weiblich	513	61	20	10	7	2
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	42	30	22	6	0
25-34 Jahre	144	45	24	13	12	7
35-44 Jahre	131	48	27	8	14	3
45-59 Jahre	281	53	17	9	19	2
60 Jahre und älter	389	73	14	5	8	0
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	56	17	9	14	3
10. Klasse	467	58	19	8	13	2
Abitur	105	59	26	9	6	0
(Fach-)Hochschule	124	67	17	9	8	0
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	56	18	10	13	3
in Ausbildung	73	46	35	14	5	0
arbeitslos	65	48	26	5	14	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	65	16	7	12	0
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	53	17	6	17	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	57	15	13	15	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	62	20	14	4	0
Landw./Selbst./Freib.	66	55	23	5	17	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	57	20	8	13	2
evangelisch	246	63	15	8	11	3
katholisch	49	61	20	12	6	0

*Ich würde meine Bürgerpflichten ernsthaft vernachlässigen, wenn ich nicht zur Kommunalwahl gehen würde.*

**Tabelle A40****Wahlnorm: Landtagswahl**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	56	20	9	13	1
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	54	19	7	19	1
weiblich	513	57	22	11	8	2
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	49	38	5	8	0
25-34 Jahre	144	49	19	14	13	5
35-44 Jahre	131	49	21	14	16	0
45-59 Jahre	281	50	19	12	18	1
60 Jahre und älter	389	66	20	4	10	0
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	51	20	8	19	2
10. Klasse	467	56	19	11	13	1
Abitur	105	57	31	5	7	0
(Fach-)Hochschule	124	68	18	8	6	0
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	56	18	11	13	2
in Ausbildung	73	48	40	8	3	0
arbeitslos	65	49	19	14	18	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	58	20	7	15	0
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	53	17	11	14	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	55	20	10	15	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	65	14	14	7	0
Landw./Selbst./Freib.	66	56	20	8	15	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	54	20	10	16	1
evangelisch	246	60	22	6	9	3
katholisch	49	66	17	12	5	0

*Ich würde meine Bürgerpflichten ernsthaft vernachlässigen, wenn ich nicht zur Landtagswahl gehen würde.*



**Tabelle A41****Wahlnorm: Bundestagswahl**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	58	18	8	15	1
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	58	18	7	18	0
weiblich	513	58	18	10	12	1
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	59	27	9	5	0
25-34 Jahre	144	48	23	13	16	0
35-44 Jahre	131	52	21	12	15	1
45-59 Jahre	281	50	22	9	19	1
60 Jahre und älter	389	70	11	5	13	1
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	54	16	7	21	2
10. Klasse	467	58	17	11	13	1
Abitur	105	58	26	5	11	0
(Fach-)Hochschule	124	66	18	6	10	0
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	54	23	8	14	0
in Ausbildung	73	60	25	11	3	1
arbeitslos	65	44	21	16	20	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	64	11	7	17	1
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	50	23	11	15	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	54	26	5	15	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	65	14	15	6	0
Landw./Selbst./Freib.	66	54	20	6	20	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	54	20	10	16	0
evangelisch	246	68	13	4	13	2
katholisch	49	66	17	12	5	0

*Ich würde meine Bürgerpflichten ernsthaft vernachlässigen, wenn ich nicht zur Bundestagswahl gehen würde.*

**Tabelle A42****Wahlnorm: Europawahl**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	44	25	13	16	2
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	40	26	14	19	0
weiblich	513	47	23	13	13	4
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	40	33	17	8	2
25-34 Jahre	144	39	28	17	10	5
35-44 Jahre	131	35	29	13	23	0
45-59 Jahre	281	36	27	16	18	3
60 Jahre und älter	389	54	19	10	15	2
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	40	20	12	23	5
10. Klasse	467	42	26	16	14	2
Abitur	105	51	30	8	11	0
(Fach-)Hochschule	124	51	27	12	10	0
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	37	29	18	14	2
in Ausbildung	73	49	33	11	6	1
arbeitslos	65	42	17	16	23	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	50	20	9	19	3
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	31	26	21	18	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	39	32	14	15	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	54	24	13	8	0
Landw./Selbst./Freib.	66	40	27	18	11	4
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	40	27	13	18	1
evangelisch	246	51	18	16	9	5
katholisch	49	56	20	10	12	2

*Ich würde meine Bürgerpflichten ernsthaft vernachlässigen, wenn ich nicht zur Europawahl gehen würde.*

**Tabelle A43****Links-Rechts-Selbsteinstufung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	weit rechts	etwas rechts	in der Mitte	etwas links	weit links	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	2	14	23	40	16	5
<b>Geschlecht</b>							
männlich	493	1	17	20	40	19	4
weiblich	513	3	12	25	41	14	5
<b>Alter</b>							
18-24 Jahre	60	2	18	10	56	10	5
25-34 Jahre	145	1	27	31	32	9	2
35-44 Jahre	130	0	21	25	32	16	5
45-59 Jahre	281	2	10	19	41	20	8
60 Jahre und älter	389	4	10	23	43	18	3
<b>Schulabschluss</b>							
unter 10. Klasse	307	3	15	22	39	16	4
10. Klasse	466	2	15	25	38	16	5
Abitur	106	1	10	17	47	20	5
(Fach-)Hochschule	123	1	13	22	45	17	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
erwerbstätig	474	1	16	23	38	15	6
in Ausbildung	74	1	12	15	53	15	5
arbeitslos	66	0	15	21	46	16	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	392	3	12	24	39	18	3
<b>Berufsgruppe</b>							
Arbeiter	190	1	17	19	39	17	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	1	13	27	39	14	6
höh.-leit. Ang./Beamte	59	2	15	26	45	10	4
Landw./Selbst./Freib.	66	5	31	22	25	14	4
<b>Religionsgemeinschaft</b>							
keine, andere	709	2	13	19	43	18	5
evangelisch	244	3	16	30	36	11	4
katholisch	50	0	20	34	27	13	7

*In der Politik wird häufig von links und rechts gesprochen. Wie würden Sie sich selbst einstufen: sehr weit links, ziemlich weit links, etwas links, etwas rechts, ziemlich weit rechts oder sehr weit rechts?*

**Tabelle A44****Identifikation**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Europäer	Deutscher	Ostdeutscher	Thüringer	nichts davon	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	8	26	13	49	3	1
<b>Geschlecht</b>							
männlich	492	10	28	17	39	4	1
weiblich	513	5	25	10	58	1	1
<b>Alter</b>							
18-24 Jahre	60	11	43	16	27	3	0
25-34 Jahre	144	4	34	12	45	4	1
35-44 Jahre	131	6	31	14	45	4	0
45-59 Jahre	281	8	20	14	53	4	1
60 Jahre und älter	389	9	24	13	53	1	1
<b>Schulabschluss</b>							
unter 10. Klasse	308	5	27	13	52	2	1
10. Klasse	467	5	23	15	53	2	1
Abitur	105	17	35	9	36	2	1
(Fach-)Hochschule	124	16	31	10	36	5	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
erwerbstätig	474	8	24	14	49	4	1
in Ausbildung	73	10	50	9	25	6	1
arbeitslos	65	5	33	24	34	5	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	7	24	12	56	0	1
<b>Berufsgruppe</b>							
Arbeiter	190	2	20	17	56	4	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	13	21	12	49	3	2
höh.-leit. Ang./Beamte	59	12	35	15	35	2	1
Landw./Selbst./Freib.	66	6	36	12	44	3	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>							
keine, andere	710	8	25	16	47	3	1
evangelisch	246	8	29	7	53	2	1
katholisch	49	7	34	8	51	0	1

*Fühlen Sie sich in erster Linie als Thüringer, als Ostdeutscher, als Deutscher oder als Europäer?*

**Tabelle A45**

### Kommunalebene: Einheitliche Regelungen oder Handlungsspielraum

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	einheitliche Regelungen	mehr Handlungs- spielraum für die unteren Ebenen	es kommt darauf an	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	20	71	6	3
<b>Geschlecht</b>					
männlich	492	21	68	9	1
weiblich	513	20	73	3	4
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	24	71	4	1
25-34 Jahre	144	23	66	6	6
35-44 Jahre	131	21	69	10	1
45-59 Jahre	281	16	79	3	1
60 Jahre und älter	389	22	67	7	4
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	24	66	5	5
10. Klasse	467	17	77	5	1
Abitur	105	27	62	9	2
(Fach-)Hochschule	124	20	66	12	2
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	20	72	6	2
in Ausbildung	73	27	64	8	1
arbeitslos	65	23	75	2	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	20	70	6	4
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	17	76	3	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	20	70	8	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	17	72	10	1
Landw./Selbst./Freib.	66	25	63	10	2
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	710	21	70	7	2
evangelisch	246	17	74	4	5
katholisch	49	27	68	2	2

*Wenn Sie sich entscheiden müssten, was wäre Ihnen lieber: einheitliche Regelungen oder mehr Handlungsspielraum für die unteren Ebenen, z.B. die Städte und Gemeinden?*

**Tabelle A46**

**EU: Volksabstimmungen  
über wichtige Entscheidungen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	53	30	8	8	1
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	54	27	9	9	1
weiblich	513	52	33	7	6	1
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	33	53	7	6	0
25-34 Jahre	144	46	35	16	3	0
35-44 Jahre	131	54	33	8	4	0
45-59 Jahre	281	52	32	6	8	2
60 Jahre und älter	389	59	22	7	11	1
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	68	17	4	10	1
10. Klasse	467	52	34	5	7	2
Abitur	105	37	42	16	4	1
(Fach-)Hochschule	124	32	36	22	10	0
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	49	34	9	7	1
in Ausbildung	73	29	50	15	5	1
arbeitslos	65	72	21	5	2	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	59	23	7	10	1
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	56	33	4	5	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	48	34	10	7	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	37	32	19	12	0
Landw./Selbst./Freib.	66	42	38	11	9	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	53	30	8	8	1
evangelisch	246	54	29	9	6	1
katholisch	49	45	37	11	7	0

*Die meisten wichtigen Entscheidungen, welche die EU betreffen, sollten von einer Mehrheit aller europäischen Bürger getroffen werden, indem man eine Volksabstimmung abhält.*

**Tabelle A47****EU: Volksabstimmungen vor Abgabe nationaler Kompetenzen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	56	28	8	6	3
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	58	26	8	6	1
weiblich	513	53	29	7	5	5
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	25	58	13	4	0
25-34 Jahre	144	40	37	16	4	4
35-44 Jahre	131	59	30	4	4	2
45-59 Jahre	281	61	27	5	4	2
60 Jahre und älter	389	61	19	7	9	5
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	63	21	5	6	4
10. Klasse	467	58	27	6	5	3
Abitur	105	39	41	14	6	0
(Fach-)Hochschule	124	42	34	15	7	2
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	54	31	7	5	3
in Ausbildung	73	27	50	19	4	0
arbeitslos	65	74	12	6	5	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	60	21	7	8	4
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	64	24	7	1	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	44	41	5	6	3
höh.-leit. Ang./Beamte	59	51	28	13	6	3
Landw./Selbst./Freib.	66	53	30	7	9	1
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	58	27	8	5	3
evangelisch	246	50	28	8	9	5
katholisch	49	53	29	9	8	2

*Sollte es in Deutschland eine Volksabstimmung geben, bevor wichtige nationale Kompetenzen an die EU abgetreten werden?*

**Tabelle A48****EU: Interessen Deutschlands gut vertreten**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	20	52	13	6	10
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	18	55	12	7	8
weiblich	513	23	48	13	5	11
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	18	67	11	1	2
25-34 Jahre	144	16	55	18	5	5
35-44 Jahre	131	14	56	21	4	6
45-59 Jahre	281	18	57	14	5	7
60 Jahre und älter	389	26	43	7	8	16
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	25	43	6	9	16
10. Klasse	467	17	55	18	3	7
Abitur	105	19	61	10	5	4
(Fach-)Hochschule	124	22	54	11	5	7
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	17	54	18	4	7
in Ausbildung	73	21	66	8	2	3
arbeitslos	65	17	59	9	5	10
übrige Nicht-Erwerbstat.	393	24	46	7	9	14
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	19	51	18	4	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	15	53	22	4	6
höh.-leit. Ang./Beamte	59	16	64	17	3	1
Landw./Selbst./Freib.	66	20	56	13	4	7
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	19	55	14	4	9
evangelisch	246	26	40	9	12	13
katholisch	49	18	57	12	5	8

*Die Interessen Deutschlands werden in der EU gut vertreten.*



**Tabelle A49****EU: Interessen Thüringens gut vertreten**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	<b>1005</b>	7	29	26	8	30
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	5	26	29	8	32
weiblich	513	9	31	23	8	29
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	4	28	38	7	23
25-34 Jahre	144	3	34	35	8	19
35-44 Jahre	131	2	27	30	15	26
45-59 Jahre	281	8	29	27	7	29
60 Jahre und älter	389	11	27	19	6	38
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	10	23	33	4	29
10. Klasse	467	6	32	22	10	29
Abitur	105	5	26	30	7	32
(Fach-)Hochschule	124	5	33	18	9	36
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	6	28	28	10	28
in Ausbildung	73	5	34	28	8	25
arbeitslos	65	0	50	18	2	30
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	10	25	25	7	34
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	5	29	29	9	28
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	7	24	28	11	29
höh.-leit. Ang./Beamte	59	11	27	33	6	22
Landw./Selbst./Freib.	66	3	29	22	15	32
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	6	30	26	8	29
evangelisch	246	9	26	25	9	31
katholisch	49	11	23	29	3	35

*Die Interessen Thüringens werden in der EU gut vertreten.*

**Tabelle A50****EU: Deutschland sollte nicht für Schulden anderer EU-Länder eintreten**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	42	29	18	8	3
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	39	26	22	12	2
weiblich	513	45	32	15	5	4
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	28	26	38	7	0
25-34 Jahre	144	33	35	22	7	2
35-44 Jahre	131	46	36	11	6	1
45-59 Jahre	281	41	35	17	5	3
60 Jahre und älter	389	47	20	17	12	4
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	55	22	8	11	4
10. Klasse	467	43	33	17	6	1
Abitur	105	25	29	33	10	3
(Fach-)Hochschule	124	20	32	34	10	4
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	40	34	18	5	2
in Ausbildung	73	19	30	40	11	0
arbeitslos	65	50	33	9	7	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	47	22	16	11	4
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	43	41	13	1	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	39	27	21	10	3
höh.-leit. Ang./Beamte	59	30	37	28	3	1
Landw./Selbst./Freib.	66	36	34	21	4	5
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	41	30	19	8	2
evangelisch	246	48	24	16	9	3
katholisch	49	31	41	18	4	6

*Deutschland sollte nicht für die Schulden anderer EU-Länder eintreten.*

**Tabelle A51****EU: Interessen der Städten und Gemeinden nicht ausreichend berücksichtigt**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	37	36	14	2	12
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	35	37	14	3	12
weiblich	513	38	35	13	1	13
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	18	57	22	0	3
25-34 Jahre	144	30	46	18	1	5
35-44 Jahre	131	45	37	8	2	8
45-59 Jahre	281	37	34	14	0	15
60 Jahre und älter	389	39	29	12	3	16
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	42	30	15	2	11
10. Klasse	467	39	37	11	1	12
Abitur	105	24	45	15	2	14
(Fach-)Hochschule	124	26	38	15	3	18
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	38	37	13	1	11
in Ausbildung	73	19	55	23	0	4
arbeitslos	65	40	32	15	1	12
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	38	31	13	3	15
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	42	38	12	0	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	33	41	9	3	14
höh.-leit. Ang./Beamte	59	34	39	13	2	13
Landw./Selbst./Freib.	66	39	23	21	1	16
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	36	38	12	2	12
evangelisch	246	38	29	18	3	12
katholisch	49	32	42	12	0	14

*Diejenigen, die in der Europäischen Union die Entscheidungen treffen, berücksichtigen die Interessen der Städte und Gemeinden nicht ausreichend.*

**Tabelle A52****Verständnis der Funktionsweise der EU**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	13	37	29	18	2
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	18	41	27	13	1
weiblich	513	9	33	32	23	3
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	10	60	27	2	0
25-34 Jahre	144	13	45	27	13	1
35-44 Jahre	131	10	37	36	17	0
45-59 Jahre	281	12	39	33	15	1
60 Jahre und älter	389	16	29	26	25	3
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	13	28	26	30	2
10. Klasse	467	13	36	34	14	2
Abitur	105	15	47	24	13	0
(Fach-)Hochschule	124	13	54	23	8	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	12	42	30	15	1
in Ausbildung	73	12	56	22	10	0
arbeitslos	65	21	32	33	11	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	15	28	30	25	3
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	12	38	31	16	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	11	41	33	15	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	17	62	14	6	2
Landw./Selbst./Freib.	66	18	29	27	25	1
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	15	37	31	15	1
evangelisch	246	8	35	24	29	3
katholisch	49	16	40	32	12	0

*Ich verstehe, wie die EU funktioniert.*

**Tabelle A53****Mehr Informationen über Rechte als EU-Bürger**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	<b>1005</b>	49	32	10	8	2
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	51	29	11	8	0
weiblich	513	46	35	9	7	3
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	42	42	15	1	0
25-34 Jahre	144	40	45	9	5	1
35-44 Jahre	131	46	35	13	6	0
45-59 Jahre	281	55	28	9	8	0
60 Jahre und älter	389	49	28	9	10	3
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	51	28	9	8	4
10. Klasse	467	52	32	8	8	0
Abitur	105	39	40	12	8	1
(Fach-)Hochschule	124	39	38	15	8	0
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	48	35	10	6	0
in Ausbildung	73	38	38	20	3	1
arbeitslos	65	65	18	9	8	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	48	30	8	11	3
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	60	31	5	4	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	43	37	12	7	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	34	43	15	8	1
Landw./Selbst./Freib.	66	43	32	13	13	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	48	32	10	8	1
evangelisch	246	49	33	8	8	2
katholisch	49	48	30	17	5	0

*Ich würde gern mehr über meine Rechte als EU-Bürger erfahren.*

**Tabelle A54****Mehr Informationen über Funktionsweise der EU**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	39	34	15	10	1
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	39	35	16	9	1
weiblich	513	39	33	14	12	2
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	28	43	23	6	0
25-34 Jahre	144	32	50	12	4	1
35-44 Jahre	131	42	34	16	7	1
45-59 Jahre	281	39	36	14	9	1
60 Jahre und älter	389	43	25	16	16	1
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	44	24	16	14	1
10. Klasse	467	38	38	13	9	1
Abitur	105	32	38	22	8	0
(Fach-)Hochschule	124	36	39	16	8	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	37	38	15	9	1
in Ausbildung	73	28	38	26	8	0
arbeitslos	65	56	26	11	7	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	41	29	15	14	1
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	45	34	11	8	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	30	41	17	10	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	34	39	18	6	2
Landw./Selbst./Freib.	66	30	43	16	11	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	40	35	15	8	1
evangelisch	246	38	30	16	16	1
katholisch	49	35	32	18	15	0

*Ich würde gern mehr über die Funktionsweise der EU erfahren.*

**Tabelle A55****Informieren Sie sich regelmäßig über die EU?**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	ja, mehrmals pro Woche	ja, mehrmals pro Monat	ja, seltener oder gelegentlich	nie /NEIN	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	22	22	41	15	0
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	26	26	35	12	0
weiblich	513	17	18	47	17	1
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	8	31	44	17	0
25-34 Jahre	144	9	28	52	11	0
35-44 Jahre	131	20	16	50	14	0
45-59 Jahre	281	21	22	42	14	0
60 Jahre und älter	389	30	20	34	16	1
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	20	21	38	20	1
10. Klasse	467	21	20	45	14	0
Abitur	105	20	29	39	12	0
(Fach-)Hochschule	124	29	25	40	5	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	18	22	46	14	0
in Ausbildung	73	11	27	45	18	0
arbeitslos	65	32	14	52	2	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	27	22	34	17	1
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	16	24	40	20	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	17	19	51	13	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	24	28	45	3	0
Landw./Selbst./Freib.	66	23	19	43	15	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	23	22	41	14	0
evangelisch	246	19	21	41	18	1
katholisch	49	21	17	55	7	0

*Informieren Sie sich regelmäßig über die EU?*

**Tabelle A56**

**Politische Entscheidungsebene:  
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Die EU	Die nationale Ebene	Die Ebene der Bundesländer	Auf mehr als einer Ebene	Überhaupt nicht Sache des Staates	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	22	54	17	4	1	4
<b>Geschlecht</b>							
männlich	492	26	55	13	2	1	3
weiblich	513	18	52	20	5	1	4
<b>Alter</b>							
18-24 Jahre	60	34	52	12	1	0	2
25-34 Jahre	144	22	52	15	4	0	7
35-44 Jahre	131	20	57	14	4	2	3
45-59 Jahre	281	24	53	19	3	0	1
60 Jahre und älter	389	20	53	17	4	1	5
<b>Schulabschluss</b>							
unter 10. Klasse	308	23	49	16	4	1	8
10. Klasse	467	21	56	17	2	1	2
Abitur	105	25	57	13	5	0	0
(Fach-)Hochschule	124	21	54	16	9	0	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
erwerbstätig	474	23	53	17	5	0	3
in Ausbildung	73	32	57	9	1	0	1
arbeitslos	65	27	61	10	2	0	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	18	53	19	3	2	6
<b>Berufsgruppe</b>							
Arbeiter	190	27	43	18	5	1	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	20	57	18	5	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	19	60	13	8	0	1
Landw./Selbst./Freib.	66	19	69	9	2	0	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>							
keine, andere	710	24	54	15	3	1	3
evangelisch	246	18	51	20	4	0	6
katholisch	49	16	60	14	10	0	0

*Für Deutschland werden politische Entscheidungen heutzutage auf drei Ebenen getroffen: auf der Ebene der Bundesländer, auf nationaler Ebene, und auf der Ebene der Europäischen Union. Welche davon sollte Ihrer Meinung nach für die folgenden Politikbereiche zuständig sein? Wie ist es mit ... der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit?*



**Tabelle A57**

**Politische Entscheidungsebene:  
Einwanderungspolitik**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Die EU	Die nationale Ebene	Die Ebene der Bundesländer	Auf mehr als einer Ebene	Überhaupt nicht Sache des Staates	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	39	45	9	2	0	4
<b>Geschlecht</b>							
männlich	492	42	47	8	2	0	1
weiblich	513	37	43	11	2	1	8
<b>Alter</b>							
18-24 Jahre	60	50	47	2	0	0	2
25-34 Jahre	144	51	36	3	3	0	7
35-44 Jahre	131	43	50	6	0	0	1
45-59 Jahre	281	36	45	16	2	1	1
60 Jahre und älter	389	34	46	9	3	0	8
<b>Schulabschluss</b>							
unter 10. Klasse	308	39	39	10	2	0	10
10. Klasse	467	36	48	11	2	1	2
Abitur	105	47	48	4	0	0	0
(Fach-)Hochschule	124	46	41	7	5	0	2
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
erwerbstätig	474	39	46	10	2	1	3
in Ausbildung	73	49	44	5	0	0	1
arbeitslos	65	46	46	6	1	0	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	37	44	10	2	0	8
<b>Berufsgruppe</b>							
Arbeiter	190	34	43	16	2	1	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	42	49	5	3	1	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	40	46	9	3	0	0
Landw./Selbst./Freib.	66	46	43	9	1	0	1
<b>Religionsgemeinschaft</b>							
keine, andere	710	41	44	10	1	0	3
evangelisch	246	35	45	8	4	1	8
katholisch	49	39	51	2	2	0	6

*Für Deutschland werden politische Entscheidungen heutzutage auf drei Ebenen getroffen: auf der Ebene der Bundesländer, auf nationaler Ebene, und auf der Ebene der Europäischen Union. Welche davon sollte Ihrer Meinung nach für die folgenden Politikbereiche zuständig sein? Wie ist es mit ... der Einwanderungspolitik?*

**Tabelle A58**

**Politische Entscheidungsebene:  
Umweltpolitik**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Die EU	Die nationale Ebene	Die Ebene der Bundesländer	Auf mehr als einer Ebene	Überhaupt nicht Sache des Staates	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	49	35	8	5	0	3
<b>Geschlecht</b>							
männlich	492	50	41	5	3	0	1
weiblich	513	48	30	10	7	0	5
<b>Alter</b>							
18-24 Jahre	60	67	29	2	0	0	2
25-34 Jahre	144	58	25	7	3	0	7
35-44 Jahre	131	54	34	5	7	0	0
45-59 Jahre	281	51	37	7	3	0	1
60 Jahre und älter	389	39	39	10	8	0	4
<b>Schulabschluss</b>							
unter 10. Klasse	308	38	40	8	7	0	7
10. Klasse	467	51	35	9	4	0	2
Abitur	105	63	30	6	2	1	0
(Fach-)Hochschule	124	57	28	6	7	0	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
erwerbstätig	474	58	30	6	4	0	2
in Ausbildung	73	69	27	3	0	0	1
arbeitslos	65	40	53	3	4	0	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	35	40	12	8	0	4
<b>Berufsgruppe</b>							
Arbeiter	190	49	37	6	3	0	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	64	27	5	4	0	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	61	26	6	6	1	1
Landw./Selbst./Freib.	66	65	29	5	1	0	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>							
keine, andere	710	50	35	7	5	0	2
evangelisch	246	43	36	10	6	0	6
katholisch	49	55	31	5	8	0	0

*Für Deutschland werden politische Entscheidungen heutzutage auf drei Ebenen getroffen: auf der Ebene der Bundesländer, auf nationaler Ebene, und auf der Ebene der Europäischen Union. Welche davon sollte Ihrer Meinung nach für die folgenden Politikbereiche zuständig sein? Wie ist es mit ... der Umweltpolitik?*

**Tabelle A59**

**Politische Entscheidungsebene:  
Bildungspolitik**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Die EU	Die nationale Ebene	Die Ebene der Bundesländer	Auf mehr als einer Ebene	Überhaupt nicht Sache des Staates	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	13	65	18	2	0	3
<b>Geschlecht</b>							
männlich	492	11	74	14	0	0	1
weiblich	513	15	56	21	3	0	5
<b>Alter</b>							
18-24 Jahre	60	19	58	18	0	0	5
25-34 Jahre	144	22	44	26	1	0	7
35-44 Jahre	131	20	66	12	1	0	1
45-59 Jahre	281	11	65	22	2	0	0
60 Jahre und älter	389	8	73	13	2	0	4
<b>Schulabschluss</b>							
unter 10. Klasse	308	11	55	24	2	0	7
10. Klasse	467	14	68	15	1	0	2
Abitur	105	15	66	18	1	0	0
(Fach-)Hochschule	124	10	76	10	3	0	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
erwerbstätig	474	14	64	18	1	0	2
in Ausbildung	73	17	55	24	0	0	4
arbeitslos	65	18	75	6	0	0	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	11	65	17	2	0	4
<b>Berufsgruppe</b>							
Arbeiter	190	12	55	27	5	1	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	14	69	14	0	2	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	14	71	12	0	3	0
Landw./Selbst./Freib.	66	17	69	13	0	0	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>							
keine, andere	710	15	64	18	1	0	1
evangelisch	246	7	65	18	3	0	8
katholisch	49	8	70	11	6	0	5

*Für Deutschland werden politische Entscheidungen heutzutage auf drei Ebenen getroffen: auf der Ebene der Bundesländer, auf nationaler Ebene, und auf der Ebene der Europäischen Union. Welche davon sollte Ihrer Meinung nach für die folgenden Politikbereiche zuständig sein? Wie ist es mit ... der Bildungspolitik?*

**Tabelle A60**

**Politische Entscheidungsebene:  
Gesundheitspolitik**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Die EU	Die nationale Ebene	Die Ebene der Bundesländer	Auf mehr als einer Ebene	Überhaupt nicht Sache des Staates	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	15	66	13	3	0	3
<b>Geschlecht</b>							
männlich	492	14	73	8	3	0	1
weiblich	513	16	59	18	2	0	5
<b>Alter</b>							
18-24 Jahre	60	32	57	9	0	0	2
25-34 Jahre	144	22	61	8	3	0	7
35-44 Jahre	131	15	69	12	0	0	4
45-59 Jahre	281	12	68	19	1	0	0
60 Jahre und älter	389	12	67	12	5	0	4
<b>Schulabschluss</b>							
unter 10. Klasse	308	11	59	17	6	0	7
10. Klasse	467	18	66	13	1	0	2
Abitur	105	19	72	7	2	0	0
(Fach-)Hochschule	124	11	76	9	3	0	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
erwerbstätig	474	15	66	16	1	0	2
in Ausbildung	73	36	55	4	2	0	1
arbeitslos	65	17	65	9	3	0	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	11	68	12	5	0	4
<b>Berufsgruppe</b>							
Arbeiter	190	14	56	24	5	1	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	19	67	12	0	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	10	79	10	0	1	0
Landw./Selbst./Freib.	66	10	82	7	0	1	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>							
keine, andere	710	17	65	13	2	0	2
evangelisch	246	10	67	15	3	0	5
katholisch	49	17	72	5	6	0	0

*Für Deutschland werden politische Entscheidungen heutzutage auf drei Ebenen getroffen: auf der Ebene der Bundesländer, auf nationaler Ebene, und auf der Ebene der Europäischen Union. Welche davon sollte Ihrer Meinung nach für die folgenden Politikbereiche zuständig sein? Wie ist es mit ... der Gesundheitspolitik?*

**Tabelle A61**

**Politische Entscheidungsebene:  
Agrarpolitik**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Die EU	Die nationale Ebene	Die Ebene der Bundesländer	Auf mehr als einer Ebene	Überhaupt nicht Sache des Staates	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	28	34	28	4	0	6
<b>Geschlecht</b>							
männlich	492	31	38	23	5	0	3
weiblich	513	26	30	34	2	0	8
<b>Alter</b>							
18-24 Jahre	60	31	36	29	0	0	3
25-34 Jahre	144	20	37	28	4	0	9
35-44 Jahre	131	35	26	26	5	0	8
45-59 Jahre	281	32	32	32	1	0	2
60 Jahre und älter	389	26	36	26	5	0	6
<b>Schulabschluss</b>							
unter 10. Klasse	308	24	32	29	5	0	11
10. Klasse	467	27	34	31	2	0	4
Abitur	105	36	35	25	3	0	1
(Fach-)Hochschule	124	36	36	20	7	0	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
erwerbstätig	474	35	31	27	3	0	4
in Ausbildung	73	27	32	32	1	0	8
arbeitslos	65	16	35	36	2	0	11
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	23	37	28	5	0	6
<b>Berufsgruppe</b>							
Arbeiter	190	32	34	23	2	0	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	33	32	30	2	1	2
höh.-leit. Ang./Beamte	59	37	33	25	5	0	0
Landw./Selbst./Freib.	66	40	30	25	4	0	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>							
keine, andere	710	28	34	29	3	0	6
evangelisch	246	26	35	27	5	0	6
katholisch	49	44	31	22	3	0	0

*Für Deutschland werden politische Entscheidungen heutzutage auf drei Ebenen getroffen: auf der Ebene der Bundesländer, auf nationaler Ebene, und auf der Ebene der Europäischen Union. Welche davon sollte Ihrer Meinung nach für die folgenden Politikbereiche zuständig sein? Wie ist es mit ... der Agrarpolitik?*

**Tabelle A62**

**Politische Entscheidungsebene:  
Verbrechensbekämpfung**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Die EU	Die nationale Ebene	Die Ebene der Bundesländer	Auf mehr als einer Ebene	Überhaupt nicht Sache des Staates	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	38	37	15	6	0	4
<b>Geschlecht</b>							
männlich	492	37	42	16	5	0	1
weiblich	513	39	33	15	7	0	7
<b>Alter</b>							
18-24 Jahre	60	39	47	13	0	0	2
25-34 Jahre	144	43	24	21	4	0	9
35-44 Jahre	131	37	41	18	4	0	1
45-59 Jahre	281	41	38	15	6	0	1
60 Jahre und älter	389	34	39	13	8	0	6
<b>Schulabschluss</b>							
unter 10. Klasse	308	29	38	18	7	0	9
10. Klasse	467	44	35	14	5	0	2
Abitur	105	37	41	17	4	0	1
(Fach-)Hochschule	124	39	40	11	7	0	2
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
erwerbstätig	474	45	33	15	4	0	3
in Ausbildung	73	41	43	12	3	0	1
arbeitslos	65	34	43	10	9	0	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	30	40	17	7	0	6
<b>Berufsgruppe</b>							
Arbeiter	190	38	36	16	5	5	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	49	31	15	1	3	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	51	28	13	2	6	0
Landw./Selbst./Freib.	66	45	35	18	0	2	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>							
keine, andere	710	40	38	15	5	0	3
evangelisch	246	32	36	18	8	0	6
katholisch	49	38	38	10	9	0	5

*Für Deutschland werden politische Entscheidungen heutzutage auf drei Ebenen getroffen: auf der Ebene der Bundesländer, auf nationaler Ebene, und auf der Ebene der Europäischen Union. Welche davon sollte Ihrer Meinung nach für die folgenden Politikbereiche zuständig sein? Wie ist es mit ... der Verbrechensbekämpfung?*

**Tabelle A63**

**EU in 10 Jahren:  
Einheitliches Steuersystem**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr dafür	eher dafür	eher dagegen	sehr dagegen	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	36	29	19	11	6
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	39	26	19	12	4
weiblich	513	32	31	19	11	7
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	15	24	45	15	2
25-34 Jahre	144	33	30	21	12	5
35-44 Jahre	131	34	27	24	15	1
45-59 Jahre	281	42	30	17	10	3
60 Jahre und älter	389	36	29	14	11	10
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	34	28	15	10	13
10. Klasse	467	38	28	20	11	2
Abitur	105	34	29	22	14	1
(Fach-)Hochschule	124	33	29	22	13	3
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	33	31	22	11	3
in Ausbildung	73	22	22	34	20	2
arbeitslos	65	58	19	14	8	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	38	28	13	10	10
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	35	29	20	11	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	32	36	18	11	3
höh.-leit. Ang./Beamte	59	29	29	27	13	3
Landw./Selbst./Freib.	66	38	17	37	8	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	36	29	20	10	5
evangelisch	246	36	25	14	15	9
katholisch	49	22	36	32	10	0

*Wenn Sie an die Entwicklung der Europäischen Union in den nächsten 10 Jahren denken: Können Sie mir sagen, ob Sie für oder gegen die folgenden Maßnahmen wären? Ein einheitliches Steuersystem für die EU*

**Tabelle A64**

**EU in 10 Jahren:  
gemeinsames System sozialer Sicherheit**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr dafür	eher dafür	eher dagegen	sehr dagegen	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	40	40	10	6	4
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	40	35	14	8	3
weiblich	513	40	45	7	4	5
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	33	50	11	6	0
25-34 Jahre	144	36	46	11	2	5
35-44 Jahre	131	32	41	18	7	3
45-59 Jahre	281	42	39	9	8	2
60 Jahre und älter	389	44	37	8	6	5
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	43	31	8	8	9
10. Klasse	467	40	46	9	4	1
Abitur	105	34	45	15	6	1
(Fach-)Hochschule	124	37	38	15	9	2
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	36	43	12	6	3
in Ausbildung	73	36	43	14	6	0
arbeitslos	65	53	34	7	0	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	43	37	7	7	5
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	36	38	14	9	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	41	43	9	3	4
höh.-leit. Ang./Beamte	59	29	44	19	7	1
Landw./Selbst./Freib.	66	29	49	12	10	0
<b>Relionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	42	38	10	6	4
evangelisch	246	36	43	10	6	5
katholisch	49	29	57	11	2	1

*Wenn Sie an die Entwicklung der Europäischen Union in den nächsten 10 Jahren denken: Können Sie mir sagen, ob Sie für oder gegen die folgenden Maßnahmen wären? Ein gemeinsames System sozialer Sicherheit in der EU*



**Tabelle A65**

**EU in 10 Jahren:  
einheitliche Außenpolitik**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr dafür	eher dafür	eher dagegen	sehr dagegen	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	40	36	13	6	5
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	48	31	11	8	2
weiblich	513	32	40	16	4	8
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	28	35	31	6	0
25-34 Jahre	144	37	42	12	4	5
35-44 Jahre	131	31	36	14	11	9
45-59 Jahre	281	43	37	14	5	0
60 Jahre und älter	389	44	33	10	5	8
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	38	29	14	6	13
10. Klasse	467	40	38	14	7	2
Abitur	105	41	40	14	5	0
(Fach-)Hochschule	124	46	41	7	5	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	39	42	11	5	3
in Ausbildung	73	30	41	24	3	1
arbeitslos	65	42	26	12	14	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	43	29	15	6	8
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	40	40	9	5	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	36	41	14	8	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	36	51	13	1	0
Landw./Selbst./Freib.	66	46	37	8	7	3
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	38	38	13	7	4
evangelisch	246	48	27	14	3	8
katholisch	49	28	52	15	4	0

*Wenn Sie an die Entwicklung der Europäischen Union in den nächsten 10 Jahren denken: Können Sie mir sagen, ob Sie für oder gegen die folgenden Maßnahmen wären? Eine einheitliche EU-Außenpolitik gegenüber Ländern außerhalb der EU*

**Tabelle A66**

**EU in 10 Jahren:  
mehr Hilfe für Regionen in Schwierigkeiten**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr dafür	eher dafür	eher dagegen	sehr dagegen	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	25	45	20	6	4
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	27	45	21	6	2
weiblich	513	23	45	19	6	6
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	28	53	14	5	0
25-34 Jahre	144	22	54	17	2	5
35-44 Jahre	131	20	46	25	7	2
45-59 Jahre	281	23	40	28	6	2
60 Jahre und älter	389	28	44	14	8	6
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	28	40	18	7	8
10. Klasse	467	24	43	24	7	3
Abitur	105	22	60	15	3	0
(Fach-)Hochschule	124	25	53	16	5	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	20	46	24	6	3
in Ausbildung	73	28	58	9	4	0
arbeitslos	65	30	38	23	5	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	28	43	17	7	6
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	16	45	27	7	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	23	44	25	6	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	18	55	18	6	3
Landw./Selbst./Freib.	66	24	40	23	8	4
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	26	47	19	5	3
evangelisch	246	22	38	23	8	9
katholisch	49	22	50	23	3	2

*Wenn Sie an die Entwicklung der Europäischen Union in den nächsten 10 Jahren denken: Können Sie mir sagen, ob Sie für oder gegen die folgenden Maßnahmen wären? Mehr Hilfe für EU-Regionen in wirtschaftlichen oder sozialen Schwierigkeiten*

**Tabelle A67****EU in 10 Jahren:  
gemeinsame Armee**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr dafür	eher dafür	eher dagegen	sehr dagegen	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	16	30	28	20	6
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	20	28	25	25	3
weiblich	513	13	32	31	16	9
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	5	17	39	37	2
25-34 Jahre	144	15	31	28	14	13
35-44 Jahre	131	12	30	33	21	3
45-59 Jahre	281	18	29	27	22	4
60 Jahre und älter	389	18	32	24	18	7
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	18	32	22	19	9
10. Klasse	467	15	31	32	17	5
Abitur	105	12	23	27	33	4
(Fach-)Hochschule	124	20	27	27	23	3
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	16	31	29	21	4
in Ausbildung	73	9	18	38	31	4
arbeitslos	65	15	41	16	17	11
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	18	29	27	18	8
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	17	31	23	22	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	15	28	34	21	3
höh.-leit. Ang./Beamte	59	20	29	36	15	1
Landw./Selbst./Freib.	66	17	35	21	26	1
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	16	32	27	20	5
evangelisch	246	18	20	29	22	10
katholisch	49	9	46	27	17	0

*Wenn Sie an die Entwicklung der Europäischen Union in den nächsten 10 Jahren denken: Können Sie mir sagen, ob Sie für oder gegen die folgenden Maßnahmen wären? Eine gemeinsame europäische Armee*

**Tabelle A68**

### Mehr Zuständigkeiten an die EU übertragen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	mehr Zuständigkeiten übertragen	gerade richtig	bereits zu viele Zuständigkeiten übertragen	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	16	38	34	13
<b>Geschlecht</b>					
männlich	492	17	36	37	9
weiblich	513	14	40	30	16
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	12	47	31	10
25-34 Jahre	144	20	49	16	15
35-44 Jahre	131	16	29	40	14
45-59 Jahre	281	12	38	37	13
60 Jahre und älter	389	17	35	36	12
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	14	35	34	17
10. Klasse	467	16	37	36	11
Abitur	105	16	47	26	11
(Fach-)Hochschule	124	17	40	29	14
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	12	37	35	15
in Ausbildung	73	15	46	31	9
arbeitslos	65	18	40	21	22
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	19	37	34	10
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	8	32	43	17
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	15	45	26	13
höh.-leit. Ang./Beamte	59	17	41	34	9
Landw./Selbst./Freib.	66	13	30	41	15
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	710	17	38	33	12
evangelisch	246	13	36	34	17
katholisch	49	10	41	36	13

*Sollten mehr Zuständigkeiten an die Europäische Union übertragen werden, wurden bereits zu viele Zuständigkeiten übertragen oder ist es gerade richtig?*

**Tabelle A69**

**Vor- oder Nachteile durch  
EU-Mitgliedschaft für Deutschland**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	mehr Vorteile	die Vor- und Nachteile gleichen sich aus	mehr Nachteile	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	26	51	18	5
<b>Geschlecht</b>					
männlich	492	35	44	20	1
weiblich	513	18	57	17	9
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	49	37	14	0
25-34 Jahre	144	37	50	8	6
35-44 Jahre	131	20	51	28	1
45-59 Jahre	281	24	51	21	3
60 Jahre und älter	389	23	53	17	8
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	13	53	23	11
10. Klasse	467	26	55	18	2
Abitur	105	43	43	13	1
(Fach-)Hochschule	124	48	38	12	2
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	28	48	21	4
in Ausbildung	73	53	41	5	1
arbeitslos	65	30	54	17	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	20	55	17	8
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	19	49	28	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	29	50	18	3
höh.-leit. Ang./Beamte	59	32	48	19	1
Landw./Selbst./Freib.	66	42	41	12	5
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	710	25	53	18	4
evangelisch	246	26	44	21	9
katholisch	49	45	44	11	0

*Haben Sie durch Deutschlands Mitgliedschaft in der Europäischen Union mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?*

**Tabelle A70**

**Vor- oder Nachteile durch  
EU-Mitgliedschaft für Thüringen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	mehr Vorteile	die Vor- und Nachteile gleichen sich aus	mehr Nachteile	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	26	43	15	16
<b>Geschlecht</b>					
männlich	492	34	39	14	13
weiblich	513	18	48	16	19
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	39	36	16	9
25-34 Jahre	144	32	42	12	13
35-44 Jahre	131	24	49	19	9
45-59 Jahre	281	21	45	19	15
60 Jahre und älter	389	25	42	12	21
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	19	43	17	21
10. Klasse	467	24	46	17	13
Abitur	105	40	39	9	12
(Fach-)Hochschule	124	37	38	9	16
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	25	44	16	14
in Ausbildung	73	45	39	6	10
arbeitslos	65	26	33	25	16
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	22	45	14	19
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	19	47	17	17
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	24	50	17	9
höh.-leit. Ang./Beamte	59	37	39	12	11
Landw./Selbst./Freib.	66	36	33	15	16
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	710	26	45	13	16
evangelisch	246	19	40	24	17
katholisch	49	52	35	3	10

*Hat Thüringen durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?*

**Tabelle A71**

**Persönliche Vor- oder Nachteile  
durch EU-Mitgliedschaft**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	mehr Vorteile	die Vor- und Nachteile gleichen sich aus	mehr Nachteile	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	24	53	12	11
<b>Geschlecht</b>					
männlich	492	29	49	14	8
weiblich	513	19	56	10	15
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	52	41	3	4
25-34 Jahre	144	35	45	11	9
35-44 Jahre	131	26	49	19	6
45-59 Jahre	281	16	54	17	13
60 Jahre und älter	389	21	57	8	14
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	15	53	12	21
10. Klasse	467	20	58	14	8
Abitur	105	52	35	8	6
(Fach-)Hochschule	124	39	47	7	6
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	24	51	14	12
in Ausbildung	73	54	38	4	4
arbeitslos	65	14	56	17	12
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	20	57	10	13
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	14	52	20	15
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	26	54	10	10
höh.-leit. Ang./Beamte	59	43	39	9	10
Landw./Selbst./Freib.	66	29	46	18	7
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	710	23	55	12	10
evangelisch	246	24	46	14	15
katholisch	49	42	46	6	6

*Und haben Sie persönlich durch Deutschlands Mitgliedschaft in der Europäischen Union mehr Vorteile oder mehr Nachteile?*

**Tabelle A72****Bedeutung EU für unser Land:  
Frieden**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	ja	nein	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	84	13	2
<b>Geschlecht</b>				
männlich	492	84	14	2
weiblich	513	84	13	3
<b>Alter</b>				
18-24 Jahre	60	76	20	3
25-34 Jahre	144	76	18	6
35-44 Jahre	131	80	19	1
45-59 Jahre	281	91	8	2
60 Jahre und älter	389	85	13	1
<b>Schulabschluss</b>				
unter 10. Klasse	308	78	19	3
10. Klasse	467	87	11	2
Abitur	105	81	16	3
(Fach-)Hochschule	124	93	5	2
<b>Erwerbstätigkeit</b>				
erwerbstätig	474	84	13	3
in Ausbildung	73	81	16	3
arbeitslos	65	85	13	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	85	13	2
<b>Berufsgruppe</b>				
Arbeiter	190	84	11	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	82	16	2
höh.-leit. Ang./Beamte	59	85	13	2
Landw./Selbst./Freib.	66	93	7	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>				
keine, andere	710	83	15	2
evangelisch	246	85	11	4
katholisch	49	97	2	1

*Was bedeutet die EU für unser Land? Frieden*



**Tabelle A73**


---

**Bedeutung EU für unser Land:  
Wirtschaftlicher Wohlstand**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	ja	nein	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	61	35	4
<b>Geschlecht</b>				
männlich	492	67	29	4
weiblich	513	55	40	4
<b>Alter</b>				
18-24 Jahre	60	65	27	8
25-34 Jahre	144	68	26	6
35-44 Jahre	131	52	45	2
45-59 Jahre	281	54	43	3
60 Jahre und älter	389	65	30	4
<b>Schulabschluss</b>				
unter 10. Klasse	308	62	34	4
10. Klasse	467	56	40	4
Abitur	105	69	25	6
(Fach-)Hochschule	124	71	26	4
<b>Erwerbstätigkeit</b>				
erwerbstätig	474	61	35	4
in Ausbildung	73	73	21	6
arbeitslos	65	41	58	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	62	33	5
<b>Berufsgruppe</b>				
Arbeiter	190	65	29	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	55	43	2
höh.-leit. Ang./Beamte	59	66	30	4
Landw./Selbst./Freib.	66	59	36	5
<b>Religionsgemeinschaft</b>				
keine, andere	710	60	37	3
evangelisch	246	58	34	7
katholisch	49	82	13	5

---

*Was bedeutet die EU für unser Land? Wirtschaftlicher Wohlstand*

---

**Tabelle A74****Bedeutung EU für unser Land:  
Mehr Bürokratie**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	ja	nein	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	<b>1005</b>	78	17	4
<b>Geschlecht</b>				
männlich	492	79	17	3
weiblich	513	77	17	6
<b>Alter</b>				
18-24 Jahre	60	88	12	0
25-34 Jahre	144	69	22	10
35-44 Jahre	131	73	23	4
45-59 Jahre	281	86	13	1
60 Jahre und älter	389	77	18	5
<b>Schulabschluss</b>				
unter 10. Klasse	308	69	22	9
10. Klasse	467	83	15	2
Abitur	105	85	14	1
(Fach-)Hochschule	124	81	15	4
<b>Erwerbstätigkeit</b>				
erwerbstätig	474	79	16	5
in Ausbildung	73	89	10	1
arbeitslos	65	79	16	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	76	21	4
<b>Berufsgruppe</b>				
Arbeiter	190	79	11	10
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	76	22	2
höh.-leit. Ang./Beamte	59	83	15	1
Landw./Selbst./Freib.	66	83	14	2
<b>Religionsgemeinschaft</b>				
keine, andere	710	80	17	3
evangelisch	246	73	18	9
katholisch	49	84	14	3

*Was bedeutet die EU für unser Land? Mehr Bürokratie*

**Tabelle A75****Bedeutung EU für unser Land:  
Geldverschwendung**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	ja	nein	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	<b>1005</b>	64	27	9
<b>Geschlecht</b>				
männlich	492	64	28	8
weiblich	513	63	27	10
<b>Alter</b>				
18-24 Jahre	60	48	47	5
25-34 Jahre	144	58	35	7
35-44 Jahre	131	72	22	6
45-59 Jahre	281	68	24	8
60 Jahre und älter	389	62	26	12
<b>Schulabschluss</b>				
unter 10. Klasse	308	64	20	16
10. Klasse	467	69	25	6
Abitur	105	56	41	4
(Fach-)Hochschule	124	49	44	7
<b>Erwerbstätigkeit</b>				
erwerbstätig	474	67	26	7
in Ausbildung	73	43	51	6
arbeitslos	65	70	22	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	62	26	12
<b>Berufsgruppe</b>				
Arbeiter	190	68	21	11
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	65	29	6
höh.-leit. Ang./Beamte	59	58	38	3
Landw./Selbst./Freib.	66	71	26	3
<b>Religionsgemeinschaft</b>				
keine, andere	710	64	27	9
evangelisch	246	63	28	8
katholisch	49	60	31	9

*Was bedeutet die EU für unser Land? Geldverschwendung*

**Tabelle A76****Bedeutung EU für unser Land:  
Mehr Kriminalität**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	ja	nein	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	<b>1005</b>	52	44	4
<b>Geschlecht</b>				
männlich	492	51	47	3
weiblich	513	53	42	5
<b>Alter</b>				
18-24 Jahre	60	34	65	1
25-34 Jahre	144	44	50	7
35-44 Jahre	131	54	36	10
45-59 Jahre	281	56	42	2
60 Jahre und älter	389	55	43	3
<b>Schulabschluss</b>				
unter 10. Klasse	308	52	41	6
10. Klasse	467	58	39	3
Abitur	105	39	59	2
(Fach-)Hochschule	124	38	59	3
<b>Erwerbstätigkeit</b>				
erwerbstätig	474	53	44	3
in Ausbildung	73	31	65	5
arbeitslos	65	45	48	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	56	40	5
<b>Berufsgruppe</b>				
Arbeiter	190	63	33	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	51	47	2
höh.-leit. Ang./Beamte	59	54	45	1
Landw./Selbst./Freib.	66	34	60	6
<b>Religionsgemeinschaft</b>				
keine, andere	710	53	43	4
evangelisch	246	52	44	4
katholisch	49	39	59	1

*Was bedeutet die EU für unser Land? Mehr Kriminalität*

**Tabelle A77**

**Bedeutung EU für unser Land:  
Solidarität zwischen den  
Mitgliedsstaaten**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	ja	nein	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	73	21	6
<b>Geschlecht</b>				
männlich	492	73	22	5
weiblich	513	73	20	7
<b>Alter</b>				
18-24 Jahre	60	86	14	0
25-34 Jahre	144	78	12	10
35-44 Jahre	131	74	22	3
45-59 Jahre	281	66	28	5
60 Jahre und älter	389	74	20	6
<b>Schulabschluss</b>				
unter 10. Klasse	308	71	21	9
10. Klasse	467	72	22	6
Abitur	105	79	20	1
(Fach-)Hochschule	124	78	20	2
<b>Erwerbstätigkeit</b>				
erwerbstätig	474	70	23	6
in Ausbildung	73	90	10	0
arbeitslos	65	58	37	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	76	17	6
<b>Berufsgruppe</b>				
Arbeiter	190	66	24	10
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	70	25	5
höh.-leit. Ang./Beamte	59	78	22	1
Landw./Selbst./Freib.	66	73	24	3
<b>Religionsgemeinschaft</b>				
keine, andere	710	75	21	4
evangelisch	246	68	23	9
katholisch	49	79	13	8

*Was bedeutet die EU für unser Land? Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten*

**Tabelle A78**

**Konsequenzen EU-Austritt:  
Berufliche Nachteile**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	ja	nein	trifft nicht zu / weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	14	37	49
<b>Geschlecht</b>				
männlich	492	18	38	44
weiblich	513	10	37	53
<b>Alter</b>				
18-24 Jahre	60	44	47	8
25-34 Jahre	144	20	51	28
35-44 Jahre	131	14	56	30
45-59 Jahre	281	18	59	24
60 Jahre und älter	389	4	9	87
<b>Schulabschluss</b>				
unter 10. Klasse	308	0	18	82
10. Klasse	467	20	45	36
Abitur	105	27	50	23
(Fach-)Hochschule	124	15	48	38
<b>Erwerbstätigkeit</b>				
erwerbstätig	474	23	71	6
in Ausbildung	73	40	53	7
arbeitslos	65	0	0	100
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	0	0	100
<b>Berufsgruppe</b>				
Arbeiter	190	29	55	16
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	15	81	4
höh.-leit. Ang./Beamte	59	23	76	1
Landw./Selbst./Freib.	66	17	60	23
<b>Religionsgemeinschaft</b>				
keine, andere	710	13	39	48
evangelisch	246	15	31	54
katholisch	49	18	50	32

*Wenn Deutschland aus der EU austreten würde, was wären die Konsequenzen? Berufliche Nachteile für Sie? [Befragt wurden nur Erwerbstätige und Auszubildende]*

**Tabelle A79**

**Konsequenzen EU-Austritt:  
Berufliche Nachteile für Personen  
im persönlichen Umfeld**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	ja	nein	trifft nicht zu / weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	<b>1005</b>	14	28	58
<b>Geschlecht</b>				
männlich	492	14	24	62
weiblich	513	14	32	54
<b>Alter</b>				
18-24 Jahre	60	3	2	95
25-34 Jahre	144	7	15	79
35-44 Jahre	131	4	21	75
45-59 Jahre	281	6	14	81
60 Jahre und älter	389	28	50	22
<b>Schulabschluss</b>				
unter 10. Klasse	308	24	47	29
10. Klasse	467	10	21	70
Abitur	105	6	13	81
(Fach-)Hochschule	124	13	21	66
<b>Erwerbstätigkeit</b>				
erwerbstätig	474	0	0	100
in Ausbildung	73	0	0	100
arbeitslos	65	32	62	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	31	62	8
<b>Berufsgruppe</b>				
Arbeiter	190	0	5	95
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	1	0	99
höh.-leit. Ang./Beamte	59	0	0	100
Landw./Selbst./Freib.	66	1	16	83
<b>Religionsgemeinschaft</b>				
keine, andere	710	15	27	58
evangelisch	246	11	33	56
katholisch	49	11	20	68

*Wenn Deutschland aus der EU austreten würde, was wären die Konsequenzen? Berufliche Nachteile für Personen in Ihrem persönlichen Umfeld? [Befragt wurden nur Nichterwerbstätige]*

**Tabelle A80**

**Konsequenzen EU-Austritt:  
Politische Isolation Deutschlands**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	ja	nein	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	53	41	6
<b>Geschlecht</b>				
männlich	492	51	44	4
weiblich	513	55	37	8
<b>Alter</b>				
18-24 Jahre	60	54	43	3
25-34 Jahre	144	60	31	9
35-44 Jahre	131	53	42	5
45-59 Jahre	281	45	50	5
60 Jahre und älter	389	56	37	7
<b>Schulabschluss</b>				
unter 10. Klasse	308	43	48	10
10. Klasse	467	57	38	6
Abitur	105	59	38	3
(Fach-)Hochschule	124	62	36	3
<b>Erwerbstätigkeit</b>				
erwerbstätig	474	51	42	7
in Ausbildung	73	57	42	1
arbeitslos	65	51	41	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	56	38	6
<b>Berufsgruppe</b>				
Arbeiter	190	38	49	12
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	56	40	4
höh.-leit. Ang./Beamte	59	62	37	1
Landw./Selbst./Freib.	66	64	32	4
<b>Religionsgemeinschaft</b>				
keine, andere	710	52	43	5
evangelisch	246	53	38	9
katholisch	49	73	21	6

*Wenn Deutschland aus der EU austreten würde, was wären die Konsequenzen? Die politische Isolation Deutschlands?*



**Tabelle A81**

**Konsequenzen EU-Austritt:  
Schaden für deutsche Wirtschaft**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	ja	nein	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	78	18	4
<b>Geschlecht</b>				
männlich	492	79	19	1
weiblich	513	77	17	6
<b>Alter</b>				
18-24 Jahre	60	91	9	1
25-34 Jahre	144	82	10	8
35-44 Jahre	131	80	18	1
45-59 Jahre	281	77	20	3
60 Jahre und älter	389	75	22	4
<b>Schulabschluss</b>				
unter 10. Klasse	308	67	27	5
10. Klasse	467	81	15	3
Abitur	105	85	13	3
(Fach-)Hochschule	124	88	11	2
<b>Erwerbstätigkeit</b>				
erwerbstätig	474	82	14	4
in Ausbildung	73	91	8	1
arbeitslos	65	77	19	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	71	25	3
<b>Berufsgruppe</b>				
Arbeiter	190	79	15	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	82	16	2
höh.-leit. Ang./Beamte	59	88	11	1
Landw./Selbst./Freib.	66	88	10	2
<b>Religionsgemeinschaft</b>				
keine, andere	710	79	17	3
evangelisch	246	74	22	4
katholisch	49	86	13	2

*Wenn Deutschland aus der EU austreten würde, was wären die Konsequenzen? Schaden für die deutsche Wirtschaft?*

**Tabelle A82**

**Konsequenzen EU-Austritt:  
Schaden für Thüringer Wirtschaft**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	ja	nein	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	68	23	8
<b>Geschlecht</b>				
männlich	492	74	21	4
weiblich	513	63	25	12
<b>Alter</b>				
18-24 Jahre	60	65	31	3
25-34 Jahre	144	68	21	10
35-44 Jahre	131	70	25	4
45-59 Jahre	281	68	26	6
60 Jahre und älter	389	68	20	12
<b>Schulabschluss</b>				
unter 10. Klasse	308	59	29	12
10. Klasse	467	72	21	7
Abitur	105	75	20	5
(Fach-)Hochschule	124	74	19	6
<b>Erwerbstätigkeit</b>				
erwerbstätig	474	73	20	7
in Ausbildung	73	77	20	2
arbeitslos	65	63	22	15
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	62	28	10
<b>Berufsgruppe</b>				
Arbeiter	190	68	23	10
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	72	23	5
höh.-leit. Ang./Beamte	59	79	17	4
Landw./Selbst./Freib.	66	80	14	6
<b>Religionsgemeinschaft</b>				
keine, andere	710	66	25	8
evangelisch	246	71	20	8
katholisch	49	80	11	9

*Wenn Deutschland aus der EU austreten würde, was wären die Konsequenzen? Schaden für die Thüringer Wirtschaft?*

**Tabelle A83**

**Konsequenzen EU-Austritt:  
Stärkung nationaler Souveränität**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	ja	nein	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	41	48	12
<b>Geschlecht</b>				
männlich	492	43	50	7
weiblich	513	38	45	16
<b>Alter</b>				
18-24 Jahre	60	44	52	3
25-34 Jahre	144	36	53	11
35-44 Jahre	131	41	50	8
45-59 Jahre	281	43	47	10
60 Jahre und älter	389	40	44	16
<b>Schulabschluss</b>				
unter 10. Klasse	308	36	44	19
10. Klasse	467	42	47	10
Abitur	105	36	59	5
(Fach-)Hochschule	124	49	46	6
<b>Erwerbstätigkeit</b>				
erwerbstätig	474	40	50	10
in Ausbildung	73	39	55	6
arbeitslos	65	45	46	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	41	44	15
<b>Berufsgruppe</b>				
Arbeiter	190	40	49	12
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	37	53	10
höh.-leit. Ang./Beamte	59	43	54	3
Landw./Selbst./Freib.	66	45	44	11
<b>Religionsgemeinschaft</b>				
keine, andere	710	41	50	9
evangelisch	246	41	38	21
katholisch	49	32	67	1

*Wenn Deutschland aus der EU austreten würde, was wären die Konsequenzen? Die Stärkung der nationalen Souveränität?*

**Tabelle A84****Rückkehr zu D-Mark**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Zur D-Mark zurückkehren	Den Euro behalten	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	28	68	4
<b>Geschlecht</b>				
männlich	492	25	72	3
weiblich	513	31	64	5
<b>Alter</b>				
18-24 Jahre	60	7	90	2
25-34 Jahre	144	31	63	6
35-44 Jahre	131	36	62	2
45-59 Jahre	281	32	60	8
60 Jahre und älter	389	25	74	1
<b>Schulabschluss</b>				
unter 10. Klasse	308	39	56	5
10. Klasse	467	29	67	4
Abitur	105	12	86	1
(Fach-)Hochschule	124	11	85	4
<b>Erwerbstätigkeit</b>				
erwerbstätig	474	26	69	5
in Ausbildung	73	6	92	2
arbeitslos	65	40	58	2
übrige Nicht-Erwerbstat.	393	33	64	3
<b>Berufsgruppe</b>				
Arbeiter	190	33	60	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	30	68	2
höh.-leit. Ang./Beamte	59	13	85	2
Landw./Selbst./Freib.	66	18	78	4
<b>Religionsgemeinschaft</b>				
keine, andere	710	27	70	3
evangelisch	246	32	61	7
katholisch	49	22	78	1

*Was meinen Sie: Sollte Deutschland den Euro behalten oder zur D-Mark zurückkehren?*

**Tabelle A85****EU-Mitgliedschaft: Schweiz**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Eine gute Sache	Eine schlechte Sache	Weder gut noch schlecht	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	78	11	3	8
<b>Geschlecht</b>					
männlich	491	79	13	3	4
weiblich	513	75	10	2	12
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	68	27	0	5
25-34 Jahre	145	83	6	2	10
35-44 Jahre	131	76	18	3	4
45-59 Jahre	282	82	5	5	8
60 Jahre und älter	390	74	14	2	10
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	71	15	1	13
10. Klasse	466	78	11	4	7
Abitur	105	85	9	1	4
(Fach-)Hochschule	124	82	9	5	5
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	78	9	5	9
in Ausbildung	73	80	15	0	6
arbeitslos	64	80	10	1	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	394	76	14	2	9
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	71	10	4	16
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	81	10	5	4
höh.-leit. Ang./Beamte	60	86	10	1	3
Landw./Selbst./Freib.	66	77	12	6	5
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	709	77	12	4	7
evangelisch	246	75	10	2	13
katholisch	49	88	8	1	3

*Ganz allgemein gesehen, meinen Sie, dass eine Mitgliedschaft der Schweiz in der Europäischen Union eine gute Sache oder eine schlechte Sache wäre?*

**Tabelle A86****EU-Mitgliedschaft: Türkei**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Eine gute Sache	Eine schlechte Sache	Weder gut noch schlecht	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	20	64	5	12
<b>Geschlecht</b>					
männlich	492	22	66	4	8
weiblich	513	17	61	7	15
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	25	72	1	3
25-34 Jahre	144	18	62	8	12
35-44 Jahre	131	21	68	2	8
45-59 Jahre	281	18	64	5	13
60 Jahre und älter	389	20	62	6	13
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	19	59	5	17
10. Klasse	467	17	67	6	10
Abitur	105	29	60	4	7
(Fach-)Hochschule	124	23	65	4	8
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	18	64	4	13
in Ausbildung	73	23	70	1	7
arbeitslos	65	22	66	2	10
übrige Nicht-Erwerbstat.	393	20	61	8	11
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	18	56	6	20
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	18	66	7	9
höh.-leit. Ang./Beamte	59	24	70	1	5
Landw./Selbst./Freib.	66	10	81	2	7
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	710	22	63	5	11
evangelisch	246	14	64	7	15
katholisch	49	17	72	7	3

*Ganz allgemein gesehen, meinen Sie, dass eine Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union eine gute Sache oder eine schlechte Sache wäre?*

**Tabelle A87****EU-Mitgliedschaft: Ukraine**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Eine gute Sache	Eine schlechte Sache	Weder gut noch schlecht	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	29	58	4	9
<b>Geschlecht</b>					
männlich	492	31	59	4	6
weiblich	513	28	56	4	13
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	29	61	8	1
25-34 Jahre	144	35	49	4	13
35-44 Jahre	131	31	59	2	8
45-59 Jahre	281	22	62	5	11
60 Jahre und älter	389	32	57	3	9
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	32	56	0	12
10. Klasse	467	26	60	6	8
Abitur	105	37	53	5	5
(Fach-)Hochschule	124	27	57	4	12
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	24	61	4	11
in Ausbildung	73	36	51	10	3
arbeitslos	65	38	50	4	7
übrige Nicht-Erwerbstat.	393	32	56	3	9
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	23	56	4	17
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	25	64	4	7
höh.-leit. Ang./Beamte	59	28	63	1	8
Landw./Selbst./Freib.	66	27	66	2	5
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	710	28	61	4	7
evangelisch	246	31	50	2	16
katholisch	49	44	45	6	5

*Ganz allgemein gesehen, meinen Sie, dass eine Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union eine gute Sache oder eine schlechte Sache wäre?*

**Tabelle A88****EU-Mitgliedschaft: Serbien**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Eine gute Sache	Eine schlechte Sache	Weder gut noch schlecht	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	30	47	4	19
<b>Geschlecht</b>					
männlich	492	36	44	4	15
weiblich	513	24	49	4	23
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	33	52	1	13
25-34 Jahre	144	35	47	3	16
35-44 Jahre	131	30	52	4	14
45-59 Jahre	281	29	49	4	17
60 Jahre und älter	389	28	43	5	24
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	24	47	1	28
10. Klasse	467	28	51	6	15
Abitur	105	42	44	3	11
(Fach-)Hochschule	124	43	33	5	19
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	28	53	4	15
in Ausbildung	73	35	45	3	17
arbeitslos	65	35	40	0	25
übrige Nicht-Erwerbstat.	393	31	41	5	23
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	21	55	4	20
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	33	52	4	11
höh.-leit. Ang./Beamte	59	36	50	3	11
Landw./Selbst./Freib.	66	34	50	5	11
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	710	31	48	4	17
evangelisch	246	29	43	3	25
katholisch	49	25	48	12	15

*Ganz allgemein gesehen, meinen Sie, dass eine Mitgliedschaft von Serbien in der Europäischen Union eine gute Sache oder eine schlechte Sache wäre?*



**Tabelle A89**

**Gefährdung für EU: Einwanderung  
aus Nicht-EU-Ländern**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	überhaupt keine Gefahr	keine große Gefahr	große Gefahr	sehr große Gefahr	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	24	40	25	6	5
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	25	42	21	8	3
weiblich	513	22	37	29	5	7
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	26	49	13	8	3
25-34 Jahre	144	21	52	16	2	8
35-44 Jahre	131	25	38	26	8	3
45-59 Jahre	281	24	34	33	7	3
60 Jahre und älter	389	23	39	25	7	7
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	26	39	21	5	9
10. Klasse	467	18	37	32	8	5
Abitur	105	33	39	21	3	3
(Fach-)Hochschule	124	29	49	14	6	2
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	24	41	24	6	6
in Ausbildung	73	30	47	16	3	4
arbeitslos	65	17	39	23	15	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	23	37	29	6	5
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	22	40	21	8	10
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	26	40	26	4	4
höh.-leit. Ang./Beamte	59	19	48	24	8	0
Landw./Selbst./Freib.	66	21	34	31	8	5
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	22	42	25	7	3
evangelisch	246	27	31	25	5	12
katholisch	49	22	45	32	1	0

*Denken Sie, dass die Einwanderung aus Nicht-EU Ländern eine Gefahr für den Zusammenhalt in der EU darstellt?*

**Tabelle A90**

### Bewertung Entwicklung der Europäischen Union

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung	Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung	weder noch	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	50	32	10	8
<b>Geschlecht</b>					
männlich	492	47	36	12	4
weiblich	513	53	28	9	11
<b>Alter</b>					
18-24 Jahre	60	50	41	2	7
25-34 Jahre	144	40	42	9	9
35-44 Jahre	131	46	43	6	5
45-59 Jahre	281	43	35	14	9
60 Jahre und älter	389	61	21	11	7
<b>Schulabschluss</b>					
unter 10. Klasse	308	57	25	12	7
10. Klasse	467	42	37	12	9
Abitur	105	61	31	3	5
(Fach-)Hochschule	124	54	30	9	7
<b>Erwerbstätigkeit</b>					
erwerbstätig	474	50	34	8	8
in Ausbildung	73	51	39	2	8
arbeitslos	65	38	37	18	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	52	26	14	8
<b>Berufsgruppe</b>					
Arbeiter	190	47	33	13	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	48	36	6	10
höh.-leit. Ang./Beamte	59	55	39	5	2
Landw./Selbst./Freib.	66	52	37	5	6
<b>Religionsgemeinschaft</b>					
keine, andere	710	48	33	13	7
evangelisch	246	58	28	5	9
katholisch	49	50	30	7	13

*Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in der Europäischen Union derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?*

**Tabelle A91****Wir brauchen eine starke Hand**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	<b>1005</b>	34	30	17	16	3
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	28	29	21	20	2
weiblich	513	40	31	13	13	3
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	25	38	26	9	1
25-34 Jahre	144	20	41	23	13	3
35-44 Jahre	131	36	33	14	12	5
45-59 Jahre	281	28	26	22	21	3
60 Jahre und älter	389	45	26	10	17	2
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	52	28	12	7	1
10. Klasse	467	32	33	15	17	4
Abitur	105	16	25	35	22	2
(Fach-)Hochschule	124	14	26	22	34	4
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	26	31	21	19	3
in Ausbildung	73	20	32	32	14	2
arbeitslos	65	41	28	8	18	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	46	28	10	14	2
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	31	31	23	13	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	25	33	19	20	2
höh.-leit. Ang./Beamte	59	18	26	28	24	4
Landw./Selbst./Freib.	66	23	25	19	25	8
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	33	31	17	17	3
evangelisch	246	43	25	14	15	3
katholisch	49	9	40	34	16	1

*In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.*

**Tabelle A92****Gehorsam und Disziplin wichtig**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	<b>1005</b>	24	33	21	21	1
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	22	34	23	21	1
weiblich	513	27	32	19	21	1
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	10	48	27	15	0
25-34 Jahre	144	17	37	25	21	1
35-44 Jahre	131	19	38	23	19	0
45-59 Jahre	281	17	34	19	28	3
60 Jahre und älter	389	36	27	19	18	0
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	43	31	14	13	0
10. Klasse	467	20	32	23	24	1
Abitur	105	6	38	27	29	1
(Fach-)Hochschule	124	11	37	25	25	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	17	37	22	23	2
in Ausbildung	73	8	41	28	22	0
arbeitslos	65	28	25	21	25	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	36	28	17	18	0
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	26	38	17	17	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	12	34	23	30	2
höh.-leit. Ang./Beamte	59	16	38	25	22	0
Landw./Selbst./Freib.	66	12	39	30	19	1
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	23	32	21	22	1
evangelisch	246	30	35	18	16	0
katholisch	49	10	39	23	28	1

*Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.*

**Tabelle A93****Für Behinderte wird zu viel Aufwand betrieben.**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	3	5	17	74	1
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	2	3	18	74	2
weiblich	513	3	6	17	74	1
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	0	5	31	64	0
25-34 Jahre	144	0	3	31	65	1
35-44 Jahre	131	4	4	22	68	1
45-59 Jahre	281	0	6	16	77	1
60 Jahre und älter	389	5	4	9	79	3
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	7	6	14	70	3
10. Klasse	467	0	5	17	77	1
Abitur	105	1	3	22	75	0
(Fach-)Hochschule	124	1	5	23	71	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	2	4	19	75	1
in Ausbildung	73	0	5	35	60	0
arbeitslos	65	0	0	20	78	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	4	7	12	75	2
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	5	2	19	73	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	0	3	20	76	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	2	4	29	65	0
Landw./Selbst./Freib.	66	0	6	15	76	2
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	3	5	20	70	2
evangelisch	246	1	5	10	84	0
katholisch	49	0	6	21	73	0

*Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.*

**Tabelle A94**

### Gleichstellung eingetragener Partnerschaften mit der Ehe

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	63	18	8	8	3
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	62	17	7	11	3
weiblich	513	65	19	8	6	3
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	64	24	6	6	0
25-34 Jahre	144	73	18	5	4	0
35-44 Jahre	131	74	13	6	4	3
45-59 Jahre	281	68	16	9	6	1
60 Jahre und älter	389	53	20	9	13	5
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	63	18	8	7	4
10. Klasse	467	63	17	9	9	3
Abitur	105	70	18	5	6	0
(Fach-)Hochschule	124	59	21	8	11	0
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	66	18	9	6	1
in Ausbildung	73	73	18	1	8	0
arbeitslos	65	76	10	0	9	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	56	19	9	11	5
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	63	21	11	6	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	72	14	7	6	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	64	20	9	8	0
Landw./Selbst./Freib.	66	66	19	5	6	5
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	65	19	6	6	3
evangelisch	246	58	16	12	14	0
katholisch	49	61	17	9	10	3

*Die eingetragene Partnerschaft zwischen zwei Frauen oder zwei Männern sollte der Ehe zwischen einem Mann und einer Frau völlig gleichgestellt werden, mit allen Rechten und Pflichten.*

**Tabelle A95**

**Bundesrepublik durch viele Ausländer  
überfremdet**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	21	26	21	30	2
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	15	25	23	37	1
weiblich	513	27	27	20	23	3
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	12	18	32	39	0
25-34 Jahre	144	18	26	22	34	0
35-44 Jahre	131	20	27	26	26	0
45-59 Jahre	281	20	28	20	31	1
60 Jahre und älter	389	23	25	19	27	5
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	35	25	15	21	4
10. Klasse	467	18	32	22	26	2
Abitur	105	6	14	30	48	1
(Fach-)Hochschule	124	6	14	26	54	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	17	27	26	30	1
in Ausbildung	73	11	12	30	47	0
arbeitslos	65	32	20	14	32	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	25	27	16	27	5
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	23	28	30	19	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	16	28	24	32	1
höh.-leit. Ang./Beamte	59	7	27	24	42	0
Landw./Selbst./Freib.	66	8	28	13	49	2
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	19	26	21	32	2
evangelisch	246	28	25	23	21	3
katholisch	49	9	26	18	44	2

*Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.*

**Tabelle A96****Ausländer kommen, um Sozialstaat auszunutzen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	9	26	31	31	4
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	6	26	32	32	4
weiblich	513	12	26	30	30	3
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	3	21	45	31	0
25-34 Jahre	144	7	30	26	34	3
35-44 Jahre	131	7	35	28	28	1
45-59 Jahre	281	9	27	31	29	3
60 Jahre und älter	389	11	21	32	31	5
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	13	25	24	35	4
10. Klasse	467	10	32	32	22	5
Abitur	105	3	17	36	43	1
(Fach-)Hochschule	124	1	14	39	45	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	7	26	32	32	3
in Ausbildung	73	0	15	45	40	0
arbeitslos	65	8	33	39	14	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	14	26	26	30	4
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	7	27	32	31	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	9	25	31	31	3
höh.-leit. Ang./Beamte	59	4	27	33	36	0
Landw./Selbst./Freib.	66	4	30	33	29	4
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	9	27	32	29	4
evangelisch	246	9	23	26	39	4
katholisch	49	13	24	39	22	1

*Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.*



**Tabelle A97**

**Ausländer sollten unter eigenen Landsleuten  
heiraten**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	5	12	14	68	1
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	3	8	12	74	2
weiblich	513	7	15	15	62	1
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	1	13	16	70	0
25-34 Jahre	144	7	9	8	75	0
35-44 Jahre	131	2	9	14	74	2
45-59 Jahre	281	5	8	15	71	2
60 Jahre und älter	389	7	17	15	60	1
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	9	21	16	53	0
10. Klasse	467	5	11	13	69	2
Abitur	105	1	1	10	87	1
(Fach-)Hochschule	124	1	2	11	84	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	6	9	13	71	1
in Ausbildung	73	0	8	11	82	0
arbeitslos	65	8	15	11	67	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	5	16	15	62	2
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	12	8	15	63	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	1	13	13	73	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	3	3	13	80	1
Landw./Selbst./Freib.	66	7	2	11	77	3
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	5	12	14	68	1
evangelisch	246	9	11	14	65	1
katholisch	49	0	8	8	83	1

*Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.*

**Tabelle A98****Muslime akzeptieren unsere Werte**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	<b>1005</b>	12	31	26	18	14
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	14	36	23	19	8
weiblich	513	11	26	28	17	18
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	3	57	27	8	6
25-34 Jahre	144	14	33	28	16	9
35-44 Jahre	131	11	29	33	20	7
45-59 Jahre	281	16	31	22	15	16
60 Jahre und älter	389	11	26	25	21	17
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	11	25	24	27	12
10. Klasse	467	11	28	30	16	15
Abitur	105	16	51	18	9	7
(Fach-)Hochschule	124	18	37	22	7	16
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	14	32	27	15	13
in Ausbildung	73	5	60	18	12	5
arbeitslos	65	16	21	32	20	12
Übrige Nicht-Erwerbstät.	393	11	25	25	22	16
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	15	24	27	19	15
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	9	37	23	18	13
höh.-leit. Ang./Beamte	59	20	37	24	8	11
Landw./Selbst./Freib.	66	15	30	39	10	5
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	13	30	27	17	13
evangelisch	246	12	30	21	23	15
katholisch	49	9	38	34	8	12

*Die meisten hier lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.*

**Tabelle A99**

### Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	26	29	19	11	15
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	25	28	22	12	13
weiblich	513	27	29	16	10	18
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	17	25	41	11	7
25-34 Jahre	144	17	32	23	19	8
35-44 Jahre	131	29	33	18	10	9
45-59 Jahre	281	21	32	19	11	17
60 Jahre und älter	389	34	24	14	9	20
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	34	24	13	7	22
10. Klasse	467	27	34	16	9	14
Abitur	105	13	26	34	22	4
(Fach-)Hochschule	124	13	23	29	23	12
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	22	33	17	13	15
in Ausbildung	73	11	20	47	16	7
arbeitslos	65	23	14	26	13	24
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	34	27	14	8	16
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	25	36	12	8	18
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	20	28	21	14	16
höh.-leit. Ang./Beamte	59	15	37	23	19	5
Landw./Selbst./Freib.	66	24	41	14	14	6
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	25	29	20	11	15
evangelisch	246	29	26	16	9	19
katholisch	49	26	35	11	20	8

*Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.*

**Tabelle A100**

**Ich hätte Probleme mit Sinti und Roma  
in meiner Wohngegend**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	15	21	27	33	4
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	15	20	23	38	4
weiblich	513	15	22	31	29	3
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	14	17	25	39	4
25-34 Jahre	144	12	17	24	43	4
35-44 Jahre	131	17	31	26	23	2
45-59 Jahre	281	13	25	25	33	4
60 Jahre und älter	389	17	17	31	32	4
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	20	16	29	34	2
10. Klasse	467	14	25	26	29	5
Abitur	105	11	16	24	46	2
(Fach-)Hochschule	124	9	21	29	38	3
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	15	24	26	32	4
in Ausbildung	73	9	11	32	45	4
arbeitslos	65	9	25	24	35	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	17	19	29	33	3
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	14	17	30	33	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	14	28	23	32	3
höh.-leit. Ang./Beamte	59	20	27	19	33	1
Landw./Selbst./Freib.	66	17	30	27	22	3
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	16	20	29	31	3
evangelisch	246	12	23	22	38	6
katholisch	49	13	18	34	34	1

*Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Wohngegend aufhalten.*

**Tabelle A101**

**Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	8	19	36	33	4
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	8	21	35	33	3
weiblich	513	8	18	37	33	4
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	3	31	49	14	4
25-34 Jahre	144	9	18	38	32	4
35-44 Jahre	131	7	14	45	32	2
45-59 Jahre	281	5	25	30	37	3
60 Jahre und älter	389	10	16	35	34	5
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	11	11	34	42	3
10. Klasse	467	4	20	37	36	4
Abitur	105	12	31	41	14	3
(Fach-)Hochschule	124	13	31	34	19	3
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	5	21	40	31	3
in Ausbildung	73	8	34	36	17	5
arbeitslos	65	11	9	48	32	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	11	16	30	39	4
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	4	17	37	38	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	5	24	39	30	3
höh.-leit. Ang./Beamte	59	6	19	46	26	2
Landw./Selbst./Freib.	66	4	22	45	26	3
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	8	19	36	33	4
evangelisch	246	8	20	32	37	4
katholisch	49	5	19	55	20	0

*Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.*

**Tabelle A102****Deutsche Interessen gegenüber Ausland durchsetzen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	25	30	23	20	2
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	21	28	23	25	3
weiblich	513	30	31	23	15	1
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	9	33	39	15	3
25-34 Jahre	144	20	23	34	20	4
35-44 Jahre	131	27	36	15	21	1
45-59 Jahre	281	21	28	25	24	2
60 Jahre und älter	389	32	31	18	18	1
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	39	32	11	15	2
10. Klasse	467	24	31	24	18	2
Abitur	105	7	24	38	30	1
(Fach-)Hochschule	124	11	20	34	33	2
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	20	34	24	20	2
in Ausbildung	73	16	18	41	22	3
arbeitslos	65	27	23	18	30	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	33	28	19	18	2
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	29	30	25	13	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	17	35	26	20	2
höh.-leit. Ang./Beamte	59	10	38	20	32	1
Landw./Selbst./Freib.	66	23	27	19	30	1
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	23	30	23	22	2
evangelisch	246	34	27	24	14	1
katholisch	49	17	40	19	16	7

*Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.*

**Tabelle A103****Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	6	15	32	40	6
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	5	13	33	42	6
weiblich	513	7	17	30	38	7
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	1	19	40	40	0
25-34 Jahre	144	2	14	46	35	2
35-44 Jahre	131	6	14	33	45	2
45-59 Jahre	281	5	15	28	48	4
60 Jahre und älter	389	9	15	28	35	12
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	11	21	35	23	11
10. Klasse	467	5	16	32	42	5
Abitur	105	3	8	32	56	2
(Fach-)Hochschule	124	1	5	25	65	4
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	4	15	35	44	3
in Ausbildung	73	2	8	46	43	1
arbeitslos	65	2	13	31	41	14
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	10	17	26	35	11
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	7	21	40	31	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	1	11	30	53	5
höh.-leit. Ang./Beamte	59	3	8	35	51	2
Landw./Selbst./Freib.	66	7	12	30	50	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	6	15	34	39	6
evangelisch	246	6	17	24	45	7
katholisch	49	3	11	38	38	10

*Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.*

**Tabelle A104**

### Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich ein schönes Leben

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	20	28	28	20	4
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	19	22	32	21	6
weiblich	513	20	34	25	18	3
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	15	41	40	4	0
25-34 Jahre	144	13	37	24	19	6
35-44 Jahre	131	19	35	32	12	2
45-59 Jahre	281	16	25	30	24	5
60 Jahre und älter	389	26	23	25	22	4
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	31	28	19	16	5
10. Klasse	467	18	33	26	19	4
Abitur	105	6	24	50	20	0
(Fach-)Hochschule	124	6	18	41	30	5
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	16	31	31	16	5
in Ausbildung	73	8	36	44	11	0
arbeitslos	65	15	21	9	53	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	26	25	24	20	4
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	18	25	30	17	10
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	14	40	31	12	3
höh.-leit. Ang./Beamte	59	12	24	39	23	1
Landw./Selbst./Freib.	66	24	34	21	19	1
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	18	29	30	20	3
evangelisch	246	27	23	23	20	7
katholisch	49	3	46	27	22	2

*Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.*



**Tabelle A105**

**Bettelnde Obdachlose sollten aus den  
Fußgängerzonen entfernt werden**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	15	22	28	29	6
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	16	20	30	29	5
weiblich	513	13	24	26	30	7
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	5	27	47	22	0
25-34 Jahre	144	2	27	32	38	1
35-44 Jahre	131	14	22	40	23	1
45-59 Jahre	281	17	21	21	35	7
60 Jahre und älter	389	20	19	24	26	10
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	22	21	22	22	14
10. Klasse	467	13	25	28	31	3
Abitur	105	8	18	35	37	3
(Fach-)Hochschule	124	9	15	34	38	3
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	14	22	28	33	4
in Ausbildung	73	4	28	43	25	0
arbeitslos	65	12	22	18	40	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	18	21	27	25	10
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	16	20	32	26	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	13	20	26	38	2
höh.-leit. Ang./Beamte	59	12	28	27	31	2
Landw./Selbst./Freib.	66	13	27	22	36	2
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	15	22	29	27	8
evangelisch	246	16	20	25	35	3
katholisch	49	10	31	25	33	2

*Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.*

**Tabelle A106****Es gibt wertvolles und unwertes Leben**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	14	13	6	60	7
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	12	12	7	63	6
weiblich	513	16	13	6	56	9
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	4	16	6	74	0
25-34 Jahre	144	11	13	10	61	5
35-44 Jahre	131	10	14	9	63	4
45-59 Jahre	281	15	11	4	67	3
60 Jahre und älter	389	18	12	5	50	14
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	20	15	7	41	17
10. Klasse	467	15	15	6	60	4
Abitur	105	2	4	6	87	1
(Fach-)Hochschule	124	5	4	6	82	3
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	10	13	6	67	4
in Ausbildung	73	5	6	4	84	0
arbeitslos	65	16	13	11	55	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	21	13	6	47	13
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	14	15	6	60	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	7	13	5	71	4
höh.-leit. Ang./Beamte	59	5	8	6	81	1
Landw./Selbst./Freib.	66	12	10	7	70	1
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	13	15	6	60	6
evangelisch	246	17	8	6	56	14
katholisch	49	13	2	8	74	2

*Es gibt wertvolles und unwertes Leben.*

**Tabelle A107****Der Stärkere sollte sich durchsetzen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	8	9	27	54	2
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	6	8	27	57	1
weiblich	513	9	10	27	50	4
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	7	10	45	38	0
25-34 Jahre	144	1	13	48	37	1
35-44 Jahre	131	6	14	24	55	2
45-59 Jahre	281	4	7	28	61	1
60 Jahre und älter	389	13	7	18	57	5
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	15	9	23	48	5
10. Klasse	467	5	9	30	54	1
Abitur	105	5	9	29	56	1
(Fach-)Hochschule	124	2	8	25	64	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	4	11	33	51	1
in Ausbildung	73	5	6	43	46	0
arbeitslos	65	8	7	23	59	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	13	7	19	57	5
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	6	11	38	45	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	1	11	31	55	2
höh.-leit. Ang./Beamte	59	5	13	27	53	1
Landw./Selbst./Freib.	66	3	10	33	53	1
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	7	10	28	53	1
evangelisch	246	9	6	23	55	6
katholisch	49	9	5	38	47	1

*Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.*

**Tabelle A108****Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	3	13	12	65	6
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	2	10	14	70	3
weiblich	513	4	15	11	61	10
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	3	25	25	42	5
25-34 Jahre	144	4	26	20	45	4
35-44 Jahre	131	5	27	15	49	4
45-59 Jahre	281	3	11	11	72	4
60 Jahre und älter	389	2	3	8	77	10
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	6	13	9	62	10
10. Klasse	467	3	15	14	62	6
Abitur	105	1	12	15	72	1
(Fach-)Hochschule	124	0	3	13	81	3
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	3	15	13	65	5
in Ausbildung	73	0	18	21	54	7
arbeitslos	65	3	18	16	58	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	4	8	10	69	9
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	3	21	12	58	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	5	11	14	66	5
höh.-leit. Ang./Beamte	59	0	9	24	66	1
Landw./Selbst./Freib.	66	1	14	11	70	3
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	4	13	13	65	5
evangelisch	246	1	14	10	66	9
katholisch	49	3	7	10	70	11

*Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.*

**Tabelle A109****Juden passen nicht so recht zu uns**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	2	7	24	62	4
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	2	4	26	65	3
weiblich	513	2	10	22	60	6
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	0	6	44	50	0
25-34 Jahre	144	1	11	41	47	0
35-44 Jahre	131	1	8	23	66	2
45-59 Jahre	281	0	5	22	68	5
60 Jahre und älter	389	4	7	17	65	7
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	5	12	21	59	4
10. Klasse	467	1	6	28	60	5
Abitur	105	0	1	28	69	2
(Fach-)Hochschule	124	1	4	18	74	4
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	1	8	27	60	4
in Ausbildung	73	0	0	36	64	0
arbeitslos	65	0	1	24	64	11
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	4	8	19	65	4
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	1	13	26	54	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	2	7	30	58	3
höh.-leit. Ang./Beamte	59	0	4	25	70	2
Landw./Selbst./Freib.	66	0	5	25	67	3
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	3	6	26	62	4
evangelisch	246	0	10	20	64	6
katholisch	49	0	5	28	60	8

*Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.*

**Tabelle A110**

**Juden versuchen heute Vorteile aus ihrem Opferstatus zu ziehen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	5	13	24	49	8
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	4	11	28	52	5
weiblich	513	7	14	21	47	11
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	2	9	34	47	8
25-34 Jahre	144	2	12	33	45	8
35-44 Jahre	131	5	16	25	44	11
45-59 Jahre	281	5	12	21	56	6
60 Jahre und älter	389	8	13	22	48	9
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	8	15	20	46	11
10. Klasse	467	5	13	27	47	8
Abitur	105	3	6	25	62	3
(Fach-)Hochschule	124	2	11	24	59	5
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	6	14	24	49	7
in Ausbildung	73	0	8	30	55	6
arbeitslos	65	8	8	22	60	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	6	13	23	47	10
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	7	16	21	45	11
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	3	12	26	53	6
höh.-leit. Ang./Beamte	59	2	12	34	48	4
Landw./Selbst./Freib.	66	13	18	20	46	2
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	5	12	27	47	9
evangelisch	246	7	13	16	57	8
katholisch	49	12	21	20	44	3

*Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.*

**Tabelle A111**

**Diktatur unter bestimmten Umständen  
die bessere Staatsform**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	5	8	17	67	3
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	7	9	18	65	0
weiblich	513	4	6	15	69	6
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	1	6	21	72	0
25-34 Jahre	144	6	10	21	61	1
35-44 Jahre	131	3	7	16	71	2
45-59 Jahre	281	5	8	15	70	2
60 Jahre und älter	389	7	7	16	65	5
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	11	4	21	59	6
10. Klasse	467	3	10	16	68	3
Abitur	105	1	8	10	81	0
(Fach-)Hochschule	124	4	7	15	74	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	4	7	19	67	3
in Ausbildung	73	0	9	17	72	2
arbeitslos	65	12	11	13	64	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	7	7	15	67	4
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	7	6	18	64	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	3	10	18	68	2
höh.-leit. Ang./Beamte	59	4	8	14	74	0
Landw./Selbst./Freib.	66	0	1	23	71	5
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	4	8	20	66	3
evangelisch	246	9	8	8	71	4
katholisch	49	0	9	19	67	5

*Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.*

**Tabelle A112**

### Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
<b>Gesamt</b>	<b>1005</b>	6	6	20	67	1
<b>Geschlecht</b>						
männlich	492	6	6	21	66	0
weiblich	513	6	6	19	67	2
<b>Alter</b>						
18-24 Jahre	60	3	0	26	70	0
25-34 Jahre	144	3	8	27	62	0
35-44 Jahre	131	2	12	20	66	1
45-59 Jahre	281	3	6	20	71	0
60 Jahre und älter	389	11	5	17	65	2
<b>Schulabschluss</b>						
unter 10. Klasse	308	15	9	19	55	2
10. Klasse	467	3	6	21	71	0
Abitur	105	0	4	22	74	0
(Fach-)Hochschule	124	1	4	20	74	1
<b>Erwerbstätigkeit</b>						
erwerbstätig	474	4	6	18	71	0
in Ausbildung	73	1	2	30	67	0
arbeitslos	65	7	9	20	64	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	393	10	6	20	61	2
<b>Berufsgruppe</b>						
Arbeiter	190	5	11	18	65	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	182	3	7	17	72	0
höh.-leit. Ang./Beamte	59	1	0	24	74	1
Landw./Selbst./Freib.	66	0	4	21	75	0
<b>Religionsgemeinschaft</b>						
keine, andere	710	6	6	20	66	1
evangelisch	246	6	7	19	67	1
katholisch	49	1	3	22	73	0

*Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.*